



**Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2016
gemäß § 99 Abs. 2 Gemeindeordnung für den
Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Landkreis Leipzig dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2016 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) legt dazu fest:

„(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,

3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.
- (4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.“

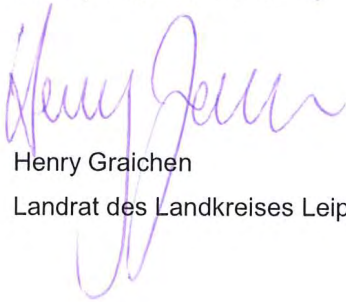
Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2016 insgesamt über zwei Eigenbetriebe, acht unmittelbare und elf mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über neun Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2016 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten.

Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2016 die Grundlage.

Borna, im Januar 2018



Henry Graichen

Landrat des Landkreises Leipzig

Beteiligungsbericht des Landkreises Leipzig für das Geschäftsjahr 2016

erstellt durch: Landratsamt Landkreis Leipzig,
Beteiligungsmanagement
Redaktionsschluss: 31.12.2017

INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort	I
	Inhaltsverzeichnis	III
	Abkürzungsverzeichnis	V
Teil I		
	1. Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen	1
	2. Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises	9
Teil II		
Einzeldarstellung der Eigenbetriebe		
	1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig	12
	2. Musikschulen des Landkreises Leipzig	19
Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform		
a)	Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 25 %	23
	1. Regionalbus Leipzig GmbH	24
	2. Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	32
	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	39
	Servicegesellschaft Muldental mbH	43
	3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.	46
	4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	50
b)	Unternehmen in der Privatrechtsform einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von unter 25 %	54
	5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	55
	6. Invest Region Leipzig GmbH	60
	7. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	71
	8. Kommunale Datennetze GmbH (KDN)	77
	9. Lecos GmbH	78
	10. ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	79
	11. Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	80

12. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH	88
13. Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)	93

Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte

1. Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)	95
2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	107
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	116
3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	134
4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	145
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	152
5. Kulturraum Leipziger Raum	163
6. Regionaler Planungsverband Westsachsen	164
7. Kommunalen Sozialverband Sachsen	165
8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	206
9. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA	208

Anlagen:

Anlage 1: Kennzahldefinition	261
------------------------------	-----

Abkürzungen

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt
HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
IRL	Invest Region Leipzig GmbH
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis
LR	Landrat

LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
ÖRKSF-G	Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH
RL	Regionalbus Leipzig GmbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsLRettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren

SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
THÜSAC	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
WRL	WRL-Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

1. Lagebericht

über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände des Jahres 2016 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2017.

Der Landkreis erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll ist, werden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. 2016 hatte der Landkreis Leipzig 2 Eigenbetriebe und war an insgesamt 8 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. An 3 Gesellschaften und 3 Zweckverbänden hält der Landkreis Leipzig elf mittelbare Beteiligungen. Darüber hinaus ist der Landkreis in 9 Zweckverbänden vertreten.

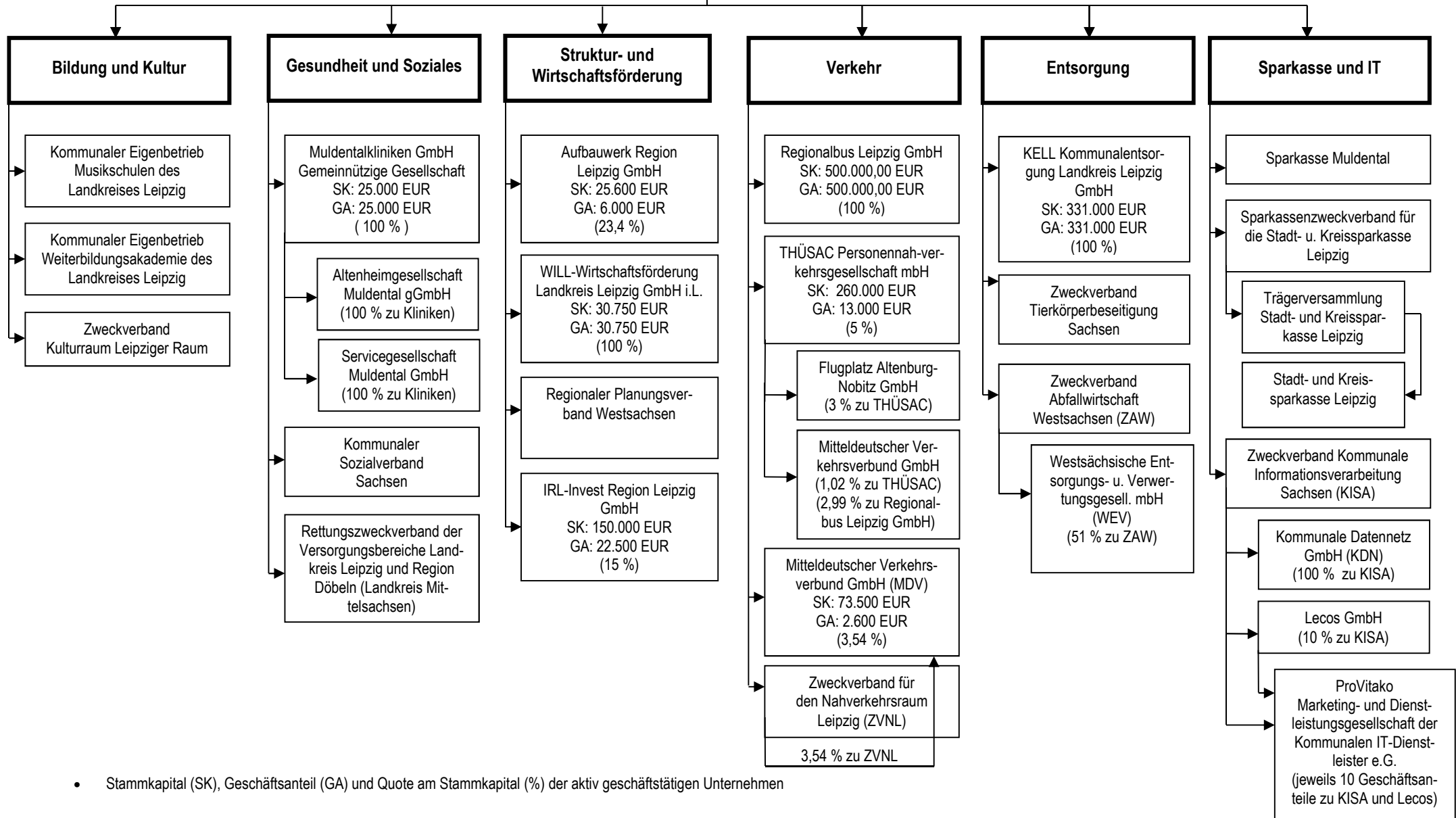
Die Sparkasse Muldentale mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts im Freistaat Sachsen. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den östlichen Teil des Landkreises Leipzig (ehemaliger Muldentalkreis). Träger ist der Landkreis Leipzig. Zum Berichtsstichtag 31.12.2016 unterhielt die Sparkasse 13 Geschäftsstellen und 3 Selbstbedienungsstellen.

Rechtsgrundlagen der Sparkasse sind neben dem Gesetz über das Kreditwesen vom 9. September 1998 (rechtsbereinigt mit Stand vom 23. Dezember 2016) das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 1. April 2014) und die Verordnung des sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Geschäfte und die Verwaltung der Sparkassen vom 11. Januar 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 9. September 2003).

Die Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Landkreises Leipzig sehen Sie in der folgenden Übersicht:

Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: Dezember 2016)



- Stammkapital (SK), Geschäftsanteil (GA) und Quote am Stammkapital (%) der aktiv geschäftstätigen Unternehmen

Bildung und Kultur

Der **Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig (WALL)** hat seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 aufgenommen. Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2016 erfolgte am 09.12.2015 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 21.01.2016 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb WALL legt mit dem Jahresabschluss 2016 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb WALL durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 832.000,00 EUR gewährt. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 651,02 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse. Die Umsatzerlöse des Eigenbetriebes lagen im Jahr 2016 mit 377 TEUR über dem Plan. Nach Angaben der Betriebsleitung wird für das Jahr 2017 erneut mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

Der **Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig** nahm seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 auf.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2016 erfolgte am 09.12.2015 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 21.01.2016 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2016 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb Musikschulen durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 1.079.644,92 EUR gewährt. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 25.671,82 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2013, zum 31.12.2014, zum 31.12.2015 und zum 31.12.2016 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft** betreiben die Betriebsstätten als Einrichtungen der Regelversorgung entsprechend Krankenhausplan mit 355 Planbetten.

Das Wirtschaftsjahr 2016 schließt die Gesellschaft mit einem Bilanzgewinn von 269 TEUR (Vj. 674 TEUR) ab. Der Jahresabschluss 2016 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 07.06.2017 beraten und von der Gesellschafterversammlung festgestellt.

Der Bilanzgewinn in Höhe von 268.580,78 EUR wird wie folgt verwendet:

- 75.000 EUR Abführung an den Landkreis Leipzig für eine ausschließlich gemeinnützige Verwendung im Einzugsgebiet der Kliniken,
- 70.112,45 EUR (10 % des Jahresüberschusses und 1/3 der Zinsüberschüsse) Zuführung zur freien Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 Abgabenordnung.
- Der verbleibende Betrag in Höhe von 123.468,33 EUR wird zweckgebunden für die Finanzierung der Eigenanteile „Umbau und Erweiterung Krankenhaus Wurzen, Bauteil E (Nord)“ verwendet (Gewinnrücklage).

Im Geschäftsjahr 2016 wurde bei Gesamterträgen in Höhe von 61.941 TEUR (2015: 59.657 TEUR) und einem Aufwand in Höhe von 61.766 TEUR (2015: 59.015 TEUR) ein Betriebsergebnis von 175 TEUR (2015: 513 TEUR) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um 1.893 TEUR (3,8 %) auf 51.277 TEUR gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2015. Diese resultieren überwiegend aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes sowie aus einer moderaten Ausweitung der verhandelten Leistungsmenge.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2015 um 1.874 TEUR gestiegen. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD.

Die Geschäftsführung erwartet auch für die nächsten Jahre positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken und deren Tochtergesellschaften. Für das Geschäftsjahr 2016 geht die Geschäftsführung von einem Jahresergebnis unterhalb des Geschäftsjahres 2016 aus.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist seit 1993 der überörtliche Sozialhilfeträger und überörtliche Betreuungsbehörde. Weitere Aufgaben wurden mit dem SächsVwNG ab 01.08.2008 übertragen.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2016 eine Sozialumlage in Höhe von 23.833.326,36 EUR (Vorjahr 23.026.169,56 EUR). Der Jahresabschluss 2016 wurde in der Verbandsversammlung am 11.12.2017 beschlossen.

Die ordentlichen Erträge liegen bei 563,5 Mio. EUR (Vorjahr 538,0 Mio. EUR), die ordentlichen Aufwendungen bei 571,9 Mio. EUR (Vorjahr 539,8 Mio. EUR). Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag i. H. v. 8,4 Mio. EUR (Vorjahr Fehlbetrag 1,8 Mio. EUR) ab.

Der **Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln** ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet. Der Rettungszweckverband erhebt zur Deckung seines Finanzbedarfes eine Umlage in Höhe von 623.707,00 EUR (Vorjahr: 761.239,00 EUR). Davon entfielen auf den Landkreis Leipzig 499.344,02 EUR. Das Jahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von 368.133,33 EUR (Vorjahr Jahresfehlbetrag in Höhe von 178.719,85 EUR) ab.

Struktur- und Wirtschaftsförderung

Mit Kreistagsbeschluss Nr.2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der **WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.** beginnend am 01.08.2011 beschlossen.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 21.08.2017 wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2016 festgestellt. Die WILL- Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. erwirtschaftete im Jahr 2016 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 11.980,04 EUR (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 9.843,03 EUR). Eine belastbare Aussage, wann die Liquidation abgeschlossen sein wird, ist derzeit noch nicht möglich.

Die **Aufbauwerk Region Leipzig GmbH** ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

Die Gesellschaft hat die schwierige Übergangszeit in den letzten zwei Jahren zur neuen Förderperiode erfolgreich bewältigt. Im Jahresverlauf 2016 wurden drei Projekte innerhalb der Programme Interreg Europe und Interreg Central Europe erfolgreich beantragt. Somit liegen zum Ende des Jahres vier bewilligte Projekte (RESQUE 2.0, RATIO, DEMO-EC, MOVECIT) mit einer Laufzeit bis 2019 vor. Für weitere fünf Interreg Central Europe Projekte, welche sich in der zweiten Evaluierungsstufe befinden, wird im Frühjahr 2017 eine finale Entscheidung erwartet.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 13.953,92 EUR ab (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 95.932,67 EUR). Die Gesamtleistung in Höhe von 162.955,00 EUR stieg gegenüber dem Vorjahr um 16,56%. Um den Verlust zu begrenzen, wurden die sonstigen betrieblichen Aufwendungen maximal reduziert und an die wirtschaftliche Lage (Vertragsveränderungen) angepasst. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2016 durch die Untervermietung der Büroräume generiert werden. Der Betriebsaufwand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 93.091,91 EUR auf 200.527,26 EUR. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen waren minimal (590,75 EUR), da alle Projektleistungen und Akquisetätigkeiten über eigenes Personal realisiert wurden. Die Verringerung der Personalaufwendungen um 71.539,49 EUR ist im Wesentlichen auf die Kurzarbeit bis zum 31.05.2016 und den anschließenden Gehaltsverzicht von Mitarbeitern und Geschäftsführerin (20 % des Bruttogehaltes) zurückzuführen.

Die **Invest Region Leipzig GmbH** fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Die Gesellschaft schließt das Jahr 2016 mit einem Jahresüberschuss von 1,5 TEUR ab. Zum 31. Dezember 2016 verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von 586 TEUR (31.12.2015: 316 TEUR). Bis zum Bilanzstichtag wurden die über die Gesellschafter abgerufenen Mittel in Höhe von 1.413 TEUR (netto) eingebracht. Der Zuschuss des Landkreises Leipzig betrug im Berichtsjahr 249 TEUR. Mit Blick auf die Vermögens- und Ertragslage erwartet die IRL für das Geschäftsjahr 2017 eine konstante Ergebnis- sowie eine konstante Liquiditätsentwicklung.

Dem **Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das

Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. Der Regionale Planungsverband spielt für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle. Die finanzielle Belastung für den Landkreis betrug 2016 10.300,00 EUR.

Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen liegen die festgestellten Jahresabschlüsse zum 31.12.2015 und zum 31.12.2016 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Verkehr

Die **Regionalbus Leipzig GmbH** kann auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurückblicken. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden zuverlässig erbracht und konnten wiederum erweitert werden.

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht.

Zusätzlich zum gewachsenen Leistungsumfang des Vorjahres wurde für das Jahr 2016 ein Vertrag mit der EVENT PARK GmbH zur ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks BELANTIS an den S-Bahnhof Markkleeberg geschlossen. Die ÖPNV-Anbindung des Pösna Parks wurde erweitert und die Vertragsbeziehung verlängert.

Diese Verkehrsleistungen werden eigenwirtschaftlich erbracht und entsprechen etwa 1 % der Gesamtleistung. Am 13. Dezember 2016 wurde zudem die erste Stufe des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ mit zwei neuen und zwei erweiterten Buslinien in Betrieb genommen.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im gesamten ÖPNV-Linienvverkehr bildet mit ca. 96 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits-, Vertrags- und Schienenersatzverkehr nahmen mit 4 % einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der gefahrenen Kilometer der Gesellschaft ein. Diese erreichten im Wesentlichen die im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr gesteckten Erwartungen.

Auf der Basis des Gesellschafterbeschlusses vom 9. Oktober 2015 hat die Regionalbus Leipzig GmbH am 21. und 28. September 2016 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2016 weitere Anteile an der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV) erworben. Damit hält die Gesellschaft am Stammkapital des MDV insgesamt Anteile im Nennbetrag von 2.200,00 EUR bzw. 2,99 %. Im Ergebnis hat die Regionalbus Leipzig GmbH einen eigenen Sitz im Aufsichtsrat des MDV erhalten.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 922 TEUR (2015: Jahresüberschuss 781 TEUR). Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 17.197 TEUR (2015: 15.394 TEUR) erzielt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 4.687 TEUR getätigt. Die Businvestitionen setzen sich aus Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen (insgesamt 17 Busse, 3.394 TEUR) zusammen.

Für das Jahr 2017 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienvverkehr (ohne Ausgleichszahlungen und Betriebskostenzuschüsse) von 6.736 TEUR (2016: 6.410 TEUR) geplant. Das Jahresergebnis 2017 wird in etwa auf dem Niveau von 2016 erwartet. Dabei stehen den höheren Einnahmen aus dem ÖPNV-Linienvverkehr sowie Betriebskostenzuschüssen steigende Kosten für notwendiges Personal, steigende Materialkosten sowie höhere Abschreibungen gegenüber. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2018 ist die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses.

Der **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienvverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienvverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen). Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN. Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienvverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das Bediengebiet Sachsen durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei

Linien und den Überlandlinienverkehr für 13 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 verlängert.

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2016 um 1,8 % auf 20,6 Mio. EUR erhöht. Die Umsatzerlöse betragen 12.909 TEUR (Vorjahr: 10.667 TEUR). Im Kerngeschäft des Unternehmens – dem ÖPNV – konnten bei deutlich gestiegenen Fahrgastzahlen, höhere Fahrgeldeinnahmen verbucht werden. Diese sind insbesondere auf Fahrgastzuwächse durch steigende Schülerzahlen, Migranten als Neukunden im ÖPNV, die Wirkung des S-Bahnnetzes und der PlusBus Angebote sowie der Tarifanpassung zum 1. August 2015/ 1. August 2016 zurückzuführen. Die Umsätze aus Schülerverkehr verzeichnen einen Anstieg zum Vorjahr (+48 TEUR), die Umsätze aus dem Mietwagenverkehr sind ebenfalls angestiegen (+9 TEUR). Die Endabrechnung der MDV-Einnahmen für 2015 wies eine (periodenfremde) Rückzahlungsverpflichtung von 25 TEUR (Vorjahr 90 TEUR) aus.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden 2.076 TEUR (Vj. 2.741 TEUR) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und für die weitere Attraktivität der Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in 5 Busse (1.205 TEUR) wurden mit 727 TEUR aus Fördermitteln, mit 802 TEUR durch Kreditaufnahme zu sehr günstigen Konditionen und aus Eigenmitteln finanziert.

Die Eigenkapitalquote hat sich um 1,9 % auf 39,3 % (Vorjahr: 37,4 %) der Bilanzsumme erhöht. Für das Geschäftsjahr 2017 rechnet die THÜSAC mit einem positiven Jahresergebnis von 147 TEUR.

Der Jahresabschluss 2016 der **Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV)** weist gemäß gesellschaftsrechtlicher Regelung ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die von den Gesellschaftern gezahlten (2.477 TEUR) und aus den Vorjahren nach 2016 übertragenen Zuschüsse (71 TEUR) mussten nur in Höhe von 2.370 TEUR in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von 178 TEUR wurde passiviert. Zusätzlich hatte die Gesellschafterversammlung bereits am 2. Dezember 2015 und 29. Juni 2016 beschlossen, zum 31.12.2015 nicht verbrauchte Mittel von insgesamt 236 TEUR auf die Jahre 2017 bis 2019 zu übertragen. Davon betreffen 71 TEUR Mittel aus dem Dilax-Vergleich für die Weiterentwicklung des AFZ-Systems und 165 TEUR wurden vorgesehen, um damit auf die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage zu verzichten und künftige Erhöhungen der Betriebskostenzuschüsse abzumindern.

Von Mitteln aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Jahre 2016 und 2015 von 444 TEUR wurden 2016 266 TEUR verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2017 verschoben haben. Der Restbetrag von 178 TEUR wurde passiviert. Er soll im Jahr 2017 für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. 101 TEUR sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2017 enthalten. Der Übertrag von 178 TEUR betrifft im Wesentlichen Vorhaben im Strategieprozess (82 TEUR), die Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (6 TEUR) und laufende Aufwendungen für easy.GO (25 TEUR), für die in den Projektlenkungskreisen bereits die Übertragung der entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr beschlossen wurde. 65 TEUR sollen 2017 als Eigenmittel für das Projekt Digitalisierung und die Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes für den Burgenlandkreis verwendet werden. Insgesamt lagen die Verbundeinnahmen 2016 mit 15,1 Mio EUR (rd. 7,5 %) über dem Vorjahr.

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden auch weiterhin wesentlich durch die im Strategieprozess „MDV 2025“ definierten Schwerpunkte bestimmt sein. So wird im Jahr 2017 die Bearbeitung weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität und Verbesserung Systemzugang/Benutzeroberfläche fortgeführt.

Die Risiken der künftigen Entwicklung werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und gemäß Gesellschaftsvertrag von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt ist. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.

Entsorgung

Die Umsätze der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,4 % auf 8,5 Mio. EUR.

Der Jahresüberschuss beträgt 574 TEUR.

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 1.520 TEUR getätigt. Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2016 erfolgten im Rahmen der Eigenfinanzierung. Allerdings ist beabsichtigt, die Fahrzeuginvestition gemeinsam mit den in 2017 ausgelieferten Fahrzeugen nachzufinanzieren.

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schließt das Jahr 2016 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Gesamterträge geplant mit 7.073.200 EUR (Vorjahr 6.936.200 EUR) wurden mit 6.787.646,83 EUR (Vorjahr: 6.771.334,96 EUR) erfüllt und liegen mit 285.500 EUR unter dem Plan (Vorjahr 164.900 EUR unter Plan). Die Umsatzerlöse liegen mit 84 TEUR über dem Planansatz (Vorjahr 198 TEUR über Plan). Grund sind die höheren als geplanten Rohwarenmengen. Die abschließend ermittelte Höhe der Verbandsumlage beträgt insgesamt 1.246.926,91 EUR (Vorjahr: 1.245.672,87 EUR). Die Vorauszahlungen der Verbandsmitglieder betragen 1.311.332 EUR (Vorjahr: 1.324.012 EUR), so dass nach Feststellung der Jahresrechnung Rückzahlungen vorzunehmen sind. Für den Landkreis Leipzig beträgt die Rückzahlung 2.598,97 EUR (Vorjahr: 1.870,09 EUR) bei einem zunächst gezahlten Umlagebeitrag in Höhe von 92.920,00 EUR.

Für den **Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW)** erfolgte der Feststellungsbeschluss für den Jahresabschluss zum 31.12.2016 in der am 11.09.2017 stattgefundenen Verbandsversammlung. Der Jahresabschluss wurde von der Deloitte&Touche GmbH geprüft und hat zu keinen Einwendungen geführt. Dem Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Durch den Jahresverlust 2016 in Höhe von 462.240,02 EUR (Vorjahr: Jahresgewinn 2.532.123,27 EUR) vermindert sich das Eigenkapital zum 31.12.2016 auf 4.401.294,89 EUR (Vorjahr: 4.863.534,91 EUR). Der Jahresverlust entstand insbesondere durch den außerplanmäßigen Nachrechnungsbetrag in Höhe von 873 TEUR an die WEV zum Betreiberentgelt für die Jahre 2015 und 2016. Die Geschäftsleitung prognostiziert für die Folgejahre wieder positive Jahresergebnisse.

Sparkassen

Die **Sparkasse Muldentale** mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse mit kommunalem Träger im Freistaat Sachsen. Träger ist der Landkreis Leipzig. Die Sparkasse ist Mitglied im Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV). Insgesamt hat sich der Jahresüberschuss in Höhe von 1.346 TEUR (Vorjahr: 1.347 TEUR) um 1 TEUR verringert. In der Anhörung zur Verwendung des Jahresüberschusses wurde beschlossen, dem Kreistag eine Ausschüttung an den Landkreis Leipzig aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 200.000 EUR vorzuschlagen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.09.2017 die Ausschüttung über 200.000 EUR beschlossen. Um diesen Teilbetrag verringert sich somit die Zuführung des Bilanzgewinns zur Sicherheitsrücklage. Im folgenden Beteiligungsbericht wird kein weiterer Bezug zur Sparkasse Muldentale genommen. Es besteht kein Beteiligungsverhältnis und somit ist nach SächsGemO kein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Zum Ablauf des 31. Dezember 2012 sind der **Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig** und der Landkreis Nordsachsen aus der Sachsen-Finanzgruppe ausgeschieden. Seitdem ist die Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wieder in kommunaler Hand. Träger der Sparkasse sind der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (mit rd. 85,85 %) und der Landkreis Nordsachsen (mit rd. 14,15 %). Das Verhältnis der übernommenen Trägerschaft entspricht den vormaligen Beteiligungen der übernehmenden Träger an der SFG, bezogen auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, zum Ausscheidenszeitpunkt. Auf mittlere Sicht sollen, d. h. nach erfolgter Rückführung sämtlicher Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem SFG-Austritt durch die Träger, die Stadt Leipzig, der Landkreis Leipzig und der Landkreis Nordsachsen direkte Träger der Sparkasse werden. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig soll dann aufgelöst werden.

Informationstechnologie (IT)

Für den **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)** wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2016 in der Verbandsversammlung am 31.05.2017 festgestellt.

Das Geschäftsjahr 2016 war geprägt von der Stabilisierung der im Vorjahr vorgenommenen strukturellen Änderungen, der konsequenten Umsetzung des Haushaltstrukturkonzeptes, sowie in der Optimierung der internen Prozesse und der Servicekultur gegenüber den Kunden.

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der laufende Umsatz um 669 TEUR. Im Wirtschaftsplan 2016 wurde ein Umsatz von 16.043 TEUR geplant, das Ziel wurde nicht erreicht. Hauptursache dafür sind

fehlende Beratungsleistungen in der Organisationsberatung, im Finanzwesen und im Dokumentenmanagementsystem. Trotzdem ist es gelungen zum Jahresende ein positives Ergebnis von 2.784 TEUR (davon 2.000 TEUR Erträge durch Umlagen) zu erzielen. Dies ergibt seit dem Jahr 2010 erstmalig wieder einen operativen Gewinn von 784 TEUR. Die Kapitalstruktur ist weiterhin negativ. Durch die in den Jahren 2012, 2013 und 2014 entstandenen Verluste belief sich zum Jahresende 2014 der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf rund 6,9 Mio EUR. Dieser Fehlbetrag konnte durch das positive Ergebnis 2015 und 2016 auf 1,6 Mio EUR reduziert werden.

Zusammenfassung

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt.

Borna, den 10.01.2018

Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises Leipzig									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen des Landkreises	Sonstige gewährte Vergütungen
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2015 in €	2016 in €	2015 in €	2016 in €	2016 in €	2016 in €
Kultur und Bildung									
Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig	0,00	0,00	0,00	752.700,00	832.000,00	0,00	0,00	0,00	
Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig	0,00	0,00	0,00	940.606,26	1.079.644,92	0,00	0,00	0,00	
Kulturraum Leipziger Raum	0,00	0,00	0,00	1.934.151,52	1.930.254,00	0,00	0,00	0,00	
Gesundheit/Soziales									
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000,00	25.000,00	100,00	0,00	0,00	200.000,00	75.000,00	0,00	
Altenheimgesellschaft MuldentalgmbH	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Servicegesellschaft MuldentalmBH	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)	0,00	0,00	0,00	608.561,94	499.344,02	0,00	0,00	0,00	
Kommunaler Sozialverband Sachsen	0,00	0,00	0,00	23.026.169,56	23.833.326,36	0,00	0,00	0,00	
Wirtschaftsförderung/Tourismus									
WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.	30.750,00	30.750,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	25.600,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Invest Region Leipzig GmbH	150.000,00	22.500,00	15,00	255.000,00	249.028,67	0,00	0,00	0,00	
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen	0,00	0,00	0,00	10.300,00	10.300,00	0,00	0,00	0,00	

Verkehr									
<i>Regionalbus Leipzig GmbH</i>	500.000,00	500.000,00	100,00	8.498.160,32	9.212.369,03	0,00	0,00	0,00	
<i>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH</i>	260.000,00	13.000,00	5,00	2.952.000,00	2.654.982,71	0,00	0,00	0,00	
<i>Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)</i>	73.500,00	2.600,00	3,54	78.977,40	87.678,72	0,00	0,00	0,00	
<i>Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH</i>	51.129,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Ver- und Entsorgung									
<i>KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH</i>	331.000,00	331.000,00	100,00	0,00	0,00	8.438,85	10.482,45	2.951.550,00	
<i>Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH</i>	1.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	90.874,38	90.320,03	0,00	0,00	0,00	
Sonstiges									
<i>Kommunale Datennetze GmbH (KDN)</i>	60.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Lecos GmbH</i>	200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.</i>	130.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)</i>	0,00	0,00	0,00	77.754,61	51.820,33	0,00	0,00	0,00	
Gesamt	2.887.479,19	924.850,00	32,03	39.225.255,99	40.531.068,79	208.438,85	85.482,45	2.951.550,00	

Teil II

Einzeldarstellung der Eigenbetriebe

- 1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig**
- 2. Musikschulen des Landkreises Leipzig**

Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig

Beteiligungsübersicht

Lüptitzer Straße 2
04808 Wurzen

Tel. 03425 90470
Fax 03425 904718
Email thomas.friedrich@vhs-muldental.de

Gründungsdatum 01.01.2012
Rechtsform Eigenbetrieb
Gründung durch Beschluss am 06.07.2011

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie setzt sich aus den Betriebsteilen Volkshochschule Leipziger Land, Volkshochschule Muldental, Berufliches Qualifikationszentrum und dem Schullandheim Bennowitz zusammen. Das Mehrgenerationenhaus Markranstädt wird als Projekt der VHS LL geführt.

Die Volkshochschule bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern. Sie soll durch die Weiterbildungsangebote dabei helfen, die allgemeinen und beruflichen Qualifikationen zu erweitern sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beurteilen und interessenorientiert mit gestalten zu können.

Das Schullandheim unterbreitet ein Ergänzungsangebot zur schulischen Bildung der Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien. Im Besonderen leistet es einen Beitrag zur Umweltbildung, zum Naturschutz sowie zur sozialen Bildung und Kommunikation der Schüler.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	832.000,00

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2016

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Der kommunale Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig (WALL) vereinigt die Volkshochschulen Leipziger Land und Muldental, das BerufsQualifikationsZentrum und das Schullandheim Bennowitz. Der Weiterbildungsbetrieb ist gemeinnützig tätig und entsprechend der Satzung ist eine Gewinnerzielungsabsicht auf Dauer ausgeschlossen.

Die Struktur des Eigenbetriebes teilt die Volkshochschule Leipziger Land (VHS LL) und die Volkshochschule Muldental (VHS MTL) in selbstständige Verantwortungsbereiche, was sich in der Benennung von zwei Leitern, die gleichzeitig als stellvertretende Betriebsleiter fungieren, dokumentiert. Das Schullandheim (SLH) und das BerufsQualifikationsZentrum (BQZ) sind dem Betriebsleiter direkt unterstellt.

Das Wirtschaftsjahr 2016 endete mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Dieses Ergebnis wurde aufgrund eines guten Geschäftsverlaufes erreicht.

Die Umsatzerlöse im klassischen VHS-Bereich lagen für die VHS Muldental mit 1.188 T€ um 601 T€ über den Planzahlen. Gegenüber 2015 ergibt sich eine Steigerung um 516 T€. Die für die VHS Leipziger

Land geplanten deutlichen Umsatzsteigerungen konnten erreicht werden. Mit 807 T€ wurden die Planzahlen um 394 T€ überboten. Die Steigerung gegenüber 2015 beträgt 307 T€. Aufgrund der stabilen Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter (KJC) des Landkreises Leipzig konnten in den beiden Volkshochschulen im BerufsQualifikationsZentrum Erträge erzielt werden, die den Planansatz um 112 T€ übertreffen. Die Zuordnung dieser Erträge zu den beiden Volkshochschulen ist durch die Umsetzung der Bildungsmaßnahmen durch das VHS-Personal begründet. Die Erträge wurden als Erträge BQZ ausgewiesen. Die in diesem Betriebszweig geführten Bewerbercenter arbeiten auf der Grundlage einer Vollkostendeckung und leisten so einen positiven Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Betriebs- und Personalkosten. Für das Schullandheim wurden die Planzahlen nicht erreicht.

Im Wirtschaftsjahr ist es durch erfolgreiche Projektakquise gelungen, zusätzliche Mittel einzuwerben. Wesentlich waren dabei die Projekte „Analyse des Weiterbildungsbedarfs bei regionalen kleinen und mittelständigen Unternehmen (KMU)“ und „Ableitung von Methoden der aufsuchenden Bildungsberatung für Volkshochschulen“, „Mitarbeiterfortbildung“ und weitere Projekte, die durch das Sächsische Bildungsinstitut (SBI) als innovative Projekte gefördert wurden. Eine Fortsetzung hat das Projekt „Junior Ranger“ mit Förderung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes erfahren. Des Weiteren wurden Projekte mit Mitteln aus dem Projekt „Globales Lernen“ des Deutschen Volkshochschul-Verbandes International umgesetzt. Die damit im Landkreis (LK) Leipzig angebotenen Ferienkurse für Schüler „talentCAMPus“ sind vollkostendeckend kalkuliert. Das Projekt wird auch in 2017 fortgesetzt.

Das Projekt „Integrativ“ in Zusammenarbeit mit Arbeit & Leben Sachsen wurde erfolgreich durchgeführt. Wichtigstes dauerndes Projekt in der VHS Leipziger Land ist das Mehrgenerationenhaus (MGH) in Markranstädt. Das MGH erhielt für seine Arbeit 2016 einen Innovationspreis des Freistaates Sachsen. Die Umsatzerlöse im Schullandheim liegen unter den Planzahlen. Dies ist wesentlich damit begründet, dass im Frühjahr 2016 das Schullandheim als Unterkunft für unbegleitete minderjährige Asylbewerber (UMAS) vorgesehen war und dadurch für sechs Wochen keine Belegung möglich war. Die Erneuerung des Sanitärbereichs fand im Dezember statt und verhinderte ebenfalls eine Belegung.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 831.348,98 EUR gewährt. Durch die Zuschussgewährung werden keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.

Die Umsätze der WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig sind wie folgt darzustellen:

VHS MTL:	WP 2016	587.280,00 €	Ist	1.188.173,88 €
BQZ MTL:	WP 2016	314.052,00 €	Ist	369.140,72 €
VHS LL:	WP 2016	413.150,00 €	Ist	807.872,92 €
BQZ LL:	WP 2016	372.397,00 €	Ist	429.294,51 €

Die Einnahmen des Schullandheimes lagen unter Plan:

SLH:	WP 2016	110.000,00 €	Ist	97.311,67 €
------	---------	--------------	-----	-------------

2. Darstellung der Lage des Eigenbetriebes

Das Eigenkapital sowie die Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

A. Eigenkapital

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
	EUR	EUR	EUR
I. Rücklagen			
1. Kapitalrücklage	1.178.322,62	1.215.246,62	-36.924,00
	1.178.322,62	1.215.246,62	-36.924,00

II. Gewinn/Verlust

Jahresverlust/-gewinn	0,00	0,00	0,00
	1.178.322,62	1.215.246,62	-36.924,00

B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
Anfangsbestand	1.399.690,37	1.474.340,79
Zugänge	0,00	
Abgänge	0,00	
Auflösungen	73.282,50	74.650,42
Endstand	1.326.407,87	1.399.690,37

Die Sonderposten wurden zum 01.01.2012 vom Landkreis übernommen und stammen aus den ehemaligen Eigenbetrieben Kultuseinrichtungen für die Volkshochschule Leipziger Land und Kultur und Weiterbildung für die Volkshochschule Muldental und das Schullandheim. In diesem Zusammenhang wurde aus Fördermitteln des Landes Anlagevermögen angeschafft. Die Sonderposten werden in Höhe der Abschreibung der zugehörigen Wirtschaftsgüter aufgelöst.

C. Rückstellungen

	Stand 01.01.2016	Inanspruch- nahme	Auflösung	Bildung/ Erhöhung	Auf-/Ab- Zinsung	Stand 31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Jahresabschluss- und						
Prüfungskosten	6.560,00	3.560,00		4.765,95		7.765,95
Rückstellung für Archivierung	1.000,00					1.000,00
Rückstellung für Urlaub	0,00			6.670,63		6.670,63
Rückstellung Fördermittel	42.057,42	6.592,56				35.464,86
Altersteilzeit	54.169,52	44.513,59	9.655,93			0,00
ausstehende Rechnungen	18.729,64					18.729,64
	122.516,58	54.666,15	9.655,93	11.436,58	0,00	69.631,08

Die Rückstellungen sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Dabei werden künftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Sofern die Laufzeit der Rückstellung größer ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre (Abzinsungssätze der deutschen Bundesbank). Die Altersteilzeitrückstellungen wurden nach den Grundsätzen IDW RS HFA 3 gebildet und in 2016 beendet.

Die Zahlungsfähigkeit des Betriebes wurde ganzjährig gewährleistet.

D. Umsatzerlöse

Die wesentlichen Umsatzerlöse gliedern sich folgendermaßen:

Bereich	Umsatzerlöse 2016	Umsatzerlöse 2015	Differenz	Differenz
	EUR	EUR	EUR	%
VHS MTL	1.188.173,88	672.331,71	515.842,17	76,72
SLH	97.311,67	116.199,22	-18.887,55	-16,25
VHS LL	807.872,92	500.234,17	307.638,75	61,50
BQZ	798.435,23	913.287,97	-114.852,74	-12,58
	2.891.793,70	2.202.053,07	689.740,63	31,32

An der Volkshochschule Leipziger Land wurden im Jahr 2016 insgesamt 671 Kurse mit 23.117 Unterrichtsstunden und 7.800 Teilnehmern veranstaltet. An der Volkshochschule Muldental wurden 823 Kurse mit 27.844 Unterrichtsstunden und 9.303 Teilnehmern durchgeführt. Dazu kommen noch in Summe für beide VHS 96 Einzelveranstaltungen mit 1.048 Teilnehmern und Projekte.

Die außergewöhnliche Erhöhung der Erträge aus Umsätzen erklärt sich durch eine deutlich gesteigerte Ertragslage in den Volkshochschulen auf Grund der großen Zahl an Deutschkursen für die Asylbewerber im Landkreis Leipzig. Im Jahr 2016 wurden fast allen Asylsuchenden im Landkreis Leipzig Integrationskurse mit Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), sowie Grundkurse à 320 Stunden, gefördert durch den LK Leipzig angeboten. Seit September 2016 führten wir Deutschkurse auch mit Förderung durch das Landessprachenprogramm durch. Diese ersetzen die durch den LK Leipzig finanzierten Kurse.

Im Wirtschaftsjahr 2016 war die Zahl der Weiterbildungsmaßnahmen für Leistungsempfänger des Kommunalen Jobcenters außerhalb der vertraglich geregelten Übernahme der Bewerbercenter stabil. Die Besetzung einer zusätzlichen Pädagogenstelle an der VHS Muldental bestätigte sich in den statistischen Zahlen. Die außergewöhnliche Steigerung der Kursstunden im Bereich Deutsch für Ausländer erfordert für 2017 ff. weitere Aufstockungen im Bereich der Hauptamtlichen Pädagogischen Mitarbeiter (HPM). Ohne diese Veränderungen im Stammpersonal ist die Förderfähigkeit der Volkshochschulen durch den Freistaat gefährdet, bzw. werden nicht alle als förderfähig anerkannten Stunden gefördert.

E. Personal

Im Wirtschaftsjahr 2016 stellt sich der Personalaufwand wie folgt dar:

	2016	2015
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	1.557.575,75	1.229.104,30
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge	357.295,23	299.116,16
	1.914.870,98	1.528.220,46

In 2016 wurde für fünf vollbeschäftigte Mitarbeiter der Volkshochschule Muldental und vier vollbeschäftigte Mitarbeiter der Volkshochschule Leipziger Land die Arbeitszeit auf freiwilliger Basis auf 95% und eine Mitarbeiterin der VHS Muldental auf 90% gesenkt.

Alle anderen Mitarbeiter der Volkshochschulen Muldental und Leipziger Land und des Schullandheimes haben ihre Arbeitszeiten entsprechend ihrer Arbeitsverträge beibehalten. Für das BerufsqualifikationsZentrum wurden elf Mitarbeiter in Teilzeit (je 0,875 VbE) befristet eingestellt. Die Beschäftigtenzahl betrug im Wirtschaftsjahr 48 (VJ: 36).

3. Chancen und Risikobericht

Chancen:

Der Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig nahm zum 01.01.2012 seine Tätigkeit auf. Er verzeichnete auch im Wirtschaftsjahr 2016 eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung aller Betriebszweige. Aufgrund der Investitionen im Wirtschaftsjahr 2016, hat sich die Liquidität leicht verschlechtert. Für 2017 werden die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen in der Höhe planmäßig nicht überschritten.

Die Zusammenarbeit der WALL mit dem Kommunalen Jobcenter des Landkreises Leipzig hat sich 2016 weiter stabil entwickelt. Neben der Durchführung der Bewerbercenter gab es eine deutlich gestiegene Zahl von weiteren Bildungsmaßnahmen, mit denen der Eigenbetrieb durch das Kommunale Jobcenter des Landkreises Leipzig beauftragt wurde. Diese wurden in den beiden Volkshochschulen umgesetzt. Für 2017 wird von einer weiterhin gesicherten Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter ausgegangen.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen der Region auf der Grundlage der abgeschlossenen Kooperationsverträge hat sich für die Volkshochschule Muldental weiter positiv entwickelt. Eine Fortsetzung und ein Ausbau der Zusammenarbeit werden angestrebt. Der Aufbau des Außenstellennetzes in der Volkshochschule Leipziger Land verläuft planmäßig und zeigt sich auch in 2017 durch weiter gestiegene Nachfrage nach den Kursen. Für die Volkshochschule Leipziger Land wird für 2017 aufgrund dieser Entwicklung mit einer weiteren Steigerung der Kurs- und Teilnehmerzahlen sowie der Erträge durch Entgelte gerechnet.

Eine besondere Herausforderung für 2017 ist die weiterhin hohe Zahl der Asylbewerber im Landkreis Leipzig. Die Bearbeitung der Anträge auf Asyl durch das BAMF erfolgt immer noch nicht ausreichend schnell. Ab September 2016 fördert der Freistaat Sachsen Deutschkurse für Asylbewerber mit noch nicht anerkanntem Aufenthaltsstatus sowie geringer Bleibeperspektive. Die Finanzierung dieser Kurse wird über die Sächsische Aufbau Bank (SAB) abgewickelt. Beantragungs- und Genehmigungsverfahren funktionieren unkompliziert und die Berechnungsgrundlage für die Finanzierung dieser Kurse orientiert sich an den Stundensätzen des BAMF. Eine Kostendeckung der kursbezogenen Kosten ist dadurch gegeben. Für eine Vollkostendeckung und damit anteilig Deckung von Gemeinkostenanteilen der WALL reichen die Stundensätze nicht aus. Problematisch in der Zusammenarbeit mit der SAB ist die Ausreichung genehmigter Fördermittel jeweils erst nach Abschluss der Maßnahmen. Dies führt zu einem erheblichen Vorfinanzierungsbedarf durch die WALL. Dieser Bedarf lag gegen Ende des Wirtschaftsjahres bei ca. 250.000 € und steigerte sich bis Ende Januar 2017 deutlich weiter. Da die WALL über keine Kapitalausstattung verfügt, führt dies zwangsläufig zu Liquiditätsproblemen. Die Liquiditätsprobleme durch diese Regelungen der SAB werden mindestens bis Mitte November 2017 bestehen. Erst ab Februar 2017 waren Zahlungseingänge für Kurse, die teilweise schon Anfang Oktober 2016 begannen, zu verzeichnen. Durch Kreistagsbeschluss im Dezember 2016 wurde der WALL aus diesem Grund ein Liquiditätsdarlehen von 100.000 € gewährt. Die im ersten Halbjahr 2016 durch den Landkreis direkt finanzierten Kurse orientierten sich bei der Finanzierung ebenfalls an den Stundensätzen des BAMF. Eine kursbezogene Kostendeckung konnte so erzielt werden. Die im Wirtschaftsplan (WP) vorgesehenen Mittel in Höhe von 484.186 € waren zum 30.06.2016 aufgebraucht.

Risiken:

Im Jahr 2013 wurde das Controlling in der WeiterbildungsAkademie vollständig überarbeitet und mit Wirkung zum 01.01.2014 eingeführt. Das neue Controlling System basiert auf Monatsberichten, die die finanzielle und statistische Entwicklung darstellen. Ergänzt wird das Controlling durch die Erstellung einer Halbjahresauswertung.

Bestandteile der Monatsberichte sind:

Finanzberichte

1. die Erträge und Aufwendungen entsprechend des Kontenplans darstellen
2. die Erträge und Aufwendungen im Vergleich zum Wirtschaftsplan darstellen
3. die Erträge und Aufwendungen im Vergleich zu den Vorjahreswerten darstellen

Statistikberichte

1. die Anmeldezahlen im Vergleich zu den Vorjahren gesamt und für die Fachbereiche darstellen
2. die Anmeldezahlen kumuliert zum Zeitpunkt des Semesterstarts darstellen

Risikoeinschätzung 2017:

Das Risiko für 2017 wird gering bewertet. Sowohl die Erträge aus Entgelten als auch die Zuschüsse des Landkreises Leipzig und des Freistaates Sachsen für die beiden Volkshochschulen werden derzeit in Höhe der Planzahlen erwartet.

Ein nicht exakt einzuschätzendes Risiko besteht in den geplanten Spenden. Die Höhe der Spenden der Sparkasse Leipzig und der Sparkasse Muldental werden jeweils erst in der Verwaltungsratssitzung in der Mitte des Jahres bei Vorliegen der Jahresabschlüsse festgesetzt.

Derzeit gibt es keine Anzeichen für eine gegenüber 2016 geänderte Spendenpraxis der Kreditinstitute. Wenn die Zahlen endgültig feststehen, erfolgt im Rahmen des Controllings eine zahlenmäßige Prüfung. Eine Aussage über die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsunternehmen der Region ist derzeit nicht möglich. Da mit dieser Entwicklung aber keine Ertragserwartungen für 2017 verknüpft sind, ist das Risiko gering.

Eine Zahlungsunfähigkeit wird für 2017 nicht erwartet. Für diesen Fall wäre der Landkreis verpflichtet, die Zahlungsfähigkeit für den Eigenbetrieb herzustellen (SächsLKRO). Der Schuldenstand ist nahezu Null. Rechtsauseinandersetzungen bestehen zurzeit nicht.

Risikoeinschätzung 2018 ff.:

Für die Jahre 2018 ff. wird mit einer stabilen Entwicklung des Unternehmens gerechnet. Die Umsetzung der Unternehmensstrategie sowie die vorgesehenen Entgeltanpassungen lassen steigende Erträge aus Entgelten erwarten. Entsprechend der Umsatzsteigerungen durch Entgelte und der deutlich gestiegenen Kosten für Honorare werden auch ausgabeseitig weitere Steigerungen erwartet.

Ein neues Risiko an den beiden Volkshochschulen entsteht durch die Entwicklungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt sowie durch die demografische Entwicklung in Deutschland. Es wird zunehmend zu einer großen Herausforderung, für angebotene und oft gut gebuchte Kurse fachlich qualifizierte Dozenten zu gewinnen. Diese Entwicklung lässt sich nur teilweise durch höhere Honorare ausgleichen. Für die Zukunft der Volkshochschulen kann dies zu einer ernsthaften Herausforderung werden. Dieser kann nur durch Festanstellung von Lehrpersonal begegnet werden. Da dies wiederum zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führt, stehen ab 2018 die Entgeltsätze, aber auch die öffentlichen Zuschüsse auf dem Prüfstand.

Risikobehaftet ist die Förderung durch den Freistaat. Von diesem werden zurzeit etwa 9 Prozent der Erträge erzielt. Für 2017 gibt es zurzeit der Erstellung dieses Berichtes keine Aussage zum Fördersatz pro Unterrichtseinheit. In der Haushaltplanung des Freistaates für 2017/2018 sind Steigerungen von jeweils 1 Millionen € für die gesamte Förderung der Weiterbildung im Freistaat Sachsen vorgesehen.

Ein weiteres Risiko besteht in der aufgrund der steigenden Zahlen für durchgeführte Unterrichtsstunden nicht mehr ausreichender Personalausstattung im Pädagogischen Bereich und damit verknüpft in der Sachbearbeitung. Die Förderfähigkeit durch den Freistaat Sachsen ist durch eine Rechtsverordnung zur Förderung der Weiterbildung geregelt. Diese schreibt eine Mindestausstattung von Pädagogischen (HPM) Mitarbeitern vor. Für die VHS Muldental sind dabei bei über 20.000 Unterrichtseinheiten mindestens sechs pädagogisch planende Mitarbeiter und für die VHS Leipziger Land fünf pädagogisch planende Mitarbeiter vorzuhalten. Diese Zahlen werden zurzeit an beiden VHS deutlich unterschritten und damit ist die Förderfähigkeit gefährdet.

Die Neuregelungen des TVöD ab Februar 2017, insbesondere die Neuregelung der Entgeltgruppen, führten zu gestiegenen Personalkosten, die sich auf die Folgejahre auswirken.

Die Zuschüsse für die WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig durch den Landkreis basieren auf der mittelfristigen Finanzplanung des Landkreises Leipzig. Aufgrund der steigenden Personalkosten ist eine Neuberechnung der jährlichen Steigerungsraten erforderlich, da diese nicht mehr die tarifliche Personalkostensteigerung ausgleichen.

Das Risiko durch künftige Tarifabschlüsse bleibt bestehen.

Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Da in der Wirtschaftsplanung der WeiterbildungsAkademie Projektmittel nur eine marginale Rolle spielen, ist das Risiko gering zu bewerten.

4. Prognosebericht

Die durch den Kreistag beschlossene Strukturänderung bei den Eigenbetrieben im Bereich kommunal verantworteter Weiterbildung hat sich als richtige Entscheidung erwiesen. Die wirtschaftliche Entwicklung bis dato sowie die erwartete Entwicklung der nächsten Jahre bestätigen dies. Das wesentliche Ziel, durch Steigerungen bei den eigenerwirtschafteten Erträgen die Steigerung des Zuschussbedarfes durch den Landkreis auf dem Niveau der Steigerung der Personalkosten festzusetzen, ist realistisch. Die erfolgreiche Umsetzung der Unternehmensstrategie wird auch in den nächsten Jahren die erforderliche Steigerung der Erträge aus Entgelten ermöglichen. Insbesondere

bietet die Strategielinie „Wirtschaftsunternehmen der Region“ erhebliches Entwicklungspotenzial. Auch in der Strategielinie „Zusammenarbeit mit Schulen“ wird von einer positiven Entwicklung in den nächsten Jahren ausgegangen. Die Strategielinie „Klassische VHS“ ist gekennzeichnet durch eine Sicherung des Status Quo bei der VHS Muldentale und weitere Umsatzsteigerungen der VHS Leipziger Land. Für das Berufsqualifikationszentrum wird eine weiterhin positive Entwicklung erwartet. Das Schullandheim befindet sich in einem stabilen Zustand bei konstant guter Nachfrage.

Die Umsetzung der Strategielinie „Projekte“ orientiert sich auf Projekte, die wirtschaftlich sinnvoll sind und inhaltlich in das Produktportfolio der Weiterbildungsakademie passen. Eine Prognose ist aufgrund der schon beschriebenen Unstetigkeit und der Abhängigkeit von politischen Entscheidungen nicht gesichert möglich.

5. Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig sind durch die Haushaltssatzung des Landkreises sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes geregelt. Die Finanzbeziehungen zum Kommunalen Jobcenter des Landkreises werden durch jährliche Verträge geregelt.

Wurzen, 28. April 2017

Thomas Friedrich
Direktor

Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig

Beteiligungsübersicht

An der Wyhra 1A
04552 Borna

Tel. 03433 269721
Fax 03433 269720
Email kanders@musikschule-leipzigerland.de

Gründungsdatum 01.01.2012
Rechtsform Eigenbetrieb
Gründung durch Beschluss am 06.07.2011

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der kommunale Eigenbetrieb Musikschulen setzt sich aus den beiden Betriebsteilen Musik- und Kunstschule "Ottmar Gerster" und der Musikschule Muldental "Theodor Uhlig" zusammen. Die Musikschulen bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der bildenden und angewandten Kunst, der Musik und des Tanzes.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	1.079.644,92
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2016

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Allgemeines

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen hat zum 01.01.2012 seine Arbeit aufgenommen. Er besteht aus der Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ und der Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“. Beide waren zuvor in Trägerschaft des Landkreises in andere Eigenbetriebsstrukturen eingebunden.

Das Jahresergebnis des Eigenbetriebes beträgt 0,00 EUR. Ein Vorschlag zur Gewinnverwendung bzw. zur Verlustdeckung ist daher nicht notwendig.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebsteile wird wie folgt erläutert:

Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“

Die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 20 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2016 von durchschnittlich ca. 2.100 Schülerinnen und Schülern pro Woche ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt ca. 3.043 Teilnehmer). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sieben Grundschulen im Landkreis durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 350 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 3.400 Teilnehmer im Jahr 2016 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2016 205 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 30.900 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden. Dies ist zugleich Spiegelbild des hohen Ansehens der Musikschule und der Verknüpfung mit zahlreichen Institutionen, Kommunen, Vereinen und Verbänden.

Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“

Die Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 15 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2016 von durchschnittlich ca. 1.100 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt ca. 1.173 Teilnehmer). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sechs Grundschulen durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 215 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 1.400 Teilnehmer im Jahr 2016 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2016 105 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 19.900 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden.

Weiterführende Aussagen finden sich unten.

2. Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

Die Nachfrage nach Musikschulangeboten ist konstant. Mit Gründung des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wurde zugleich eine angepasste Gebührensatzung durch den Kreistag des Landkreises Leipzig verabschiedet, die der Preis- und Lohnentwicklung auf dem Musikschulmarkt Rechnung trug, im Wirtschaftsjahr 2015 wurde die Gebührensatzung überarbeitet und den steigenden Personal- und Honorarkosten angepasst.

Die Gesamtkosten der beiden Musikschulen in den früheren Eigenbetrieben betrugen ca. 2,6 Mio. EUR. Der Aufwuchs auf ca. 3,36 Mio. EUR resultiert insbesondere aus höheren Abschreibungen, gestiegenen Personalkosten (Honorare, Löhne und Gehälter) und erhöhten Betriebsausgaben für das Gebäude in Markkleeberg.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2016 ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 25.872,92 EUR, davon 25.671,82 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2016 lässt sich folgendes feststellen:

	<i>Plan 2016</i>	<i>Ist 2016</i>	<i>Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)</i>
	<i>T EUR</i>	<i>T EUR</i>	
1. Umsatzerlöse	1.227,0	1.325,9	Durch die Neufassung von § 277 Abs. 1 HGB durch das BilRUG ändert sich die Zuordnung von einzelnen Positionen zwischen Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen. Diese Änderung beträgt im Wirtschaftsjahr 2016 97.729,08 EUR.
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.108,7	2.047,0	s.o.
Erträge GESAMT	3.335,7	3.372,9	

5. Materialaufwand	660,0	662,1	
6. Personalaufwand	2.153,6	2.138,6	
7. Abschreibungen	180,0	176,2	
8. Sonstige	342,1	396,0	Zunahme der Rückstellungen
Aufwendungen GESAMT	3.335,7	3.372,9	
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	0,00	0,00	

Der Eigenbetrieb erhielt im Wirtschaftsjahr 2016 Fördermittel des Freistaates Sachsen in Höhe von 287.625,00 EUR sowie Fördermittel des Kulturraumes Leipzig in Höhe von 467.150,00 EUR.

3. Prognose

Eine Änderung der Auslastung der beiden Musikschulen ist derzeit nicht erkennbar. Änderungen im Wirtschaftsplan 2017 resultieren aus der Erhöhung der Personalkosten (insbesondere durch tarifliche Vereinbarungen).

4. Chancen und Risiken

In den Beratungen der Betriebsleitung wurde das Risikomanagement für den Eigenbetrieb Musikschulen fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

- Die wirtschaftliche Lage des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustausgleich) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2017 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Direktors des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.
- Entsprechend Wirtschaftsplan §§ 3 und 4 sind weder Kreditaufnahmen noch Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen; Kassenkredite mussten bisher nicht in Anspruch genommen werden, da die Liquidität des Eigenbetriebes gesichert war.
- Eine Änderung der Fördermittelsituation durch den Freistaat Sachsen ist derzeit nicht erkennbar; für das Wirtschaftsjahr 2017 liegt ein entsprechender Zuwendungsbescheid vor.
- Eine Änderung der Fördermittelsituation durch den Kulturraum Leipziger Raum ist im Wirtschaftsjahr 2017 geplant. Der Eigenbetrieb wird nur die Hälfte der geplanten Zuschüsse erhalten, die andere Hälfte wird durch einen erhöhten Zuschuss des Landkreises übernommen.
- Im Rahmen des Bildungsprogrammes „Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung“ erhält die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ für ein Projekt in Kitzscher vom Verband deutscher Musikschulen (VdM) im Jahr 2016 Fördermittel. Über eine Fortführung der Projekte wird erst 2017 zu entscheiden sein.
- Für Investitionen im Wirtschaftsjahr 2017 sind Mittel in Höhe von 60 TEUR im Wirtschaftsplan eingestellt. Diese beziehen sich vor allem auf die Anschaffung von Musikinstrumenten sowie Umbaumaßnahmen in Markkleeberg und Wurzen.
- Veränderungen in der Auslastung der Einrichtung sind nicht erkennbar.

Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet

- Risikoidentifikation,
- Risikobewertung,
- Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation,
- Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
- Dokumentation.

Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Finanzverwaltung, wird regelmäßig ein Bericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

5. Finanzbeziehungen zum Landkreis

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis spiegeln sich im laufenden Wirtschaftsjahr insbesondere in zwei Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltplanes des Landkreises und
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u.ä.).

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 27, Abs. 3 SächsEigBVO.

Eine Gewinnabführung an den Landkreis erfolgt nicht. Kredite wurden nicht getätigt.

Borna, den 26.04.2017

Dr. Anders
Direktor

Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform

Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 25 %

- 1. Regionalbus Leipzig GmbH**
- 2. Kliniken des Muldentalkreises gGmbH
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH
Servicegesellschaft Muldental mbH**
- 3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.**
- 4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH**

Regionalbus Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Leipziger Straße 79
04828 Deuben

Tel. 03425/8989100
Fax 03425/898913
Email info@regionalbusleipzig.de
Internet <http://www.regionalbusleipzig.de>

Gründungsdatum 13.05.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 20.02.1992

Letzte Änderung am 16.07.2015

Handelsregistereintrag am 01.09.2015 unter HRB 7969

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		500.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	500.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten.

Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	9.212.369,03

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2,9900 %	2.200,00

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Regionalbus Leipzig GmbH (im Folgenden auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) kann auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurückblicken. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden zuverlässig erbracht und konnten wiederum erweitert werden.

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Zusätzlich zum gewachsenen Leistungsumfang des Vorjahres wurde für das Jahr 2016 ein Vertrag mit der EVENT PARK GmbH zur ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks BELANTIS an den S-Bahnhof Markkleeberg geschlossen. Die ÖPNV-Anbindung des Pösna Parks wurde erweitert und die Vertragsbeziehung verlängert.

Diese Verkehrsleistungen werden eigenwirtschaftlich erbracht und entsprechen etwa 1 % der Gesamtleistung. Am 13. Dezember 2016 wurde zudem die erste Stufe des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ mit zwei neuen und zwei erweiterten Buslinien in Betrieb genommen.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im gesamten ÖPNV-Linienverkehr bildet mit ca. 96 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits-, Vertrags- und Schienenersatzverkehr nahmen mit 4 % einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der gefahrenen Kilometer der Gesellschaft ein. Diese erreichten im Wesentlichen die im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr gesteckten Erwartungen.

Zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Landesverband des Sächsischen Verkehrsgewerbes (LSV) e. V. wurde am 6. Januar 2016 ein neuer Vergütungsstarifvertrag mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2017 abgeschlossen. Außerdem erfolgte zwischen den Tarifpartnern am 31. August 2016 der Abschluss eines neuen Rahmentarifvertrages mit einer Laufzeit vom 1. Juli 2016 bis zum 30. Juni 2019 sowie am 14. Oktober 2016 der Abschluss eines neuen Auszubildendentarifvertrages mit einer Laufzeit vom 1. September 2016 bis zum 30. Juni 2019.

Auf der Basis des Gesellschafterbeschlusses vom 9. Oktober 2015 hat die Regionalbus Leipzig GmbH am 21. und 28. September 2016 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2016 weitere Anteile an der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV) erworben. Damit hält die Gesellschaft am Stammkapital des MDV insgesamt Anteile im Nennbetrag von 2.200,00 EUR bzw. 2,99 %. Im Ergebnis hat die Regionalbus Leipzig GmbH einen eigenen Sitz im Aufsichtsrat des MDV erhalten.

II. Wirtschaftsbericht

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2016 erhöhte sich der Bestand des Anlagevermögens vor allem durch Investitionen in den Ausbau und die Erneuerung der Busflotte sowie aufgrund der Fortführung des Projektes „Aufbau eines rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL)“, welches in 2016 abgeschlossen werden konnte. Durch die für die Investitionen vereinnahmten Zuschüsse erhöhte sich der Bestand an Sonderposten für Investitionszuschüsse. Die bereits im Vorjahr erhaltenen, noch nicht verwendeten Zuschüsse wurden im Geschäftsjahr 2016 verwendet und dementsprechend von den sonstigen Verbindlichkeiten in den Sonderposten für Investitionszuschüsse umgebucht.

Nachfolgend wird die Vermögenslage nach Liquiditätsgesichtspunkten gegliedert dargestellt. Posten mit Fälligkeit bis zu einem Jahr werden als kurzfristig, alle übrigen Posten als mittel- und langfristig eingestuft.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird zu zwei Dritteln dem Eigenkapital zugerechnet (künftige gewinnerhöhende Wirkung bei der Auflösung), der verbleibende Betrag spiegelt die potenzielle Ertragssteuerbelastung wider, die im Fremdkapital ausgewiesen wird.

Vermögensstruktur

	31.12.2016		31.12.2015		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
immaterielle Vermögensgegenstände	78	0,3	58	0,3	20
Sachanlagen	18.597	79,9	16.863	74,1	1.734
Finanzanlagen	7	0,0	1	0,0	6
langfristig gebundenes Vermögen	18.682	80,2	16.922	74,4	1.760
Vorräte	204	0,9	221	0,8	-17
Lieferforderungen	530	2,3	106	0,5	424
sonstige Vermögensgegenstände, RAP	855	3,7	1.314	5,8	-459
flüssige Mittel	3.016	12,9	4.201	18,5	-1.185
kurzfristiges Vermögen	4.605	19,8	5.842	25,6	-1.237
insgesamt	23.287	100,0	22.764	100,0	523

Kapitalstruktur

	31.12.2016		31.12.2015		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
bilanzielles Eigenkapital	7.569	32,5	6.646	29,1	923
2/3 Sonderposten Investitionszuschüsse = Eigenkapitalähnliche Mittel	6.009	25,8	4.693	20,6	1.316
betriebswirtschaftliches Eigenkapital	13.578	58,3	11.339	49,7	2.239
Fremdkapital					
1/3 Sonderposten Investitionszuschüsse	3.004	12,9	2.347	10,3	657
Bankverbindlichkeiten (> 1 Jahr)	3.045	13,1	4.361	19,2	-1.316
Mittel- / langfristiges Fremdkapital	6.049	26,0	6.708	29,5	-659
Rückstellungen	460	2,0	263	1,1	197
Bankverbindlichkeiten (< 1 Jahr)	1.315	5,6	1.334	5,9	-19
Lieferverbindlichkeiten	468	2,0	836	3,7	-368
Verbindlichkeiten gegenüber MDV GmbH	200	0,9	36	0,2	164
sonstige Verbindlichkeiten	1.217	5,2	2.248	9,9	-1.031
Kurzfristiges Fremdkapital	3.660	15,7	4.717	20,8	-1.057
insgesamt	23.287	100,0	22.764	100,0	523

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2016 wurden folgende Investitionen getätigt:

	TEUR
Omnibusse	3.394
Rechnergestütztes Betriebsleitsystem (RBL)	599
sonstige Ausstattung	535
E-Ticketing	53
Software	55
Grundstücke und Gebäude	45
Beteiligung	6
insgesamt	4.687

Die Businvestitionen setzen sich aus Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen (insgesamt 17 Busse, TEUR 3.394) zusammen.

Das Grundprojekt „Aufbau eines rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL)“ und Projekterweiterungen dazu wurden in 2016 erfolgreich umgesetzt und aktiviert.

Die Investitionen in Grundstücke und Gebäude betreffen den Betriebsteil Zwenkau (Außenanlagen, Erweiterung der Parkflächen).

Die sonstige Ausstattung umfasst Ausrüstungsgegenstände für Werkstätten und Büros der einzelnen Betriebsteile, die Erneuerung der Tankstelle im Betriebsteil Zwenkau, IT-Technik und Fahrzeugausrüstungen (TFT-Monitore, Zielanzeigen).

Finanzlage

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Mittelherkunft und -verwendung in den drei Bereichen „laufende Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“. Positive Beträge stellen Mittelzuflüsse, negative Beträge Mittelabflüsse dar. Ab dem Geschäftsjahr 2016 wird sich dabei an der Gliederung nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard 21 orientiert.

	2016 TEUR	2015 TEUR
Ergebnis	922	781
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.927	2.297
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	-1.190	-651
Zunahme/Abnahme der sonstigen Rückstellungen	197	-72
Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-16	-41
Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	51	-65
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-314	-39
Zinsaufwendungen	55	73
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2.633	2.283
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	16	43
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-4.687	-4.609
Erhaltene Zuschüsse für Investitionen ins Anlagevermögen	2.243	2.170
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.428	-2.396
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten (Bankverbindlichkeiten)	0	1.500
Auszahlungen aus der Tilgung von Bankverbindlichkeiten	-1.335	-1.075
gezahlte Zinsen	-55	-73
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.390	352
Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.185	239
Finanzmittelfonds am Periodenbeginn	4.201	3.962
Finanzmittelfonds am Periodenende	3.016	4.201
Zusammensetzung des Finanzmittelbestandes:	3.016	4.201
flüssige Mittel	3.016	4.201

Die Liquidität der Gesellschaft war auf der Basis eines detaillierten Liquiditätsplans in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen (BKZ) sowie zeitnaher Leistungsabrechnung und einem aktuellen Mahnwesen jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2016 schließt im Ist wesentlich besser ab als im Wirtschaftsplan 2016 veranschlagt. Bei der Erstellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2016 war von einer geringeren Einnahmesteigerung im ÖPNV-Linienverkehr ausgegangen worden. Zudem lagen die Materialkosten hauptsächlich bedingt durch den geringeren Dieselpreis in den Monaten Januar bis September 2016 unter den ursprünglichen Erwartungen.

Zur Analyse der Ertragslage werden im Folgenden die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung abweichend vom handelsrechtlichen Schema nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt.

	2016		2015		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	17.197	100,0	15.394	100,0	1.803	11,7
Materialaufwand						
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-2.500	-14,5	-2.770	-18,0	270	-9,8
b) bezogene Leistungen	-2.017	-11,7	-1.988	-12,9	-29	1,5
	-4.517	-26,3	-4.758	-30,9	241	-0,1
Personalaufwand	-8.482	-49,3	-7.500	-48,7	-9823	13,1
übrige Aufwendungen	-1.689	-9,8	-1.455	-9,5	-234	16,1
Betriebsaufwand gesamt	-14.688	-85,4	-13.713	-89,1	-975	0,1
sonstige betriebliche Erträge	1.385	8,1	1.438	9,3	-53	-3,7
Ergebnis vor Abschreibungen und Zinsen	3.894	22,6	3.119	20,3	775	24,9
Abschreibungen	-2.927	-17,0	-2.297	-14,9	-630	27,5
operatives Ergebnis	967	5,6	822	5,3	144	17,6
neutrales Ergebnis	10	0,1	32	0,2	-21	-67,0
Zinsergebnis	-55	-0,3	-73	-0,5	18	-24,3
Jahresüberschuss	922	5,4	781	5,0	141	18,0

Die Erhöhung der Umsatzerlöse (TEUR 1.803) in 2016 lässt sich im Wesentlichen wie folgt erklären:

	<u>TEUR</u>
Betriebskostenzuschüsse	714
ÖPNV-Linienverkehr	493
Vertragsverkehr	20
Gelegenheitsverkehr	-18
Schienenersatzverkehr	-29
sonstiges	<u>623</u>
insgesamt	1.803

Die Erhöhung in der Umsatzposition „sonstiges“ resultiert aus der Neudefinition der Umsatzerlöse im Rahmen des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG), die zu Umqualifizierungen von bisher unter der Position sonstige betriebliche Erträge ausgewiesenen Erlösen führte.

Die Personalaufwendungen sind aufgrund von Tarifsteigerungen, erhöhtem Mitarbeiterbestand sowie gestiegenen Personalrückstellungen in Folge eines hohen Krankenstandes 2016 gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen.

Mit einem Ergebnis in Höhe von TEUR 10 (2015: TEUR 32) kommt dem neutralen Ergebnis auch in diesem Geschäftsjahr keine entscheidende Bedeutung zu.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2016 TEUR</u>	<u>2015 TEUR</u>
Erträge		
periodenfremde Erträge	19	24
Auflösung von Wertberichtigungen	7	1
Erträge aus Anlagenverkäufen	16	41
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	<u>0</u>	<u>16</u>
zusammen	<u>42</u>	<u>82</u>
Aufwendungen		
periodenfremde Aufwendungen	-19	-41
Zuführung von Wertberichtigungen	-4	-8
Forderungsverluste	<u>-9</u>	<u>-1</u>
zusammen	<u>-32</u>	<u>-50</u>
insgesamt	10	32

II. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Leistungserbringung durch die Regionalbus Leipzig GmbH erfolgt auf der Basis des vom Landkreis Leipzig bis zum 31. Dezember 2023 erteilten ÖDA. Hierdurch wird u. a. vertraglich geregelt, dass die Gesellschaft für die zu erbringenden Verkehrsleistungen entsprechende Zuschüsse erhält, ohne die der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) nicht kostendeckend betrieben werden könnte. Diese Zuschüsse sind von entscheidender Bedeutung für die finanzielle Ausstattung und die Ertragssituation der Gesellschaft.

Zur frühzeitigen Erkennung von Risiken hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Im Rahmen der Planung des Verkehrsangebotes sind regionale und demografische Entwicklungen zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Nachfrage nach öffentlichen Personenverkehrsleistungen haben. Die Regionalbus Leipzig GmbH ist in verschiedene Projekte eingebunden, die diesen Entwicklungen Rechnung tragen und die Schaffung bedarfsgerechter Angebote zum Ziel haben, so z. B. das Modellvorhaben „Muldental in Fahrt“, dessen zweite Umsetzungsstufe am 7. August 2017 realisiert wird, oder die Erarbeitung des ÖPNV-Konzeptes für das Südliche Leipziger Neuseenland. Bestehende Fahrgäste sollen so an Regionalbus Leipzig gebunden und Potenziale zur Gewinnung neuer Fahrgastgruppen erschlossen werden. Gleichzeitig soll mit dem Ausbau der ÖPNV-Angebote ein Beitrag zur weiteren Steigerung der Attraktivität des Landkreises Leipzig als Wohn- und Wirtschaftsstandort geleistet werden.

In engem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Verkehrsangebotes stehen die Bestrebungen zur Erhöhung der Qualität der erbrachten ÖPNV-Leistungen. Basierend auf dem im Jahr 2016 erfolgten Abschluss des Grundprojektes zum Aufbau eines RBL-Systems sollen die begonnenen Investitionsvorhaben zur Bereitstellung von fahrtbezogenen Anschlussinformationen fortgeführt werden. In diesem Zusammenhang ist vorgesehen, den Fahrgästen in den Omnibussen einen kostenfreien

WLAN-Zugang zu ermöglichen. Hierdurch sollen die Attraktivität der Fahrt mit dem ÖPNV gesteigert und bestehende Reisezeitnachteile gegenüber dem motorisierten Individualverkehr kompensiert werden. Zur weiteren Steigerung der Dienstleistungsqualität wird im Fahrdienst der Regionalbus Leipzig GmbH ein verbessertes Schulungskonzept angewendet.

Die im Auftrag der Gesellschaft tätigen Nachauftragnehmer werden mit der Umsetzung des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ zum Teil zusätzliche Betriebsleistungen im Linienverkehr erbringen. Von entsprechender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ein gleichwertiges Qualitätsniveau bei der Umsetzung der verkehrlichen und technischen Vorhaben.

Vor dem Hintergrund des im Zuge der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entstandenen Bedarfs zur Erweiterung der betrieblichen Anlagen soll im Jahr 2017 mit dem Bau einer zweiteiligen Fahrzeugabstellhalle sowie eines Anbaus am Verwaltungsgebäude im Betriebsteil Deuben begonnen werden. Angesichts der zuletzt deutschlandweit starken Nachfrage nach Bauleistungen besteht hier das Risiko einer Verteuerung und Verzögerung des Bauvorhabens.

Aufgrund des mit diesem Vorhaben verbundenen hohen Investitionsvolumens, sollen die bestehenden Förderprogramme entsprechend genutzt werden.

Insgesamt sind im Geschäftsjahr 2017 Investitionen in Höhe von rund TEUR 5.000 geplant. Soweit möglich sollen für diese und künftige Projekte Fördermittel beantragt werden. Für die Finanzierung des Eigenanteils soll ein entsprechender Kredit aufgenommen werden. Die Gefahr von möglichen Fördermittelkürzungen führt zu entsprechenden Risiken.

Bedingt durch die Fortschreibung der für Regionalbus Leipzig geltenden Tarifverträge und die Notwendigkeit der Deckung des Bedarfs an Fachkräften ist auch künftig mit steigenden Personalaufwendungen zu rechnen. In diesem Zusammenhang kommt der kontinuierlichen Sicherung der Finanzierung des ÖPNV eine besondere Bedeutung zu. Neben der Fortschreibung des Betriebskostenzuschusses sind in diesem Kontext auch die Möglichkeiten zur Steigerung der Erlöse im Linienverkehr auszuschöpfen, wobei neben einer besseren Vermarktung der angebotenen Verkehrsleistungen die Gewinnung von Firmenkunden einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bilden wird. Dem entsprechend wird die Regionalbus Leipzig GmbH in dem von Landkreis Leipzig und MDV initiierten Projekt „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ mitwirken.

Gleichzeitig besteht auch künftig die Aufgabe der Nutzung von Synergien und Einsparungspotenzialen zur Gewährleistung einer effizienten Leistungserbringung.

Für das Jahr 2017 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienvkehr (ohne Ausgleichszahlungen und Betriebskostenzuschüsse) von TEUR 6.736 (2016: TEUR 6.410) geplant. Das Jahresergebnis 2017 wird in etwa auf dem Niveau von 2016 erwartet. Dabei stehen den höheren Einnahmen aus dem ÖPNV-Linienvkehr sowie Betriebskostenzuschüssen steigende Kosten für notwendiges Personal, steigende Materialkosten sowie höhere Abschreibungen gegenüber. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2018 ist die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses.

III. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur soweit sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 wurde die Baker Tilly AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (vormals Baker Tilly Roelfs AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft), Leipzig bestellt.

Deuben, 17. Mai 2017

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70
04808 Wurzen

Tel. 03425/932102
Fax 03425/932399
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de
Internet <http://www.kh-wurzen.de>

Gründungsdatum 19.12.2003

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 25.09.2003

Letzte Änderung am 16.08.2012

Handelsregistereintrag am 31.03.2004 unter HRB 20554

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	25.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

- (1) Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Landkreis Leipzig einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.
- (3) Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.
- (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Gewinnabführung	75.000,00

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	100,0000 %	25.000,00
Servicegesellschaft Muldental mbH	100,0000 %	25.000,00

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft betreiben die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan des Freistaates Sachsen mit insgesamt 355 Planbetten aufgenommen.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	Betten
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	108
Innere Medizin (davon 4 Betten ITS)	187
Gynäkologie und Geburtshilfe	28
Pädiatrie	20
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung	1
Augenheilkunde	1
Gesamt	355

Die zum Konzern gehörende Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH mit 3 Altenpflegeheimen und einer Gesamtkapazität von 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Altenheimgesellschaft betreibt medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz, Brandis, Grimma und Wurzen zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die Tochtergesellschaft Servicegesellschaft Muldental mbH erbringt Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering und Unterhaltsreinigung sowie Rezeption, Sicherheit und Archiv und Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, vorrangig für die Muldentalkliniken GmbH.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan - Vermögensplan - Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2016 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart.

Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets. Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zu Grunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger 15.125,131

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken GmbH betrug TEUR 50.220.

Die Budgetplanungen für das Jahr 2016 waren, wie im Vorjahr, durch die nicht detailliert absehbaren Auswirkungen von strukturellen Veränderungen im Bereich Chirurgie und Geburtshilfe, erschwert. Die Budgetverhandlung mit den Krankenkassen für das Jahr 2016 hat im Mai stattgefunden. Es konnten im stationären Bereich Mehrleistungen von etwa 1,0% vereinbart werden. Tatsächlich wurden im Geschäftsjahr 2016 die vereinbarten Budgetvorgaben mit Mehrleistungen von 3,5% deutlich übererfüllt. Dies führte in erheblichem Umfang zu Leistungen, die nur unzureichend vergütet werden. Für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einer Budgetsteigerung auf Basis der Erhöhung des Basisfallwertes und Mehrleistungen gerechnet.

Die bereits in den vergangenen Jahren begonnenen umfangreichen Reklamationen seitens der Krankenkassen zu abgerechneten Fällen bis hin zur Prüfung durch den MDK haben sich weiterhin verschärft. Die Regularien im Bereich der Abwicklung der Prüfungen bieten den Kostenträgern erweiterte Möglichkeiten zur Einbehaltung von Forderungen. Diese führten teilweise zu rückwirkenden Korrekturen der bereits gelegten Rechnungen und haben in erheblichem Maße zu erhöhten Forderungen geführt.

Im April 2016 wurde am Standort Wurzen eine Palliativstation mit 6 Betten neu eröffnet.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2016 mit einem Jahresergebnis von EUR 133.998,12 (Vorjahr 491.147,24) ab.

2. Leistungsdaten

Die Leistungen der Gesellschaft entwickelten sich im stationären Bereich im Jahr 2016 zufriedenstellend. Das mit den Kassen verhandelte Erlösbudget wurde deutlich übererfüllt. Die absehbaren Mehrleistungen konnten mit den Kostenträgern nur unzureichend im Rahmen der Budgetverhandlungen vereinbart werden.

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2016	355	18.881	5,50
2015	355	18.127	5,77
2014	355	18.420	5,70
2013	365	18.059	5,72
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 wurde bei Gesamterträgen in Höhe von TEUR 61.941 (2015: TEUR 59.657) und einem Aufwand in Höhe von TEUR 61.766 (2015: TEUR 59.015) ein Betriebsergebnis von TEUR 175 (2015: TEUR 513) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um TEUR 1.893 (3,8 %) auf TEUR 51.277 gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2015. Diese resultieren überwiegend aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes sowie aus einer moderaten Ausweitung der verhandelten Leistungsmenge.

Die erhebliche Ausweitung der Fallzahlen und Bewertungsrelationen wurde von den Kostenträgern nur zu einem geringen Teil vergütet. Grund hierfür ist, dass über Budget erbrachte Leistungen einem Mehrerlösausgleich unterliegen. Der Umsatzanstieg zum Vorjahr korrespondiert daher nicht mit dem Anstieg der Ausweitung der Bewertungsrelationen.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2016 betragen aufgrund der erzielten Mehrerlöse TEUR - 1.146 (Mehrerlösausgleich 2015: TEUR -26).

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten (VK) der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (EUR) im Vergleich des Jahres 2016 zu 2015:

	2015	2016
Vollkräfte	549	555
Personalkosten in TEUR	35.577	37.451
Personalaufwandsquote (Personalaufwand % Umsatzerlöse)	68,6% ¹	66,7%

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2015 um TEUR 1.874 (5,3%) gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD sowie aus einer leichten Ausweitung der Anzahl der Vollkräfte. Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2% abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer im Vergleich zum Jahr 2016 nicht.

Die Personalaufwandsquote hat sich auf vergleichbarer Basis gegenüber dem Vorjahr erhöht. Dies resultiert insbesondere daraus, dass der Anstieg der Umsatzerlöse wegen des Mehrleistungsausgleichs nicht mit dem Anstieg der Personalaufwendungen korrespondierte.

Die Materialaufwendungen sind im Berichtsjahr um TEUR 814 gestiegen. Diese Steigerung betrifft den medizinischen Bedarf infolge des Anstiegs der Behandlungsfälle und der allgemeinen Preissteigerungen. Analog stiegen wegen der höheren Behandlungszahlen auch insbesondere die Kosten für Laboranalysen. Insbesondere aufgrund von Ausfällen im radiologischen Bereich musste darüber hinaus auch in erheblichem Umfang auf Fremdleistungen im Bereich Radiologie zurückgegriffen werden.

	2015	2016
Materialaufwandsquote (Materialaufwand % Umsatzerlöse)	24,5% ²	23,6%

Der Anstieg der Materialaufwandsquote ist auf die gestiegene Fallzahl zurückzuführen, die nicht gleichzeitig zu einer korrespondierenden Ausweitung der Umsatzerlöse führte.

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr ein Rückgang um TEUR 509 zu verzeichnen. Grund hierfür waren die in 2015 einmalig zu berücksichtigenden Aufwendungen für Brandschutzaufgaben in Höhe von 1,0 Mio. €, welche in 2016 nicht mehr anfielen. Dem standen in 2016

¹ Änderung der Bilanzierung in 2016 wegen gesetzlicher Vorgaben. Auf vergleichbarer Basis der Umsatzerlöse läge die Quote 2015 bei 65,3%.

² Änderung der Bilanzierung in 2016 wegen gesetzlicher Vorgaben. Auf vergleichbarer Basis der Umsatzerlöse läge die Quote 2015 bei 23,3%.

Aufwendungen für die Erneuerung der Kälteanlage am Standort Grimma und weitere Instandhaltungsprojekte gegenüber.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund rückläufiger Zinserträge um TEUR 10 verschlechtert.

4. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 67.586 (2015: TEUR 67.203) lag um TEUR 383 über dem des Jahres 2015. Das Vermögen betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 79,3 %, liquide Mittel mit 8,0 %. Die Finanzierung erfolgt mit 18,8 % durch Eigenkapital, mit 64,5 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 16,1 % mit kurzfristigen Fremdmitteln. Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2015 um TEUR 772 verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Zugänge für das Bauvorhaben Palliativstation und Physiotherapie am Krankenhaus Wurzen sowie Ersatzinvestitionen im klinischen Bereich, Lizenzen und EDV-Hardware.

Das Bauprojekt „Errichtung Palliativstation und Umbau phys. Therapie“ wurde im Jahr 2016 abgeschlossen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen im Vergleich zum Jahr 2015 um TEUR 877 zu. Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen aus längeren Forderungslaufzeiten bei Forderungen gegen Krankenkassen.

Gegenüber der Tochtergesellschaft Altenheimgesellschaft bestehen ausschließlich Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Im Berichtsjahr wurde mit der Tochtergesellschaft eine Kontokorrentvereinbarung abgeschlossen, um die kurzfristige Finanzierung der Tochter zu stärken.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2016 sowie einer Abführung an den Träger aus dem Jahresergebnis 2015. Darüber hinaus wurde der Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung im Geschäftsjahr gegen das Eigenkapital ausgebucht. Dies führte zu einer Verringerung des bilanziellen Eigenkapitals und der Bilanzsumme um 3.358 T€.

Die Rückstellungen erhöhten sich gegenüber 2015 um TEUR 480. Die Gründe für den Zuwachs liegen vor allem in erhöhter Vorsorge für drohende Umsatzkürzungen der Krankenkassen sowie Erhöhung der Vorsorge für Verpflichtungen im Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 856. Dies resultiert vor allem aus noch nicht verwendeten Fördermitteln im Zusammenhang mit der anstehenden Brandschutzsanierung am Standort Grimma.

5. Gesamtaussage

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft als zufriedenstellend.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken GmbH derzeit nicht abzuleiten.

Infolge der Verabschiedung des Krankenhausstrukturgesetzes wird sich zukünftig die Vergütung der Krankenhäuser verstärkt an Qualitätsmerkmalen orientieren. Die Möglichkeiten zur Ausweitung der stationären Leistungen werden durch die gesetzliche Neuregelung des Fixkostendegressionszuschlags eingeschränkt.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären

Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung dürfen diese Leistungen nicht mehr angeboten werden.
- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.

Durch die erweiterte Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z.B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren, die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Notfallversorgung und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung.

Ein besonderes Risiko stellt nach wie vor der Mangel an ärztlichen Fachkräften dar. Es ist schwierig, freie Facharztstellen zeitnah zu besetzen.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung in den hohen Tarifsteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (Verdi) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht vollständig ausgeglichen werden.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit ab September 2016 bis Dezember 2018) brachte eine Erhöhung der Entgelte um 2,3 %. Zum September 2017 steigen die Entgelte um weitere 2,0% und ab Mai 2018 um 0,7%.

Im Jahr 2016 fanden Tarifverhandlungen bei den übrigen Beschäftigten (TVöD) statt. Es gab im Geschäftsjahr 2016 Tarifsteigerungen (zum 01.03.2016 um 2,4 %). Ab dem 1.2.2017 ist ein Anstieg um 2,35% vereinbart. Dieser Tarifvertrag läuft bis 28.2.2018.

Die Geschäftsführung erwartet auch für die nächsten Jahre positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken und deren Tochtergesellschaften.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten für das Jahr 2017 einen gegenüber dem Jahr 2016 weitgehend unveränderten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch zu erwartende Steigerungen des Landesbasisfallwerts kompensiert werden.

Nach Beendigung der Baumaßnahme „Errichtung Palliativstation und Umbau phys. Therapie“ am Standort Wurzen im II. Quartal 2016 wird derzeit eine weitere Baumaßnahme am Standort Wurzen geplant. Derzeit liegt kein Förderbescheid für diese Maßnahme vor, weshalb die konkrete Umsetzung noch nicht abzusehen ist.

Für die bauliche und organisatorische Weiterentwicklung der Standorte werden im Jahresverlauf Konzepte erstellt.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2017 von einem Jahresüberschuss von TEUR 72 aus. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

V. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages

<u>Kennzahlen</u> <u>§ 99 Abs. 2 SächsGemO</u>		Plan 2 0 1 6	Ist 2 0 1 6	Ist 2 0 1 5	Ist 2 0 1 4
Arbeitsproduktivität		1,39	1,50	1,46	1,43
Effektivverschuldung	TEUR	-7.786	-6.548	-6.248	-5.664
Eigenkapitalquote	%	22,43	18,75	22,82	18,4
Eigenkapitalrendite	%	0,32	1,06	3,05	3,48
Fremdkapitalquote	%	77,57	81,08	78,88	78,23
Gesamtkapitalrendite	%	0,02	0,07	0,59	0,62
Investitionsdeckung	%	157,77	125,83	157,92	405,16
kurzfristige Liquidität	%	187	137	127	177
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	93,09	101,16	94,46	90,38
Vermögensstruktur	%	73,68	79,35	77,10	80,76

Wurzen, 3. März 2017

Jörg Christian Langner

Dr. med. Uwe Krause

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

Beteiligungsübersicht

Bergstraße 2a
04821 Brandis

Tel. 034292 /41730
Fax 034292 / 417 59
Email info@altenpflegeheim-brandis.de

Gründungsdatum 01.10.2006

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 04.05.2006

Letzte Änderung am

Handelsregistereintrag am 17.08.2006 unter HRB 22621

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und BSHG darauf gerichtet, die Allgemeinheit

- (1) Auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen inkl. der dazu erforderlichen Nebeneinrichtungen und -betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste als Einrichtung der Wohlfahrtspflege und
- (2) Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, insbesondere durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (§95, SGB V) als Einrichtung der Wohlfahrtspflege i. S. d. § 66 AO zu fördern.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenpflege, häuslicher Krankenpflege und ambulanter medizinischer Versorgung.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, (nachfolgend „Altenheimgesellschaft“ genannt) wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Die Altenheimgesellschaft betreibt in Brandis und in Wurzen insgesamt drei Altenpflegeheime mit 140 Pflegeplätzen sowie einem ambulanten Pflegedienst mit angeschlossener Tagesbetreuung in Brandis. Des Weiteren ist die Altenheimgesellschaft Träger der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Wurzen, Grimma und Colditz.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
 - Vermögensplan,
 - Stellenübersicht,
 - Liquiditätsplan,
- der jährlich aufgestellt wird.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze geführt.

2. Ertragslage

Nachfolgende Übersicht zeigt die Kennzahlen zur Ertragslage der Vergleichsdaten letzten Jahre 2012 bis 2016.

		2016	2015	2014	2013	2012
Kennzahlen zur Ertragslage³						
Umsatzerlöse	TEUR	7.623	7.266	6.649	6.143	6.034
Umsatzrentabilität	%	-1,3	-6,1	0,5	3,5	4,2
Personalaufwand	TEUR	5.316	4.941	4.623	4.169	3.902
Personalaufwandsquote	%	69,7	68,0	69,5	67,9	64,7
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	VK	139,6	139,3	135,7	128,7	124,1
durchschnittlicher Personalaufwand je Vollkraft	TEUR	38	35	34	32	31
Produktivität (je Vollkraft)	TEUR	55	52	49	48	49
Materialaufwand	TEUR	1.481	1.441	1.335	1.179	1.146
Materialaufwandsquote	%	19,4	19,8	20,1	19,2	19,0

Die Umsätze der Altenpflegeheime einschließlich ambulanter Pflegedienst sind weitgehend von Pflegestufen, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden, und der Auslastung der Pflegeplätze abhängig. Die Höhe der Umsatzerlöse verblieb 2016 etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Umsatzerlöse in den MVZ's werden primär von den in den Praxen erbrachten Leistungen bestimmt, sind aber auch wesentlich von dem für den KV-Bereich Sachsen gültigen Honorarverteilungsvertrag (HVM) abhängig. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 181 resultiert vor allem daraus, dass im Verlauf des Jahres 2015 eine weitere Arztpraxis erworben wurde. In den bereits bestehenden MVZ-Praxen musste dagegen insgesamt ein Umsatzrückgang verzeichnet werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen aus der U2-Umlage für Mutterschutz und die Auflösung von Rückstellungen.

³ Aufgrund der Veränderung der Definition der Umsatzerlöse ab dem Jahr 2016 sind die Kennzahlen bis 2015 mit denen des Folgezeitraums nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Personalaufwendungen für 139,6 Vollkräfte (Vorjahr 139,3 VK) stiegen im Geschäftsjahr 2016 um TEUR 374. Hier machte sich eine Verschiebung in der Personalstruktur zugunsten höher vergüteter Dienstarbeiter mit einer gestiegenen Personalaufwandsquote bemerkbar.

Die Materialaufwendungen verblieben im Vergleich zum Umsatz auf dem Niveau der Vorjahre.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betrugen TEUR 101 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 566.

Im Jahr 2015 fielen für die Sanierung des Altenpflegeheims Brandis einmalige Instandhaltungsaufwendungen (TEUR 486) an. In den Aufwendungen 2016 für Instandhaltung in Höhe von TEUR 93 sind hauptsächlich Aufwendungen für die Instandhaltung der Gebäude und der Betriebsausstattung sowie Wartungsaufwendungen für technische Anlagen enthalten.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -52 und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von TEUR 62.

Die Ertragslage der Medizinischen Versorgungszentren hat sich im Geschäftsjahr 2016 deutlich verschlechtert. Dies resultiert neben den hohen Abschreibungen auf Praxiswerte daraus, dass die operativen Ergebnisse einiger Arztpraxen unbefriedigend sind.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2016 mit einem Jahresergebnis von EUR -99.725,93 (Vorjahr EUR -442.845,69) ab.

3. Vermögens- und Finanzlage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, dargestellt:

	2015		2016	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	5.848	89,0	5.394	87,8
Umlaufvermögen	720	11,0	751	12,2
BETRIEBSVERMÖGEN	6.568	100,0	6.145	100,0
Eigenkapital	1.798	27,4	1.698	27,6
Sonderposten	2.207	33,6	2.106	34,3
Rückstellungen	281	4,3	172	2,8
Verbindlichkeiten	2.284	34,7	2.169	35,3
BETRIEBSKAPITAL	6.568	100,0	6.145	100,0

Im Jahr 2016 wurden lediglich Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 111 in die Ausstattung von Arztpraxen und Pflegeheimen getätigt.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft kann, insbesondere unter Einbeziehung des Sonderpostens, für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft als ausreichend angesehen werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 1.636 konnten jederzeit fristgerecht bedient werden. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr eine Kontokorrentvereinbarung mit der Muttergesellschaft zur Verbesserung ihrer kurzfristigen Finanzierung abgeschlossen.

Die Gesellschaft erzielte einen operativen Cash-Flow von TEUR 365. Dieser ist ausreichend, um die zukünftigen jährlichen Tilgungsverpflichtungen zu bedienen. Diese Verpflichtungen liegen für die derzeitigen Kreditverbindlichkeiten in den nächsten 10 Jahren jeweils zwischen TEUR 220 und TEUR 260 p.a.. Darüber hinausgehende Zahlungsmittelüberschüsse stehen für Investitionen und die Rückführung von Verpflichtungen gegenüber der Muttergesellschaft zur Verfügung.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die im Heimbereich für das Jahr 2016 erzielten Ergebnisse lagen im Rahmen der Erwartungen. Die Belegung der Pflegeplätze betrug im Jahresdurchschnitt 97,9 % und stellt sich als sehr stabil dar. Aufgrund der wegen des Pflegestärkungsgesetz III veränderten Vergütungssituation im ambulanten und stationären Pflegebereich ab dem Jahr 2017 ist zukünftig mit verstärkten Herausforderungen für den kostendeckenden Betrieb von Pflegeheimen zu rechnen.

Gleichzeitig stärkt die neue Vergütungssituation die ambulante Pflege. Dieser Tatsache trägt die Gesellschaft Rechnung, indem die ambulante Pflege in 2016 bereits personell neu ausgerichtet wurde. Den Chancen aus der Ausweitung im ambulanten medizinischen Bereich, stehen Risiken hinsichtlich der Nachbesetzung in den Arztpraxen gegenüber. Dem will die Geschäftsführung durch spezielle Personalentwicklung im Zusammenwirken mit den Fachabteilungen der Muldentalkliniken begegnen. Darüber hinaus werden derzeit Konzepte zur finanziellen Gesundung einiger defizitärer Arztpraxen entwickelt und umgesetzt.

Es werden dauernd Gespräche mit potentiellen Verkäufern zum Erwerb weiterer Arztpraxen geführt. Sollten sich hier medizinisch und wirtschaftlich sinnvolle Gelegenheiten zur Übernahme weiterer Praxen ergeben, wird die Gesellschaft diese wahrnehmen. Allerdings wird der Erwerb neuer Arztpraxen nur noch restriktiv gehandhabt, um mögliche finanzielle Risiken zu minimieren.

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der veränderten Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich der verstärkten Förderung ambulanter Leistungserbringung. Sie geht jedoch davon aus, dem insbesondere durch die vorgenommenen Maßnahmen im Bereich eigener ambulanter Pflegedienste entgegenwirken zu können.

Ein weiteres Risiko besteht im zunehmenden Fachkräftemangel im Pflegebereich und der damit zusammenhängenden Fluktuation.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH nicht abzuleiten.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten im Jahr 2017 einen deutlichen Zuwachs an Klienten in der ambulanten Pflege. Für die stationäre Pflege erwarten wir eine Entwicklung etwa auf dem Niveau des Jahres 2016.

Zum 1. Januar 2017 wurde eine weitere chirurgische Arztpraxis in Wurzen erworben. Aus diesem Grund ist im Bereich der MVZ mit weiter steigenden Umsätzen zu rechnen. Für die bestehenden Praxen werden diverse Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet.

Die zu erwartenden üblichen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich können voraussichtlich durch steigende Erlöse kompensiert werden.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2017 von einem Jahresüberschuss von TEUR 37 aus.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

V. Kennzahlen gemäß § 14 Absatz 6 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

		Plan 2 0 1 6	Ist 2 0 1 6	Ist 2 0 1 5
<u>Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO</u>				
Arbeitsproduktivität		1,49	1,43	1,47
Effektivverschuldung	TEUR	1.059	1.418	1.565
Eigenkapitalquote ¹	%	27,54	27,64	27,07
Eigenkapitalrendite	%	8,30	-5,87	-26,02
Fremdkapitalquote	%	72,46	72,36	72,93
Gesamtkapitalrendite	%	1,37	-2,47	-8,22
Investitionsdeckung	%	541,59	507,91	278,06
kurzfristige Liquidität	%	159,18	85,57	73,75
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	52,36	54,45	52,27
Vermögensstruktur	%	75,93	87,79	89,03

¹ hier ohne Berücksichtigung des Sonderpostens

Brandis, 10. März 2017

Servicegesellschaft Muldental mbH

Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70
04808 Wurzen

Tel. 03425 / 930
Fax 03425 / 93 23 99
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

Gründungsdatum 05.12.2006

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 07.12.2006

Letzte Änderung am

Handelsregistereintrag am 17.01.2007 unter 22944

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Sterilgutversorgung, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden für organisatorische und ablauftechnische Aufgaben sowie hiermit verwandter Dienstleistungen vorwiegend im Bereich der Kliniken des Muldentalkreises gGmbH und deren Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Servicegesellschaft Muldental mbH (nachfolgend SGM genannt) wurde zum 01.02.2007 gegründet. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 17.01.2007.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, (im Folgenden auch Muttergesellschaft genannt) ist alleinige Gesellschafterin der SGM.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheit- und Empfangsdienste, Sterilgutversorgung sowie Hol- und Bringdienst vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligung.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2016 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan
- Finanzplan
- Stellenübersicht
- Liquiditätsplan.

2. Ertragslage

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden ausschließlich in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte erbracht.

Umsatzerlöse des Berichtszeitraums in Höhe von TEUR 3.275 (Vj.: TEUR 3.185) setzen sich wie folgt zusammen:

	2016		2015	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.301	39,7	1.271	39,9
Umsatzerlöse aus Reinigung	1.139	34,8	1.092	34,3
Umsatzerlöse aus Sterilisation	581	17,8	574	18,0
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdienst	250	7,6	248	7,8
Sonstige Umsatzerlöse	4	0,1	0	0,0
	3.275	100,0	3.185	100,0

Die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 23, Vj.: TEUR 33) beinhalten im Wesentlichen Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit und von Sozialversicherungsträgern.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2016 (TEUR 923, Vj.: TEUR 922) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 538, Vj.: TEUR 527) und auf Aufwendungen für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 369, Vj.: TEUR 369).

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.642 (Vj.: TEUR 1.601). Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung wurden nicht gezahlt. Die Erhöhung der Personalkosten von rund 3% beruht auf dem Anstieg der tariflichen Vergütungen. Der Anstieg wurde durch einen leichten Rückgang der Beschäftigten in Bezug auf die Vollkräfte (VK) gedämpft.

Die Höhe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2016 TEUR 725 (Vj.: TEUR 689). Darin enthalten sind die Managementgebühren (TEUR 590, Vj.: TEUR 556) sowie Mietaufwendungen für die benötigten Räume (TEUR 104, Vj.: TEUR 104).

3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Servicegesellschaft Muldental mbH, Wurzen, im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	2016		2015		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen =						
Betriebsvermögen	370	100,0	355	100,0	15	4,2
Eigenkapital	52	14,1	49	13,8	3	6,1
Rückstellungen	28	7,6	32	9,0	-4	-12,5
Verbindlichkeiten	290	78,4	274	77,2	16	5,8
Betriebskapital	370	100,0	355	100,0	15	4,2

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Die liquiden Mittel konnten zum Bilanzstichtag deutlich gesteigert werden, was auf einen Abbau des Forderungsbestands zurückzuführen ist. Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 169 (Vj.: TEUR 96) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt. Die Struktur der Verbindlichkeiten und Rückstellungen blieb gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel, die Prozesse der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden. Gemäß den vertraglichen Regelungen werden Preis- und Lohnerhöhungen an die Muttergesellschaft weitergegeben. Die künftige Entwicklung der Geschäftstätigkeit wird daher von der Lage der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft abhängen.

Zukünftig ist von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten für das Jahr 2017 einen gegenüber dem Jahr 2016 weitgehend unveränderten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch entsprechende Vereinbarungen mit der Muttergesellschaft kompensiert werden.

Im Verlauf des Jahres 2017 soll gemeinsam mit den Muldentalkliniken ein neues Konzept zur Weiterentwicklung des Bereichs Catering erstellt werden. Die Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der Gesellschaft sind heute noch nicht abzuschätzen. Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2017 von einem Jahresüberschuss von TEUR 5 aus. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Wurzen, 13.02.2017

WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.

Beteiligungsübersicht

Stauffenbergstraße 4
04552 Borna

Tel. 03433 2413711

Gründungsdatum 10.06.1997

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 10.06.1997

Letzte Änderung am

Handelsregistereintrag am 02.09.2005 unter HRB 13821

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		30.750,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	30.750,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft im gesamten Gebiet des Landkreises Leipziger Land sowie die Realisierung und Unterstützung von Projekten, welche der Entwicklung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht dienen.

Mit Kreistagsbeschluss Nr. 2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. beginnend am 01.08.2011 beschlossen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2016

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft befindet sich seit dem 1. August 2011 in Liquidation. Als Liquidator ist Herr B. Fromeyer, Justiziar des Rechtsamtes, bestellt. Die Verträge sind weitgehend gekündigt und das Gewerbe abgemeldet.

Derzeit noch gültige Verträge:

- Vertrag mit Dr. Theile auf Honorarbasis (25,00 Euro/Stunde, geändert mit Ergänzung zum Vertrag vom 30.10.2015) zu Aufarbeitung der Grundstücksthemen
- Vertrag mit Steuerbüro Connex GmbH, Borna
- Geschäftsbesorgungsverträge mit dem Landkreis
- Nicht vollständig durchgeführte Grundstückskauf- und -verkaufsverträge (insbesondere aufgrund ausstehender Vermessungen)

Entwicklung der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016

21.01.2016

Beurkundung des Vertrages mit Forstbetrieb Chemnitz

28.01.2016

Bestätigung der Urkunde durch den Forstbetrieb Chemnitz

15.02.2016

Bezahlung der letzten Vermessungskosten von € 5.147,75 an die LMBV

04.02.2016

Nachtrag vom Notar Dr. Wagner zum endgültigen Festpreis erhalten

15.02.2016

Steuerbescheid für 2014, gesonderte Feststellung des verbleibenden Verlustvortrages zur Körperschaftssteuer

15.02.2016

Steuerbescheid für 2014, gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 27 II und 28 I S.3 KStG

15.02.2016

Steuerbescheid für 2014, über den Gewerbesteuermessbetrag

15.02.2016

Steuerbescheid für 2014, gesonderte Feststellung des vortragsfähigen Gewerbeverlusts

15.02.2016

Steuerbescheid für 2014, über Körperschaftssteuer und Solidaritätszuschlag

17.02.2016

Gewerbesteuerbescheid 2014 der Großen Kreisstadt Borna vom 17.02.2016

22.02.2016

Bezahlung der Minderfläche an den Forstbetrieb Chemnitz von € 699,82

23.02.2016

Antwort an Frau Bartsch zur Überweisung des Betrages für Minderflächen

23.02.2016

Anfrage an Herrn Grobe zur Planvereinbarung mit LMBV

23.02.2016

Ergänzungen zum Nachtrag WILL GmbH i.L/LMBV an Notar Dr. Wagner

28.09.2016

Schreiben des Landratsamtes zum Widerspruch gegen die Feststellung der Ergebnisse in der Wertermittlung im Flurneuordnungsverfahren Witznitz.

29.09.2016

Mitteilung des Herrn Schulze VLN Sachsen zu den Auf- u. Rückauflassungsvormerkungen für die WILL GmbH in den Grundbüchern.

04.10.2016

Anschreiben an den Notar Dr. Wagner mit Löschungsaufträgen in den verschiedenen Grundbüchern von Rötha, Thierbach, Kreudnitz und Mölbis.

24.11.2016

Anschreiben an sieben verschiedene Käufer nach Auskünften zu ihren Grundbüchern.

30.10.2016

Erarbeitung des Zwischenberichtes der Prüfungsergebnisse.

28.11.2016

Mitteilung des Notars Dr. Wagner zum Eigentumswechsel für Breitingen FI-St.-Nr. 855 an den Freistaat Sachsen.

23.11.2016

Beauftragung des Herrn Theile sich nochmals an den Notar Dr. Wagner zur Einsichtnahme in die Grundbücher aller Kaufverträge wenden.

23.11.2016

Anschreiben an Herrn Fromeyer zum Fortgang weiterer Anfragen.

05.12.2016

Anschreiben an das Landratsamt Landkreis Leipzig zum Widerspruch gegen die Feststellung der Ergebnisse der Wertermittlung im Flurneuordnungsverfahren Witznitz.

08.12.2016

Mitteilung zu weiteren Aktivitäten in der Ländlichen Neuordnung.

14.12.2016

Prüfungsauftrag im Widerspruchsverfahren LNO Witznitz.

13.12.2016

Antwortschreiben des Herrn Schulze VLN Sachsen zu der Vereinbarung mit der Teilnehmergemeinschaft in der Flurneuordnung Witznitz, Löschungen von Eintragungen in den Grundbüchern.

13.12.2016

Standpunkt zum Widerspruch in der Wertermittlung des Flurneuordnungsverfahren Witznitz prüfen.

Entwicklung der Gesellschaft nach dem Bilanzstichtag

02.01.2017

Antwortschreiben des Herrn J. Schulze VLN Sachsen zur Anfrage erhalten.

02.01.2017

Anfrage an Herrn Fromeyer zum Fortgang und Rückantworten der Anschreiben an verschiedene Käufer in der Gemarkung Pürsten.

20.01.2017

Prüfungsauftrag des Antrages zur Löschung von Rückauflassungsvormerkungen.

23.01.2017

Antwortschreiben, Herr Fromeyer kann die Beurkundung vollziehen.

24.01.2017

Beauftragung zu prüfen, ob Liquidation der WILL GmbH i.L. möglich ist.

24.01.2017

Bearbeitung der Jahresübersicht, Fortschreibung.

25.01.2017

Abschlußbericht der Prüfungen erarbeitet mit der Aussage, dass die Liquidation der WILL i.L. möglich wäre.

25.01.2017

Anfrage bei Herrn Grobe und Schmidt zum Stand der Bearbeitung einer pauschalen Löschungsbewilligung in der Flurneuordnung.

Ausblick

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht einschlägig, da sich die Gesellschaft bereits in Liquidation befindet.

Die Finanzmittel der Gesellschaft von ursprünglich TEUR 279 sind auf ca. TEUR 246 zurückgegangen. In den nächsten Monaten hat die WILL ca. TEUR 40 an Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Auskömmlichkeit der vorhandenen Finanzmittel hängt von der Zeit bis zum Abschluss der Liquidation ab. Entsprechend der Mittelfristplanung ist die Zahlungsfähigkeit nicht gefährdet. Eine belastbare Aussage, wann die Liquidation abgeschlossen sein wird, ist derzeit noch nicht möglich.

Borna, den 19. Mai 2017

Benno Fromeyer
Liquidator

KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3
04463 Großpösna OT Störmthal

Tel. 034299 / 87440
Email info@kell-gmbh.de
Internet <http://www.kell-gmbh.de>

Gründungsdatum 21.10.2009

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 07.10.2009

Letzte Änderung am 27.05.2010

Handelsregistereintrag am 02.12.2009 unter HRB 25657

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		331.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	331.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern, der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle.

Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien, sein, soweit die Gesellschaft überwiegend, die dem Gesellschafter als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Avalprovision	10.482,45

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	0,00
Landkreis an das Unternehmen	2.951.550,00

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS

1. Branchenentwicklung

Die Branche wartet weiterhin auf den Abschluss diverser Gesetzgebungsverfahren, wie dem Wertstoffgesetz, welches jetzt nur noch ein Verpackungsgesetz werden soll, sowie eine neue Gewerbeabfallverordnung. Gleichwohl entwickelte sich die Branche im gesamtwirtschaftlichen Kontext positiv.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsätze der Gesellschaft stiegen im Berichtsjahr um 4,4 % auf EUR 8,5 Mio. Ursache sind einerseits gestiegene Vermarktungs- und Beseitigungspreise sowie andererseits die Übernahme weiterer Aufgaben für den Landkreis Leipzig. So sind zum 01.10.2016 die Aufgaben des ehemaligen Abfallwirtschaftsamtes auf die KELL übertragen worden. Dies wird insbesondere in 2017 zu einem deutlichen Anstieg des Umsatzvolumens führen.

Gemäß Gesellschaftervertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

3. Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis liegt erneut über unseren Erwartungen. Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 574. Die Veränderung zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau der latenten Steuerbelastung.

4. Produktiver Geschäftsbetrieb

Der produktive Geschäftsbetrieb verlief im Berichtsjahr gemäß unseren Erwartungen. Der flächendeckende Tausch der Papierbehälter konnte in 2016 abgeschlossen werden. Die aufgestellten Behälter sind mit Transpondern ausgerüstet, wodurch eine ordnungsgemäße Bestandsführung sowie eine weitere Tourenoptimierung ermöglicht werden.

Die Übernahme der Durchführung der Entfrachtung unserer Wertstoffhöfe im Bereich der Grünabfälle senkte die Aufwendungen für bezogene Leistungen und verbesserte dadurch das Rohergebnis.

Die höheren Verwertungserlöse aus der Papiervermarktung führten zu einer entsprechenden Erhöhung der Aufwendungen für bezogene Leistungen, da die Erlöse in voller Höhe an den Landkreis ausgekehrt werden.

Die durch Lohnsteigerungen entstandenen höheren Personalkosten konnten durch den höheren Nettorohertrag vollumfänglich ausgeglichen werden.

Der weiterhin niedrige Ölpreis wirkt sich über die relativ konstanten Dieselpreise positiv auf die Fahrzeugkosten der Gesellschaft aus.

5. Beschaffung und Investitionen

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von TEUR 1.520 getätigt. In europaweiten bzw. nationalen Vergabeverfahren wurden Fahrzeuge, Bau- sowie Verwertungs-dienstleistungen ausgeschrieben.

Die durchgeführten Investitionen entsprachen dem bestätigten Investitionsplan bzw. wurden durch Einzelentscheidungen des Gesellschafters genehmigt. Über ausschreibungsbedingte Budgetabweichungen wurde der Aufsichtsrat informiert.

6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2016 erfolgten im Rahmen der Eigenfinanzierung. Allerdings ist beabsichtigt, die Fahrzeuginvestitionen gemeinsam mit den in 2017 ausgelieferten Fahrzeugen nachzufinanzieren.

Durch die ausschließliche Finanzierung mit Eigenmitteln und die planmäßige Tilgung der bestehenden Kredite hat sich das Finanzergebnis gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt.

7. Personal- und Sozialbereich

Der Leistungsumfang der für den Landkreis zu erbringenden Aufgaben erfordert einen konstanten Mitarbeiterbestand. Wesentliche Veränderungen werden für diesen Aufgabenbereich nicht mehr erwartet.

Durch die Übernahme der Aufgaben des bisherigen Amtes für Abfallwirtschaft hat sich der Mitarbeiterbestand im Berichtsjahr leicht erhöht. Im Geschäftsjahr wurden die übernommenen Aufgaben noch im Wesentlichen durch vom Landkreis abgestellte Mitarbeiter erledigt. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2017 wird die KELL die Aufgaben jedoch weitgehend mit neu eingestelltem, eigenem Personal durchführen.

Der Mitarbeiterbestand stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	31.12.2016	31.12.2015
Angestellte	14	13
Arbeiter	67	64
Aushilfskräfte	0	0
Gesamt	81	77

8. Umweltschutz

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Im Berichtsjahr erfolgte der Rückbau des ehemaligen Werkstattgebäudes in Borna.

II. DARSTELLUNG DER LAGE

1. Vermögenslage

Der Aufbau eigener Ressourcen im Bereich der Abfallwirtschaft durch den Landkreis Leipzig ist weitgehend abgeschlossen. Die durchgeführten Ersatzinvestitionen in die Infrastruktur der Abfallwirtschaft erhöhten das Anlagevermögen nur unwesentlich. Durch den Einsatz von Eigenmitteln bei der Durchführung der Investitionen liegt der Finanzmittelbestand etwas unter dem Wert des Vorjahres. Insgesamt hat sich die Bilanzsumme kaum verändert.

Die laufenden Tilgungen sowie der erwirtschaftete Jahresüberschuss haben den Verschuldungsgrad der Gesellschaft deutlich reduziert. Er beträgt nur noch 2,0 (VJ: 2,6). Die Eigenkapitalquote stieg bei nahezu unveränderter Bilanzsumme auf 33, 1 % (VJ: 27,5 %).

Da vorerst keine Ausschüttungen vorgesehen sind, erwartet die Geschäftsführung, unter Beachtung fortlaufender Ersatzinvestitionen, eine weiterhin stabile Vermögenssituation der Gesellschaft.

2. Finanzlage

Im Berichtsjahr konnte die Gesellschaft erneut aufgrund des sehr guten operativen Ergebnisses in Verbindung mit den zurückgeflossenen Abschreibungen aus den in den Vorjahren getätigten Investitionen einen positiven Cashflow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von TEUR 1.918 erwirtschaften.

Korrespondierend zu den Abschreibungsbeträgen führten die im Rahmen der Erneuerung des Behältersystems durchgeführten Investitionen zu einem Zahlungsmittelabfluss aus dem Investitionsbereich in Höhe von TEUR 1.364. Eine Kreditneuaufnahme war im Berichtsjahr nicht erforderlich.

Insgesamt ist der Zahlungsmittelbestand durch die ausschließliche Eigenfinanzierung der Investitionen im Geschäftsjahr 2016 etwas zurückgegangen. Damit wurde das Ziel der Geschäftsführung die sehr hohen Barbestände zu reduzieren konsequent umgesetzt. Die nach wie vor guten Liquiditätskennzahlen werden nun auch von entsprechend guten Vermögenskennzahlen flankiert. Der immer noch hohe Finanzmittelbestand gibt der Gesellschaft weiterhin ausreichend Stabilität und Flexibilität bei zukünftigen Finanzierungsvorhaben.

3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist wie erwartet stabil. Das Jahresergebnis übertrifft im Geschäftsjahr mit TEUR 574 erneut unsere Erwartungen. Die Umsatzrentabilität nach Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt 6,8 %.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten Kostensteigerungen aus dem Personalbereich sowie dem Werkstattrückbau durch den gestiegenen Nettoertrag kompensiert werden. Das Betriebsergebnis ist gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Der deutliche Zuwachs des Jahresüberschusses resultiert vorwiegend aus den Veränderungen im Bereich der passiven latenten Steuern. Unter Berücksichtigung aktiver Steuerlatenzen konnten im Geschäftsjahr 2016 TEUR 69 passive latente Steuern aufgelöst werden (Vorjahr Zuführung TEUR 268).

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

III. VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG MIT HINWEISEN AUF WESENTLICHE CHANCEN UND RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Die KELL hat sich als der kommunale Entsorger im Landkreis Leipzig etabliert. Die Verträge mit dem Landkreis Leipzig wurden verschlankt und zum 01.01.2017 in einen langfristigen Vertrag überführt. Dieser bildet nun gemeinsam mit dem neu abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrag eine entsprechend langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der beiden Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Die In-House-Verträge mit dem Landkreis erlauben nur unwesentliche Akquisitionen und damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

IV. SONSTIGE ANGABEN

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nicht ergeben.

2. Verwendung von Finanzinstrumenten

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Leasingverträge für Fahrzeuge sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2016 nicht beansprucht.

Die Gesellschaft hat für zwei variable Investitionsdarlehen Zinssicherungsgeschäfte (Forward-Swap) abgeschlossen.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall und Papier wurden durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig Bürgschaften gestellt.

3. Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung wurden von unserer Gesellschaft in 2016 nicht betrieben.

4. Bestehende Zweigniederlassungen

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Großpösna, 16. Februar 2017

Adam
Geschäftsführer

Meissner
Geschäftsführer

Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform

Unternehmen in der Privatrechtsform einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von unter 25 %

- 5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH**
- 6. Invest Region Leipzig GmbH**
- 7. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH**
- 8. Kommunale Datennetze GmbH (KDN)**
- 9. Lecos GmbH**
- 10. ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.**
- 11. Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)**
- 12. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH**
- 13. Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)**

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Otto-Schill-Straße 1
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1 40 77 9-0
Fax 0341 / 1 40 77 9-11
Email info@aufbauwerk-leipzig.com

Gründungsdatum 22.11.1993

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 05.05.1992

Letzte Änderung am

Handelsregistereintrag am unter HRB 8541

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.600,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Stadt Leipzig	57,0300 %	14.600,00 €
Landkreis Leipzig	23,4400 %	6.000,00 €
Landkreis Mittelsachsen	17,5800 %	4.500,00 €
WFG-Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Nordsachsen	1,9500 %	500,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2004 und Anmeldung zum Handelsregister vom 03.11.2004 firmiert die Gesellschaft unter Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrage der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck gemäß den Absätzen 1-4 dienen. Sie kann sich beispielsweise an deren Unternehmen beteiligen, sie kann auch Zweigniederlassungen errichten.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2016

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

A. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Regionalförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u.a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen. Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

2. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungsleistungen.

Die Entwicklung neuer Projekte ist ein essenzielles Aufgabenfeld der Gesellschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der eigenen Geschäftstätigkeit. Der Entwicklungsprozess findet permanent und begleitend zum Tagesgeschäft statt und richtet sich zeitlich nach Veröffentlichung von Ausschreibungen in den einzelnen Programmen der Europäischen Kommission, des Bundes und des Freistaats Sachsen. Bei der Auswahl von neuen Projektansätzen spielen insbesondere die Entwicklung, Förderung und Weiterentwicklung von technischen sowie gesellschaftlichen Innovationen für die Region eine entscheidende Rolle. Zur Ermittlung von Innovationspotentialen pflegt die Gesellschaft regelmäßigen Kontakt mit Vertretern der Gesellschafter, besucht entsprechende Veranstaltungen und steht in regelmäßigem Austausch mit regionalen und überregionalen Experten.

B. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen im europäischen Markt wie bspw. die zunehmenden Anforderungen an das europäische Projektmanagement und eine rückläufige Zahl an Agenturen bieten gute Wachstumschancen für die Gesellschaft. Die wesentlichen Stärken der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Dennoch ist die Gesellschaft und ihr Geschäftsfeld sehr stark von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung (Förderquoten/mögliche Antragsteller) und dem Start bewilligter Projektanträge.

2. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat die schwierige Übergangszeit in den letzten zwei Jahren zur neuen Förderperiode erfolgreich bewältigt. Im Jahresverlauf 2016 wurden drei Projekte innerhalb der Programme Interreg Europe und Interreg Central Europe erfolgreich beantragt. Somit liegen zum Ende des Jahres vier

bewilligte Projekte (RESQUE 2.0, RATIO, DEMO-EC, MOVECIT) mit einer Laufzeit bis 2019 vor. Für weitere fünf Interreg Central Europe Projekte, welche sich in der zweiten Evaluierungsstufe befinden, wird im Frühjahr 2017 eine finale Entscheidung erwartet.

Aus der Zusammenarbeit in den grenznahen Städten und Gemeinden im Programmraum Interreg Va entwickelten sich weitere Projektideen, bei denen das Aufbauwerk in der Antragsentwicklung (und bei Antragsbewilligung in der Umsetzung) involviert ist. Diese Aufträge nehmen für die Gesellschaft eine Schlüsselposition zur Deckung des Eigenanteils und damit Erfüllung der Kofinanzierungspflicht ein. Erste Förderbescheide werden im I. Halbjahr 2017 erwartet.

3. Lage

3.1 Ertragslage

Die wirtschaftliche Situation hat sich gegenüber dem Vorjahr stabilisiert.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 13.953,92 Euro ab (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 95.932,67 Euro).

Projektentwicklungskosten im Jahr 2016 für die Beantragung von Central Europe Projekten wurden im Frühjahr 2017 in Höhe von 30.000 Euro bewilligt, können aber aufgrund des Realisationsprinzips erst im Jahr 2017 gewinnwirksam gebucht werden.

Die Gesamtleistung (ohne Nebenerlöse und Mieteinnahmen) in Höhe von 162.955,00 Euro stieg gegenüber dem Vorjahr um 16,56%. Um den Verlust zu begrenzen, wurden die sonstigen betrieblichen Aufwendungen maximal reduziert und an die wirtschaftliche Lage (Vertragsveränderungen) angepasst. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2016 durch die Untervermietung der Büroräume generiert werden.

Der Betriebsaufwand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 93.091,91 Euro auf 200.527,26 Euro. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen waren minimal (590,75 Euro), da alle Projektleistungen und Akquisetätigkeiten über eigenes Personal realisiert wurden. Die Verringerung der Personalaufwendungen um 71.539,49 Euro ist im Wesentlichen auf die Kurzarbeit bis zum 31.05.2016 und den anschließenden Gehaltsverzicht von Mitarbeitern und Geschäftsführerin (20 % des Bruttogehaltes) zurückzuführen.

3.2 Finanzlage

Zum 31.12.2016 verfügt die Gesellschaft über positive liquide Mittel i. H. v. 43.460,46 Euro.

(Vorjahr: 88.390,13 Euro). Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr liegt im negativen Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit begründet, da aufgrund der spät gestarteten Projekte geringere Einzahlungen von Fördergeldern vorliegen.

Die Finanzlage ist als zufriedenstellend zu bezeichnen. Der Bestand an liquiden Mitteln wurde nicht so stark belastet wie ursprünglich in der Wirtschaftsplanung 2016 angenommen.

Im Bedarfsfall steht ein Kontokorrentkredit in Höhe von 145 T€ zum Ausgleich von Liquiditätsbelastungen zur Verfügung.

3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr nur leicht um 27.421,63 Euro verringert. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf die Verringerung der Guthaben bei Kreditinstituten zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich die Verringerung der Rückstellungen, insbesondere Steuerrückstellungen, um 31.617,00 Euro aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 140.933,24 Euro (Vorjahr: 154.887,16 Euro). Die Eigenkapitalquote beträgt 56,6 %.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen des Cashflows und die Gesamtleistung heran. Die Gesamtleistung errechnet sich aus den Umsatzerlösen und der Bestandsveränderung (ohne Nebenerlöse und Mieteinnahmen) stieg gegenüber dem Vorjahr um 23.156,00 Euro auf 162.955,00 Euro. Die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds beträgt im Geschäftsjahr - 45 TEUR (Vj. – 139 TEUR). Diese entspricht mangels Investitionen dem der laufenden Geschäftstätigkeit.

C. Prognosebericht

Auch im Jahr 2017 wird die Konzentration auf die Kernkompetenzen der Gesellschaft in der Beantragung und Steuerung von Förderprojekten (technische Koordination, Finanzmanagement,

Projektmanagement usw.) fortgeführt. Wie bereits in den Vorjahren geschehen, wird hierbei neben EU-Förderinstrumenten ebenso auf Programme von Bund und Land zurückgegriffen. Der Großteil der Projekte wird in eigener Trägerschaft realisiert.

Für 2017 wird eine positive Unternehmens- und Projektentwicklung prognostiziert. Im Interreg Central Europe Programm befinden sich weitere fünf Projekte in der zweiten Evaluierungsphase. Die Bewilligung von mindestens zwei Projekten wird spätestens bis zum April 2017 erwartet.

Gemäß der vorgelegten Wirtschaftsplanung für das Jahr 2017 wird die Gesellschaft unterjährig den Kontokorrentkredit in Anspruch nehmen. Dies ist ursächlich auf die Vorlaufkosten in den Projekten vor allem aus den EU-Programmen, den zu erbringenden Eigenanteil an Projektkosten und die von der Gesellschaft nur begrenzt steuerbare Auszahlung der Fördermittel zurückzuführen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die geplanten Fördermittel ab Jahr 2017 kontinuierlich zur Auszahlung kommen. Mit einem Vorfinanzierungszeitraum von bis zu zwölf Monaten muss jedoch gerechnet werden.

D. Chancen –und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Gesellschaft ist stark von nicht beeinflussbaren Faktoren wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung und dem Start bewilligter Projektanträge abhängig. Die Evaluierung der Projekte der Förderperiode 2014-2020 vollzog sich nur zögernd und wirkte sich auf die Tätigkeit der Gesellschaft aus. Der Übergang in den vorangegangenen Förderperioden vollzog sich durchschnittlich im Zeitraum von eineinhalb bis zwei Jahren. Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH jedoch inhärent und konnte durch die Gesellschaft bislang erfolgreich bewältigt werden. Umsätze, Gewinne und erwirtschaftete Eigenanteile zeigen deutlich, dass eine wirtschaftlich nachhaltig erfolgreiche Geschäftstätigkeit des Unternehmens innerhalb der letzten Jahre nachgewiesen werden konnte und für die Zukunft erwartet werden kann.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 20 und 25%). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragsstätigkeiten in der Regionalentwicklung erwirtschaftet.

Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem relativ hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht im vollen Umfang vergütet werden.

Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar.

Die Geschäftsführung beschäftigt die Mitarbeiter überwiegend projektbezogen. Durch die Befristungen und das vergleichsweise niedrige Entgeltniveau besteht die Gefahr, dass die Mitarbeiter in Anbetracht der sehr guten Arbeitsmarktsituation abgeworben werden.

Die Vorfinanzierung in Projekten, wie sie in den meisten EU-Programmen üblich ist, kann zu Engpässen in der Liquidität führen.

2. Chancenbericht

Die Methodenkompetenz und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit ermöglichen, dass sich die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH auf verschiedene regionale Branchenschwerpunkte konzentrieren und anpassen kann. Dies gilt auch für den Fall von veränderten Förderschwerpunkten der EU in der neuen Förderperiode 2014-2020. Die Kernkompetenzen des Aufbauwerks liegen in der Entwicklung und Umsetzung von EU-Projekten und sind damit universell. Diese Kompetenzen in Verbindung mit den lokalen Rahmenbedingungen eröffnen deutliche Wachstumschancen mit dem Ziel, weitere Mittel für die Regionalentwicklung in Leipzig bzw. Mitteldeutschland zu akquirieren. Dazu trägt auch eine wachsende europäische regionale Vernetzung bei.

Aus der erfolgreichen Zusammenarbeit (als Auftragnehmer) in den grenznahen Städten und Gemeinden (deutsch-tschechische Zusammenarbeit) entwickelten sich bereits konkrete Projektideen, bei denen das Aufbauwerk in der Antragsentwicklung (bei Antragsbewilligung entsprechend in der Umsetzung) involviert ist.

Diese Kompetenzen werden mittlerweile auch aus dem deutsch-polnischen Grenzgebiet nachgefragt und führen hier zu einer Projekteinreichung im Sommer 2017 in Zusammenarbeit mit der Stadt Hoyerswerda.

Weitere Perspektiven für die Region ergeben sich besonders für den Landkreis Mittelsachsen durch die Beantragung des Regionalbudgets, finanziert über GRW-Infrastrukturmittel. Das Aufbauwerk fungiert als Antragsentwickler.

3. Gesamtaussage

Das strategische und operative Handeln der Gesellschaft ist wesentlich geprägt von einem Selbstverständnis als Dienstleister für die Region Leipzig.

Der Rückgang der Fördermittel für Sachsen in der neuen Förderperiode 2014-2020 ist eine große Herausforderung für die Region. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH kann dies abfedern durch verstärkten Zugriff auf Fördermittel, die in zentraler Verwaltung von Brüssel liegen. Die Stärken der Gesellschaft liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Bei Anfragen kann somit kurzfristig ein entsprechendes Förderprogramm zur Projektanfrage/-idee gefunden und der Projektantrag entwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft gut gerüstet für die Bewältigung zukünftiger Risiken.

E. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. von 145.000 Euro zurückgreifen. Der Kredit dient zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko, welcher auch im Jahr 2017 für Übergangszeiträume bis zum Eingang der Fördermittel in Anspruch genommen werden soll.

F. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Leipzig, den 24.04.2017

Silvana Rückert
Geschäftsführerin

Invest Region Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Markt 9
04109 Leipzig

Tel. 0341-26827770
Fax 0341-26827799
Email info@invest-region-leipzig.de
Internet <http://www.invest-region-leipzig.de>

Gründungsdatum 30.11.2012

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 10.10.2012

Letzte Änderung am 30.11.2012

Handelsregistereintrag am 01.02.2013 unter HRB 29067

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		150.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	15,0000 %	22.500,00 €
Landkreis Nordsachsen	15,0000 %	22.500,00 €
IHK Leipzig	19,0000 %	28.500,00 €
Stadt Leipzig	51,0000 %	76.500,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die Region Leipzig, bestehend aus den Gebieten der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit deren kreisangehörigen Gemeinden sowie der Stadt. Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmung wird die Gesellschaft insbesondere das Standortmarketing und die Investorenwerbung für die Region durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und Betreuen und die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern unterstützen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	249.028,67

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. PROFIL DER INVEST REGION LEIPZIG GMBH

Die Invest Region Leipzig GmbH (nachfolgend: „IRL“, „IRL GmbH“, Gesellschaft“ oder „GmbH“) ist seit dem 15. August 2013 als Gesellschaft der Stadt Leipzig, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Landkreise Nordsachsen und Leipzig im Sinne einer nach außen orientierten Wirtschaftsfördergesellschaft aktiv. Sie fügt sich in das Zusammenspiel der Ämter und Institutionen für Wirtschaftsförderung innerhalb der Region Leipzig ein, deren jeweilige Schwerpunktsetzungen (u.a. lokale Bestandspflege, wirtschaftspolitische Rahmengestaltung, Cluster-Förderung, Liegenschaftsmanagement, Gründerberatung, Aus- und Weiterbildung) in den gegebenen regionalen Strukturen bestehen bleiben. Zur Fokussierung auf die GmbH-Kernaufgaben und zur Vermeidung redundanter Überschneidungen grenzt die IRL GmbH ihr Tätigkeitsportfolio daher bewusst von solchen Dienstleistungen ab, die sich primär im Serviceportfolio anderer regionaler Leistungsträger befinden.

Die Kernziele bzw. satzungsgemäß definierten strategischen Unternehmensschwerpunkte der Gesellschaft bestehen in der Initiierung, Akquisition und Ansiedlung arbeitsplatzschaffender, gewerblicher Direktinvestitionen und der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem In- und Ausland. Ergänzt wird dies durch ein aktives und vertriebsunterstützendes Standort- und Imagemarketing für die Region Leipzig, um deren Wahrnehmung als dynamische, perspektivstarke Wirtschaftsregion zur Erzeugung von Nachfrage bei standortinteressierten potentiellen gewerblichen Direktinvestoren und qualifizierten Fachkräften zu steigern. Dabei fokussiert sich die Gesellschaft neben dem deutschen Wirtschaftsraum zunehmend auf die Bearbeitung internationaler Quellmärkte und trägt mit ihrer Arbeit zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region Leipzig bei.

Die Unternehmensschwerpunkte „Unternehmensakquisition und –ansiedlung“ sowie „Fachkräftegewinnung“ bilden intern zugleich die beiden Geschäftsfelder der IRL. Der Bereich „Standort- und Imagemarketing“ stellt kein gesondertes Geschäftsfeld dar. Vielmehr dienen die daraus abgeleiteten Maßnahmen der Umsetzung von Zielen und Strategien in den zwei vorgenannten Geschäftsfeldern.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die IRL GmbH Zahlungen von ihren Gesellschaftern, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemessen. Daneben generiert die GmbH Eigenerlöse durch die projektbezogene Einbindung regionaler Wirtschaftspartner in ihre Marketing- und Vertriebsmaßnahmen.

2. ANGABEN NACH § 99 Abs. 2 SächsGemO

Die nachfolgenden Angaben entsprechen den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

2.1. Anteilseigner

Anteilseigner der Invest Region Leipzig GmbH sind die Stadt Leipzig mit 51 Prozent, die Industrie- und Handelskammer zu Leipzig mit 19 Prozent sowie die Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit jeweils 15 Prozent.

2.2. Organe der Gesellschaft

2.2.1. Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist seit 1. November 2015 Herr Michael Körner, Leipzig, Diplom-Informatiker.

2.2.2. Gesellschafterversammlung

Der Gesellschafterversammlung gehörten im Geschäftsjahr 2016 vier Mitglieder an:

- Herr Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Stadt Leipzig, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung
- Herr Wolfgang Topf, Präsident, Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (bis 21.06.2016)
- Herr Kristian Kirpal, Präsident, Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (seit 21.06.2016)
- Herr Henry Graichen, Landrat, Landkreis Leipzig
- Herr Kai Emanuel, Landrat, Landkreis Nordsachsen

2.2.3. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Invest Region Leipzig GmbH gehörten im Geschäftsjahr 2016 nachfolgende Vertreter der Gesellschafter an:

Stadt Leipzig:

- Herr Uwe Albrecht, Bürgermeister und Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit der Stadt Leipzig, Stadt Leipzig, Aufsichtsratsvorsitzender
- Herr Heiko Bär, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion der SPD; freiberuflicher Lehrer
- Herr Dieter Deissler, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Herr Holger Hentschel, Stadtrat, Stadt Leipzig, AfD-Fraktion; Bankkaufmann
- Herr William Grosser, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion Die Linke
- Herr Gerd Heinrich, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion der CDU; geschäftsführender Gesellschafter

IHK zu Leipzig:

- Herr Wolfgang Topf, Präsident, Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender (bis 21.06.2016)
- Herr Kristian Kirpal, Präsident, Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (seit 01.08.2016)
- Herr Martin Buhl-Wagner (bis 21.06.2016, erneut seit 08.11.2016); Geschäftsführer, Sprecher der Geschäftsführung, Leipziger Messe GmbH

Landkreis Leipzig:

- Herr Henry Graichen, Landrat, Landkreis Leipzig
- Herr Andreas Dietze, Kreisrat, Landkreis Leipzig (seit 24.02.2016)

Landkreis Nordsachsen:

- Herr Kai Emanuel, Landrat, Landkreis Nordsachsen
- Herr Andreas Kretschmer, Oberbürgermeister, Stadt Oschatz

2.3. Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte die Invest Region Leipzig GmbH insgesamt neun Angestellte, den Geschäftsführer eingeschlossen in Vollzeit (31.12.2015: 10 Angestellte).

2.4. Abschlussprüfer

Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 1. November 2016 wurde Herr Dipl.-Kfm. Kai Jajk, Wirtschaftsprüfer, als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2016 der Invest Region Leipzig GmbH gewählt.

3. SONSTIGE ANGABEN

Die Arbeit der IRL GmbH stützt sich auf ein klares strategisches Unternehmenskonzept sowie einen jährlich fortgeschriebenen Wirtschafts-/Marketingplan, welcher regelmäßig durch ein umfassendes Jahres-, Quartals und Zwischenberichtswesen gegenüber den Organen der Gesellschaft sowie anhängigen Gremien und Interessengruppierungen reflektiert wird.

Geschäftsordnung

Der Gesellschaftsvertrag der Invest Region Leipzig GmbH sieht die Schaffung einer Geschäftsordnung der Gesellschaft unter Berücksichtigung der Zusammenarbeit der Organe der Gesellschaft mit den Gremien und Verwaltungen der Gesellschafter vor. Die Geschäftsordnung soll entsprechend dem Gesellschaftsvertrag insbesondere Konkretisierungen und Regelungen zu den Aufgaben der

Gesellschafterversammlung sowie zu den Rechten und Pflichten des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung beinhalten. Die Gesellschafterversammlung hat sowohl für die Geschäftsführung als auch den Aufsichtsrat eine Geschäftsordnung beschlossen, die sich inhaltlich am Leipziger Corporate Governance Kodex (LCGK) orientiert.

Managementberichtswesen

Der Geschäftsführer informiert den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung regelmäßig und umfassend, in mündlicher und schriftlicher Form über die Lage des Unternehmens, Fragen zur Strategie und zu deren Umsetzung, die Planung sowie die Geschäftsentwicklung einschließlich der Finanz- und Ertragslage. Bei wesentlichen Ereignissen wird gegebenenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen.

Über die festgelegten Gremien-Sitzungstermine hinaus findet ein kontinuierlicher Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden in der Regel 14-tägig sowie auf fachlicher Ebene mit den Amtsleitern für Wirtschaftsförderung der Gesellschafter und der Geschäftsführung der IHK zu Leipzig monatlich statt.

Im Jahresverlauf 2016 wurde das bestehende Berichtswesen optimiert und sukzessive um weitere Kennzahlen erweitert.

Wirtschaftsplanung

Die Gesellschaft richtete ihre Geschäftsaktivitäten im Geschäftsjahr 2016 an dem durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschaftsplan 2016 aus.

Die Wirtschaftsplanung einschließlich der geplanten Vertriebs-/Marketingaktivitäten für das Geschäftsjahr 2016 wurde in der Aufsichtsratssitzung vom 8. Oktober 2015 durch den Aufsichtsrat mit einer positiven Empfehlung an die Gesellschafterversammlung versehen und von dieser in der Gesellschafterversammlung vom 19. Oktober 2015 beschlossen. Unter Berücksichtigung der im 4. Quartal 2015 erfolgten personellen Veränderungen wurde im Dezember 2015 der Wirtschaftsplan 2016 überarbeitet, dem Aufsichtsrat vorgelegt und durch diesen im Umlaufverfahren der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Die Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung erfolgte im Umlaufverfahren im 1. Quartal 2016.

Der Wirtschaftsplan für das laufende Geschäftsjahr 2017 wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates am 1. November 2016 mit einer Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung versehen, die den Wirtschaftsplan 2017 in ihrer Sitzung am 20. Dezember 2016 einstimmig billigte.

Strategisches Unternehmens- und Vertriebskonzept

Die Aktivitäten der Invest Region Leipzig GmbH richten sich an einem umfassenden strategischen Unternehmenskonzept aus, welches um ein Vertriebskonzept, das die angestrebten Vertriebsmaßnahmen konkretisiert, ergänzt wurde. Letzteres fand im Geschäftsjahr 2016 eine nochmalige Schärfung und Ergänzung, um insbesondere auf die Ergebnisorientierung der Vertriebsaktivitäten der Gesellschaft zu fokussieren aber auch geplante Aktivitäten in Bezug auf das Botschaftersystem sowie die angestrebten Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaften zu konkretisieren.

Beide Konzepte stellen auf einer analytischen Grundlage die Ziele, Strategien und operativen Maßnahmen der einzelnen GmbH-Geschäftsfelder dezidiert dar und wurden innerhalb der Aufsichtsgremien erörtert, diskutiert und abschließend bestätigt.

Finanzierungsgrundlage

In den Jahren 2013 bis 2015 basierte die Finanzierung der Gesellschaft auf einer zwischen den Gesellschaftern geschlossenen Finanzierungsvereinbarung. Im Geschäftsjahr 2015 beschlossen die Gesellschafter die Umstellung der Finanzierungssystematik und damit verbunden die Ausgestaltung einer neuen Finanzierungsgrundlage auf Basis eines Dienstleistungsvertrages für die Jahre 2016ff. Dieser zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern geschlossene Dienstleistungsvertrag trat zum 1. Januar 2016 in Kraft und hat eine Laufzeit bis 31.12.2018.

Evaluation der Gesellschaft

Mit der Gründung der Gesellschaft wurden Gremienbeschlüsse der Gesellschafter gefasst, die nach drei Wirtschaftsjahren eine Evaluation der Arbeit der IRL vorsahen. Mit der Evaluation beauftragt wurde die Hochschule Harz, die diese im Zeitraum Juni bis September 2016 durchführte. Von Oktober 2016 bis Januar 2017 erfolgte die Befassung mit den Evaluationsergebnissen innerhalb der Gesellschaftergremien, im Ergebnis dessen wurde die Weiterführung der Gesellschaft entschieden.

4. WIRTSCHAFTSBERICHT

Die Mitarbeiter der Invest Region Leipzig GmbH haben im Geschäftsjahr 2016 in Erfüllung der satzungsgemäß definierten Aufgaben eigenverantwortlich ein hohes und konzeptionell abgesichertes Pensum geleistet. Der Fokus der GmbH-Aktivitäten lag dabei auf der Direktakquise im Rahmen von Messen, Roadshows/Unternehmensbesuchen und diversen Veranstaltungsformaten, mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Strukturen in der Region Leipzig durch Industrieansiedlungen und die Beschaffung neuer Arbeitskräfte zu verbessern.

Unternehmensakquisition und -ansiedlung

Direktvertrieb, Messen- und Promotions- sowie Delegationsbetreuung

Im Jahresverlauf 2016 bearbeiteten die Mitarbeiter der Invest Region Leipzig GmbH akquisitorisch ausgewählte Wirtschaftsleitenden und Branchenschwerpunktmessen im In- und Ausland. Das Spektrum der akquisitorisch bearbeiteten und im Rahmen der Wirtschaftsplanung vorgestellten Messen war breit und berücksichtigte insbesondere die auf Basis der Erkenntnisse der im Jahr 2014 erstellten Fraunhofer MOEZ-Studie definierten Branchen mit den größten Perspektiven für die Region. Insgesamt bearbeiteten die Mitarbeiter im Jahresverlauf 2016 26 Messen, davon sechs mit eigenem Messestand/Gemeinschaftsstand. Darüber hinaus nahmen die IRL sowie die BioNet (Technologie-transfergesellschaft für Biotechnologie) unter Begleitung und Einbindung vier regionaler Unternehmen u.a. an der NYC Medtech Conference (New York) teil.

Um insbesondere Unternehmen der Landkreise Leipzig und Nordsachsen zu unterstützen und diesen eine Plattform zur Präsentation ihres Leistungsspektrums zu schaffen, beteiligte sich die Invest Region Leipzig GmbH im Januar 2016 erneut an der Internationalen Grünen Woche in Berlin.

Mit dem Ziel der Generierung von qualifizierten Unternehmenskontakten und in Fortsetzung der im Jahr 2015 begonnenen intensiven Erschließung gemäß Fraunhofer MOEZ-Studie definierter ausländischer Märkte, waren Vertriebsmitarbeiter (teilweise in Begleitung regionaler Unternehmer) im Jahr 2016 in Schweden, Israel, der Schweiz, Polen und den USA unterwegs, um im Rahmen von Unternehmens- und Messebesuchen aber auch Investorenseminaren die Potentiale der Region Leipzig vorzustellen und als Investitionsstandort zu empfehlen, das bestehende Netzwerk durch gezielte Kontaktabbauung und systematische Beziehungspflege zu Entscheidungsträgern und –beeinflussen von Investitionsentscheidungen zu erweitern, aber auch das länderspezifische Know-how auszubauen.

So befand sich bspw. die für das internationale Beziehungsmanagement zuständige Mitarbeiterin der Invest Region Leipzig GmbH im Juni, September und Dezember 2016 auf Reisen zur Gewinnung von Multiplikatoren und Investoren an der West- und Ostküste der USA. Bestreben war es, ein Partnernetzwerk bestehend aus Industrieverbänden, Technologieparks, Außenwirtschaftsfördergesellschaften, Start-up-Zentren sowie F&E-Einrichtungen aufzubauen. Der Fokus der Ansprache lag vornehmlich auf (finanzierten) US-amerikanischen Start-ups sowie Unternehmen und Multiplikatoren, vorrangig aus den Bereichen IT/E-Commerce, Medien-/Kreativwirtschaft und dem Finanz- und Versicherungswesen, der Energiespeichertechnik und e-Mobilität sowie der Life Science Branche.

Das Akquisitionsteam bearbeitet sämtliche Messe-/Akquisitionskontakte sukzessive nach und verfolgt diese weiter. Dabei werden Interessenten gezielt und passgenau über mögliche Standortalternativen informiert sowie in ansiedlungsrelevanten Fragestellungen durch die Gesellschaft aber auch durch Partner in der Region beraten und begleitet. Dokumentiert werden die Aktivitäten regelmäßig über Messe- und Gesprächsprotokolle, aus denen u.a. die weitere Vorgehensweise bzw. die nächsten Schritte abgeleitet werden.

Im 2. Halbjahr 2016 begleitete die Gesellschaft eine Leipziger Delegation, welcher neben dem Oberbürgermeister auch Leipziger Unternehmer angehörten, nach Lyon, um die Region Leipzig vorzustellen und Kontakt zu regionalen Unternehmen aufzunehmen. Darüber hinaus empfing die IRL unter Einbeziehung von Gesellschaftervertretern drei Wirtschaftsdelegationen (UK- Plymouth; China-Shanghai, Shandong, Nantong; Shunde) und präsentierte die Invest Region Leipzig im Oktober 2016 im Rahmen eines von der IHK zu Leipzig organisierten B2B-Meetings mit Unternehmern aus der Ukraine und Moldau-Region.

Direktmailing-/Direktmarketingaktivitäten

Die Recherche und Kontaktaufnahme zu expansionsorientierten Unternehmen, Messeausstellern sowie bestehenden Kontakten ist als wesentlicher Teil der Vorbereitung sämtlicher Akquisetätigkeiten im In- und Ausland anzusehen.

Während im Geschäftsjahr 2015 die initiale und direkte persönliche Kontaktaufnahme im Zuge von Direktmailing-Kampagnen einen wesentlichen Schwerpunkt zur Identifikation arbeitsplatzschaffender Investitionsinteressenten darstellte (26.000 postalische Mailings an Unternehmen mit

Erweiterungsoptionen in strukturstarken Quellmärkten), fokussierte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 ihre Direktmarketingaktivitäten auf die Länder, in denen Mitarbeiter im Rahmen von Roadshows und Messen aktiv waren (Schweiz, USA, Israel, Schweden). Insgesamt erfolgten ca. 2.300 postalische Aussendungen von qualifizierten Angebotsschreibern im April 2016 an Schweizer Unternehmen. Hinzu kamen seit Oktober verstärkt E-Mailings (ca. 5.000) mit Gesprächsangeboten, die zumeist in Verbindung und Vorbereitung geplanter Messebesuche versendet wurden. Die Basis für sämtliche Unternehmensansprachen bildeten dabei recherchierte, geprüfte und personalisierte Adressdaten. Darüber hinaus beauftragte die Gesellschaft externe Dienstleister mit der Recherche und Ansprache wachstumsstarker und potentiell investitionsbereiter Unternehmen in den Zielmärkten. Infolge dessen konnten diverse Telefontermine und Unternehmensbesuche stattfinden sowie Standortbesuche in Leipzig verzeichnet werden.

Akquisitionsergebnisse

Die Invest Region Leipzig GmbH blickt aus Akquisitionssicht auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2016 zurück.

Das anhaltend hohe Engagement und die außerordentliche Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter sowie die konsequent am Vertriebsplan ausgerichteten Aktivitäten zeigen sich insbesondere an einer gegenüber dem Vorjahr signifikant gestiegenen Anzahl an von der IRL begleiteten Unternehmensansiedlungen sowie qualifizierter Kontakte.

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 befanden sich insgesamt 343 qualifizierte Kontakte in der Bearbeitung durch das Akquisitionsteam der Invest Region Leipzig GmbH (31.12.2015: 85 qualifizierte Kontakte). Dies ist Ergebnis der konsequenten Fokussierung auf direktvertriebliche Maßnahmen entsprechend den Vorgaben des Vertriebskonzeptes.

Positiv verlief im Jahr 2016 auch die Entwicklung der Ansiedlungen. Unter Begleitung der IRL entschieden sich in 2016 insgesamt 23 Unternehmen für eine Ansiedlung in der Region Leipzig. Damit erhöhte sich die Anzahl der durch die IRL begleiteten Ansiedlungen um 16, verglichen mit den im Jahr 2015 getätigten Ansiedlungszusagen. Die in 2016 angesiedelten Unternehmen beabsichtigen nach eigenen Angaben mehr als 800 Arbeitsplätze zu schaffen (Ansiedlungen 2015: mehr als 500 Arbeitsplätze). Zuzuordnen sind die angesiedelten Unternehmen schwerpunktmäßig den Branchen IT/E-commerce (54 Prozent), Automotive (12 Prozent), Life Science (11 Prozent) Logistik (6 Prozent), Fertigungswirtschaft (3 Prozent) sowie sonstige (Versicherung, Dienstleistungen, Groß-/Einzelhandel 14 Prozent).

Die Gesellschaft bezog im Jahr 2016 die Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig in 22 Standortanfragen (2015: 26 Standortanfragen), den Landkreis Leipzig in 16 Standortanfragen (2015: 18 Standortanfragen) und den Landkreis Nordsachsen in 13 Standortanfragen (2015: 20 Standortanfragen) ein. Eine Einbindung der IHK zu Leipzig erfolgte in 6 Projektvorhaben (z.B. Unternehmensgründungen/-nachfolge; 2015: 7 Anfragen). Bei keiner erkennbaren örtlichen Präferenz des Investors/-Interessenten für sein Ansiedlungsvorhaben wurden i.d.R. alle Gesellschafter in die Standortanfrage einbezogen.

Mit Blick auf die Entwicklung der Anzahl Einbindungen der Gesellschafter wird deutlich, dass es nicht immer der Anfrage nach Flächen/Immobilien an die Gesellschafter bedarf, da die Mitarbeiter der Gesellschaft zunehmend mehr Kenntnis über das Gewerbe-/Immobilienflächenangebot ihrer Gesellschafter sowie dessen Verfügbarkeit erlangen, sich die Abläufe professionalisieren und die direkte Abstimmung auf operativer Ebene Synergien hebt. Darüber hinaus werden Anfragen auch über den privaten Markt platziert.

Fachkräftegewinnung

Die Fachkräftegewinnung für die Region Leipzig erfolgt seitens der IRL GmbH als unterstützende Maßnahme in der Phase der Investorengewinnung sowie für bereits angesiedelte Unternehmen bezogen auf Engpassberufsgruppen.

Im Geschäftsjahr 2016 präsentierte sich die Gesellschaft u.a. mit eigenen Messeständen auf der KarriereStart (Dresden), der Akademika (Nürnberg und Augsburg) sowie den International Job Days Medizin und Gesundheit (Prag). Darüber hinaus führte die Gesellschaft im November 2016 eine zweiwöchige Campustour an ausgewählten Hochschulstandorten in Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern durch.

Ziel der Fachkräfte-Gewinnungsmaßnahmen ist es, Studenten, Absolventen, jungen Berufstätigen mit akademischer Ausbildung aber auch Fachkräften sowie Rückkehrwilligen und Pendlern die Arbeitsmarkt- und Jobperspektiven in der Region zu präsentieren und für die Gewinnung akademischer Fachkräfte für die Region Leipzig zu werben.

Im Dezember 2015 konstituierte sich die „Fachkräfteallianz“ des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Dresden, um eine sachsenweite Plattform für die zukünftige

Fachkräftesicherung zu schaffen. Im Rahmen dieser Allianz sollen u.a. Branchen und Unternehmen in ihrem Engagement der Fachkräftegewinnung und -bindung sowie in ihrer Darstellung als attraktive Arbeitgeber unterstützt werden.

Aktiv bringt sich die Invest Region Leipzig GmbH seit Jahresbeginn 2016 in die Fachkräfteallianzen ihrer Gesellschafter ein, um die Fachkräfteallianzen bei Fachkräftegewinnungsmaßnahmen zu unterstützen bzw. eigene Projekte vorzustellen und umzusetzen. In diesem Zusammenhang erteilte die Sächsische Aufbaubank Dresden (SAB) der IRL GmbH positive Förderbescheide für das im Rahmen der Fachkräfteallianz Leipzig eingereichte Projekt „Quellmarktstudie zur Fachkräftesicherung“ sowie zur Umsetzung einer „Fachkräftepromotion für Pendler und Rückkehrer an zentralen Bahnhöfen“ im Rahmen der Fachkräfteallianz Nordsachsen. Das Projekt „Fachkräftepromotion für Pendler und Rückkehrer an zentralen Bahnhöfen“ fand seine Umsetzung im Wesentlichen am 23.09.2016 am Hauptbahnhof Frankfurt am Main.

Die im Juni 2016 beim Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) beauftragte „Quellmarktstudie zur Fachkräftesicherung“ wurde bis Dezember 2016 weitestgehend abgeschlossen und die Ergebnisse Mitgliedern der Fachkräfteallianzen präsentiert. Beabsichtigt ist, die aus der Studie gewonnenen Erkenntnisse aktiv einzusetzen, um gezielt Fachkräfte in den relevanten Ländern/Region anzusprechen und für den Arbeitsmarkt der Region Leipzig zu gewinnen.

Neben der Vorstellung des Portfolios an wirtschaftlichen Leistungsträgern der Region Leipzig galt es im Rahmen der Aktivitäten des Bereichs Fachkräftegewinnung, die Webseite www.work-in-leipzig.de als ersten Zugang zur Gesamtdarstellung beruflicher Perspektiven aktiv zu bewerben, die ein wichtiges Instrument der Fachkräfteakquise darstellt. Auf dieser Webseite werden mehr als 10.000 aktuell verfügbare Stellenangebote der Region Leipzig aus verschiedenen Online-Plattformen, Printmedien und Unternehmensdarstellungen erfasst und interessierten Fachkräften zur Verfügung gestellt. Als zugriffstärkste Länder wurden neben Deutschland Polen, Großbritannien, die USA und Russland identifiziert.

Standort- und Imagemarketing

Das Standortmarketing dient als wichtiges Instrument zur Umsetzung der strategischen Ziele der Gesellschaft in den Bereichen Akquisition und Fachkräfteservice. Von Januar bis Juli 2016 war diese Position unbesetzt und erforderte von allen Mitarbeitern die Übernahme zusätzlicher, über das eigene Aufgabengebiet hinausgehender Verantwortlichkeiten sowie die projektbezogene Einbindung einer Honorarkraft. Dies führte dazu, dass geplante Maßnahmen nicht wie ursprünglich angedacht ihre Umsetzung fanden bzw. nicht innerhalb des geplanten zeitlichen Horizonts realisiert werden konnten.

Klassisches Standortmarketing

Zu den (Standort-/Imagemarketing-) Aktivitäten der Gesellschaft zählte unter anderem die Konzeption und Erarbeitung einer exklusiven Standortbroschüre, die künftig bei ausgewählten Investoren Einsatz finden und die Schlagkraft der Region Leipzig mit einem gemeinsamen Vorwort aller Gesellschafter aufzeigen soll. Darüber hinaus wurden branchenspezifisch Kommunikationsmittel (Factsheets) sowie für die Promotion-/Werbemaßnahmen des Bereichs Fachkräfteservice diverse Werbe- und Kommunikationsmitteln erstellt.

Wesentlich unterstützt wurden die GmbH-Vertriebsaktivitäten auf dem schweizerischen Markt mit der Veröffentlichung einer Anzeige und eines redaktionellen Beitrags in der Schweizer Handelszeitung, einem Brandreport auf www.handelszeitung.ch sowie der Implementierung einer Landingpage (Landesseite), um zielgruppenspezifisch über die Vorteile und Angebote in der Region Leipzig zu informieren. Im Rahmen der im November und Dezember durchgeführten Schweizaktivitäten konnte das Mega-Poster am Züricher Flughafen, welches im Jahr 2015 erstmals Einsatz fand, erneut genutzt und aufmerksamkeitswirksam platziert werden.

Ein Schwerpunkt lag darüber hinaus auf der Vorbereitung der jährlich stattfindenden Expo Real 2016. Diese Messe flankierend, wurde ein redaktioneller Beitrag über die Wirtschaftsregion Leipzig für eine Sonderveröffentlichung der DUB (Deutsche Unternehmer Börse) erarbeitet und gleichzeitig online veröffentlicht bzw. über einen Newsletterversand deutschlandweit gestreut.

Neben der Veröffentlichung von klassischen Anzeigen im Rahmen des Mittelständischen Unternehmertages 2016 (MUT 2016) sowie einem Sponsoring im Rahmen des Warm-Up-Events zum Deutschen Marketing-Tag wurden redaktionelle Beiträge in regionalen und überregionalen Publikationen veröffentlicht. Hierzu zählen Advertorials zur Medica 2016 in der Zeitschrift „Die Messe“ sowie die Veröffentlichung von fachkräfte-/rückkehrerspezifischen Inhalten der IRL und ihrer Gesellschafter in der LVZ-Sonderbeilage – „Willkommen daheim“, die quartalsweise Berichterstattung über Aktivitäten der Gesellschaft im Landkreis Leipzig Journal sowie ein Beitrag in einem Artikel über die Region Leipzig in der „absatzwirtschaft“ Ausgabe 11/2016.

Zur Kommunikation des Fachkräfteportals www.work-in-leipzig.de stand der IRL GmbH darüber hinaus ein Blow-up-Riesenposter mit zweimal 350 qm Fläche an der Autobahn A2 zwischen Berlin und Poznan zur Verfügung, um gezielt europaweit frequentierende polnische Fachkräfte auf verfügbare Arbeitsplätze und Lebensperspektiven in der Wirtschaftsregion Leipzig aufmerksam zu machen. Im Rahmen des Kooperations-/Botschaftermarketings wurde mit der Leipziger Messe GmbH der Leistungsaustausch für das Jahr 2016 spezifiziert und angepasst, mit weiteren Partnern wurden Gespräche initiiert und gemeinsame Formate umgesetzt (u.a. Messekongress Schadenmanagement & Assistance, Leipzig; MUT 2016).

Internet-/ Online Marketing

Im 2. Halbjahr 2016 lag das Hauptaugenmerk auf der strategischen Weiterentwicklung des Online-Marketings. Im Rahmen einer Ausschreibung erhielt eine Leipziger Online-Agentur den Zuschlag für die Konzeption und Umsetzung des Online-Marketings der IRL GmbH, ein erster Strategieworkshop zur Abstimmung des geplanten Vorgehens konnte noch im Dezember 2016 realisiert werden.

Sonstiges

Im 4. Quartal 2016 verfolgte die Gesellschaft den begonnenen Aufbau von Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaften weiter. Diese sehen insbesondere die Einbeziehung von Immobilienvermarktungsunternehmen, Projektentwicklern und Grundstückeigentümern vor, um so in einem ersten Schritt die Vermarktungschancen für die regionalen Mittelzentren weiter zu erhöhen. Angedacht sind in diesem Zusammenhang die Entwicklung gemeinsamer Marketingprodukte sowie gezielter Akquisitionsformate. Hierzu erarbeitet die Gesellschaft -auch auf Basis der in Gesprächen mit den Bürgermeistern gewonnenen Erkenntnisse - eine Konzeption, die in 2017 im Gesellschafterkreis Diskussion und anschließend Umsetzung finden soll.

Personelle Entwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2016 gehörten der Gesellschaft neun festangestellte Mitarbeiter an (31.12.2015: zehn festangestellte Mitarbeiter). Von den Mitarbeitern sind sieben Mitarbeiter direkt dem Vertrieb zuzuordnen sowie drei weitere indirekt für vertriebsunterstützende Funktionen verantwortlich. Personelle Veränderungen ergaben sich durch das Ausscheiden der Managerin Marketing/Kommunikation zum 31.12.2015 sowie des Teamleiters Akquisition im Mai 2016.

Im Juli 2016 nahm ein weiterer Manager Akquisition/Wirtschaftsförderung (Planstelle) und im August 2016 eine Managerin Marketing/Kommunikation die Tätigkeit bei der Gesellschaft auf. Die Position des Teamleiters Akquisition blieb im weiteren Jahresverlauf 2016 unbesetzt.

Im Geschäftsjahr 2016 waren im Durchschnitt acht Angestellte (inkl. Geschäftsführer) und acht studentische Aushilfen beschäftigt.

5. ERFOLGSBERICHT

Nach Inkrafttreten des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) ist dieses für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2015 beginnen, pflichtgemäß anzuwenden. Dies wirkt sich für die IRL auf den Ausweis der Erlöse aus dem mit den Gesellschaftern geschlossenen Dienstleistungsvertrag und Dritten sowie die damit korrespondierenden Forderungen aus. Diese Erlöse sind nach BilRUG als Umsatzerlöse zu erfassen, die damit in Zusammenhang stehenden Forderungen gegen die Gesellschafter/Dritte als Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die für den Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2016 ausgewiesenen Umsatzerlöse (TEUR 1.107; 2015: TEUR 0) enthalten von der Gesellschaft erbrachte Leistungen gegenüber ihren Gesellschaftern, die auf Basis des bestehenden Dienstleistungsvertrages und in Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben erbracht wurden in Höhe von TEUR 1.096 sowie Erlöse aus Projektbeteiligungen Dritter in Höhe von TEUR 11. Im Geschäftsjahr 2015 wurden die Gesellschafterzuwendungen (TEUR 1.429) sowie Erlöse aus maßnahmenorientierten Sponsoring-Aktivitäten und Projektbeteiligungen Dritter (TEUR 26) unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst und ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge des Berichtszeitraums belaufen sich auf TEUR 44 (2015: TEUR 1.531; davon Gesellschafterzuwendungen TEUR 1.429, Erlöse aus Sponsoring-Aktivitäten und Beteiligungen Dritter TEUR 26) und setzen sich im Wesentlichen zusammen aus vereinnahmten Fördermitteln der Sächsischen Aufbaubank (SAB) zur Förderung von Projekten der Fachkräftesicherung (Fachkräfteallianz) in Höhe von TEUR 34 (2015: TEUR 0), Erstattungen nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG) in Höhe von TEUR 7 (2015: TEUR 4) sowie verrechneten Sachbezügen in Höhe von TEUR 3 (2015: TEUR 10).

Die im Berichtszeitraum angefallenen Aufwendungen betreffen neben den Personalaufwendungen (TEUR 550; 2015: TEUR 692) im Wesentlichen sonstige betriebliche

Aufwendungen (bezogene Leistungen für Wirtschaftsförderungs-/Vertriebs- und Projektmanagement, Standortmarketing sowie sonstige Aufwendungen) in Höhe von TEUR 584 (2015: TEUR 816).

Die Verringerung der Personalkosten aber auch der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist wesentlich durch die im Geschäftsjahr 2016 zur Verfügung stehenden reduzierten Personalressourcen beeinflusst. Aufgrund von Personalabgängen und zeitlich verzögerten Stellenneubesetzungen im Bereich Akquisition und Marketing/Kommunikation mussten insbesondere avisierte Messebesuche entfallen, geplante Vertriebsmaßnahmen fanden nicht bzw. nicht im geplanten Umfang ihre Umsetzung. Die bezogenen Leistungen setzen sich zusammen aus bezogenen Leistungen in den Bereichen Corporate Design/-Kommunikationsmittel, Publikationen, Auslandsmarketing, Print- und Außenwerbung, Public Relations, Online-Marketing, Messen/Sales Promotion, Direktmarketing, Delegationsbetreuung und Kooperationsmarketing. Diese Marketing- und Vertriebsaufwendungen bilden die Grundlage für wirtschaftsfördernde Prozesse im Sinne der Akquisition/Ansiedlung von Unternehmen sowie der Fachkräftegewinnung für die Region Leipzig.

Die Aufwendungen für Messen und Sales Promotion Maßnahmen (i.W. Standgebühren, Eintrittsgelder) beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 insgesamt auf 80 TEUR (2015: 139 TEUR). Zu den kostenseitig wesentlichen Marketingaufwendungen in diesem Bereich zählte insbesondere das Projekt EXPO REAL 2016 mit TEUR 20 (2015: TEUR 66). Obgleich sich das Engagement der Gesellschaft aufgrund des damit verbundenen Akquisepotentials in 2016 stark verringerte, vereint es 26 Prozent der Kosten auf sich. Weitere nennenswerte Aufwendungen entstanden in Verbindung mit den Messepräsenzen auf der Hannover Messe (TEUR 8), der Medica (TEUR 9), der IMTS (TEUR 11) sowie der Swisstech (TEUR 7).

Größere Aufwandspositionen lagen zudem in den Bereichen Outdoorwerbung (TEUR 40, 2015: TEUR 106) und Auslandsmarketing (TEUR 31, 2015: TEUR 35). Die Akquisebemühungen in der Schweiz unterstützend, wurde prominent am Züricher Flughafen ein Megaposter platziert. Darüber hinaus entstanden bis Mai 2016 Kosten für die Belegung des Blow-up-Riesenposters (zur Anwerbung von Fachkräften) an der Autobahn A2 zwischen Berlin und Poznan. Im Zusammenhang mit der Marktbearbeitung Schweiz entstandene Kosten verbinden sich mit der Inanspruchnahme eines externen, vor Ort agierenden Dienstleisters sowie der Erstellung der Quellmarktstudie im Bereich Fachkräfte.

Aufwendungen im Bereich Public Relations (TEUR 49, 2015: TEUR 74) und Printwerbung (TEUR 22, 2015 TEUR 52) bezogen sich im Wesentlichen auf die Kreation und Veröffentlichung diverser vertriebsunterstützender Verlagsbeilagen sowie Anzeigenkampagnen in überregionalen und nationalen Medien wie: die Handelszeitung (Schweiz), das DUB Magazin (Deutsche Unternehmer Börse), sowie die Leipziger Volkszeitung (Sonderbeilage zum Thema „Willkommen daheim“). Die Position Printwerbung enthält im Wesentlichen die Produktion einer Veranstaltungsbroschüre (Fachkräfte-Service) sowie quartalsweise redaktionelle Beiträge im Landkreis Leipzig Journal.

Zudem entstanden Aufwendungen in Höhe von TEUR 21 (2015: TEUR 36) in Verbindung mit Online-Marketing-/Internetaktivitäten und in Höhe von TEUR 22 (2015: TEUR 40) für Direktmarketing-Kampagnen (davon TEUR 17 im Rahmen der Bearbeitung des US-amerikanischen Marktes).

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind darüber hinaus Honorarkosten (TEUR 19, 2015: TEUR 2) enthalten. Diese betreffen im Wesentlichen mit TEUR 10 die im Auftrag der Gesellschafter im Jahr 2016 vorgenommene Evaluation der Arbeit der Gesellschaft und TEUR 8, um mit Unterstützung einer Honorarkraft den im 1. Halbjahr 2016 entstandenen Personalengpass im Bereich Marketing/Kommunikation auszugleichen.

Die Rechts- und Beratungskosten beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf TEUR 33 und stehen im Zusammenhang mit der laufenden gesellschafts- und steuerrechtlichen Beratung der Gesellschaft (2015: TEUR 90, beeinflusst durch den im Oktober/November 2015 vollzogenen Geschäftsführerwechsel sowie die Erstellung des Dienstleistungsvertrages).

Weitere Kostenblöcke stellen die mit der Akquisitionstätigkeit und Fachkräftegewinnungsmaßnahmen verbundenen Reisekosten dar, die sich im Geschäftsjahr 2016 auf TEUR 48 (2015: TEUR 48) beliefen, sowie Aufwendungen im Zusammenhang mit der Rekrutierung des Geschäftsführers bzw. des Managers Marketing/Kommunikation (TEUR 47, 2015: TEUR 10).

Im Geschäftsjahr 2015 war das Jahresergebnis durch periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 52 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 4 beeinflusst, im Geschäftsjahr 2016 zeigten sich keine relevanten Auswirkungen auf das Jahresergebnis.

Im Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1,5 (2015: TEUR 0) aus. Der Jahresüberschuss entspricht gemäß Dienstleistungsvertrag dem für das Jahr 2016 aus Sicht der Gesellschaft angemessenen Gewinn. Dieser basiert auf einer Kapitalrendite von 1 Prozent bezogen auf das Stammkapital der Gesellschaft, die das unternehmerische Risiko abdeckt.

6. VERMÖGENS-, FINANZ- UND LIQUIDITÄTSBERICHT

Das Eigenkapital der Invest Region Leipzig GmbH beläuft sich auf TEUR 151,5 und setzt sich zusammen aus dem Stammkapital der Gesellschaft (TEUR 150) und einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1,5.

Das Fremdkapital, welches sich insbesondere aus Rückstellungen (31.12.2016: TEUR 149; 31.12.2015: TEUR 150) und Verbindlichkeiten (31.12.2016: TEUR 385; 31.12.2015: TEUR 132) ergibt, ist insgesamt als kurzfristig zu bezeichnen. Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Personalkosten gebildet. In den Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2016 werden im Geschäftsjahr 2016 nicht verbrauchte Gesellschafterzuschüsse aus dem Jahr 2016 in Höhe von TEUR 317 ausgewiesen (31.12.2015: TEUR 21). Diese haben Anzahlungscharakter und wurden als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bilanziert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen belaufen sich per 31. Dezember 2016 auf TEUR 58 (31.12.2015: 97 TEUR). Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Gesellschaftern bestehen zum Stichtag 31.12.2016 in Höhe von TEUR 3 (31.12.2015: TEUR 0)

Zum 31. Dezember 2016 verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von TEUR 586. (31.12.2015: TEUR 316). Bis zum Bilanzstichtag wurden die über die Gesellschafter abgerufenen Mittel in Höhe von netto TEUR 1.413 (31.12.2015: netto TEUR 1.429) von allen Gesellschafter eingebracht.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 jederzeit gegeben. Ein effizienter, sparsamer und transparenter Umgang mit den der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Finanzmitteln ist selbstverständlich. So erfolgt, dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht folgend, insbesondere für umfangreiche Marketing-/Vertriebsmaßnahmen ein Angebotsvergleich mehrerer Anbieter und eine Beauftragung/Umsetzung erst dann, wenn die Liquidität gesichert ist.

Das bilanzielle Gesamtvermögen der GmbH beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf TEUR 692 (31.12.2015: TEUR 432).

7. RISIKOBERICHT

Im Jahr 2016 war die Liquidität der Gesellschaft durch die (An-)Zahlungen der Gesellschafter grundsätzlich gesichert und damit die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gewährleistet.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit auch in den Jahren 2017f die abgeforderten Mittel, deren Verwendungsnachweis quartalsweise erfolgt, von den Gesellschaftern entsprechend ihrer quotalen Finanzierungszusagen zur Verfügung gestellt werden.

8. PROGNOSEBERICHT

Im Geschäftsjahr 2017 plant die Invest Region Leipzig GmbH den eingeschlagenen konzeptionell-strategischen Kurs im Rahmen der durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschaftsplanung 2017 fortzusetzen, um die ihr satzungsgemäß obliegenden Zielsetzungen unter Berücksichtigung der strategischen Unternehmensplanung sowie des Vertriebskonzeptes zu erreichen. Darüber hinaus gilt es, die im Rahmen der Evaluation der Gesellschaft ausgesprochenen Handlungsempfehlungen in Abstimmung mit den Gesellschaftern sukzessive umzusetzen.

Ihre vertrieblichen Unternehmensakquisitionsaktivitäten fokussiert die Gesellschaft in 2017 weiterhin vordergründig auf die Märkte Deutschland, Schweiz und USA. Daneben konzentriert sich die IRL auf die akquisitorische Bearbeitung der Märkte Polen, Großbritannien, Skandinavien und Israel. Ziel ist es, die internationale Marktbearbeitung weiter zu intensivieren.

Ausgehend von den bereits erfolgreich in den Vorjahren durchgeführten Aktionen und gewonnenen Erfahrungswerten ist auch im Jahr 2017 ein umfassender Maßnahmenmix geplant, der geeignet und notwendig ist, um die unterschiedlichen vertrieblichen, insbesondere direktvertrieblichen Kanäle bedienen zu können.

Die Gesellschaft geht in ihren aktuellen Planungen davon aus, insgesamt ca. 30 Messen akquisitorisch zu besuchen, davon drei mit eigenem Messestand.

Mit Blick auf die internationalen Märkte und die im Jahr 2016 gewonnenen Erkenntnisse beabsichtigt die Gesellschaft, verstärkt vor Ort im Zielmarkt ansässige Dienstleister einzubeziehen, die einschlägige Kenntnisse und Erfahrungen in den Zielmärkten vorweisen, über entsprechende Netzwerke verfügen und im Zusammenspiel mit der IRL gemeinsame Akquise-/Veranstaltungsformate andeuten und durchführen. Darüber hinaus werden direkte Unternehmensansprachen in Form von Vor-Ort-Unternehmensbesuchen bzw. Akquise-Roadshows weiter ausgebaut.

Auch im Jahr 2017 gilt es, den Netzwerkaufbau und das Lobbying in die vertrieblichen Maßnahmen zu integrieren. So lassen Roadshows/Unternehmensbesuche mit dem primären Ziel der Generierung von Ansiedlungen für die Region auch Raum für Netzwerkaufbau und -pflege und in diesem Sinne für

Multiplikatorengewinnung, wenn begleitend Branchenverbände, Redaktionen und/oder Wirtschaftspolitiker kontaktiert werden, um diese als Lobbyisten/Botschafter für die Region Leipzig zu gewinnen. Dies ermöglicht es, das Renommee der Wirtschaftsregion Leipzig national wie auch international weiter zu stärken.

Direktmailings werden weiterhin branchenspezifisch und in Interaktion mit komplementären Maßnahmen - unter anderem konkret abgestimmt auf Messe- und Roadshowaktivitäten - unter Berücksichtigung weiterer vertrieblicher Maßnahmen versandt. Unterstützend plant die Gesellschaft verstärkt Online-Werbekampagnen zu schalten, um so eine höhere Aufmerksamkeit und Reichweite für die Aktivitäten der Gesellschaft zu generieren. Von Vorteil erweisen sich in diesem Zusammenhang die vielfältigen Interaktionsmöglichkeiten, die direkte Messbarkeit der Maßnahmen sowie Auswertungen in Bezug auf das Nutzerverhalten der Zielgruppen. Dies erfordert gleichzeitig den Relaunch der Webseiten www.work-in-leipzig.de, www.neuseenland.de sowie die Überarbeitung von www.work-in-leipzig.de, um Informationen zum Leistungsspektrum der Invest Region Leipzig und der Gesellschaft kompakt, zielgruppenspezifisch aber auch nutzer- und servicefreundlich zur Verfügung stellen zu können.

Geplant ist ebenso die Fortführung fokussierter PR-Maßnahmen sowie selektiver Werbeauftritte im Print- und Außenbereich.

Daneben gilt es, die Konzeption zum Aufbau von Entwicklungs- und Vermarktungs-partnerschaften zu finalisieren, die sich in 2017 wesentlich auf die Unterstützung bei der Vermarktung der Mittelzentren konzentrieren soll.

Für das Jahr 2017 plant die Gesellschaft darüber hinaus die Implementierung eines CRM-Systems. Über dieses Management-Tool sollen Akquisitionsprozesse und Abläufe effizienter gestaltet und das Berichtswesen weiter professionalisiert und künftig tagaktuelle Auswertungen ermöglicht werden.

Der Bereich Fachkräfteservice unterstützt weiterhin in der Ansiedlungsphase befindliche ebenso wie bereits angesiedelte bei der Fachkräftesuche. Dies erfordert die Professionalisierung und Anpassung der von der IRL zur Verfügung gestellten Online-Stellenbörse an die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppen. Im Rahmen der Fachkräftegewinnung bewährte Maßnahmen werden zudem fortgesetzt sowie neu justiert und optimiert. Dies betrifft beispielsweise die Konzeption und Durchführung weiterer Fachkräfte-Roadshows im In- und Ausland sowie die Betreuung von Fachkräftemessen. Hierbei wird sich die Gesellschaft wesentlich auf die im Rahmen der beauftragten Quellmarktstudie gewonnenen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen stützen. Darüber hinaus engagiert sich die Invest Region Leipzig GmbH weiterhin im Rahmen der Fachkräfteallianz der Stadt Leipzig sowie der Landkreise Leipzig und Nordsachsen. Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Fachkräfteallianzen bei gezielten Fachkräftegewinnungsmaßnahmen zu unterstützen. Die Umsetzung eines IRL-eigenen Projektes innerhalb der Fachkräfteallianzen ist für das Jahr 2017 aktuell nicht geplant.

Die Umsetzung sämtlicher geplanter Maßnahmen setzt voraus, dass es der Gesellschaft gelingt, den Personalstamm um einen auf geplante zehn Mitarbeiter zu erweitern.

Leipzig, 23. März 2017

Michael Körner
Geschäftsführer

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

Beteiligungsübersicht

Industriestraße 4
04603 Windischleuba

Tel. 03447 850401
Fax 03447 850444
Email info@thuesac.de
Internet <http://www.thuesac.de>

Gründungsdatum 17.01.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 17.01.1992

Letzte Änderung am 19.03.1997

Handelsregistereintrag am 29.04.1992 unter HRB 201791

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		260.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Altenburger Land	52,0000 %	135.200,00 €
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	43,0000 %	111.800,00 €
Landkreis Leipzig	5,0000 %	13.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Öffentlicher Personennahverkehr einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	2.654.982,71

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	43,0000 %	111.800,00
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	1,0200 %	750,00
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	3,0000 %	1.533,87

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Grundlagen

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN.

Das Stammkapital beträgt EUR 260.000,00. Gesellschafter sind der Landkreis Altenburger Land mit einer Stammeinlage von EUR 135.200,00 (52,0 %) und der Landkreis Leipzig mit einer Stammeinlage von EUR 13.000,00 (5,0 %). Weiterhin hält die Gesellschaft eigene Anteile von EUR 111.800,00 (43,0 %). Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Gesellschafterversammlung hat einen Beirat gebildet, der ausschließlich beratende Funktion hat und in dem jeder Gesellschafter mit Kreistagsmitgliedern vertreten ist.

1.2. Ziele, Strategien

Der Gesellschaft obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen).

Die in den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDA) festgelegten Qualitätsvorgaben sind Grundlage der Verkehrsleistungserbringung. Sie werden sowohl intern als auch durch den Auftraggeber periodisch auf Einhaltung und Verbesserung kontrolliert.

Die finanziellen Vorgaben in den ÖDA sind differenziert und setzen somit den Rahmen der jährlichen Leistungserbringung.

1.3. Steuerungssystem

Im Unternehmen werden in Führungskreisrunden, Geschäftsführersitzungen, Meisterrunden und Rapportterminen sowie im Risikomanagement und monatlichen Gewinn- und Verlustrechnungen, Trennungsrechnungen nach Bundesland und Linienerefolgsrechnungen, Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Genehmigungen nach § 42 PBefG für das Bediengebiet Thüringen wurden durch das Thüringer Landesverwaltungsamt, Weimar, für den Überlandlinienverkehr für 29 Linien und den Stadtverkehr Altenburg und Schmöln für sieben Linien für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2020 erteilt. Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das Bediengebiet Sachsen durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 13 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 verlängert.

Der Landkreis Altenburger Land hat die Verkehrsleistungen an die Gesellschaft im Wege der Direktvergabe gemäß Artikel 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 vergeben. Diesbezüglich wurde die Gesellschaft im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 beauftragt. Der öffentliche Dienstleistungsauftrag wurde am 2. Dezember 2010 erteilt. Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschloss bereits in seiner 35. Sitzung am 6. Mai 2009 die Direktvergabe an die Gesellschaft.

Der öffentliche Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) regelt für die Verwaltung und Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste im Landkreis Altenburger Land die Bestandteile und die maximale Höhe der Ausgleichsleistung an die THÜSAC. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die Finanzhilfen des Landes Thüringen und die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Altenburger

Land und die über den MDV gewährten Durchtarifizierungsverluste bis zu einer vertraglich vereinbarten maximalen jährlichen Höhe der Ausgleichsleistung.

Die Gesellschaft erbringt weiterhin Verkehrsleistungen im ÖPNV in Teilen des Landkreises Leipzig auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, der vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2023 gilt. Nach der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Altenburger Land und dem Landkreis Leipzig über die Verlagerung von Zuständigkeiten nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ist der Landkreis Altenburger Land für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig zuständig. Der Landkreis Altenburger Land ist somit Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr und hat die Aufgabe der Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig übernommen. Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA des Landkreises Leipzig beinhalten außerdem, die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr, welche nach der Richtlinie zur Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im ÖPNV (ÖPNVFinAusG) im Landkreis Leipzig beschieden werden und die Durchtarifizierungsverluste. Die Zahlung erfolgt über den Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land. Die Höhe der Ausgleichsleistung wird jährlich auf der Grundlage festgelegter Parameter ermittelt und dem Aufgabenträger in Form einer Vorkalkulation übergeben.

2.2. Geschäftsverlauf

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag, gültig bis 31. Dezember 2020) und Landkreis Leipzig (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag, gültig bis zum 31. Dezember 2023). Im Geschäftsjahr 2016 bestand wiederum ein weitgehend stabiles Leistungsangebot. Somit wurde das Profil der THÜSAC als dienstleistungsorientiertes Verkehrsunternehmen beibehalten. Im Ergebnis weiterer intensiver Anstrengungen und Sondereffekte schließen wir das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis ab. Hauptsächliche Einflussfaktoren auf das Jahresergebnis sind insbesondere die Zuwächse an Fahrgästen, gesunkene Kraftstoffkosten, die Anpassung des ÖDA Landkreis Altenburger Land, die Optimierung interner Prozesse, steigende Erträge aus Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr in Thüringen, Anlagenverkäufe, die Auflösung von Rückstellungen und andere periodenfremde Erträge. Gegenläufig wirken gestiegenen Personalkosten auf Grund des Tarifabschlusses des Vergütungstarifes, höhere Abschreibungen und gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen.

Als Servicepartner der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH konnte der Profitbereich MAN im Geschäftsjahr 2016 die Reparatur Erlöse gegenüber dem Vorjahr steigern und erreichte ein positives Ergebnis.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2016 um 1,8 % auf EUR 20,6 Mio. erhöht. Das Anlagevermögen ist konstant bei EUR 15,1 Mio (Vj. 15,1 Mio) geblieben. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 73,3 % (Vj. 74,7 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor für das Bilanzbild bestimmend. Es ist vollständig durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

	2016 (TEUR)	2015 (TEUR)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit*	-1.108	-1.304
Cashflow aus der Investitionstätigkeit*	-2.023	-2.691
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit*	2.979	4.241
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-152	246
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.518	3.670

*Vorjahreswerte angepasst an Änderungen gemäß BilRUG

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA für den ÖPNV des Aufgabenträgers Landkreis Altenburger Land und des Landkreises Leipzig, die in den Zweckvereinbarungen geregelt sind. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2016 haben wir TEUR 2.076 (Vj. TEUR 2.741) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und die weitere Attraktivität unserer Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in 5 Busse (TEUR 1.205) wurden mit TEUR 727 aus Fördermitteln, mit TEUR 802 durch Kreditaufnahme zu sehr günstigen Konditionen und aus Eigenmitteln finanziert.

Die Eigenkapitalquote hat sich um 1,9 Prozentpunkte auf 39,3 % der Bilanzsumme am Bilanzstichtag erhöht.

Im Jahr 2016 entwickelten sich die Umsatzerlöse (ohne Sondereinflüsse) wie folgt:

	2016 (TEUR)	2015 (TEUR)
Personennahverkehr		
Erlöse aus Linien-,freigestelltem Schüler-,Gelegenheits- und Schienenersatzverkehr einschließlich der MDV-Einnahmeaufteilung*	6.638	6.396
Erhöhte Beförderungsentgelte	17	12
	6.655	6.408
Ausgleichsleistungen		
§ 45a PBefG (ohne periodenfremde von TEUR 84 ;Vj. TEUR 83)*	3.419	3.220
§§ 146 ff. SGB IX	160	140
	3.579	3.360
Übrige Umsatzerlöse Sparte Verkehr*	325	340
	10.559	10.108
Fahrzeuginstandsetzung und Vermietung	2.291	2.118
	12.850	12.226

*Vorjahreswerte angepasst an Änderungen gemäß BilRUG

Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem ÖPNV – konnten bei deutlich gestiegenen Fahrgastzahlen höhere Fahrgeldeinnahmen verbucht werden. Diese sind insbesondere auf Fahrgastzuwächse durch steigende Schülerzahlen, Migranten als Neukunden im ÖPNV, die Wirkung des S-Bahnnetzes und der PlusBus Angebote sowie der Tarifierung zum 1. August 2015/ 1. August 2016 zurückzuführen. Die Umsätze aus Schülerverkehr verzeichnen einen Anstieg zum Vorjahr (+TEUR 48), die Umsätze aus dem Mietwagenverkehr sind ebenfalls angestiegen (+TEUR 9). Die Endabrechnung der MDV-Einnahmen für 2015 wies eine (periodenfremde) Rückzahlungsverpflichtung von TEUR 25 (Vorjahr TEUR 90) aus.

Die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG in Thüringen wurden für das Geschäftsjahr 2016 eingeschätzt, da die tatsächliche Zuweisung der Stückzahlen und Erträge durch den MDV nicht abschließend bekannt ist. In Sachsen sind die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG Bestandteil des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, sie sind auf Grund des BilRUG ab 2016 in den Umsatzerlösen ausgewiesen. Die Bescheide für die Jahre 2011, 2012 und 2013 stehen nicht mehr unter Vorbehalt. Die entsprechende Rückstellung wurde mit T€ 410 aufgelöst.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung einschließlich Reifendienst sind die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr wieder angestiegen (+ TEUR 173), wobei der Großteil auf die Erträge aus Ersatzteilverkauf und Reparaturen MAN sowie Provision Europcar entfällt. Reifendienst und Busvermietung sind leicht rückläufig.

Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA sanken um TEUR 156 (unter Berücksichtigung der Anpassungen gemäß BilRUG auf die Vorjahreswerte).

Der Ausweis der Ausgleichsleistungen aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) wurde gemäß BilRUG 2016 zu Gunsten der Umsatzerlöse angepasst. Auch die Durchtarifierungsverluste (Landkreis Altenburger Land) wurden gemäß BilRUG in die Umsatzerlöse gegliedert (TEUR 30). Im Landkreis Leipzig wurden die Betriebskostenzuschüsse nach dem seit dem 1. Januar 2014 gültigen öffentlichen Dienstleistungsauftrag bereitgestellt. Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG und Durchtarifierungsverluste wurden gemäß BilRUG in die Umsatzerlöse gegliedert (TEUR 1.316). Rückführungsbeträge aus einer möglichen Überkompensation sind als Verbindlichkeiten eingestellt.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe liegt auf der Höhe des Vorjahres. Die Kraftstoffkosten reduzierten sich um TEUR 106 und die Kosten für Ersatzteile und Reifen stiegen korrespondierend zum Ertrag um TEUR 129. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sanken um TEUR 107. Die Aufwendungen für die Nachauftragnehmerleistungen stiegen dabei um TEUR 50 und die Kosten für sonstige Fremdleistungen sanken um 157 TEUR.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen (+TEUR 397). Die Ursache hierfür liegt in der Wirkung des Tarifabschlusses gemäß Vergütungstarifvertrag und einer leicht gestiegenen Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt. Im Vorjahr wirkten sich außerdem verstärkte Einsätze von Praktikanten in den Fahrbereichen kostenmindernd aus. 2016 gab es diese Effekte nicht.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 260 erhöht. Dies ist insbesondere auf die Erhöhung der HÖV Umlage in den Rückstellungen (+ TEUR 105), Kosten für Beratungsleistungen (+ TEUR 54) und Kosten für Hard- und Softwarewartung (+ TEUR 48) zurückzuführen.

Personalentwicklung

Personen am Bilanzstichtag

	31.12.2016	31.12.2015
Fahrer	115	115
Schlosser	26	26
Übriges Personal	48	48
Azubi	15	15
Gesamt	204	204

2.4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Linieneinnahmen, die Investitionen und das Jahresergebnis.

Die Plan- und Ist Zahlen der finanziellen Leistungsindikatoren zeigt unter Berücksichtigung der Nachtragsplanung nachfolgende Tabelle:

	Plan 2016* (TEUR)	Ist 2016 (TEUR)	Plan 2017* (TEUR)
Erlöse Linieneinnahmen*	6.167	6.509	6.495
Investitionen	1.907	2.076	1.705
Jahresergebnis	-325	532	147

*Werte angepasst an BilRUG

Abweichungen zum Investitionsplan begründen sich in der verzögerten Umsetzung eines Teils der ÖPNV Maßnahmen aus Vorjahren, die 2016 nachgeholt wurden.

Das negative geplante Jahresergebnis 2016 ist insbesondere auf den Planansatz für das Thüringer Bediengebiet zurückzuführen. Der im ÖDA verankerte Ausgleichsbetrag wurde nach einem entsprechenden Haushaltsbeschluss angepasst. 2017 konnte der erhöhte Ausgleichsbetrag in der Planung berücksichtigt werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind in den Vertragsbeziehungen zu den Aufgabenträgern definiert und beziehen sich insbesondere auf Qualitätsvorgaben für die Erbringung der Beförderungsleistungen im ÖPNV.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Geschäftsjahr 2016 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen unserer quartalsweisen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Bezeichnend im ÖPNV ist die Tatsache, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer mehr auseinander klafft. Steigende Personalkosten und gesetzlich notwendige Investitionen zehren zusätzliche Einnahmen meist rasch auf. Seitens der Politik bedarf es eines klaren Bekenntnisses zum ÖPNV auf jetzigem Niveau, wobei, wie zuvor bereits erwähnt, zu beachten ist, dass die gesetzlich bis zum Jahr 2022 geforderten Ausrüstungsstandards gemäß PBefG ohne kontinuierliche Investitionen in Fahrzeuge und Infrastruktur nicht erreicht werden können. In einer Studie zum Finanzierungsbedarf des ÖPNV im MDV bedarf es bei gleich bleibendem Leistungsangebot umfangreicher Investitionen.

Durch die langfristigen öffentlichen Dienstleistungsaufträge besteht Finanzierungs- und Planungssicherheit für den ÖPNV der THÜSAC.

Seit Inbetriebnahme des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes am 15. Dezember 2013 kommen Reisende und Pendler in den Genuss schnellerer Fahrzeiten mit moderneren Fahrzeugen. Zeitgleich damit startete das PlusBus-Netz, mit dem auch der ländliche Raum die Vorzüge des S-Bahn-Netzes nutzen kann. Diese Linien sind konsequent vertaktet und auf die Fahrzeiten der S-Bahn abgestimmt. Nach den ersten drei Jahren dieser neuen Angebote kann man durchaus von einer Erfolgsgeschichte sprechen. Mehr Fahrgäste, die das attraktive S-Bahn-Angebot nutzen, können auch mehr potenzielle Busfahrgäste bewirken und umgekehrt. Im Jahr 2016 verzeichnet die THÜSAC erstmals höhere Fahrgastzuwächse. Dies dürfte neben den Neuen ÖPNV Nutzern auch auf obige Sachverhalte zurückzuführen sein.

Im Rahmen des MDV wird sich intensiv mit der zukünftigen Gestaltung und Finanzierung des Nahverkehrs auseinander gesetzt. Die Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft in der Region, die regionale demografische Entwicklung als auch das mögliche Nutzungsverhalten sowie die Verkehrsmittelwahl der Menschen stehen dabei an vordergründiger Stelle. Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland wird in verschiedenen strategischen Szenarien betrachtet. Ziel ist es, durch einen attraktiven ÖPNV die Mobilität für die gesamte Region in Mitteldeutschland zu sichern. Verschiedene Projekte wie „Muldental in Fahrt“, „Südliches Leipziger Neuseenland“, „Projekt Frohburg/Geithain“ und das Projekt „Schmölln macht mobil“ sollen die Attraktivität in den ländlichen Regionen erhöhen.

Der Servicevertrag mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH ist die stabile Grundlage für die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN. Alle Zusatzgeschäfte (Reifenservice, Vermietung von Fahrzeugen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern und den ÖPNV unterstützen. Konjunkturellen Einflüssen wirken wir mit der Umsetzung entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen entgegen.

Großes Augenmerk legen wir nach wie vor auf die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses. Nur dadurch ist die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen in den nächsten Jahren sichergestellt.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere in Einschränkungen aus der Gewährung von Betriebskosten- und Investitionszuschüssen, beihilferechtlichen Änderungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung und der Entwicklung der Kraftstoffpreise.

Für das Geschäftsjahr 2017 rechnet die THÜSAC mit einem positiven Jahresergebnis von 147 TEUR.

Windischleuba, den 27. März 2017

Bog
Geschäftsführer

Kommunale Datennetze GmbH (KDN)

Beteiligungsübersicht

Wiener Straße 128
01219 Dresden

Tel. 0351 / 315 69 50
Fax 0351 / 315 69 66
Email kdn@kdn-gmbh.de

Gründungsdatum 01.01.2008

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am

Letzte Änderung am

Handelsregistereintrag am unter

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		60.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	100,0000 %	60.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KDN GmbH betreibt und verwaltet das Kommunale Datennetz KDN II in Sachsen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KDN GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

Lecos GmbH

Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8
04103 Leipzig

Tel. 0341/25380
Fax 0341/2538-111
Email info@lecos-gmbh.de

Gründungsdatum 16.08.2010
Rechtsform GmbH

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		200.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Stadt Leipzig	90,0000 %	180.000,00 €
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	10,0000 %	20.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Lecos GmbH ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Sie unterstützt die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mitteldeutschland IT-seitig dabei, die gesetzlichen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen und Verwaltungsprozesse noch bürgerfreundlicher und kostengünstiger zu gestalten.

Die Lecos GmbH wurde im Januar 2001 als Gemeinschaftsunternehmen (Public Private Partnership) der Stadt Leipzig und der IBM Deutschland GmbH gegründet. 51 Prozent der Anteile hielt IBM Deutschland, 49 Prozent der Anteile waren im Besitz der Stadt Leipzig.

Die zum damaligen Zeitpunkt relativ moderne Form der öffentlich-privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit konnte die unterschiedlichen und sehr hohen Erwartungen der beiden Partner IBM und Stadt Leipzig nicht erfüllen. Mitte 2002 erwarb die Stadt Leipzig daher die Gesellschafteranteile von IBM Deutschland zurück. Lecos wurde 100-prozentige Tochter der Kommune.

Hervorgegangen ist die Lecos GmbH aus der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) der Stadt Leipzig, die im November 1990 gebildet wurde. Die IuK baute das erste kommunale Rechenzentrum in den neuen Bundesländern auf, das im Mai 1991 eröffnet wurde.

Heute hält die Stadt Leipzig 90 Prozent der Anteile an der Lecos GmbH, 10 Prozent der Anteile sind im Besitz von KISA.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	3,8300 %	5.000,00

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Lecos GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.

Beteiligungsübersicht

Markgrafenstraße 22
10117 Berlin

Tel. 030 / 2063-156-0
Internet <http://www.provitako.de>

Gründungsdatum 01.01.2007

Rechtsform Genossenschaft

Gründung durch Beschluss am

Letzte Änderung am

Handelsregistereintrag am unter

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		130.500,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
andere	92,3400 %	120.500,00 €
Lecos GmbH	3,8300 %	5.000,00 €
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	3,8300 %	5.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Ihr Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit von IT-Dienstleistungen ihrer Mitglieder zu verbessern.

Genossenschaftsmitglieder sind ausschließlich Mitglieder der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister Vitako. ProVitako-Mitglieder sind IT-Dienstleister, die zu 100 % in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sind.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8
04103 Leipzig

Tel. 0341 / 8 68 43-0
Fax 0341 / 8 68 43 99
Email post@mdv-info.de
Internet http://www.mdv.de

Gründungsdatum 27.03.1998
Rechtsform GmbH
Gründung durch Beschluss am 13.05.2004
Letzte Änderung am 05.12.2013
Handelsregistereintrag am 18.12.2006 unter HRB 11520

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		73.500,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
DB Regio AG	5,4400 %	4.000,00 €
Transdev GmbH (vormals Veolia Verkehr GmbH)	0,4100 %	300,00 €
Stadt Leipzig	15,9200 %	11.700,00 €
Stadt Halle	12,4500 %	9.150,00 €
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	3,5400 %	2.600,00 €
Landkreis Burgenlandkreis	3,5400 %	2.600,00 €
verschiedene VKU	2,9900 %	2.200,00 €
Landkreis Leipzig	3,5400 %	2.600,00 €
Landkreis Altenburger Land	1,0200 %	750,00 €
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1,0200 %	750,00 €
Landkreis Nordsachsen	3,5400 %	2.600,00 €
Landkreis Saalekreis	3,5400 %	2.600,00 €
Erfurter Bahn GmbH	0,4100 %	300,00 €
Regionalbus Leipzig GmbH	2,9900 %	2.200,00 €
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1,0200 %	750,00 €
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) mbH	17,5500 %	12.900,00 €
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis	2,9900 %	2.200,00 €
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1,1600 %	850,00 €
Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft	10,9500 %	8.050,00 €
Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	1,5000 %	1.100,00 €
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2,9900 %	2.200,00 €
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1,5000 %	1.100,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebotes, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	87.678,72

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2016

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienenungebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2016

Mit einer außerordentlich positiven Entwicklung sowohl in der Steigerung der Fahrgastzahlen als auch der Fahrgeldeinnahmen war das Jahr 2016 das erfolgreichste des Verbundes bisher. Dies betraf die beiden kreisfreien Städte, aber auch die Landkreise im MDV. Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2016 mit EUR 15,1 Mio (rd. 7,5 %) über dem Vorjahr. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten u.a. die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket. So war die Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2016 gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – um rd. 14.730 Kunden im gesamten Verbundraum gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 16,9 %. Insbesondere liegt der Zuwachs im Bereich der Premium-Kunden und Senioren weiterhin bei 34 % bzw. 23,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2016 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Im Jahr 2015 wurden verschiedene **Gutachten** zu möglichen **ergänzenden ÖPNV-Finanzierungsmodellen in Auftrag gegeben**, die im Jahr 2016 abgeschlossen werden konnten. Besonderes Augenmerk galt dabei den Potenzialen von ÖV-Beiträgen, von Bürgertickets, von Grundsteueranhebungen sowie einer ÖV-Steuer für Touristen. Die Gutachten wurden an die Gesellschafter übergeben. Diese haben in eigener Organisation ihre jeweiligen Gremien über die Inhalte informiert, wobei die Geschäftsstelle teilweise unterstützend mitwirkte.

Für die Prüfung einer auf den SPNV bezogene **Verbunderweiterung** im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg) wurde im Jahr 2016 eine Gesamtkonzeption erstellt. Diese soll im Jahr 2017 weiter vertieft werden mit dem Ziel, eine Entscheidung zur Verbunderweiterung in den MDV-Gremien herbeizuführen.

Im Rahmen der Umsetzung des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde im Jahr 2016 an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten weiter gearbeitet:

1. Organisation & Planung mit dem Ziel einer besseren Verzahnung der Planungsarbeiten und Abstimmungen zwischen den Aufgabenträgern
 - Hier hat der MDV im Rahmen einer Kooperation mit allen 5 LK die **Erarbeitung der NVP** für die Zukunft federführend übernommen.
 - Es wurde gemeinsam eine **verbundweite Empfehlung** zur Herstellung der **Barrierefreiheit** erarbeitet.
 - Mitwirkung bei der Fortschreibung des **ÖPNV-Plans im Land Sachsen-Anhalt**.
2. Tarif mit dem Ziel einer marktgerechten Weiterentwicklung des bestehenden Tarifsystems
 - Gemeinsam wurden die Preise des bestehenden Tarifs fortgeschrieben.
 - Außerdem wurden verschiedene Tarifprodukte überarbeitet bzw. neuentwickelt (kurze Wege, Anreiz Stammkunden) und zur internen Diskussion gestellt.
3. Strategisches Marketing & Controlling mit dem Ziel der Potentialermittlung für bessere Zielgruppenbearbeitung
 - Hierzu wurde eine Studienarbeit in Abstimmung mit verschiedenen VU/AT in Auftrag gegeben, die als Grundlage für eine Segmentierung des Mobilitätsmarktes in verschiedene Zielgruppen dienen soll.

4. Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, schneller, transparenter und einfacher Informationen zur Mobilität und zur Nutzung des ÖPNV vermitteln
 - Eine AG, welche einen besseren Systemzugang zum ÖPNV herausarbeiten soll, wurde installiert und hat mit verschiedenen Arbeiten begonnen.
 - Die Bereitstellung der „digitalen Sollfahrplandaten“ an Dritte mit entsprechenden Schnittstellen ist konzipiert und umgesetzt.
 - Die Pressearbeit der großen Unternehmen und des MDV wurde inhaltlich und organisatorisch neu aufgestellt (Pressesprecher-AG).
5. Innovative Infrastruktur mit dem Ziel die Zukunftsfähigkeit der verbundweiten Vertriebs- und Informationssysteme herstellen
 - Eine Projektgruppe erstellt aktuell Varianten des möglichen zukünftigen Vertriebs und Tarifs für den Verbundraum, wobei diese die Möglichkeiten der Digitalisierung aufnehmen soll.
 - Nicht möglich war in einem ersten Anlauf, die Beschaffung der neuen Fahrscheinautomaten nach einheitlicheren Bedienoberflächen zu beauftragen. Hier soll ein erneuter Anlauf im Jahr 2017/18 initiiert werden.
 - Verschiedene Projekte wurden begonnen, die Lösungen für inter- und multimodale Dienste berücksichtigen.
6. Produkt mit dem Ziel, die Verkehrsangebote im Verbundraum weiter zu entwickeln
 - In verschiedenen Landkreisen (LK L, BLK, ABG) wurden neue Verkehrskonzeptionen erstellt, die eine spürbar stärkere Vernetzung zwischen den Bus- und Bahnangeboten beinhalten.
 - Pilothaft wurden auch Konzepte für die Erschließung völlig neuer Räume und Zugangspunkte in den Landkreisen erstellt.
 - Eine AG erarbeitete Vorschläge, um die über 1.000 in den Landkreisen verkehrenden Busse künftig etwa 2-4 Produktgruppen zuzuordnen und diese entsprechend am Verkehrsmarkt zu kommunizieren.
7. Einbindung der Politik mit dem Ziel, die politischen Entscheider auf Kommunal- und Landesebene für die Belange des ÖPNV zu sensibilisieren
 - Einbindung der Politik und Verwaltungsspitzen hinsichtlich der „Studien zu den ergänzenden Finanzierungswegen im ÖPNV“
 - Mitwirkung und Interessensvertretung im Rahmen der ÖPNV-Strategiekommission in Sachsen
 - Erfolgreiche Einbindung der westsächsischen Interessen bei der Erstellung des Doppelhaushalts 2017/18
8. Querschnitt mit dem Ziel der Steuerung relevanter Querschnittsthemen zur Weiterentwicklung der Verbundgesellschaft
 - Vorbereitung einer Beschlussfassung zu einer möglichen Verbunderweiterung

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich auch im Jahr 2016 auf die Umsetzung der Teilprojekte des **Telematikvorhabens**, die als ein verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden sollen. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor und soll damit zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen. Die zentrale Datendrehscheibe wurde 2016 um die Schnittstellen (Auskunft und Anschlusssicherung) für Abellio Rail und die Mitteldeutsche Regiobahn (Transdev) erweitert.

Die größten Verzögerungen gab es weiterhin im Teilprojekt Beschaffung neuer Bordrechner, wo sich die Verkehrsunternehmen Anfang 2016 entschlossen haben, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Die Abnahme mit dem neuen Lieferanten ist für dieses Teilprojekt nun für 2017 geplant.

Ein großer Fortschritt wurde auch im Bereich des **regionalen eTicketing** erreicht. Das Kundenverwaltungssystem ReTSy wurde insofern in Betrieb genommen, dass in den Landkreisen Leipzig und Altenburg alle Schüler mit Chipkarten versorgt worden. Diese können bei jedem Fahrtantritt auf ihre Gültigkeit kontrolliert werden. Außerdem ist bei Verlust eine Sperrung möglich und auch Änderungen von Tarifzonen oder anderen Produktmerkmalen können ohne großen Aufwand des Kunden durchgeführt werden. Im Jahr 2017 werden auch die ABO-Kunden in den benannten Landkreisen ihre Chipkarten erhalten und nach Inbetriebnahme der Bordrechner im Landkreis Nordsachsen auch die dortigen Schüler und Abonnenten.

Seit der Einführung des **handybasierenden Auskunft- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt.

2016 wurde ein neuer Ansatz in easy.GO umgesetzt: das ABO-Flex wurde als ABO-Produkt incl. Registrierungsmöglichkeit in easy.GO integriert.

Der Umsatz mit Tickets in easy.Go von 1,9 Mio. Euro lag 2016 in der Größenordnung von 2015. Im Dezember 2016 wurden erstmalig 220.000 € Umsatz erreicht. Der Einnahmeanteil aus diesem Vertriebsweg liegt damit weiterhin bei ca. 3 % der Tarifeinnahmen im Bereich der Gelegenheitsnutzer. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die 33 Millionen Auskünfte via easy.GO im Jahr 2016 (5 Mio mehr Auskünfte als in 2015) betrachtet. Die Zahl der aktiven Käufer stieg auf über 62.000 (Vorjahr 48.000).

Die im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement erfolgten Arbeiten des MDV am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** umfassten insbesondere Arbeiten an dem Baustein Barrierefreiheit, zu denen Abstimmungen zu den Lieferungen der angepassten Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen, Abstimmung von Haltestellenerhebungen, Klärung der Datenaufbereitung im INSA-System sowie der Finanzierung gehörten. Darüber hinaus wurden aus der KOV-VM heraus das P+R Routing sowie die Darstellung von geografisch exakten Linienvläufen des ÖPNV beauftragt. Gemeinsam mit den Partnern der **Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement Mitteldeutschland (KOV-VM)** erfolgte eine umfassende Überarbeitung der Zielsetzungen der Kooperation. Dabei wurden sowohl die laufenden Aufgaben des Geschäftsbesorgers aktualisiert als auch thematische Schwerpunkte für die kommenden Jahre gesetzt, die den aktuellen Trends auf dem Mobilitätsmarkt folgen.

Auf Grundlage der beschlossenen **Freigabe von ÖPNV-Daten** der MDV-Verkehrsunternehmen an Drittabnehmer konnten Fahrplandaten (Soll-Fahrpläne) mehreren Datenabnehmern zur Verfügung gestellt werden. Fahrplandaten im GTFS-Format werden bereits von freien Entwicklern und Hochschulen, aber auch durch Unternehmen wie Microsoft, bezogen. Die vertragliche Grundlage bilden im MDV abgestimmte Nutzungsbedingungen.

Der MDV beteiligt sich an den mehreren Projekten, die eine **verbundübergreifende und intermodale Mobilität** vereinfachen sollen. Dabei soll nicht nur die übergreifende Reiseauskunft, sondern auch ein übergreifendes Ticketing ermöglicht werden.

Der MDV untersuchte auch die Möglichkeiten von digitalgestützten **Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen** als Ergänzung zum regionalen ÖPNV. Hierzu fand ein Workshop mit den Aufgabenträgern sowie Anbietern von flexiblen Bedienformen statt. In 2017 wird an dem Thema weitergearbeitet.

Eine weitere wichtige Aufgabe war die Fertigstellung der technischen Überarbeitung der **Tarif- und Einnahmeaufteilungsdatenbank**, die 2014 begonnen wurde. Die Funktionalität der neuen Datenbank wurde Ende 2016 durch einen externen Gutachter geprüft und testiert.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2016 mit der Marktsondierung und mit der Beschreibung der möglichen alternativen Herangehensweisen begonnen. Diese Arbeiten werden im Jahr 2017 in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen und einem externen Gutachter fortgeführt, um eine Zeit- und Kostenplanung zu erstellen.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2016 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Das 2013 begonnene **Projekt „Muldental in Fahrt“** – ehemals „Muldentaldreieck“ (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) wurde im Dezember 2016 in einer ersten Stufe (vier vertaktete Linien) in Betrieb genommen. Im August 2017 werden alle 28 Linien umgesetzt, sodass ca. 100.000 Einwohner von einem systematisch vertakteten Angebot im Regionalverkehr (straßengebundener ÖPNV und SPNV) profitieren. Die Feinerschließung innerhalb der oben genannten Städte soll durch eigene Stadtbussysteme erfolgen, die im Kernbereich der Städte im 30-min-Takt alle wichtigen Ziele und Aufkommensschwerpunkte (Wohnen, Arbeiten, Schule, Einkaufen, Erholung) abdecken. Eine Umsetzung ist ab Ende 2017 in Teilschritten vorgesehen. Der Freistaat Sachsen unterstützt für solche Vorhaben die Regionen mit zusätzlichen Mitteln.

Analog zu den Themenstellungen im Projekt „Muldental in Fahrt“ wurde in Sachsen-Anhalt das Projekt **„Rippach-/Saaletal mobil“** vom MDV in enger Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis und den Städten Hohenmölsen, Weißenfels, Lützen und Teuchern sowie der NASA GmbH mit Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Das Planungsprojekt wurde im Dezember 2015 beendet. Der Gedanke des Ortsbusses Hohenmölsen wurde in 2016 weiter verfolgt und soll 2018 durch die PVG Burgenlandkreis pilothaft umgesetzt werden.

Die Kerngedanken eines systematisch vertakteten ÖPNV-Systems wurden im Nachfolgeprojekt **„Zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“** aufgegriffen. Die Planungen werden im 2. Quartal 2017 abgeschlossen. Sie werden Bestandteil des neuen Nahverkehrsplans werden. Eine Umsetzung ist für 2019 vorgesehen. Die Vorbereitungen dazu starten ab Sommer 2017.

Im November 2015 haben die ÖPNV-Aufgabenträger der Landkreise und der MDV eine Kooperation zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** mit dem Ziel geschlossen, die Nahverkehrspläne besser aufeinander abzustimmen und Synergieeffekte zu nutzen. Beginnend ab 2016 sind die Nahverkehrspläne für den Landkreis Nordsachsen und den Saalekreis in Bearbeitung. Beide Pläne sollen bis Ende 2017 fertiggestellt werden.

Analog zum Projekt „Muldental in Fahrt“ wurde mit Förderung des Freistaats Thüringen das Projekt **„Schmölln macht mobil“** in 2015 gestartet. Auch hier soll pilothaft eine Konzeption erarbeitet werden, wie im Gebiet des Altkreises Schmölln der ÖPNV so umstrukturiert werden kann, dass dieser neben der Schülerbeförderung auch die Anforderungen weiterer Zielgruppen erfüllen kann („ÖPNV für alle“). Bis zum 2. Quartal 2017 wird das neue Liniennetz durch den MDV in Abstimmung mit der THÜSAC und dem Landkreis entwickelt.

Für die Umsetzung des Projekts wurden dem MDV weitere Fördermittel durch den Freistaat Thüringen zugesagt. Das Vorhaben ist für 2019 zur Umsetzung vorgesehen.

In 2016 fand eine **Evaluierung der <+>PlusBus-Linien** im MDV statt.

Die Auswertung der Nachfrageentwicklung zeigt, dass es deutliche Unterschiede zwischen dem Durchschnitt über alle <+>PlusBus-Linien und den im Angebot deutlich verbesserten Linien gibt:

Nachfragezuwächse seit 2013	alle Linien	aufgewertete Linien
	Mo-Fr: +2,8%	Mo-Fr: +6,9%
	Sa: +8,9%	Sa: +23,0%
	So/Ft: +14,2%	So/Ft: +10,8%

Prinzipiell gibt es stärkere regionale Schwankungen, jedoch zeigt sich, dass insbesondere im Samstagsverkehr aufgrund seiner hohen Bedeutung im Freizeit-/Einkaufsbereich große Fahrgastpotenziale liegen. Im Dezember 2015 startete das neue **ÖPNV-Konzept für die Stadt Markkleeberg**. Herausragendes Merkmal ist die Einrichtung der neuen Stadtbuslinie 106. Diese Linie hat sich innerhalb eines Jahres zu einer der aufkommensstärksten Linien des Verkehrsunternehmens Regionalbus Leipzig entwickelt. Im Bereich des **südlichen Leipziger Neuseenlands** wurde federführend durch den Landkreis Leipzig ebenfalls ein ÖPNV-Konzept in Auftrag gegeben, bei dem sich der MDV stark einbringt. Auch hier ist es das Ziel, neben den Schülerinnen und Schülern mehr neue Fahrgäste (Pendler, Einkäufer, Touristen etc.) durch eine neue Angebotsstruktur zu gewinnen. Die Planungen hierzu sollen bis zum Ende des 2. Quartals 2017 abgeschlossen werden. Eine Umsetzung wird für die Jahre 2018 bzw. 2019 angestrebt. Politische Beschlüsse dazu stehen noch aus. Für **die ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden Zuarbeiten für verschiedene Szenarien des zukünftigen ÖPNV-Angebots als Ergänzungsnetz zum SPNV geleistet und in den entsprechenden Arbeitskreisen mitgewirkt.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2016 u.a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV-Betrieb
- Bestandsaufnahme zur Fahrradmitnahme im SPNV
- Kapazitätsberechnungen für SPNV-/Bus-Schnittstellen in Eilenburg und Grimma.

Die Schwerpunkte im Bereich der **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** lagen im Jahr 2016 auf folgenden Handlungsfeldern:

Beratung

- **neues MDV-Infomobil** hat Betrieb aufgenommen (ganzjährige verbundweite Mobilitätsberatung, Pressemeldung)
- **neue kostenfreie Telefonnummer am MDV-Infotelefon** eingeführt (0341-91353591)

Publikationen und Kampagnen

- **Tarifwechsel 1.8.2016** (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- **Fahrplanwechsel** im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen)
- Erarbeitung einer achtsprachigen **Basisinformation zum Nahverkehr in Mitteldeutschland für Migranten** (Broschüre, Webseite, Dolmetscherzettel für Busfahrer, Schulungsangebot, Pressearbeit)
- Kommunikation zur Einführung der **UmweltCard Gold und Junior** im LK Leipzig und LK Altenburger Land (Pilotprojekte an Schulen, Pressearbeit)
- **MDV-Freizeitbroschüre „Ausgeflogen“** (inkl. Wandertouren, Pressemeldung)
- **Kampagne zur 1. Umsetzungsstufe im Modellvorhaben „Muldental in Fahrt“** (Busbeklebung, Flyer, Freifahrt, online Anzeigen, Pressefahrt mit Landrat Graichen und Bürgermeistern)
- Verschiedene Termine mit Pressemedien

Freizeit und Mobilität

- Neu zur Anwendung kommt die interaktive Freizeitkarte auf der Webseite www.mdv.de. Sie erteilt Interessierten umfangreiche Tipps zur Freizeitgestaltung (Radtouren, Ausflüge, Konzerte etc.) mit den passenden ÖPNV-Anreiseempfehlungen.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2016

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 2. Dezember 2015 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2016 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2016 **zu zahlende Zuschuss von TEUR 2.476,8** basiert auf dem Vorjahresbetrag zzgl. der geplanten Gehaltsanpassung von TEUR 190 und einer Anpassung von 2,5 %. Mit dem Wirtschaftsplan 2016 und dem Gesellschafterbeschluss vom 29. Juni 2016 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Mittel der Vorjahre von TEUR 71 für 2016 übertragen.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Freistaates Thüringen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2016/2017 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der regionalen Partner an den Strategieprojekten Muldental in Fahrt und Schmölln macht mobil.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.718 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.348 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten (TEUR 2.477) und aus den Vorjahren nach 2016 übertragenen Zuschüsse (TEUR 71) mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.370 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. **Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 178 wurde passiviert.** Über die Verwendung werden die Gesellschafter entscheiden.

Zusätzlich hatte die Gesellschafterversammlung bereits am 2. Dezember 2015 und 29. Juni 2016 beschlossen, zum 31.12.2015 nicht verbrauchte Mittel von insgesamt **TEUR 236 auf die Jahre 2017 bis 2019** zu übertragen. Davon betreffen TEUR 71 Mittel aus dem Dilax-Vergleich für die Weiterentwicklung des AFZ-Systems und TEUR 165 wurden vorgesehen, um damit auf die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage zu verzichten und künftige Erhöhungen der Betriebskostenzuschüsse abzumindern.

Von Mitteln aus dem **projektbezogenen Erfolgsanteil** der Jahre 2016 und 2015 von TEUR 444 wurden 2016 TEUR 266 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2017 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 178 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2017 für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 101 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2017 enthalten. Der Übertrag von TEUR 178 betrifft im Wesentlichen Vorhaben im Strategieprozess (TEUR 82), die Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (TEUR 6) und laufende Aufwendungen für easy.GO (TEUR 25), für die in den Projektlenkungsgruppen bereits die Übertragung der entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr beschlossen wurde. TEUR 65 sollen 2017 als Eigenmittel für das Projekt Digitalisierung und die Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes für den Burgenlandkreis verwendet werden. Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.170 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.951) um 11 % gestiegen. Dies begründet sich wesentlich aus dem Anstieg des Anlagevermögens auf der Aktivseite für die Erweiterungen der Datendrehscheibe, den aktivierten Eigenleistungen für die Aktualisierung der Tarif-

und EAV-Datenbank sowie Anzahlungen im Telematikvorhaben. Für die Datendrehscheibe und das Telematikvorhaben sind entsprechende Förderungen passiviert und erhöhen insofern den Sonderposten für Investitionszuschüsse auf der Passivseite. Weiterhin erhöhen die nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern. Auf der Aktivseite schlägt sich dies in einer Erhöhung der Guthaben bei Kreditinstituten bzw. wegen erst im Januar 2017 geleisteter Zahlungen von Betriebskostenzuschüssen in steigenden offenen Forderungen gegen Gesellschaftern nieder.

Ausblick auf 2017 und 2018

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden auch weiterhin wesentlich durch die im **Strategieprozess „MDV 2025“ definierten Schwerpunkte** bestimmt sein. So wird im Jahr 2017 die Bearbeitung weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität und Verbesserung Systemzugang/Benutzeroberfläche fortgeführt.

Im Rahmen der **Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement** Mitteldeutschland sollen 2017 folgende Themen bearbeitet werden:

- Ausbau und Veröffentlichung (Silent Release) des Mobilitätsportals Mitteldeutschland
- Vollständige Ablösung des MOSAIQUE Vermittlungsknotens
- Barrierefreiheit im Auskunftssystem
- Länderübergreifende Vernetzung von Verkehrslagedaten
- Abstimmungen zu E-Mobilitätsvorhaben
- Carsharing & Gesetzeslage
- Open Data im MIV Bereich
- Untersuchung von Konzeptionen für die „letzte Meile“ im ÖPNV

Darüber soll ein stärkerer Austausch mit der Forschung und Wirtschaft erreicht werden.

In den Jahren 2017 und 2018 wird sich die Gesellschaft im Rahmen der **Förderinitiative des BMVI „eTicketing und Digitalisierung“**, gemeinsam mit DB Regio und Abellio unter der Federführung der NASA am Projekt MobilitätsHub beteiligen. Bei diesem Fördervorhaben handelt es sich um ein länderübergreifendes Projekt zur Entwicklung einer durchgehenden und intermodalen Auskunft, Durchtarifierung sowie Buchung und Bezahlung von ÖPNV und intermodalen Angeboten in Mitteldeutschland. Das Ziel ist, die modular angelegte Lösung in die bestehende Applandschaft zu integrieren.

Die Digitalisierung ist auch Gegenstand einer **Zusammenarbeit im Rahmen der Vernetzungsinitiative des VDV**.

Die Fahrplandaten werden sukzessiv im Rahmen der **Freigabe von ÖPNV-Daten** weiteren Anbietern von Informationsplattformen wie Google oder Apple angeboten. Auch die Beschaffung einer Echtzeitdatenschnittstelle für die ÖPNV-Auskunft auf Plattformen Dritter wird vorbereitet.

Schwerpunktthemen im Fachbereich Verkehrsplanung werden in 2017 die **Umsetzung der neuen ÖPNV-Konzeptionen** „Muldenal in Fahrt“ und „Schmölln macht mobil“ sowie das Projekt „Zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“ sein. Zudem sind die Arbeiten an den **Nahverkehrsplänen der Landkreise** Nordsachsen und Saalekreis fortzuführen. Die Bearbeitung des Nahverkehrsplans für den Burgenlandkreis startet im April 2017.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2021 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 wurde von der Gesellschafterversammlung am 8. Dezember 2016 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2017 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2017 sieht konstante durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse von TEUR 2.477 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 236, wovon TEUR 151 auf das Jahr 2017 entfallen.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Damit wird das Ziel verfolgt, die Mobilitätsmöglichkeiten für die Menschen in Mitteldeutschland weiter zu entwickeln und zu einem integrierten Gesamtsystem auszubauen.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert einschließlich der Erfüllung der Verbundaufgaben durch den MDV folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen

- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeverteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Halle (Saale), den 2. Juni 2017

Steffen Lehmann
Geschäftsführer

Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

Beteiligungsübersicht

Flugplatz
04603 Nobitz

Tel. 03447-5900
Fax 03447-590199
Email info@leipzig-altenburg-airport.de

Gründungsdatum 27.01.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am

Letzte Änderung am

Handelsregistereintrag am unter

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		51.129,19 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	3,0000 %	1.533,87 €
Landkreis Altenburger Land	60,0000 %	30.677,51 €
Gemeinde Nobitz	5,0000 %	2.556,46 €
eigene Anteile	32,0000 %	16.361,35 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Errichtung und der eigenverantwortliche Betrieb des Leipzig-Altenburg Airport zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Keine	

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2016

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2016 war vom Ausbau des im Jahr 2014 begonnenen Weges der Neuausrichtung geprägt. Sowohl die Gesellschafter als auch der Aufsichtsrat der Flugplatz Altenburg-Nobitz (FAN) GmbH haben sich gemeinsam dazu bekannt, dass die Gesellschaft mit neuer struktureller Ausrichtung in die Lage versetzt werden muss, neben einem rigorosen Konsolidierungsprozess auch den Flugbetrieb sowie die Ansiedlung von Unternehmen effizienter voranzutreiben. Die bisher in die Gesellschaft im erheblichen Umfang investierten Mittel sind den neuen Zielstellungen folgend schwerpunktmäßig im Sinne eines Industrie-Flughafens wirtschaftsfördernd einzusetzen.

Unter Beachtung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses galt ein Festhalten an der Kontrollzone Delta als unwirtschaftlich. Stattdessen war die Weiterführung des IRF-Flugbetriebes als wesentlicher Bestandteil des aktuellen Betriebskonzeptes stärker in den Fokus gerückt. Dies erfolgt in einer Radio Mandatory

Zone (RMZ). Die RMZ als wirtschaftlich sinnvolle Nachfrageanpassung lässt die Aufrechterhaltung des Flugbetriebes zu und ermöglicht bei Bedarf die Rückkehr zur ursprünglichen Kontrollzone.

Zur Steigerung des Flugverkehrs wurden das Serviceangebot und damit die Attraktivität des Flugplatzes für Privatpiloten und Geschäftsreisende verbessert. Ein Shuttlefahrzeug und Fahrräder ermöglichen es, während der Standzeit der Flugzeuge dem Flugpersonal ohne größeren Aufwand flexibel zu bleiben. Das Ziel des Flugplatzes ist dabei, die Flugbewegungen zu erhöhen, Gewerbe, insbesondere flugaffine Unternehmen anzusiedeln, die Verbindlichkeiten in den nächsten Jahren weiter abzubauen, die Gesellschafterzuschüsse zu reduzieren, neue Gesellschafter aus der Privatwirtschaft zu gewinnen und den Investitionsstau am Flugplatz zu minimieren.

Nach Jahren der Stagnation konnte 2015 erstmals wieder mit Erhaltungsinvestitionen begonnen werden. 2016 wurde eine Teilsanierung der Landebahn durchgeführt. Das Land Thüringen hat Fördermittel ausgereicht, um die Flugfunkgeräte nebst dazugehörigen Anlagen zu erneuern. Diese Maßnahme wird gegenwärtig planmäßig umgesetzt. Im Weiteren wurden Unkrautbekämpfungsmaßnahmen auf der Landebahn auf der Basis des Bescheides zur Zulässigkeit der Maßnahmen durchgeführt und mit der sukzessiven Wartung sowie Instandsetzung des Fuhrparks begonnen. Die Reparaturen und Erhaltungsinvestitionen sollen im Rahmen des Wirtschaftsplanes und unter Inanspruchnahme von Fördermitteln umgesetzt werden. In den Jahren 2017 und 2018 muss die im Wirtschaftsplan fixierte meteorologische Anlage des Flugplatzes, eine Investition größeren Umfangs, komplett erneuert werden. Auch hier können wir auf Förderung vom Land Thüringen hoffen. Darüber hinaus wird gegenwärtig die gesamte IT- Anlage erneuert.

Parallel dazu setzt sich die Gesellschaft gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen und der Gemeinde Nobitz aktiv für die Vermarktung des Flugplatzes sowie der unmittelbar angrenzenden Industrie- und Gewerbeflächen ein. Hierfür wurde die Website des Flugplatzes inzwischen modernisiert und die Gewerbeflächen auf dieser moderneren Plattform beworben. Darüber hinaus wurde ein Trailer über das Gewerbegebiet erarbeitet und vernetzt. In arbeitsteiliger Form nehmen die Verantwortlichen an Messen u. ä. Vermarktungsveranstaltungen teil.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2016 um TEUR 347 auf TEUR 2.596 verringert. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 96,3 % (Vorjahr: 96,4 %), der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen bei 3,7 % (Vorjahr: 3,6 %).

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von der Gesellschaft erwirtschafteten und die von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden:

	<u>2016</u> TEUR	<u>2015</u> TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus		
laufender Geschäftstätigkeit	-214	-213
Investitionstätigkeit	-94	+6
Finanzierungstätigkeit	+290	+167
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	63	81

Zuschüsse der Gesellschafter sind unter der Finanzierungstätigkeit erfasst. Diese betragen im Berichtsjahr TEUR 370 (Vj. TEUR 370).

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 94 vorgenommen. Dies betrifft im Wesentlichen die Sanierungsarbeiten an der Start- und Landebahn.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 68.

2.2. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich tabellarisch wie folgt dar:

	<u>2016</u>	<u>2015</u>	Ergebnis- ver- änderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebsleistung	947	1.234	-290
Aufwendungen für die Betriebsleistung	<u>-1.043</u>	<u>-1.536</u>	<u>+493</u>
Betriebsergebnis	-96	-299	+203
Zinsergebnis	<u>-17</u>	<u>-22</u>	<u>+5</u>
Ordentliches Unternehmensergebnis	-113	-321	+208
Periodenfremdes Ergebnis	<u>+181</u>	<u>+13</u>	<u>+168</u>
Jahresergebnis	<u>+68</u>	<u>-308</u>	<u>+376</u>

Die Betriebsleistung umfasst die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge, soweit nicht periodenfremd. Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 10 auf TEUR 361.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Geschäftsjahr 2016 TEUR 586 und liegen damit unter dem Vorjahrsniveau (TEUR 886). Dies resultiert im Wesentlichen aus der geringeren Auflösung des Sonderpostens (TEUR 274).

Der Materialaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 52 auf TEUR 73, hauptsächlich wegen gesunkener Aufwendungen für Fremdleistungen (Aufgabe der Kontrollzone).

Der Personalaufwand ist um insgesamt TEUR 13 auf TEUR 306 angestiegen. Die Abschreibungen sanken um TEUR 447 auf TEUR 430.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 258 sind im Wesentlichen aufgrund von Risikovorsorgen, deren Ursache in der Vergangenheit liegen, um TEUR 27 gestiegen.

2.3. Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die eine deutlich andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erforderlich machen würden, haben sich nicht ergeben.

3. Risikobericht

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2016 wurden regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Dabei wurden im Rahmen der Berichterstattung alle wesentlichen Risiken dokumentiert und bewertet. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Risiken eingeleitet.

In die Prozesse des Risikomanagementsystems ist die Geschäftsleitung durch regelmäßige Berichterstattung eingebunden. Monatliche Analysen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Liquidität sind dabei zu einem entscheidenden Instrument für Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Gesellschafter geworden. Wobei alle Abweichungen auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes ausgewertet werden.

Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sehen wir insbesondere in der Bereitstellung von Gesellschafterzuschüssen. Die Gesellschaft ist derzeit noch nicht in der Lage, aus der operativen Tätigkeit positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Der Fortbestand des Unternehmens ist insofern bis auf weiteres wesentlich von Zuschüssen der Gesellschafter zum Verlustausgleich der operativen Tätigkeit abhängig.

Die Europäische Kommission hatte ein Untersuchungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel der Überprüfung, ob die zwischen den Behörden und dem Flugplatz Altenburg-Nobitz getroffenen Finanzierungsvereinbarungen sowie die zwischen dem Flugplatz und den sie anfliegenden Luftfahrtgesellschaften geschlossenen Preisnachlass- und Marketingvereinbarungen den EU-Beihilfenvorschriften entsprechen.

Dazu hat die EU-Kommission am 15. Oktober 2014 ihre Entscheidung zum Beihilfeverfahren in einem Beschluss mitgeteilt. Wichtig in diesem Beschluss ist, dass gewährte Beihilfen an die FAN GmbH als zulässig angesehen werden und somit nicht zurückgezahlt werden müssen.

Weiterhin wird festgestellt, dass gezahlte Marketingzuschüsse in Höhe von 318.569,00 EUR nebst Zinsen an Ryanair/AMS mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind und zurück gefordert werden müssen. Dazu sind entsprechende Schritte zur Rückforderung eingeleitet worden. Das Rückforderungsverfahren wird von der Bundesrepublik Deutschland betrieben. Der Zeitraum der Rückzahlung kann derzeit nicht bestimmt werden. Sollte Deutschland jedoch obsiegen, könnten 318.569,00 EUR nebst Zinsen, die mittlerweile auf einem Notar-Anderkonto lagern, an die FAN GmbH zurück fließen. Damit wäre die Gesellschaft in der Lage, einen wesentlichen Teil ihrer Verbindlichkeiten zu tilgen.

Der Freistaat Thüringen hat den Zuwendungsbescheid des Thüringer Landesverwaltungsamtes über Fördermittel für Investitionen vom 17. Februar 2008 sowie vom 18. August 2009 widerrufen. Dagegen ist die Gesellschaft in Widerspruch gegangen. Der mündliche Verhandlungstermin vor dem Verwaltungsgericht Gera am 17. Juli 2014 führte zu einem Vergleich. Das Gericht bejaht dabei wichtige Verstöße gegen das Vergaberecht und äußert Zweifel an der ordnungsgemäßen Ermessensausübung. Die Rückforderungssummen werden auf 5 % des Auftragswertes, also auf TEUR 109 festgesetzt. Zusätzlich fallen Zinsen in Höhe von TEUR 31 an. Im Ergebnis eines hierauf basierenden Haftpflichtprozesses konnte in 2016 ein Vergleich erzielt werden, wonach die offene noch verbliebene Gesamtschuld unmittelbar zurückgezahlt werden konnte. Mit dem Vergleich konnten gleichzeitig auch noch offene Honorarforderungen in Höhe von TEUR 32, welche mit einer Widerklage geltend gemacht worden waren, mit abgegolten werden.

4. Ausblick sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit Datum vom 27. Oktober 2014 hat die Gesellschaft das so genannte RMZ Anflugverfahren beantragt. Damit sollte sichergestellt werden, dass nach Aufgabe der Kontrollzone D Altenburg die Landung von Flugzeugen bis 14 t weiterhin möglich ist. Dem Antrag auf Umwandlung in RMZ wurde statt gegeben. Flugzeuge, die größer als 14 t sind, können mit einer Ausnahmegenehmigung der Luftfahrtbehörde weiterhin den Flugplatz anfliegen. Bundesweit ist seit 2. April 2015 die neue Luftraumstruktur in Kraft getreten. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, dem Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Referat Luftverkehr, als auch dem Anbieter der Flugplatzkontrolldienste (TTC) ist es gelungen, einen nahtlosen Übergang von der Kontrollzone D (mit Fluglotsen) in die RMZ-Kontrollzone zu gewährleisten. Mit Inbetriebnahme der RMZ ab 2. April 2015 sind die bisherigen Flugplatzkontrolldienste des Luftraumes Delta durch die TTC (The Tower Company) weggefallen und werden durch Mitarbeiter der FAN GmbH übernommen. Damit ist es möglich, bedarfsweise auf Kundenwünsche flexibler zu reagieren. Sollten jedoch durch die Ansiedlung von luftfahrtaffinem Gewerbe die Flugbewegungen nach Instrumentenflugregeln wieder eine bestimmte Qualität und Quantität erreichen, kann es künftig wieder notwendig werden, erneut eine Kontrollzone einzuführen. Eine solche Einführung steht jedoch unter dem Vorbehalt eines vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnisses. Für den Volkswagenkonzern und seine wichtigsten Zulieferer bleibt der Flugplatz somit weiterhin nutzbar. Sowohl die Volkswagen AG als auch die großen Zulieferer wickeln teilweise ihren Werksflugverkehr über den Flugplatz ab.

Für die Region stellt der Flugplatz Altenburg-Nobitz ein Infrastrukturobjekt zur Förderung der regionalen Wirtschaft dar. Die Gesellschafter arbeiten weiter an dem Verkauf der Geschäftsanteile der Flugplatz-GmbH, die diese selbst hält (32 % eigene Anteile). Es wird angestrebt, dass für diese Anteile private Investoren gefunden werden. Dabei sollen insbesondere Investoren, welche sich zur Absicherung ihrer Investitionen an der Flughafen GmbH beteiligen wollen, Anteile erwerben können. Schrittweise sollen somit private Investoren unter Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse in der Gesellschaft und der Zweckbindungsfrist des überwiegenden Teils der Fördermittel bis 2025 beteiligt werden.

Über den eigentlichen Geschäftszweck hinaus werden die energiepolitischen Ziele des Landkreises durch den Betrieb von zurzeit zwei Photovoltaik-Anlagen unterstützt. Damit verbunden sind wesentliche Einnahmen langfristig zur Eigenfinanzierung der Gesellschaft gesichert. Mit der Neuausrichtung der Gesellschaft ab 12. November 2014 wurden umfangreiche Prüfungsmaßnahmen durchgeführt, die dazu dienten, unbekannte Risiken aufzudecken, aufzulisten, zu bewerten und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2017 Nachschüsse im Sinne des § 24 des alten Gesellschaftsvertrags in Höhe von TEUR 370 vor.

Zur Sicherstellung der mittelfristigen Finanzplanung ist die Gesellschaft von weiteren Nachschüssen im Sinne des § 18 des neuen Gesellschaftsvertrags und weiteren nicht rückzahlbaren freiwilligen Zuschüssen der Gesellschafter, derzeit TEUR 370, abhängig. Diese Zuschüsse sind notwendig, um die vorhandenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft abzutragen. Der Betrieb des Flugplatzes ist weiterhin stark von politischen Entscheidungen abhängig.

Die Gesellschaft rechnet unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse mit ausreichenden Liquiditätszuflüssen für die Geschäftsjahre 2017 bis 2018, die nachhaltig zur Tilgung von Verbindlichkeiten geeignet sind. Unser Ziel ist es, durch neue Gesellschafter neue Vermarktungsmöglichkeiten zu erschließen, aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben und die Liquiditätslage der Gesellschaft zu verbessern.

Durch Intensivierung der Gespräche mit der LEG Thüringen werden aktuell Abstimmungen zur besseren Vermarktung der am Flugplatz befindlichen Gewerbeflächen geführt. Das Flugplatzgelände umfasst immerhin eine Gesamtfläche von ca. 190 ha. Ziel ist die langfristige Verbesserung der Einnahmen der FAN GmbH.

Neben den Bestrebungen, flugaffines Gewerbe anzusiedeln, werden auch verstärkt andere gewerbliche Ansiedlungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich Automotiv, vorangetrieben. Hier sehen wir die Chance, langfristig angelegte Pachteinnahmen erzielen zu können. Die damit einhergehende Nutzung von Flughafenflächen muss mit dem allgemeinen Flugverkehr kompatibel sein.

Die Zusammenarbeit, insbesondere auf technischem Gebiet wurde mit dem Flughafen Leipzig/Halle wieder aufgenommen.

Auch das Veranstaltungsmanagement soll künftig auf eine verlässliche und längerfristige Grundlage gestellt werden. Damit einher geht die Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem am Flugplatz ansässigen Vereins - der Flugwelt Altenburg-Nobitz e.V.

Aufbauend auf die zwischenzeitlich erreichten Fortschritte bei der Neuausrichtung der FAN GmbH und weiterer politischer Unterstützung des Flugplatzes als wichtiges Infrastrukturobjekt kann die Gesellschaft in den Folgejahren wirtschaftlich erfolgreich am Markt agieren, wobei die finanzielle Unterstützung durch die Gesellschafter weiterhin erforderlich ist.

Ein Verkauf der Geschäftsanteile an private Investoren ist dabei ebenfalls denkbar, wobei in vergleichbaren Fällen ein Interesse von ausländischen Investoren zwar meist gegeben war, diese jedoch auf anderen Flugplätzen bisher den Nachweis schuldig geblieben sind, dass sie einen Flugplatz erfolgreich führen können.

Aufgrund der Größe des Flughafens scheint eine weitere Herabstufung des Flugplatzes auf die Flugzone G wirtschaftlich nicht sinnvoll, da hierdurch per Saldo keine signifikanten Einsparungen erzielt werden können und das Projekt Industrieflughafen dann nicht mehr umsetzbar ist.

Dr. Frank Hartmann
Geschäftsführer

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH

Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal

Tel. 034299 / 530
Fax 034299 / 53 128/129
Email info@e-wev.de

Gründungsdatum 24.06.1991

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am

Letzte Änderung am 17.06.2010

Handelsregistereintrag am 05.02.1992 unter HR B 4545

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		1.000.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	51,0000 %	510.000,00 €
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	49,0000 %	490.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens sind entsprechend § 2 des Gesellschaftsvertrages die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes nach vorstehendem Satz 1 dienen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	49,0000 %	490.000,00

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.

Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte

- 1. Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)**
- 2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen**
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
- 3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen**
- 4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig**
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
- 5. Kulturreum Leipziger Raum**
- 6. Regionaler Planungsverband Westsachsen**
- 7. Kommunalen Sozialverband Sachsen**
- 8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig**
- 9. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)**

Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)

Beteiligungsübersicht

Heinrich-Zille-Straße 3
04668 Grimma

Tel. 03437 / 933 0
Fax 03437 / 933 111
Email RZV_DLLMLTL@t-online.de

Gründungsdatum 08.12.1995
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		10,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	60,0000 %	6,00
Landkreis Mittelsachsen	40,0000 %	4,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes in seinem Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben:

- eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit der Leistung der Notfallrettung und des Krankentransportes sicherzustellen;
- auf der Grundlage des Landesrettungsdienstplanes einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereichsrat für den Rettungsdienst zu bestellen und in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören;
- die gemeinsame Leitstelle der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nach § 3 Abs. 2 Buchstabe b) des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren bei Unglücksfällen und Notständen im Freistaat Sachsen und § 9 Abs. 1 des Gesetzes über Rettungsdienst, Notfallrettung und Krankentransport für den Freistaat Sachsen vom 04. Juli 1994 zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben;
- Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle auf Grund einer Satzung festzusetzen.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- er übt die Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS-Funk aus und ist Antragsteller zur Erteilung von Funkgenehmigungen;
- er ist Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- er übt die Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst aus.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	499.344,02
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die ehemaligen Landkreise Döbeln, Leipziger Land und Muldentalkreis haben auf der Grundlage des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) die Aufgaben nach dem Sächsischen Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) und auf der Grundlage der Verordnung über Rettungsdienstbereiche und gemeinsame Leitstellen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (LeitStVO) auf einen gemeinsamen Rettungszweckverband übertragen.

Der Rettungszweckverband wurde auf der Grundlage der Beschlüsse der Kreistage

- Leipziger Land vom 17. Mai 1995,
- Döbeln vom 29. Mai 1995,
- Muldentalkreis vom 8. Juni 1995

am 8. Dezember 1995 durch das Regierungspräsidium genehmigt und öffentlich bekannt gemacht. Die Geschäftstätigkeit des Rettungszweckverbandes begann durch Beschluss der Verbandsversammlung am 1. Januar 1996. Durch Kreisgebietsreform fusionierten die ehemaligen Landkreise Leipziger Land und Muldentalkreis ab 1. August 2008 zum Landkreis Leipzig. Der Landkreis Döbeln verband sich mit den Landkreisen Mittweida und Freiberg zum Landkreis Mittelsachsen. Infolgedessen wurde der Rettungszweckverband durch Beschluss der Verbandsversammlung am 3. November 2008 umbenannt in „Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)“.

Der Rettungszweckverband umfasst das Gebiet des ehemaligen Landkreises Döbeln und des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 2.071,88 km² mit 322.544 Einwohnern (Stand 31.12.2015).

Der Rettungszweckverband als Träger des Rettungsdienstes und verantwortlicher Betreiber der Leitstelle für Rettungsdienst und Brandschutz hat als wesentliche Grundaufgaben die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes sowie die Alarmierung in Brandfällen zu sichern und diese in der Satzung des Rettungszweckverbandes festgeschriebenen Aufgaben quantitativ und qualitativ hochwertig zu erfüllen.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Notfallrettung und des Krankentransportes schloss der Rettungszweckverband im Ergebnis eines Vergabeverfahrens nach § 31 SächsBRKG i. g. F. ab 1. Januar 2014 für die Dauer von zunächst 5 Jahren mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre mit nachfolgenden Leistungserbringern des Rettungsdienstes und Krankentransportes öffentlich-rechtliche Verträge ab:

- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Döbeln–Hainichen e. V., Hainichen (Los 1)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldental GmbH, Grimma (Lose 2, 3)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Geithain e. V., Geithain (Los 4)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH, Zwenkau (Lose 5, 6)

II. Grundlage der Wirtschaftsführung

Auf den Zweckverband finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften gemäß § 58 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) unmittelbare Anwendung. Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist die erlassene Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan.

Die Verbandsversammlung beschloss in ihrer am 29. September 2015 stattgefundenen 42. Beratung über die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2016. Der Bescheid zur Genehmigung der Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2016 wurde am 13. November 2015 durch die Landesdirektion Sachsen erteilt. Der in der Haushaltssatzung vorgesehene Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von EUR 4.102.471,00 wurde gleichzeitig genehmigt.

Soweit die sonstigen Einnahmen des Zweckverbandes aus Entgelten und Gebühren zur Deckung seines Finanzbedarfes nicht ausreichen, ist gemäß § 13 der Verbandssatzung von den

Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage zu erheben. Diese wird mit der Haushaltssatzung - getrennt für die Ausgaben des Erfolgs- und Vermögensplanes – festgesetzt. Für das Wirtschaftsjahr 2016 wurden folgende Verbandsumlagen veranschlagt:

	EUR
Erfolgsplan	623.707,00
Liquiditätsplan	0,00
Gesamt:	623.707,00
davon entfielen auf den Landkreis	
Mittelsachsen, Region Döbeln	124.362,98
Leipzig	499.344,02

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen des Rettungszweckverbandes mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2016 nachstehende Entgelte und Gebühren nach §§ 10 ff. SächsKAG fest:

	Entgelte/Gebühren – IST -
Gebühr Rettungstransportwagen	288,80 EUR/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	138,50 EUR/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	114,40 EUR/Einsatz
	zzgl. 3,30 EUR/km ab Besetzt - km 151

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Leitstelle.

Im Wirtschaftsjahr 2016 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

	Einsätze – Ist –
Krankentransporte	23.817 Einsätze = EUR 2.734.776,00
Rettungswageneinsätze	32.948 Einsätze = EUR 9.515.382,40
Notarzteinsätze	17.498 Einsätze = EUR 2.423.473,00

III. Geschäftsverlauf

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der Rettungszweckverband verfügt über bewegliches Anlagevermögen, welches seit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 1996 angeschafft wurde. Dieses wurde ergänzt um weiteres bewegliches Anlagevermögen aus Übertragungen von den am Rettungszweckverband beteiligten Landkreisen.

Der gesamte bewegliche Anlagenbestand ist in einem automatisierten Anlagenbuchhaltungsprogramm gemäß § 12 SächsEigBG erfasst und wird regelgerecht abgeschrieben.

Der Rettungszweckverband verfügt über festen Anlagenbestand.

Dazu gehören

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m² in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich–Zille–Straße 3, welcher mit dem Verwaltungsgebäude des Rettungszweckverbandes mit Leitstelle und Rettungswache Grimma bebaut ist im Rahmen von Erbpacht;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit der Rettungswache Wurzen bebaut ist im Rahmen von Erbpacht;
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches als Rettungswache in Form eines Containerbaus betrieben wird sowie
- am 17. Mai 2016 erworbener Grund und Boden in 04442 Zwenkau, Bahnhofstraße 102 zur Errichtung einer Rettungswache im Rahmen von Erbpacht.

Investitionen Bauvorhaben/Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Investitionsschwerpunkte im Wirtschaftsjahr 2016 waren

- die Ersatzbeschaffung der rettungsdienstlichen Einsatzmittelflotte (13 Rettungstransportwagen, 13 Krankentransportwagen, 5 Notarzteinsatzfahrzeuge) für den Landkreis Leipzig im Wert von insgesamt EUR 2.566.684,95;
- geleistete Anzahlungen für den Neubau einer Rettungswache in Zwenkau im Wert von EUR 618.972,05;
- die Umsetzung der Einführung des Digitalfunks im Rettungszweckverband im Wert von EUR 389.180,24;

- die rettungsdienstliche Anteilsfinanzierung (Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen) an der Errichtung der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig (IRLS Leipzig) im Wert von EUR 395.944,35, wovon EUR 254.848,79 als Verbindlichkeit gegenüber IRLS Leipzig zum Zeitpunkt noch nicht vorliegender Investitionskostenschlussabrechnung gehalten werden.

Darüber hinaus wurden im Wirtschaftsjahr 2016 betriebsnotwendig angeschafft:

- Vermögensgegenstände von geringem Wert in Höhe von EUR 40.911,26
- Ersatzbeschaffung von Mobilar und Geschäftsausstattungen im Wert EUR 12.976,01
- Immaterielle Vermögensgegenstände im Wert von EUR 5.270,74
- Ersatzbeschaffungen medizinischer Ausrüstungen und Ausstattungen im Wert von EUR 3.842,64
- Ersatzbeschaffungen technischer Ausrüstungen im Wert von EUR 2.796,52

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	Stand 31.12.2015 in EUR	Zugänge/ Einstellungen in EUR	Umbuchungen in EUR	Stand 31.12.2016 in EUR
Kapitalrücklagen	43.459,81	0,00	0,00	43.459,81
Gewinnrücklagen	1.548.166,90	0,00	0,00	1.548.166,90
Verlustvortrag	- 178.719,85	0,00	178.719,85	0,00
Vortrag auf neue Rechnung	233.740,12		- 178.719,85	55.020,27
Jahresüberschuss 2016		368.133,33	-	368.133,33
Summen	1.646.646,98	368.133,33	0,00	2.014.780,31

Das Wirtschaftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von EUR 368.133,33.

In der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 399.935,52 erzielt.

Die Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 31.802,19, so dass das Jahresbetriebsgesamtergebnis mit einem Jahresüberschuss in Höhe von insgesamt EUR 368.133,33 schließt.

Das Wirtschaftsjahr 2015 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von insgesamt EUR 178.719,85, welcher ganzheitlich auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ entfiel und sich im Ergebnis der Kostenträgerrechnung um EUR 7.056,68 auf einen Jahresgesamtfehlbetrag von EUR 185.776,53 in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ erhöhte. In der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ war hiernach ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 7.056,68 zu verzeichnen, welcher auf neue Rechnung vorzutragen war. Der Jahresfehlbetrag der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ in Höhe von insgesamt EUR 185.776,53 wurde vollumfänglich – entsprechend Beschlussfassung der Verbandsversammlung vom 19. September 2016, Beschluss Nummer 269/2016 - aus den im Wirtschaftsjahr 2014 auf neue Rechnung vorgetragenen Jahresüberschuss ausgeglichen, so dass der Vortrag auf neue Rechnung zum 31. Dezember 2016 mit EUR 55.020,27 schließt und in Summe der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ zuzurechnen ist.

Umsatzerlöse und Leistungsentgelte

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2016 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 14.693.789,39 (2015: EUR 13.465.181,27) erzielt. Umsatzerlöse aus sonstigen Dienstleistungen des Zweckverbandes wurden in Höhe von EUR 12.700,00 (2015: EUR 12.160,00) aus dem Betrieb der auf die Rettungsleitstelle aufgeschalteten Brandmeldeanlagen erzielt.

Leistungsentgelte an Leistungserbringer wurden in Höhe von EUR 10.506.371,38 (2015: EUR 10.167.013,10) gezahlt.

Lage des Zweckverbandes

Das Wirtschaftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 368.133,33 welcher vollumfänglich auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ entfällt und sich im Ergebnis der Kostenträgerrechnung um EUR 31.802,19 auf einen Jahresüberschuss von insgesamt EUR 399.935,52 erhöht.

Die Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ schließt danach das Wirtschaftsjahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 31.802,19 ab.

Als wesentliche ergebnisbeeinflussende Faktoren schlugen sich in der Jahresrechnung 2016 nieder:

- Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2016 wurde in den Monaten Juni bis August 2015 erstellt. Zum Zeitpunkt der Erstellung ging der Zweckverband von einem Vollbetrieb bis längstens 30. Juni 2016 und einer Überleitung der Leitstelle Grimma zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz zum 01. Juli 2016 aus. Die Planansätze in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ teilten sich hiernach in einen Zweckverbandsbetriebsanteil bis 30. Juni 2016 und einen Fremdleistungsanteil „Integrierte Regionalleitstellen“ ab 01. Juli 2016 auf. In der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ erfolgte die Haushaltplanung als Zweckverbandsvollbetrieb ausschließlich bis 30. Juni 2016, da die Betriebskostenanteile des Brandschutzes mit der Überleitung der Leitstelle Grimma zum 01. Juli 2016 zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz direkt von den Landkreisen Leipzig und Mittelsachsen an die Betreiber zu leisten waren. Im April 2016 informierte die Integrierte Regionalleitstelle Chemnitz den Zweckverband darüber, dass die Betriebsfähigkeit für die Region Döbeln zum 01. Juli 2016 aus technischen Gründen nicht gewährleistet ist und sich der Überleitungstermin in das Jahr 2017 verschieben wird. Der Zweckverband prüfte hiernach umgehend die Auskömmlichkeit des aktuellen Haushaltes. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass Aufwendungen und Erträge des Erfolgsplanes die mit Beschluss - Nummer 249/2013 vom 02. September 2013 festgelegten Erheblichkeitsgrenzen von 3,5% weder über- noch unterschreiten werden, so dass der Erlass einer Nachtragshaushaltsatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2016 nach § 77 Sächsische Gemeindeordnung entbehrlich wurde. Die zum Zeitpunkt ermittelten Auswirkungen verwiesen auf einen zu erwartenden Fehlbetrag in Höhe von TEUR 43.860 in der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“. Sie waren durch den in der Kostenträgersparte verfügbaren Vortrag auf neue Rechnung aus Vorjahren (EUR 55.020,27) auskömmlich gedeckt.
- Die im Wirtschaftsplan veranschlagten Aufwendungen in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ für Fremdleistungen Integrierte Regionalleitstelle Leipzig und Chemnitz (TEUR 403) kompensieren den betriebskostenseitigen Mehraufwand für den Betrieb der Leitstelle Grimma vom 01. Juli bis zum 31. Dezember 2016.
- Die Mindererlöse aus Rettungsdienstleistungen in Höhe von TEUR 213 in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ werden maßgeblich durch Mehrerlöse aus dem Verkauf der bis 2016 in Betrieb befindlichen Rettungsdienstflotte in Höhe von TEUR 158 kompensiert.
- Darüber hinaus fallen die Abschreibungen in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ mit TEUR 327 geringer als geplant aus. Ursachen hierfür liegen maßgeblich im auslieferungsbedingten Aktivierungszeitpunkt der ersatzbeschafften rettungsdienstlichen Einsatzmittelflotte sowie in der im Wirtschaftsjahr 2016 nicht möglichen Aktivierung der Ersatzbeschaffung von Medizintechnik in Folge von Verzögerungen in der Ausschreibung.
- In der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ schlagen sich insbesondere die unplanmäßigen Aufwendungen für Personalkosten in Höhe von TEUR 33 und für sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 83 für den fortsetzenden Betrieb der Leitstelle Grimma vom 01. Juli bis 31. Dezember 2016 ergebnisbeeinflussend nieder.

Seit dem Jahr 2010 erfolgt die Finanzierung rettungsdienstlicher Investitionen ausschließlich aus Marktkrediten, welche im Rahmen der Regulärabschreibungen über die festgelegten Nutzungsdauern refinanziert werden.

Für das Jahr 2016 sah die Haushaltssatzung Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von EUR 4.102.471,00 vor.

Aus dem Wirtschaftsjahr 2015 waren aus Vormerkungen Kreditüberträge in Höhe von EUR 1.251.598,40 in das Wirtschaftsjahr 2016 zu übernehmen.

Insgesamt standen damit für das Jahr 2016 Kreditmittel i. H. v. EUR 5.354.069,40 zur Verfügung.

Hiervon wurden zur Sicherung der Investitionen des Wirtschaftsjahres 2016 EUR 4.221.058,00 in Anspruch genommen und mit

EUR 2.566.684,95 zur Ersatzbeschaffung der rettungsdienstlichen Einsatzmittelflotte,

EUR 389.180,24 zur Umsetzung der Einführung des Digitalfunks;

EUR 618.972,05 zur Errichtung einer Rettungswache in Zwenkau und

EUR 141.095,56 zur rettungsdienstlichen IST – Kosten - Anteilsfinanzierung Integrierte Regionalleitstelle Leipzig plangerecht eingesetzt.

Der in Höhe von EUR 505.125,20 verbleibende Kreditbetrag sah die Sicherung innerhalb von 2 Monaten zu erwartender Investitionsrechnungen zur Integrierten Regionalleitstelle Leipzig (TEUR 255) und zur Errichtung einer Rettungswache in Zwenkau (TEUR 250) vor.

Die nicht im Wirtschaftsjahr 2016 in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen in Höhe von EUR 1.133.011,40 wurden als Vormerkung in das Wirtschaftsjahr 2017 übertragen. Sie sichern die Finanzierung der im Jahr 2016 begonnenen und im Jahr 2017 in Umsetzung gebrachten Ersatzbeschaffung von Medizintechnik sowie die abschließenden Investitionsaufwendungen zur Errichtung einer Rettungswache in Zwenkau -nach aufgetretenen Bauverzögerungen im Jahr 2016–. Der Schuldenstand des Zweckverbandes beläuft sich unter Berücksichtigung der im Jahr 2016 getätigten Kreditaufnahmen in Höhe von EUR 4.221.058,00 und der im Jahr 2016 getätigten Tilgungen in Höhe von EUR 790.398,82 zum 31. Dezember 2016 auf insgesamt EUR 5.113.889,08 gegenüber Kreditinstituten.

Der Kassenkredit zur laufenden Finanzierung der Ausgaben der Verwaltung beträgt zum Bilanzstichtag EUR 0,00 (31.12.2015 EUR 771.635,32).

Die Verbindlichkeiten des Zweckverbandes gegenüber den Sozialleistungsträgern verändern sich um EUR 4.700,21 auf EUR 37.344,27 (2015: EUR 32.644,06) im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Zweckverband und Sozialleistungsträgern nach § 32 SächsBRKG und waren weiterhin als Verbindlichkeiten zur Sicherung der Geschäfte der laufenden Verwaltung zu bilanzieren.

IV. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes

Kennzahlenentwicklung

Wirtschaftsjahr		2016	2015
Umsatz	TEUR	14.889	13.820
Materialaufwand	TEUR	11.135	10.748
Materialaufwandsquote	%	74,8	77,8
Personalaufwand	TEUR	1.238	1.298
Personalaufwandsquote	%	8,3	9,4
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	10,2	11,4
Abschreibungen	TEUR	1.092	969
Investitionen	TEUR	4.519	560
Finanzergebnis	TEUR	-23	-27
Jahresergebnis	TEUR	368	-179
Umsatzrentabilität	%	2,5	negativ
Eigenkapitalrentabilität	%	18,3	negativ
Bilanzstichtag		31.12.2016	31.12.2015
Bilanzsumme	TEUR	8.367	5.875
Anlagevermögen	TEUR	5.665	3.207
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.702	2.668
Eigenkapital	TEUR	2.015	1.825
Eigenkapitalquote I	%	24,1	31,1
Sonderposten	TEUR	585	1.089
Eigenkapitalquote II	%	31,1	49,6
Rückstellungen	TEUR	42	46
Verbindlichkeiten	TEUR	5.725	2.915
Fremdkapitalquote	%	68,9	50,4
Anlagendeckungsgrad I	%	45,9	90,9
Anlagendeckungsgrad II	%	133,5	127,8

Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2016 wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2016		2015		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse Rettungsdienste, Krankentransporte und sonstige Dienstleistungen	14.707	93,7	13.477	91,8	1.230	9,1
Erlöse aus Auflösung von Sonderposten	182	1,2	343	2,3	-161	-46,9
Umsatzerlöse gesamt	14.889		13.820			0,0
Sonstige betriebliche Erträge	806	5,2	856	5,5	-50	-5,8
Betriebsleistung	15.695	100,1	14.676	99,6	1.019	6,9
Materialaufwand	11.135	70,9	10.748	73,2	387	3,6
Personalaufwand	1.238	7,9	1.298	8,8	-60	-4,6
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	1.092	7,0	969	6,6	123	12,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.839	11,7	1.813	12,4	26	1,4
Betriebsergebnis	391	2,5	-152	-1,0	543	-357,2
Finanzergebnis	-23	-0,1	-27	-0,2	4	-14,8
Jahresfehlbetrag	368	2,4	-179	-1,2	547	-305,6

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im Einzelnen und im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2016 TEUR	2016 TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - RTW	9.516	8.368
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - KTW	2.735	2.717
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - NEF	2.423	2.311
Periodenfremde Umsatzerlöse	25	51
Zweckgebundene Abgrenzung Mehrerlöse	-5	17
	14.694	13.464
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	182	343
Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	13	12
	14.889	13.819

Zum Jahresergebnis trugen vor allem folgende Einflüsse bei:

- Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.230. Dennoch wurde der Planansatzwert des Wirtschaftsjahres 2016 in Höhe von TEUR 14.907 nicht erreicht. Die Steigerung resultiert aus der Erhöhung der Entgelte und Gebühren für die Leistungen des Rettungsdienstes gemäß vollkostendeckender Entgeltberechnung. Ursache für die Unterschreitung des Planansatzwertes um TEUR 213 ist ein Rückgang der Einsätze im Krankentransport um 1.284 Einsätze und im Notarzteinsatzfahrzeugbereich um 993 Einsätze sowie nicht erzielte Umsatzerlöse aus Beitreibungen der Vorjahre. Die im Rettungstransportwagenbereich erzielten 627 mehr erreichten Einsätze kompensieren die Fehleinsätze im Krankentransportwagen- und Notarzteinsatzfahrzeugbereich wertmäßig nicht vollständig.
- Die Auflösung von Ertragszuschüssen umfasst die Sonderpostenaufösungen aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens in Höhe von TEUR 7; aus der Nutzungsüberlassung von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 147; aus Zuwendungen des Landes zur Finanzierung von Sachanlagen in Höhe von TEUR 19, welche die im Jahr 2012 durchgeführte Ersatzbeschaffung der digitalen Alarmumsetzer DAU ITC 600 mit Erneuerung des Funkalarmierungsnetzes mit Multimastertechnik im gesamten Verbandsgebiet betrifft. Darüber hinaus waren Sonderposten aus

dem Abgang von Vermögensgegenständen in Höhe von TEUR 8 nach irreparablen Schäden an Anlagegütern aufzulösen.

- Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken gegenüber dem Vorjahr um TEUR 49. Ursache dafür sind insbesondere die um TEUR 136 verminderten Verwaltungskostenumlagen der am Zweckverband beteiligten Landkreise infolge des geplanten Teilübergangs der Leitstelle Grimma zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz zum 01. Juli 2017. Positiv schlugen sich Erträge aus dem Verkauf der Bestandsfahrzeuge nach Ersatzbeschaffung der Rettungsdienstflotte in Höhe von TEUR 155 nieder.
- Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen des Zweckverbandes gegenüber den Leistungserbringern des Rettungsdienstes im Ergebnis durchgeführter und ab 1. Januar 2014 umgesetzter Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG in Höhe von EUR 10.506.371,38 aus. Die Aufwendungen entsprachen dem Planansatz zum Wirtschaftsjahr.
- Der Materialaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stieg gegenüber dem Vorjahr und gegenüber dem Planansatz um TEUR 22. Ursache hierfür sind insbesondere höhere Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Rettungswachen und Notarztzimmer (TEUR 26) infolge nachträglicher Abrechnungen von Betriebskosten sowie der Marktpreisentwicklungen im Energie- und Wärmesektor sowie für medizinische Verbrauchsmaterialien gegenüber dem Planansatz in Höhe von TEUR 4.
- Die Personalkosten sanken gegenüber dem Vorjahr um TEUR 59. Sie liegen jedoch mit TEUR 231 über dem Planansatzwert des Wirtschaftsjahres, da die Haushaltplanung die Teilbetriebsüberleitung der Leitstelle Grimma zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz zum 01. Juli 2016 berücksichtigte. Ursache für die dennoch gegenüber dem Vorjahr erzielten Einsparungen resultieren aus der geplanten Nichtbesetzung einer Verwaltungsstelle von Stellen langzeiterkrankter Beschäftigter der Leitstelle aufgrund nicht am Markt verfügbarer qualifizierter Arbeitskräfte nach §§ 20, 23 SächsLRettDPVO in Verbindung mit zeitversetzten Nachbesetzungen von Planstellen.
- Die Abschreibungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 122 und unterschritten dennoch den Planansatz im Ergebnis mit TEUR 327. Dies begründet sich insbesondere in der nicht planmäßigen Umsetzung von Investitionen des Zweckverbandes im Jahr 2016 im Bereich der Ersatzbeschaffung der Medizintechnik.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 26 und weisen gegenüber dem Planansatz Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 89 aus. Hauptursache hierfür sind die ungeplanten Aufwendungen für den Fortbetrieb der Leitstelle Grimma über den 30. Juni 2016 hinaus.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2016 TEUR	2015 TEUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-23	-27
	-23	-27

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert (TEUR 4) und liegt mit TEUR 88 unter dem Planansatz. Ursächlich schlugen sich die nicht getätigten Aufnahmen von Investitionskrediten in Höhe von EUR 1.133.011,40 zur Finanzierung der Medizintechnik sowie Schlussfinanzierung einer Rettungswache in Zwenkau nieder. Darüber hinaus wirken die Zeitpunkte der Kreditaufnahmen (30. Mai 2016 und 15. Dezember 2016) sowie die im Angebotsverfahren erzielten Zinshöhen positiv.

Im Jahr 2010 wurde ein Investitionskredit aufgenommen, welcher im Jahr 2016 vollständig getilgt wurde und mit einem Restanteil für Zinsen in Höhe von EUR 861,40 zu bedienen war. Für den im Folgejahr 2011 aufgenommenen Investitionskredit fielen im Wirtschaftsjahr 2016 EUR 4.814,56 Zinsen an. Der in 2013 zur Ersatzbeschaffung von zwei Fahrzeugen und Medizintechnik aufgenommene Investitionskredit war mit EUR 1.704,38 Zinsanteil zu bedienen. Der für die Anteilsfinanzierung der IRLS Leipzig im Jahr 2014 aufgenommene und aus der Genehmigung des Wirtschaftsjahres 2013 vorgemerkte Kredit schlug sich mit einem Zinsanteil von EUR 5.276,26 im Jahr 2016 nieder. Für den am 1. Dezember 2015 aufgenommenen Investitionskredit fielen im Jahr 2016 Zinsen in Höhe von EUR 708,89 an. Der am 30. Mai 2016 aufgenommene Kredit wurde mit Zinsen in Höhe von EUR 1.962,11 bedient. Für den am 15. Dezember 2016 aufgenommenen Kredit fielen im Jahr 2016 noch keine Zinsen

an.

Zur rechtzeitigen Leistung der Budgetzahlungen an die Leistungserbringer mussten aufgrund der durchschnittlichen Laufzeiten in der Zahlungsfrist der kostenpflichtigen Sozialleistungsträger von durchschnittlich 4,5 Wochen Kassenkredite mit entsprechender Verzinsung in Anspruch genommen werden. Die Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme von Kassenkrediten belief sich danach auf insgesamt EUR 7.571,83 (2015: EUR 5.683,15). Das Subsidiaritätsprinzip wurde im Wirtschaftsjahr 2016 im Hinblick auf die Inanspruchnahme der Kassenkredite beachtet.

Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des Rettungszweckverbandes zum 31. Dezember 2016 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig.

	31.12.2016		31.12.2016		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
VERMÖGEN						
Anlagevermögen	5.665	72,8	2.797	64,6	2.868	102,5
abzüglich						
Sonderposten zum Anlagevermögen	-585	-7,5	-746	-17,2	161	-21,6
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	5.080	65,3	2.051	47,4	3.029	147,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.554	32,8	2.256	52,1	298	13,2
Sonstige kurzfristige Posten	21	0,3	20	0,5	1	5,0
Flüssige Mittel	126	1,6	2	0,0	124	6.200,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.701	34,7	2.278	52,6	423	18,6
Vermögen insgesamt	7.781	100,0	4.329	100,0	3.452	79,7
KAPITAL						
Kapitalrücklage	43	0,6	43	1,0	0	0,0
Gewinnrücklagen	1.548	19,9	1.548	35,8	0	0,0
Gewinn- / Verlustvortrag	55	0,7	234	5,4	-179	-76,5
Jahresfehlbetrag / -überschuss	368	4,7	-179	-4,1	547	-305,6
Eigenkapital	2.014	25,9	1.646	38,0	368	22,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten =						
Mittel- und langfristiges						
Fremdkapital	4.967	63,8	1.149	26,5	3.818	332,3
Sonstige Rückstellungen	42	0,5	35	0,8	7	20,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	147	1,9	1.305	30,1	-1.158	-88,7
Lieferantenschulden	292	3,8	133	3,1	159	119,5
Sonstige kurzfristige Posten	319	4,1	61	1,4	258	423,0
Kurzfristiges Fremdkapital	800	10,3	1.534	35,5	-734	-47,8
Kapital insgesamt	7.781	100,0	4.329	100,0	3.452	79,7

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2016 zu 65,3 % (TEUR 5.080 - 2015: zu 47,4 %, d. h. TEUR 2.051) aus eigenmittelfinanziertem Anlagevermögen und zu 34,7 % (TEUR 2.701 - 2015: zu 52,6 %, d. h. TEUR 2.278) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Vermögensentwicklung im Jahr 2016 unter Berücksichtigung der Investitionen und Abschreibungen im Wirtschaftsjahr 2016.

Das Gesamtkapital besteht zum 31. Dezember 2016 zu 25,9 % (TEUR 2.014 - 2015: 38,0 %, d. h. TEUR 1.646) aus Eigenkapital sowie zu 63,8 % (TEUR 4.967 - 2015: 26,5 %, d. h. TEUR 1.149) aus mittel- und langfristigem Fremdkapital und zu 10,3 % (TEUR 800 - 2015: 35,5 %, d. h. TEUR 1.534) aus kurzfristigem Fremdkapital.

Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Mittel- und langfristiges Vermögen	5.080	100,0	2.051	100,0	3.029
Mittel- und langfristiges Kapital	6.981	137,4	2.795	136,3	4.186
Überdeckung	1.901	37,4	744	36,3	1.157

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt.

Finanzlage

Nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Zweckverbandes:

	2016 TEUR	2015 TEUR
Jahresergebnis	368	-179
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.091	969
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	8	-11
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-182	-343
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	77	0
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-300	390
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind ¹⁾	-608	-244
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	454	582
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	22	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-3.782	-560
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-3.760	-560
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	4.221	500
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-) ²⁾	-790	-523
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	3.431	-23
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	125	-1
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	2	3
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	127	2

¹⁾ einschließlich Tilgung für Kassenkredit

²⁾ ohne Tilgung für Kassenkredit

Die Sicherstellung der Liquidität des Zweckverbandes war durch die zur Verfügung stehenden Kreditlinien im gesamten Wirtschaftsjahr gewährleistet.

Ereignisse nach dem Abschlussstichtag

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2016 wurde mit Erstellung der Jahresrechnung am 31. März 2016 gefasst. Die Verhandlungen mit den Sozialleistungsträger zur IST – Kostenabrechnungen der Sparte Rettungsdienst für das Jahr 2016 fanden am 13. Juni 2017 statt. Im Ergebnis der Verhandlungen wurden keine Änderungen zum per 31. März 2017 erstellten Jahresabschluss notwendig. Weitere berichtspflichtige Ereignisse nach dem Abschlussstichtag sind nicht zu verzeichnen.

Ausblick und Prognose der künftigen Entwicklung

Am 11. Februar 2011 trat die Dritte Verordnung des Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sächsischen Landesrettungsdienstplanverordnung (SächsLRettDPVO) in Kraft. Danach sind die Träger des Brandschutzes und bodengebundenen Rettungsdienstes verpflichtet, Integrierte Regionalleitstellen an vorgegebenen Standorten zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben. Die am Zweckverband beteiligten Landkreise Mittelsachsen und Leipzig bekannten sich mit Kreistagsbeschlüssen zur gesetzeskonformen Umsetzung der Aufgabe an den Standorten Kreisfreie Stadt Chemnitz (Landkreis Mittelsachsen) und Kreisfreie Stadt Leipzig (Landkreis Leipzig) bei gleichzeitiger Übertragung der weiteren Aufgaben der materiellen Sicherstellung des Brandschutzes und Rettungsdienstes vom Rettungszweckverband in die Landkreisverwaltungen.

Der Bau der Integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig wurde zwischenzeitlich gebäudeseitig an beiden Standorten abgeschlossen. Am Standort Leipzig wurde für die Stadt Leipzig und den Landkreis Nordsachsen der Betrieb aufgenommen. Die Vorbereitungen zur Migration der Leitstelle Grimma in die Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz werden seit dem II. Halbjahr 2016 intensiv betrieben. Die Überleitung der Leitstelle Grimma ist nunmehr am 29. August 2017 für die Region Döbeln zur Integrierten Regionalleitstelle Chemnitz und am 30. August 2017 für den Landkreis Leipzig zur Integrierten Regionalleitstelle Leipzig vorgesehen.

Die Überleitung des Rettungsdienstbereiches Döbeln zum Landkreis Mittelsachsen war in Folge der Terminverschiebungen zur Migration der Leitstelle des Zweckverbandes zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz neu zu betrachten. Unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 23 Abs. 2 SächsLRettDPVO erfolgt die Überleitung des Rettungsdienstbereiches Döbeln in die Verwaltung des Landkreises Mittelsachsen zum 1. Januar 2018.

Mit Vollzug der Migration der Leitstelle des Zweckverbandes in die Integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig sowie der Überleitung der Rettungsdienstleistungen des Bereiches Döbeln in die Verwaltung des Landkreises Mittelsachsen endet die Geschäftstätigkeit des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2017.

Die auszuführenden rettungsdienstlichen Verwaltungsaufgaben des Zweckverbandes gehen an die Landkreisverwaltungen der Landkreise Leipzig und Mittelsachsen über. Der Landkreis Mittelsachsen plant hierzu eine Leistungsintegration in die bestehende Rettungsdienstverwaltung des Landkreises. Der Landkreis Leipzig beabsichtigt die Fortführung des Rettungsdienstes für den Landkreis Leipzig in Form eines Eigenbetriebes, erweitert um Leistungsspektren des Brandschutzes.

Die Abwicklung des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2017 erfolgt auf der Grundlage zu fassender Beschlüsse der Kreistage der Landkreise Leipzig und Mittelsachsen und der Verbandsversammlung des Zweckverbandes. In einer Auseinandersetzungsvereinbarung zwischen den am Zweckverband beteiligten Landkreisen Leipzig und Mittelsachsen werden alle zur Auflösung des Zweckverbandes notwendigen Sachverhalte geregelt, so dass keine Risiken in der Abwicklung des Zweckverbandes erwartet werden.

Nach § 31 Absatz 1 SächsBRKG wurden die Leistungen des Rettungsdienstes und Krankentransportes nach Durchführung eines formalen Auswahlverfahrens im Jahr 2013 ab dem 1. Januar 2014 über öffentlich-rechtliche Verträge mit einer Laufzeit von fünf Jahren mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre mit vier Leistungserbringern gebunden.

Im Hinblick auf die Kostenkalkulationen der vertraglich gebundenen Leistungserbringer bestehen mittelfristige Risiken für den Zweckverband und dessen Liquidität, da Tarif- und Marktpreisentwicklungen sowie veränderte gesetzliche Grundlagen die abgegebenen Kalkulationen überschreiten könnten.

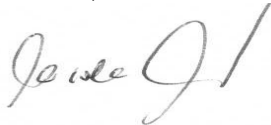
Im Jahr 2014 traten veränderte bundesgesetzliche Grundlagen zur Personalausbildung im Rettungsdienst in Form des Notfallsanitätärgesetzes (NotSanG) in Kraft, welche das bisherige Berufsbild „Rettungsassistent“ ersetzen. Die Gesetzgebung im Freistaat Sachsen berücksichtigt diese bundesgesetzlichen Änderung nicht, so dass der Zweckverband in Sicherung der durchgeführten Vergabeverfahren ausbildungssichernd auf der Grundlage des § 7 Abs. 3 Nr. 1 SächsBRKG und des Beschlusses der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen

von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, Zuwendungsvereinbarungen mit den für den Zweckverband tätigen und als Ausbilder fungierenden Leistungserbringern abschloss.

Diese Verfahrensweise fand die uneingeschränkte Zustimmung der Sozialleistungsträger und wird dementsprechend stellenzahl- und finanzierungsseitig gemeinsam zwischen Zweckverband und Sozialleistungsträgern im Rahmen der Verhandlungen nach § 32 SächsBRKG geplant und umgesetzt. Für die ebenfalls im Notfallsanitättergesetz reglementierten Fortbildung von Bestandspersonal der Leistungserbringer zum Notfallsanitäter/-in wurde im Jahr 2016 gleichlautend zur Notfallsanitäterausbildung mit den Sozialleistungsträgern Einvernehmen zur Umsetzung und Finanzierung erzielt.

Die Auflösung des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2017 ist in § 23 Abs. 2 SächsLRettDPVO festgeschrieben und soll planmäßig umgesetzt werden. Die Umsetzung wird sich negativ auf die Entgelt- und Gebührenhöhe für Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig auswirken, da der Region Döbeln ein Drittel der Einsätze und Umsatzerlöse zuzuordnen sind und damit eine komplementärfinanzierende Wirkung auf den Rettungsdienst des Landkreises Leipzig besteht.

Grimma, 31. März 2017 / 13. Juni 2017



Carola Schneider
Geschäftsführerin

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3
04463 Großpösna/OT Störmthal

Tel. 034299/7050
Fax 034299/705 22
Email info@zaw-wachau.de
Internet <http://www.zaw-sachsen.de>

Gründungsdatum 14.05.1994
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		15,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	40,0000 %	6,00
Stadt Leipzig	60,0000 %	9,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Keine	

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	0,00
Landkreis an den Zweckverband	0,00

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht 2016

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

Vorbemerkungen

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) sowie seine Verbandsmitglieder, die Stadt Leipzig und der Landkreis Leipzig, sind gemäß § 3 (1) des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsABG) öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger jeweils im Rahmen ihrer Aufgaben.

Der ZAW ist im Rahmen der Gesetze, seiner Verbands-, Abfallwirtschafts- und Maßnahmesatzung sowie von Beschlüssen/Vorgaben seiner Organe tätig.

Insbesondere hat der ZAW gemäß §§ 2 und 4 SächsABG folgende Aufgaben:

- Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- Entwicklung einer gesetzeskonformen Verbandsstrategie
- Erstellung der jährlichen Abfallbilanzen
- Planung, Errichtung und Betreibung von Entsorgungsanlagen

- Gewährleistung der Entsorgungssicherheit
- Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung.

Der ZAW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i. V. m. der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie auf der Grundlage des SächsABG zum Erlass von Satzungen berechtigt.

Satzungsgemäß finden für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des ZAW die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung. Der ZAW stellt den Mitgliedern seinen Aufwand auf der Grundlage eines Verrechnungssatzes pro Tonne übergebenen Abfall in Rechnung, der mit der Haushaltssatzung jährlich festgelegt wird.

Der Zweckverband betreibt die Anlagen zur Entsorgung von angefallenen Abfällen als öffentliche Einrichtungen und übt Anschlusszwang über alle im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle aus Haushaltungen sowie Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen an seine Anlagen aus.

Er bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgabe – Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen – seiner Tochtergesellschaft, der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV), 04463 Großpösna/OT Störmthal, Am Westufer 3.

Die WEV erhält auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrages mit dem ZAW, an den eine Entgeltvereinbarung gekoppelt ist, ein Betreiberentgelt für die Behandlung der hoheitlichen Abfälle. Die Öffentlichkeitsarbeit für WEV und ZAW wird auf der Grundlage einer Vereinbarung und einer abgestimmten Jahresplanung maßgeblich durch den ZAW durchgeführt.

Für direkt an den Entsorgungsanlagen übergebene Abfälle aus dem Verbandsgebiet erhalten die Anlieferer auf der Grundlage der Gebührensatzung des ZAW einen Gebührenbescheid. Der ZAW führt das Mahnwesen und die Vollstreckung eigenständig durch. Der Gebührensatzung unterliegt auch der im Eingangsbereich betriebene Kleinanliefererbereich.

Derzeitig wird die Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet mit dem Betrieb der Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) Cröbern gewährleistet. Beide Anlagen befinden sich im Eigentum der WEV. Die Betriebsführung beider Anlagen obliegt ebenfalls der WEV. Die bereits geschlossenen Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden befinden sich in der Rekultivierungs- und Nachsorgephase unter Verantwortung der WEV.

Der ZAW ist Grundstückseigentümer der drei Deponiegrundstücke und hat der WEV jeweils ein Erbbaurecht bestellt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Nachnutzungskonzeption für die Deponie Seehausen hat der ZAW mit der Golfpark Leipzig GmbH & Co. KG einen Vertrag über die Begründung eines Erbbaurechtes für Teilflächen abgeschlossen. Für diese Teilflächen wurde das bestehende Erbbaurecht zwischen dem ZAW und der WEV aufgehoben.

Rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen

Abfallwirtschaftssatzung

Im Nachgang der neu gefassten Verbandssatzung des ZAW, welche mit ihrer Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt Nr. 23 am 5. Juni 2015 in Kraft trat, wurde die Abfallwirtschaftssatzung des ZAW im Jahr 2016 komplett überarbeitet.

Mit Beschluss der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 5. Dezember 2016 wurde die Satzung über die Bewirtschaftung von Abfällen durch den ZAW (Abfallwirtschaftssatzung des ZAW) verabschiedet. Die Satzung trat am Tag nach der Veröffentlichung am 9. Dezember 2016 in Kraft.

Parallel wurde der Ausschlusskatalog des ZAW als Bestandteil der neuen Abfallwirtschaftssatzung nach den Vorgaben der Landesdirektion Sachsen ebenfalls komplett überarbeitet und neu gefasst.

Direktablagerung

Am Standort des ZAW und seiner Tochtergesellschaft WEV wird die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) betrieben. Die ZDC befindet sich im Eigentum der WEV und wird durch diese Gesellschaft auch betrieben. Inhaberin der Genehmigung zum Betrieb der Deponie (Planfeststellungsbeschluss) ist ebenfalls die WEV.

Auf dieser Deponie werden gemäß den behördlichen Genehmigungen und unter Einhaltung der Annahmebedingungen und Ablagerungskriterien Abfälle aus dem Verbandsgebiet des ZAW als auch

Abfälle außerhalb des Verbandsgebietes von der WEV angenommen. Abfälle vom „freien Markt“ werden durch die WEV akquiriert.

Für den ZAW ist hierbei u. a. von Bedeutung, dass mit dem Betrieb der ZDC die notwendige Entsorgungssicherheit für das Deponat, welches bei der Verarbeitung von Restabfällen bzw. kommunalem Sperrmüll in der MBA anfällt, mittel- und langfristig gewährleistet ist.

In Abhängigkeit der künftig zur ZDC angedienten Jahresmengen an zu deponierenden Abfällen wird das Verfüllende der ZDC etwa im Jahr 2035 liegen.

Abfallbehandlung

Neben der ZDC wird am Standort Cröbern eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) durch die WEV betrieben. In der MBA werden sämtliche hoheitliche Abfallmengen (Restabfall und Sperrmüll) der Verbandsmitglieder des ZAW behandelt. Maßgebliche Outputstoffströme der MBA sind das Deponat, welches auf der ZDC abgelagert wird und eine heizwertreiche Fraktion. Die heizwertreiche Fraktion wird über Vertragspartner der WEV entweder durch Behandlung zu einem Ersatzbrennstoff (EBS) weiterverarbeitet, der in der Zementindustrie zur Substitution fossiler Brennstoffe dient, oder direkt in die thermische Verwertung, z. B. in Ersatzbrennstoffkraftwerken (EBS-Kraftwerke) abgesteuert.

In Deutschland gibt es für die Verwertung von EBS drei maßgebliche Einsatzgebiete:

- Verwertung in der Zementindustrie (Substitution fossiler Brennstoffe)
- Verwertung in EBS-Kraftwerken (Monoverbrennung)
- Verwertung in Braunkohlekraftwerken (Mitverbrennung).

Geschäftsverlauf

Branchenentwicklung – Entsorgungsmarkt für Siedlungsabfälle

Die Abfallwirtschaft wurde im Jahr 2016 beherrscht von sich stark verändernden Preisen, Mengen und Kapazitäten.

Laut einer Marktumfrage von EUWID im Oktober/November 2016 sind die Entsorgungspreise für Siedlungsabfälle im Berichtsjahr erneut deutlich gestiegen. Hintergrund sind die derzeit knappen (thermischen) Behandlungskapazitäten für diese Abfälle.

Auch die Marktlage für den Absatz von EBS ist angespannt und wird bestimmt durch die Verfügbarkeit der Mitverbrennungskapazitäten in Braunkohlekraftwerken, welche von den derzeitigen energiepolitischen Maßnahmen (Braunkohlenverstromung als Brückentechnologie) eher als rückläufig anzusetzen ist. Weiterhin hat die steigende Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien deutliche Auswirkungen auf das Einsatzregime der Braunkohlekraftwerke und damit auf die Verfügbarkeit im Sinne der EBS-Mitverbrennung.

Der Absatz von EBS in der Zementindustrie unterliegt jahreszeitlichen Schwankungen sowie konjunkturellen Rahmenbedingungen, insbesondere der Zementnachfrage der Bauwirtschaft. Sofern vorgenannte Einsatzwege für EBS nur eingeschränkt verfügbar sind oder ausfallen, entfielen dieser Absatzweg.

Die Ursachen für die knappen Verbrennungskapazitäten und dem damit verbundenen Preisanstieg werden wie folgt begründet:

- Abfallimporte aus Großbritannien und Irland spielen trotz Brexit eine zentrale Rolle
- milde Witterung der vergangenen Winter generiert frühzeitig neue Abfallmengen, bevor die Winterläger aufgebraucht sind
- robuste konjunkturelle Entwicklung in Deutschland
- erhöhtes Konsumverhalten der Bürger in der Niedrig-Zins-Phase
- niedrige Rohstoffpreise führen zur Steigerung der Menge an Sortierresten.

Inwieweit dennoch strukturelle Überkapazitäten am Abfallverbrennungsmarkt bestehen, die durch die Abfallimporte und die erfreuliche Konjunkturlage temporär überdeckt werden könnten, muss daher kritisch verfolgt und bewertet werden.

Mengen- und Umsatzentwicklung

Die angedienten Abfallmengen liegen 0,5 % unterhalb der Planung. Im Jahr 2016 wurden dem ZAW von seinen Verbandsmitgliedern 119.802,04 t (Vorjahr: 117.369,77 t) hoheitliche Abfälle angedient. Weiterhin wurden 1.426,18 t (Vorjahr: 1.401,26 t) gewerbliche Abfälle angenommen. Der Zweckverband

erzielte hieraus Umsatzerlöse in Höhe von EUR 19.242.932,71 (Vorjahr: EUR 18.858.008,71).

Die Gesamtumsatzerlöse des Wirtschaftsjahres 2016 setzen sich wie folgt zusammen:

2016	Preis EUR/t	Menge t Plan	Erlöse EUR Plan	Menge t Ist	Erlöse EUR Ist
Umsatzerlöse gesamt			19.600.793		19.510.726,27
Mengen/Umsätze aus Abfallandienung		121.890	19.331.432	121.228,22	19.242.932,71
Restabfall kommunal gesamt	159,66	111.200	17.754.192	110.216,67	17.597.193,50
Restabfall Stadt Leipzig	159,66	83.200	13.283.712	81.781,16	13.057.179,98
Restabfall Landkreis Leipzig	159,66	28.000	4.470.480	28.435,51	4.540.013,52
Sperrmüll kommunal gesamt	159,66	8.990	1.435.343	9.585,37	1.530.400,20
Sperrmüll Stadt Leipzig	159,66	4.500	718.470	4.571,51	729.887,32
Sperrmüll Landkreis Leipzig	159,66	4.490	716.873	5.013,86	800.512,88
Gewerbeabfall gesamt		1.700	141.897	1.426,18	115.339,01
Gewerbeabfall MBA	159,66	200	31.932	124,90	20.184,29
Gewerbeabfall ZDC	73,31	1.500	109.965	1.301,28	95.154,72
Sonstige Umsatzerlöse			269.361		267.793,56
Verwaltungskosten + Mahngebühren			2.000		1.415,00
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50		2.000		1.017,32
Sonstige Erträge ZAW/EBZ GPL			5.589		5.589,35
Erbbauszins WEV			154.888		154.887,56
Sonstige Erträge WEV/Bürgschaftsentgelt			104.884		104.884,33

Das Wirtschaftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresverlust von TEUR 462 (Vorjahr: Jahresgewinn TEUR 2.532) ab, welcher durch eine Nachzahlung an die WEV für die Jahre 2015 und 2016 in Höhe von TEUR 872 infolge der gestiegenen Kosten für die Verwertung der heizwertreichen Fraktion der MBA verursacht wurde.

Im Vorjahr entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

2015	Preis EUR/t	Menge t Plan	Erlöse EUR Plan	Menge t Ist	Erlöse EUR Ist
Umsatzerlöse gesamt			18.365.363		18.861.874,24
Mengen/Umsätze aus Abfallandienung		115.550	18.362.363	118.771,03	18.858.008,71
Restabfall kommunal gesamt	159,66	106.850	17.059.671	108.615,72	17.341.585,87
Restabfall Stadt Leipzig	159,66	78.350	12.509.361	80.546,33	12.860.027,05
Restabfall Landkreis Leipzig	159,66	28.500	4.550.310	28.069,39	4.481.558,82
Sperrmüll kommunal gesamt	159,66	7.200	1.149.552	8.754,05	1.397.671,62
Sperrmüll Stadt Leipzig	159,66	3.100	494.946	3.937,49	628.659,65
Sperrmüll Landkreis Leipzig	159,66	4.100	654.606	4.816,56	769.011,97
Gewerbeabfall gesamt		1.500	153.140	1.401,26	118.751,22
Gewerbeabfall MBA	159,66	500	79.830	185,58	29.629,72
Gewerbeabfall ZDC	73,31	1.000	73.310	1.215,68	89.121,50
Sonstige Umsatzerlöse			3.000	0,00	3.865,53
Verwaltungskosten + Mahngebühren			1.000	0,00	2.121,00
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50		2.000	0,00	1.744,53

Die wirtschaftliche Situation des ZAW stellt sich trotz des Jahresverlustes als stabil dar.

Ertragslage

Die Ergebnissituation des ZAW war im Jahr 2016 hauptsächlich von den Umsätzen aus der Abfallannahme (TEUR 19.243; Vorjahr: TEUR 18.858) geprägt. Der Verrechnungssatz gegenüber den Mitgliedern des Verbandes betrug 159,66 EUR/t (Vorjahr: 159,66 EUR/t).

Die Restabfallmengen stiegen im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr leicht an (+ 1,5 %); die Sperrmüllmengen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 10 %, wobei weiterhin verwertbare Bestandteile des Sperrmülls, wie insbesondere Holz, bereits von den Verbandsmitgliedern aussortiert und einer preisgünstigen Verwertung zugeführt werden.

Das Aufkommen an Gewerbeabfällen (MBA + ZDC) ist auf niedrigem Niveau im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert.

Für die von der WEV erbrachten Leistungen ist ein Behandlungsentgelt durch den Verband zu entrichten, welches die größte Aufwandsposition des ZAW bildet (Betreiberentgelt TEUR 18.971; Vorjahr: TEUR 18.096). Die Differenz zwischen den Erlösen aus der Abfallannahme und dem Betreiberentgelt ist die Marge, die dem ZAW zur Deckung seiner Gesamtaufwendungen zur Verfügung steht.

Erlöse für Schrott aus der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle in Höhe von TEUR 89 mindern den Materialaufwand und beeinflussen somit das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2016 positiv. Die Schrotterlöse unterliegen großen Schwankungen, welche mit der Volatilität des Rohstoffmarktes im Zusammenhang stehen.

Auf Grundlage der Vereinbarung zum Bürgschaftsentgelt zwischen ZAW und WEV vom 25./26. März 2013 wurde für das valutierte Bürgschaftsvolumen zum 31. Dezember 2015 (TEUR 19.977) im Geschäftsjahr 2016 ein von der WEV zu entrichtendes Bürgschaftsentgelt in Höhe von TEUR 100 vereinnahmt.

Erbbauszinsen wurden auf Grundlage der bestehenden Erbbaurechtsverträge unverändert in Höhe von TEUR 160 vereinnahmt.

Das Wirtschaftsjahr 2016 wird mit einem Verlust in Höhe von TEUR 462 abgeschlossen und weicht damit vom geplanten Jahresergebnis um TEUR 764 ab. Das negative Jahresergebnis wird ausschließlich durch eine Nachberechnung des Betreiberentgeltes für die Wirtschaftsjahre 2015 und 2016 in Höhe von TEUR 872 verursacht.

Personal

Im Geschäftsjahr 2016 waren in der Geschäftsstelle des ZAW im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr sechs Angestellte beschäftigt. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt seit dem 1. Oktober 2005 nach TVöD.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2016 EUR	2015 EUR
Löhne und Gehälter	297.964	295.144
Soziale Aufwendungen	50.233	52.206

Die gebildete Rückstellung für Altersteilzeit beträgt zum 31. Dezember 2016 TEUR 17 (Vorjahr: TEUR 52).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich zum 31. Dezember 2016 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 7.223 um TEUR 250 auf TEUR 7.473 erhöht. Zudem sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 9 gesunken. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern bestehen nicht.

Durch den Jahresverlust 2016 (TEUR 462) hat sich das Eigenkapital des ZAW aus dem Vorjahr (TEUR 4.863) um TEUR 462 auf TEUR 4.401 reduziert.

Im nachfolgenden Eigenkapitalspiegel ist die Entwicklung der einzelnen Posten dargestellt:

	Stand am 01.01.2016 EUR	Veränderung EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
Allgemeine Rücklage	824.296,43	0,00	824.296,43
Andere Gewinnrücklage BilMoG	21.647,04	0,00	21.647,04
Jahresgewinn/-verlust	4.017.591,44	-462.240,02	3.555.351,42
Summe Eigenkapital	4.863.534,91	-462.240,02	4.401.294,89

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 01.01.2016 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Stand am 31.12.2016 EUR
Altersteilzeit	52.004,00	35.104,00	0,00	0,00	16.900,00
Betreiberentgelt 2008	45.856,75	45.856,75	0,00	0,00	0,00
Jahresabschlussaufwendungen	13.213,98	11.580,49	1.633,49	10.040,63	10.040,63
Prozesskosten	5.000,60	0,00	5.000,00	0,00	0,60
Archivierungskosten	19.515,33	0,00	0,00	0,00	19.515,33
Urlaub	5.695,90	5.695,90	0,00	6.221,26	6.221,26
Prämien	20.500,00	10.000,00	0,00	12.000,00	22.500,00
Grunderwerbsteuer	468.796,93	0,00	0,00	0,00	468.796,93
Summe	630.583,49	108.237,14	6.633,49	28.261,89	543.974,75

Weiterhin prägten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 2.516; Vorjahr: TEUR 1.708) und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 11; Vorjahr: TEUR 20) die Gesamtverbindlichkeiten.

Dem stehen das langfristige Anlagevermögen mit TEUR 4.510 (Vorjahr: TEUR 4.518) sowie im Wesentlichen die Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Gebühren (TEUR 1.693; Vorjahr: TEUR 1.762) gegenüber.

Das langfristig verfügbare Vermögen ist zu 97,6 % (Vorjahr: 109,23 %) durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt. Der ZAW hat TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 3) in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Finanzlage

Die Finanzlage des ZAW ist in 2016 durchgängig positiv. Im Wirtschaftsjahr 2016 hat sich die Finanzlage des Verbandes weiter stabilisiert. Zum 31. Dezember 2016 betrug der Bestand an liquiden Mitteln TEUR 1.235 (Vorjahr: TEUR 932).

Die liquiden Mittel werden ausschließlich auf risikolosen Tagesgeldkonten der Geschäftsbanken des Verbandes disponiert. Zinserträge konnten jedoch aufgrund der „Null-Zinsphase“ nicht generiert werden.

Der Zweckverband verfügte im Wirtschaftsjahr 2016 über eine genehmigte Kassenkreditlinie von TEUR 2.000, die zum Bilanzstichtag ebenso wie im gesamten Wirtschaftsjahr nicht in Anspruch genommen werden musste.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Wirtschaftsjahr 2016 TEUR 305 (Vorjahr: TEUR 374).

Der Zweckverband kann nach § 14 der Verbandssatzung eine Umlage von seinen Verbandsmitgliedern erheben, sofern seine sonstigen Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Ein Umlagenerhebungsbedarf ist derzeit jedoch nicht erkennbar.

Die Geschäftsleitung gibt sich mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in 2016 nur bedingt zufrieden.

Aus- und Weiterbildung

Durch ein geplantes und entsprechend konzipiertes Schulungsprogramm wird sichergestellt, dass alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle geeignet geschult, aus- und weitergebildet werden und somit über das Fachwissen verfügen, um die ihnen übertragenen Aufgaben qualitätsgerecht auszuführen.

Qualitätsmanagement

Am 12. Oktober 2016 wurde das Rezertifizierungsaudit nach dem Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2008 durch die ÖHMI EuroCert GmbH erfolgreich durchgeführt. Das aktuelle Zertifikat ist bis zum 14. September 2018 gültig.

Entsorgungsfachbetrieb

Am 30. August 2016 wurde beim ZAW die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb für die abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten Handeln und Makeln durch die OEKOTEAM GmbH durchgeführt.

Die Prüfung ergab, dass der Zweckverband die Anforderungskriterien eines Entsorgungsfachbetriebes nach EfbV (§§ 3-11) erfüllt und deshalb berechtigt ist, die Bezeichnung Entsorgungsfachbetrieb für die abfallrechtlichen Tätigkeiten Handeln und Makeln zu tragen. Das aktuelle Zertifikat ist bis zum 1. Februar 2018 gültig.

Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Grunderwerbsteuer i. Z. m. der Rekommunalisierung WEV

Im Nachgang der Rekommunalisierung der WEV im Geschäftsjahr 2015 erfolgte durch den ZAW eine entsprechende Anzeige gegenüber dem Finanzamt, da es sich hierbei um eine sogenannte Anteilsvereinigung handelt, welche eine Grunderwerbsteuerveranlagung durch das Finanzamt auslöst. Im Geschäftsjahr 2016 wurde auf Anforderung des Finanzamtes (Schreiben FA vom 28. September) mit der Bearbeitung der Grundbesitzwerterklärungen begonnen. Der Verband geht von einer Veranlagung durch das Finanzamt im Geschäftsjahr 2016 aus. Demnach wurde die Rückstellung für zu entrichtende Grunderwerbsteuer, die bereits im Jahresabschluss 2015 gebildet wurde, zum 31. Dezember 2016 in gleicher Höhe als Rückstellung belassen.

Betriebsprüfung ZAW

Mit Schreiben vom 26. Januar 2016 hat das Finanzamt Leipzig II die Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2013 abgeschlossen. Die Prüfung führte zu keiner Änderung der Besteuerungsgrundlagen.

Optionserklärung gemäß Umsatzsteuergesetz (UStG)

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 5. Dezember 2016 beschlossen, dass der ZAW von seinem Optionsrecht nach § 27 Absatz 2 Satz 3 UStG Gebrauch macht und demnach für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen zunächst weiterhin § 2 Absatz 3 UStG in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung anwendet.

Haushaltssatzung ZAW 2017

Die Haushaltssatzung des ZAW für das Geschäftsjahr 2017 konnte im Geschäftsjahr 2016 durch die Verbandsversammlung noch nicht beschlossen und somit der Verrechnungssatz noch nicht wirksam festgesetzt werden, da das zwischen WEV und ZAW zu ermittelnde Behandlungsentgelt erst mit den Ergebnissen einer erneuten Ausschreibung für Outputstoffströme der MBA durch die WEV seriös untersetzt werden kann. Aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit musste eine Ausschreibung der WEV im IV. Quartal 2016 teilweise aufgehoben werden.

Öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung

Mit Beschluss der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 26. September 2016 wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung zwischen dem ZAW und dem damaligen Landkreis Delitzsch (Rechtsnachfolger: Landkreis Nordsachsen) vom 11. Dezember 2002 sowie der zur Erfüllung dieser Zusammenarbeit zwischen den beauftragten Dritten untereinander abgeschlossenen Verträgen vorzeitig zum 31. Dezember 2017 einvernehmlich beendet. In diesem Zusammenhang erfolgte die Rücknahme der durch den ZAW mit Schreiben vom 20. Oktober 2008 erklärten außerordentlichen Kündigung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung.

Risikobericht

Risikomanagementsystem (RMS)

Der ZAW hat im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems in 2009 begonnen, ein eigenes Risikomanagementsystem zu erarbeiten. 2013 wurde das RMS des ZAW komplett überarbeitet. Es wird quartalsweise aktualisiert und über eine Änderungsmatrix fortgeschrieben. Es erfolgte die Inventarisierung der Risikofelder (Risikoidentifikation und -klassifikation) sowie zugehöriger Gegenmaßnahmen (Risikosteuerung und -bewältigung). Die erfassten Risiken wurden entsprechend festgelegter Skalierungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenhöhen bewertet (Risikobewertung).

Der ZAW muss externe und interne Risiken aus vielfältigen Bereichen identifizieren und bewältigen. Folgende Risikofelder wurden identifiziert:

- Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV
- Kredit- und Bürgschaftsrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Abstuerungsrisiken für die heizwertreiche Fraktion infolge angespannter Marktlage
- Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen.

Daneben stützt sich der ZAW weiterhin auf das Risikomanagement der WEV, da diese die Entsorgungsleistungen für den ZAW durch die mechanisch-biologische Behandlung bzw. Deponierung erbringt und die WEV im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowohl den Betrieb der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage am Standort Cröbern als auch den Betrieb der Deponie durchführt. Die Überwachung des Risikomanagements der WEV erfolgt im Wesentlichen durch die Tätigkeiten von Vertretern der Organe des Zweckverbandes im Aufsichtsrat der WEV.

Im ZAW muss zwischen erheblichen Risiken, die aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV resultieren, und Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb unterschieden werden.

Zur wirtschaftlichen Lage des ZAW erfolgt jährlich durch die Landesdirektion Leipzig eine statistische Erhebung zum Frühwarnsystem kreisübergreifender Zweckverbände. Durch das Eintragen von wirtschaftlichen Kennziffern wird eine automatische Bewertung des Risikopotenzials des ZAW vorgenommen. Hierbei gab es für das Jahr 2016 keine Feststellungen.

Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV

Das bedeutsamste Risiko für den ZAW besteht in der Beteiligung an der WEV und den damit bestehenden Verpflichtungen. Risikopotenziale der WEV beeinflussen in der Regel direkt die Entwicklung und Lage des Verbandes.

Es besteht z. B. das latente Risiko, einer veränderten Ertragsstruktur der WEV aufgrund von Unterauslastung der MBA bzw. Mindermengen bei der Direktablagerung bzw. signifikanten Marktpreisveränderungen. Bei der WEV kommt es aus Sicht des ZAW besonders auf eine gesicherte Ausfinanzierung für Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern an.

Durch den ständigen Informationsaustausch mit der Tochtergesellschaft sowie die Organstellung im Aufsichtsrat ist die indirekte Beobachtung der Risiken gegeben. In Höhe des Buchwertes der Beteiligung besteht das maximale Risiko für den Bilanzansatz im ZAW.

Kredit- und Bürgschaftsrisiko

Der ZAW trägt gegenüber den Banken das Risiko für Kredite, die zwischen 1991 und 1998 für die Errichtung der Zentraldeponie Cröbern aufgenommen wurden. Das Haftungsrisiko des Verbandes für Kredite der WEV umfasste zum 31. Dezember 2016 ein Volumen von TEUR 5.164. Durch vorzeitige Kredittilgungen durch die WEV wurde dieses Risiko für den Verband deutlich gemindert (Haftungsvolumen Vorjahr: TEUR 20.085).

Der ZAW hat im Zusammenhang mit der Finanzierung der MBA (Gesamtvolumen Mio. EUR 52,5) Einredeverzicht nebst Mindestentgeltgarantie (quartalsmäßige Festbeträge in Höhe von Mio. EUR 1,7) erklärt.

Die WEV hatte im Jahr 2005 und 2006 künftige Forderungen der WEV an den ZAW im Barwert von EUR 52,5 Mio. an die die MBA finanzierenden Banken als Sicherheit abgetreten.

Liquiditätsrisiko

Zur Sicherstellung der Liquidität verfügt der ZAW über einen genehmigten Kassenkredit in Höhe von TEUR 2.000.

Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken stellt der ZAW einen Liquiditätsplan auf und schreibt diesen fort.

Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen

Risiken der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen werden derzeit nicht gesehen.

Chancenbericht

Grundsätzlich ergeben sich für den Verband auch Chancen für seine weitere Entwicklung, unter anderem durch mögliche weitere Aufgabenübertragungen seiner Mitglieder. Dies wird im Rahmen eines Strategieprozesses zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern erörtert.

Bei steigenden Entsorgungsmengen (weitere positive Bevölkerungsentwicklung insbesondere in der Stadt Leipzig) könnten sich die Entsorgungsmengen an hoheitlichen bzw. gewerblichen Abfällen erhöhen.

Prognosebericht

Unter der Annahme, dass sich die positive Entwicklung der Einwohnerzahl im Verbandsgebiet im Geschäftsjahr 2017 und in den Folgejahren fortsetzt, verbunden mit der Annahme eines weiterhin hohen Konsumverhaltens der Bürger, welches u. a. auch durch die gegenwärtige Niedrigzinspolitik der EZB bedingt ist, erwartet die Geschäftsleitung ein Umsatzplus für das kommende Geschäftsjahr, basierend auf steigenden Abfallmengen.

Der Zweckverband plant mit Umsatzerlösen aus der Andienung von Abfällen in Höhe von insgesamt TEUR 21.299 einschließlich des Ausgleichs der Unterdeckung der nachkalkulierten Jahre 2015/ 2016. Die steigenden Abfallmengen werden zu einer Erhöhung der Aufwendungen (Materialaufwand) führen, ebenso werden die Personalkosten des Verbandes durch die tariflichen Abschlüsse für den öffentlichen Dienst steigen.

Für das kommende Geschäftsjahr werden Gesamtaufwendungen von TEUR 20.677 erwartet.

Die Geschäftsleitung plant für das Geschäftsjahr 2017 ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 622. In den Folgejahren werden weiterhin positive Jahresergebnisse erwartet.

Nachtragsbericht

Im Sächsischen Amtsblatt Nr. 2 vom 12. Januar 2017 erfolgte die Bekanntmachung über die Genehmigung der Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung durch die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde. Die Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2017 in Kraft.

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 3. April 2017 beschlossen, die ermittelten Ergebnisse der Nachkalkulation für das Jahr 2014 (Kostenüberdeckung) und für den Zeitraum 2015/2016 (Kostenunterdeckung) vollständig im zweijährigen Kalkulationszeitraum 2017/2018 zu berücksichtigen bzw. entsprechend vorzutragen. Die für 2017/2018 vorkalkulierten kostendeckenden Verrechnungs-/Gebührensätze inklusive vollständigem Vortrag der Nachkalkulation(en) werden bei der Festsetzung des Verrechnungssatzes gegenüber den Verbandsmitgliedern des ZAW in der ebenfalls am 3. April 2017 gesondert beschlossenen Haushaltssatzung 2017 des ZAW sowie im Rahmen der ebenfalls gesondert beschlossenen Änderung der Gebührensatzung des ZAW und bei den entsprechenden Ansätzen in der Wirtschaftsplanung 2017 des ZAW berücksichtigt.

Großpösna, den 4. April 2017

Heiko Rosenthal

Verbandsvorsitzender ZAW

André Albrecht

Geschäftsleiter ZAW



Beteiligungsbericht 2016

des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen



Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22
Email: info@zaw-sachsen.de
Homepage: www.zaw-sachsen.de



Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erste Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist seit Mai 2015 alleiniger Gesellschafter der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV). Der ZAW ist gemäß dem Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (Sächs-ABG) öffentlich – rechtlicher Entsorgungsträger und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft per Gesetz zuständig.

Einen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, hauptsächlich die Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Verbandsversammlung soll sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2016 bildet der geprüfte und festgestellte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016.

Großpösna, den 18.07.2017

Heiko Rosenthal
Verbandsvorsitzender

André Albrecht
Geschäftsleiter



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Inhaltsverzeichnis	3
1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur	4
2 Einzeldarstellung der WEV	5
2.1 Allgemeine Angaben zur WEV	5
2.2 Organe der Gesellschaft	6
2.2.1 Gesellschafterversammlung	6
2.2.2 Aufsichtsrat	6
2.2.3 Geschäftsführung	6
3 Allgemeines	7
3.1 Ertragslage	7
3.2 Vermögenslage	9
3.3 Finanzlage	11
3.3.1 Bürgschaften / Kredite	11
3.3.2 Erbbaurechtsverträge	11
3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung	11
3.3.4 Investitionstätigkeit	12
4 Entwicklung der Unternehmensbereiche	12
4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge	13
4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres	14
4.3 Qualitätsmanagement	14
5 Risikobericht	14
5.1 Risikomanagementsystem	14
5.2 Risiken	14
5.3 Prognosebericht	16
Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen	17
Tabellenverzeichnis	18
Abkürzungsverzeichnis	18



1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur



Die vorangestellte Abbildung zeigt die strukturelle Verflechtung zwischen ZAW und WEV. Der ZAW besteht aus den Verbandsmitgliedern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km² mit 818.880 Einwohnern (Stand: 31.12.2015, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen).



2 Einzeldarstellung der WEV

2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

Adresse: Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal

E-Mail: info@wev-sachsen.de
Homepage: www.wev-sachsen.de

Gründungsjahr: 1991

Unternehmensgegenstand / -zweck:

Die Planung, der Bau und Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen vorrangig im Verbandsgebiet des ZAW sowie die Durchführung von Entsorgungsdienstleistungen, einschließlich Beratungs-, Logistik- und Serviceleistungen wie dem Handeln und Makeln, Nachweisführung, Analytik, Bauleistungen bei Altlasten oder Demontageprojekte.

Vorrangige Unternehmensaufgabe ist für die Deponien des ZAW die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgephase sowie die Vorbereitung deren Nachnutzung.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

Rechtsform: GmbH

Stammkapital und Gesellschafter:

Das Stammkapital beträgt € 1.000.000,00 und ist eingeteilt in Geschäftsanteile in Höhe von € 170.000,00, € 340.000,00 und € 490.000,00.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0 %
Eigene Anteile	490.000,00 €	49,0 %

Die eigenen Anteile sind nicht stimmberechtigt. Der ZAW ist faktisch Alleingesellschafter.



2.2 Organe der Gesellschaft

2.2.1 Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2016 bestand die Gesellschafterversammlung aus Herrn Heiko Rosenthal, dem Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW, sowie dem Landrat des Landkreises Leipzig, Herrn Henry Graichen.

2.2.2 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2016 waren:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Graichen, Henry Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Rosenthal, Heiko 1. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Herr Meissner, Jens	Amtsleiter des Amts für Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig (bis 30.09.2016) Geschäftsführer Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH (seit 01.10.2016)
Herr Engelmann, Reiner	Lehrer Verbandsrat ZAW

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2016

2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV im Berichtsjahr war Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer.



3 Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde von der

Roser GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Leipzig
Petersstr. 39/41
04109 Leipzig

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

Risiken, die die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung festgestellt und im Prüfbericht angeführt:

- Auslastungs- und Preisrisiken in Bezug auf die MBA (langfristig),
- Mengenrisiken in Bezug auf die ZDC,
- Zinsrisiken und langfristige Prognoseunsicherheit.

3.1 Ertragslage

Die WEV kann ergebnisseitig auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2016 zurückblicken. Sie verbucht ein Jahresergebnis in Höhe von 760 T€ und schließt damit das Geschäftsjahr besser ab als geplant.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Umsatz in Höhe von 46,2 Mio. € erwirtschaftet (im Vorjahr: 37,9 Mio. €).

Die wichtigsten GuV-Daten, einschließlich der zwei vorangegangenen Jahre, sind nachfolgend überblicksmäßig aufgezeigt, die Darstellung folgt der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung.



	2016 Ist	2016 Plan	2015 Ist ¹	2014 Ist
Umsatz	46.234	35.929	37.969	36.064
Sonstige betriebliche Erträge	1.550	431	2.262	2.154
Gesamtleistung	47.783	36.360	40.231	38.218
Materialaufwand	-13.939	-11.584	-10.957	-11.195
Personalaufwand	-4.567	-4.415	-3.999	-3.914
Abschreibungen	-12.684	-10.216	-11.254	-11.106
Sonstige betriebliche Aufwendungen einschl. Zinsergebnis	-15.783	-9.035	-12.736	-11.130
Betriebliches Ergebnis	810	1.110	1.285	873
Steuern	-50	-418	-51	-345
Jahresergebnis	760	692	1.234	528
Gewinnvortrag aus Vorjahr	4.125		2.891	2.363
Gewinnausschüttung	0	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	4.885	692	4.125	2.891

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2016

Die erzielten **Gesamtumsatzerlöse** belaufen sich auf 46.234 T€ und sind damit 28,7% höher als geplant. Der Umsatzanstieg ist im Wesentlichen auf mengen- und preisbedingte Mehrerlöse zurückzuführen.

Auch die Mengen- und Umsatzziele der Wirtschaftsplanung 2016 wurden weit übertroffen.

Der **Materialaufwand** hat sich entsprechend der Entwicklung der Gesamtleistung erhöht. Die höheren Aufwendungen sind u.a. auf die Instandhaltung der MBA, die Entsorgung von Sickerwasser und Konzentrat, die Behandlung von Schwergut/ Störstoffen sowie auftragsbezogene Transportleistungen zurückzuführen.

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen liegen mit 12.684 T€ über dem Vorjahr. Dabei ist die Abschreibung auf den Deponiekörper Cröbern infolge höherer Abfallmengen deutlich gestiegen.

Der **Personalaufwand** ist im Vergleich zum Vorjahr um 568 T€ gestiegen. Bezogen auf den Umsatz hat sich die Personalaufwandsquote auf 9,9 % verringert (Vorjahr: 10,5%). Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2016 beträgt 86 (im Vorjahr: 85). Davon sind 37 Angestellte (im Vorjahr: 36) und 49 Arbeitnehmer (im Vorjahr: 49).

¹ Hinsichtlich des Vergleichsvorjahres wird darauf hingewiesen, dass im Geschäftsjahr 2016 erstmalig die Anwendung der Vorgaben des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) erfolgte. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der einzelnen Werte zum Teil eingeschränkt. Die obige Darstellung berücksichtigt dies und bezieht beim Vorjahresvergleich auch die betreffenden angepassten Werte aus 2015 nach BilRUG ein.



3.2 Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bilanzdaten der WEV zum Stichtag 31. Dezember 2016.

AKTIVA				
	2016 Ist	2016 Plan	2015 Ist	2014 Ist
Anlagevermögen	55.646	60.957	64.355	74.297
Immaterielles Vermögen	134		166	213
Sachanlagen	55.502		64.182	74.072
Finanzanlagen	11		7	12
Umlaufvermögen	55.693	50.569	50.543	43.440
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.369	4.440	5.265	4.246
Wertpapiere / liquide Mittel	48.323	46.129	45.278	39.194
Aktive RAP	306	299	321	367
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung	8,04061	34	9	34
Bilanzsumme	111.653	111.859	115.229	118.138

PASSIVA				
	2016 Ist	2016 Plan	2015 Ist	2014 Ist
Eigenkapital	19.980	19.047	19.221	22.787
Gezeichnetes Kapital	510	510	1.000	1.000
Rücklagen	14.586	18.537	14.096	18.896
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	4.125		2.891	2.363
Bilanzgewinn / -verlust	760		1.234	528
Sonderposten m. RL-anteil	0		0	0
Rückstellungen	69.861	61.832	56.701	50.693
Verbindlichkeiten	8.088	18.343	22.581	25.242
Passive RAP	11.338	11.338	14.272	17.207
Passive latente Steuern	2.386	1.299	2.454	2.210
Bilanzsumme	111.653	111.859	115.229	118.138

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2016



Der Rückgang der **Bilanzsumme** setzte sich auch 2016 fort. Die Bilanzsumme hat sich um 3,1 % verringert auf 111.653 T€. Das Anlagevermögen verminderte sich abschreibungsbedingt.

Die WEV verfügt am 31. Dezember 2016 über bilanzielles **Eigenkapital** in Höhe von 19.980 T€.

Das bilanzielle Eigenkapital nahm im Vergleich zum Vorjahr damit um den Jahresüberschuss in Höhe von 760 T€ und damit um 3,9 % zu.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen.

	2016	2015	2014	Maßeinheit
Vermögenssituation				
Anlagenintensität	49,8	55,8	62,9	%
Änderung des Anlagevermögens	86,5	89,8	88,8	%
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	17,9	16,7	19,3	%
Fremdkapitalquote	82,1	83,3	80,7	%
Liquiditätskennzahlen				
Liquidität 1.Grades	608,4	370,3	452,9	%
Liquidität 2.Grades	705,1	416,1	506,6	%
working capital	45.130	35.714	32.253	T€
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	3,8	6,4	2,3	%
Gesamtkapitalrendite	7,5	3,4	4,6	%
Geschäftserfolg				
Umsatzrentabilität	1,6	3,2	1,5	%
Pro-Kopf- Umsatz	537,6	446,7	429,3	T€
Kennzahlen der Personalwirtschaft				
Beschäftigte	86	85	84	MA
Personalaufwandsquote	9,9	10,5	10,7	%

Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2014– 2016



3.3 Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich gegenüber dem Vorjahr verbessert da.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich im Verlauf des Wirtschaftsjahres von 45,3 Mio. € auf 48,3 Mio. € erhöht. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen und außerplanmäßigen Tilgung von Altkrediten in Höhe von 14,8 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) und zur Finanzierung der Investitionen verwendet.

In 2016 wurden entsprechend der abgeschlossenen Forfaitierungsverträge 2,9 Mio. € (im Vorjahr: 3,3 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungsposten getilgt.

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgte keine Ausschüttung an die Gesellschafter.

3.3.1 Bürgschaften / Kredite

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbeiträge übernommen, die sich wie in der unten dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

Übersicht zum 31.12.	2014	2015	2016	2017	2018
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	22.727	19.977	5.164	4.325	3.487

Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

3.3.2 Erbbaurechtsverträge

Die WEV entrichtete 2016 Erbbauzinsen in Höhe von 155 T€ an den ZAW.

Zentraldeponie Cröbern	140 T€
Deponie Seehausen	8 T€
Deponie Groitzsch-Wischstauden	7 T€

3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung

Gemäß § 1 Dienstleistungsvertrag betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall- und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 17 KrWG zu übergeben.



Gemäß § 10 Dienstleistungsvertrag erhält die WEV vom ZAW für die Entsorgung der Abfälle und alle dafür erforderlichen Leistungen ein Entgelt entsprechend Entgeltvereinbarung.

Das Entgelt zur Abfallbehandlung in der MBA in 2016 betrug 129,86 €/t netto bzw. 154,53 €/t brutto. In 2017 erfolgte für 2016 eine Nachberechnung des Entgeltes in Höhe von 3,68 €/t brutto.

3.3.4 Investitionstätigkeit

Im Wirtschaftsjahr 2016 wurden Investitionen in Höhe von 4,0 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) getätigt.

Die wesentlichen Investitionen betreffen den Bau eines neuen Ablagerungsbereiches der ZDC, die Anschaffung eines neuen Permanentmesssystems, die Anschaffung eines NE-Abscheiders, Vorzerkleinerers und Mietenumsetzers, die Erweiterung des Gasfassungssystems, den Ersatz bzw. die Erweiterung vorhandener Software und Lizenzen und den Ersatz von EDV-Technik. Darüber hinaus wurden diverse Geräte und Ausrüstungen angeschafft.

4 Entwicklung der Unternehmensbereiche

Zentraldeponie Cröbern (ZDC)

In Jahr 2016 betrug die abgelagerte Gesamtabfallmenge 774,8 Tt (im Vorjahr: 550,8 Tt). Seit Beginn des Abfalleinbaubetriebes sind somit 11.354,6 Tt (im Vorjahr: 10.579,8 Tt) abgelagert worden.

Der Verfüllungsgrad zum 31. Dezember 2016 betrug 65,3 % (Gesamtkapazität ZDC 12.262 Tm³).

Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)

Im Jahr 2016 wurden 177,3Tt (im Vorjahr: 176,9 Tt) durch die Anlage im 1-Schicht-Betrieb verarbeitet. Die Eingangsmenge von kommunalen Rest- und Sperrmüll betrug 139,1 Tt (im Vorjahr: 135,9 Tt).

Altdeponie Seehausen (DSH)

Die Bauarbeiten für die Errichtung einer endgültigen Oberflächenabdichtung DSH Neuteil sind abgeschlossen und die Baudokumentation ist der Behörde übergeben worden. Die Vollständigkeit der Stilllegungsunterlagen wurde bestätigt.

Altdeponie Groitzsch-Wischstauden (DGW)

Im Jahr 2015 wurde auf der Deponie Groitzsch-Wischstauden mit den vorbereitenden Maßnahmen zur Errichtung der endgültigen Oberflächenabdichtung begonnen. Diese Maßnahmen werden voraussichtlich im Jahr 2017 abgeschlossen.

Die gemäß Nachsorgeplan für die Stilllegungsphase durchzuführenden Arbeiten (Sickerwasserfassung und -ableitung einschließlich Monitoring, Grundwassermonitoring, Oberflä-



chenwasserableitung, FID-Messungen und Wirkkontrollen des Gasfassungssystems usw.) für die beiden Altdeponiestandorte DSH und DGW wurden planmäßig durchgeführt und verliefen ohne besondere Vorkommnisse.

4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

Zentraldeponie Cröbern

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des erwarteten Nachsorgezeitraums im Jahr 2071 unter Berücksichtigung der Kapazität und der vorliegenden Erkenntnisse zu den Nachsorgekosten gebildet. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 beträgt die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge für die ZDC 53.233 T€ (im Vorjahr: 41.381 T€).

Deponie Seehausen

Die Deponie Seehausen wurde am 30. Juni 2004 stillgelegt. Der Bilanzansatz für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Seehausen für den Zeitraum bis zum Jahr 2044 unter Berücksichtigung der Prognose für die Deponiegasverstromung sowie der alternativen Oberflächenabdichtung beträgt 6.790 T€ (im Vorjahr: 6.350 T€).

Deponie Groitzsch-Wischstauden

Für die Rekultivierung und Nachsorge der bereits im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2016 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2048 für das Altfeld in Höhe von 1.728 T€ (im Vorjahr: 1.655 T€) und für das Neufeld in Höhe von 4.553 T€ (im Vorjahr: 4.434 T€) unter Berücksichtigung der alternativen Oberflächenabdichtung ausgewiesen.

	2014	2015	2016
Zentraldeponie Cröbern	35.179	41.381	53.233
Deponie Seehausen	5.844	6.350	6.790
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	4.027	4.434	4.553
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	1.409	1.655	1.728
Gesamt	46.459	53.820	66.304

Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2014 bis 2016



4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Im September 2016 wurde die Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung zur kommunalen Zusammenarbeit zwischen dem ZAW und dem damaligen Landkreis Delitzsch sowie der Verträge zwischen den jeweiligen Drittbeauftragten vereinbart. Die Aufhebung wurde durch die Landesdirektion Sachsen (LDS) genehmigt. Somit erfolgt ab 2018 keine Andienung von Restabfällen des ehemaligen Landkreises Delitzsch mehr. Die Abnahmemenge der heizwertreichen Fraktion ist 2017 bereits reduziert und endet ebenfalls zum 31.12.2017. Ab 01.01.2018 sind alle Vereinbarungen aufgehoben.

4.3 Qualitätsmanagement

Die WEV wurde auch 2016 als Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 KrWG und nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifiziert.

Zudem erfolgte im November 2015 die Zertifizierung des Energiemanagementsystems der WEV gemäß DIN EN ISO 50001:2011. Das erteilte Zertifikat ist bis November 2018 gültig.

5 Risikobericht

5.1 Risikomanagementsystem

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt. Es wird mindestens einmal jährlich eine Risikoinventur durchgeführt.

5.2 Risiken

Marktrisiken

In der Branche gibt es für Abfälle, die MVA-gerecht sind, aktuell fehlende Abfallbehandlungskapazitäten. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Abfallmengen auf dem bestehenden Niveau stabilisieren.

Für das Jahr 2017 werden keine steigenden Abfallmengen erwartet.

Vertragsrisiken

Nach Auslaufen der wechselseitigen Lieferbeziehung zwischen ZAW und dem Landkreis Nordsachsen sowie drittbeauftragten Unternehmen entfallen im Jahr 2018 wesentliche Restabfallmengen für die Verarbeitung in der MBA und Ablagerung auf der Deponie sowie für die Verwertung der heizwertreichen Fraktion, so dass sich hieraus eine Beeinträchtigung der Ertragslage ergeben kann.

Zins- und Derivatrisiken

Aufgrund der Ansparung von liquiden Mitteln zur Erfüllung der künftigen Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung besteht eine Abhängigkeit von den am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen für sichere Geldanlagen.



Aufgrund der derzeitigen und weiterhin erwarteten Differenzen zwischen dem von der Bundesbank vorgegebenen Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung und den erreichbaren Verzinsungen für Sicht- und Festgeldguthaben bzw. internen Renditen, werden in den nächsten Jahren für die notwendigen Zinszuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge die bestehenden bzw. erwarteten Verzinsungen der externen Geldanlagen durch Zuführungen aus dem Ergebnis ergänzt werden müssen.

Liquiditäts- und Bonitätsrisiko

Die Geldanlagen erfolgen ausschließlich in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken.

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch ein präventives Risikomanagement, die Absicherung des Ausfallrisikos von Forderungen durch einen Warenkreditversicherer bzw. durch Bankbürgschaften sowie ein Mahnwesen begrenzt.

Steuerrisiko

Zu einer Prüfungsfeststellung der Betriebsprüfung der Jahre 2008 – 2010 wurde beim zuständigen Finanzamt Einspruch bzw. Antrag auf verbindliche Zusage eingelegt. Der Einspruch wurde abgewiesen und durch die WEV Klage eingelegt.

Mit der Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2013 wurde im Jahr 2016 begonnen. Die Prüfung war zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht abgeschlossen. Es wurden bisher noch keine Feststellungen getroffen.

Aufgrund der komplexen Sachverhalte ist es auch künftig nicht auszuschließen, dass im Rahmen von Betriebsprüfungen unterschiedliche Auffassungen bestehen.

Produkt- und Umweltschutzrisiken

Durch einen externen Berater wurde 2015 eine umfassende Bewertung von Umweltrisiken nach Umweltschadengesetz für Anlagen und Standorte der WEV mbH durchgeführt. Es handelt sich dabei um die dritte Fortschreibung, nachdem die letzte Prüfung im Jahr 2012 durchgeführt wurde.

Im Jahr 2016 erfolgten keine sachlichen Änderungen, sodass keine Aktualisierung notwendig wurde.

Die Risiken der Altdeponien wurden durch die Übertragung vom ZAW an die WEV von dieser übernommen und sind nicht weiter beeinflussbar. Das Risiko am Deponiestandort Groitzsch-Wischstauden wird nach Abschluss der Oberflächenabdichtung weiter reduziert. Bei den übrigen Risiken wurde eingeschätzt, dass die WEV ihnen ein ausreichendes Sicherungskonzept entgegengesetzt.

Für Haftungsrisiken und Schadensfälle wurden Versicherungen fortgeführt, um die möglichen Folgen von im Unternehmen bleibenden Risiken in Grenzen zu halten bzw. sie ganz auszuschließen.



5.3 Prognosebericht

Im Lagebericht zum 31. Dezember 2015 wurde für das Geschäftsjahr 2016 ein Jahresüberschuss in der gleichen Größenordnung des Jahresüberschusses 2015 eingeschätzt. Das Jahresergebnis ist niedriger als prognostiziert. Hauptgründe lagen trotz der Umsatzsteigerung in den höheren Kosten für Instandhaltung, höheren Entsorgungskosten der Outputfraktion der MBA und dem erhöhten Zinsaufwand der Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge.

Der seit längerem bestehende Preisdruck hat sich 2016 abgeschwächt, teilweise sind höhere Deponiepreise am Markt durchsetzbar. Je nach Preisentwicklung der Abfälle zur Verbrennung in Müllverbrennungsanlagen steigt die Wettbewerbsfähigkeit der MBA.

Diese Entwicklungstrends werden in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Dennoch bestehen auf mittelfristige und langfristige Sicht erhebliche Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Mengen- und Preisentwicklung der ZDC, bedingt auch durch mögliche Änderungen bei den gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen. Zinsen und Teuerungsraten sind, aufgrund der langen Betrachtungszeiträume, ebenfalls Faktoren mit Prognoseunsicherheit.

Die Geschäftsführung der WEV erwartet, trotz der aktuell schwierigen Rahmenbedingungen und bei einer konservativen Prognose des BilMoG-Zinssatzes, die dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 zugrunde gelegt wurden, trotzdem einen Jahresfehlbetrag der weniger als 0,3 Mio. € betragen wird.



Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100 \%$	
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögens des Geschäftsjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten	
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Gesamtleistung}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}} \times 100 \%$	
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}} \times 100 \%$	
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$	



Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2016	6
Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2016	8
Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2016	9
Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2014– 2016	10
Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten	11
Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2014 bis 2016	13

Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DK	-	Deponieklasse
DSH	-	Deponie Seehausen
GuV	-	Gewinn- und Verlustrechnung
KrWG	-	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KWD	-	Kreiswerke Delitzsch GmbH, Delitzsch
LDS	-	Landesdirektion Sachsen
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MVA	-	Müllverbrennungsanlage
SächsABG	-	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
TBM	-	Technologisches Baumaterial
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

Beteiligungsübersicht

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz, OT Lenz

Tel. 035 249 / 7350
Fax 035 249 / 735 25
Email info@tba-sachsen.de
Internet <http://www.tba-sachsen.de>

Gründungsdatum 21.02.1991
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		13,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Vogtlandkreis	7,6900 %	1,00
Stadt Dresden	7,6900 %	1,00
Landkreis Bautzen	7,6900 %	1,00
Landkreis Meißen	7,6900 %	1,00
Stadt Leipzig	7,6900 %	1,00
Landkreis Nordsachsen	7,6900 %	1,00
Landkreis Leipzig	7,6900 %	1,00
Landkreis Erzgebirgskreis	7,6900 %	1,00
Landkreis Mittelsachsen	7,6900 %	1,00
Landkreis Görlitz	7,6900 %	1,00
Stadt Chemnitz	7,6900 %	1,00
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,6900 %	1,00
Landkreis Zwickau	7,6900 %	1,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	90.320,03

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht 2016

Adresse

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz/OT Lenz

E-Mail

info@tba-sachsen.de

Homepage

www.tba-sachsen.de

Gründungsjahr

1991

Rechtsform

Zweckverband

Mitglieder

Landeshauptstadt Dresden	1 von 13
Landkreis Bautzen	1 von 13
Landkreis Erzgebirgskreis	1 von 13
Landkreis Görlitz	1 von 13
Landkreis Leipzig	1 von 13
Landkreis Meißen	1 von 13
Landkreis Mittelsachsen	1 von 13
Landkreis Nordsachsen	1 von 13
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	1 von 13
Landkreis Vogtlandkreis	1 von 13
Landkreis Zwickau	1 von 13
Stadt Chemnitz	1 von 13
Stadt Leipzig	1 von 13

Organe

Verbandsversammlung

Verwaltungsrat

Verbandsvorsitzender

Geschäftsführung

Sylvia Schäfer

Verbandsvorsitzende/r

Michael Geisler

Abschlussprüfer

ST Treuhand Dr. Leonhardt & Kollegen GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dresden

Beteiligungen

keine

Mitglieder Verbandsversammlung

- Kai Emanuel (LK Nordsachsen)
- Michael Geisler (Verbandsvorsitzender; LK Sächs. Schweiz-Osterzgeb.)
- Henry Graichen (LK Leipzig)
- Michael Harig (LK Bautzen)
- Dirk Hilbert (LHS Dresden)
- Jörg Höllmüller (LK Mittelsachsen)
- Rolf Keil (LK Vogtlandkreis)
- Bernd Lange (bis 02.03.2016), Dr. Ralph Schönfelder (ab 03.03.2016)
- Dr. Gabriela Leupold (Stadt Leipzig)
- Barbara Ludwig (Stadt Chemnitz)
- Dr. Christoph Scheurer (LK Zwickau)
- Arndt Steinbach (Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden; LK Meißen)
- Frank Vogel (LK Erzgebirgskreis)

Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck

Gemäß § 3 der Verbandssatzung hat der Zweckverband folgende Aufgaben:

"(1) Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.

(2) Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.

(3) Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im Übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

(4) Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen."

laut Satzung

Geschäftsmodell und Rechtsgrundlagen

Verbandssatzung

Mit dem am 1. April 2004 erfolgten Beitritt des Zweckverbands für Tierkörper-beseitigung Chemnitz zum 1991 gegründeten Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Lenz entstand der für das gesamte Gebiet des Freistaats Sachsen verantwortliche Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen (ZV). Gleichzeitig ist die Satzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen (Verbandssatzung) vom 19. Februar 2004 (SächsABl. S. 273) in Kraft getreten. Diese wurde am 27. April 2004 (1. Änderungssatzung, SächsABl. S. 705), am 9. November 2005 (2. Änderungssatzung, SächsABl. S. 221), am 3. September 2008 (3. Änderungssatzung, SächsABl. S. 1630) und am 2. Dezember 2014 (4. Änderungssatzung, SächsABl. S. 357) geändert.

Zweckverbandsrecht und Eigenbetriebsrecht

Das Sächsische Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 652) ist für die Rechtsverhältnisse des ZV maßgebend. Gemäß § 2 Abs. 3 der Verbandssatzung und § 58 Abs. 2 SächsKomZG finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften unmittelbar Anwendung.

Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsrecht

Das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. August 2016 (BGBl. I S. 1966) bildet die bundesrechtliche Vorgabe zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte unter Berücksichtigung einschlägiger EU-Verordnungen.

Das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und zu weiteren Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten (SächsAGTierNebG) vom 9. Dezember 2004 (SächsGVBl. S. 579), zuletzt geändert durch Artikel 42 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) enthält Bestimmungen über Gebühren und Entgelte, die Finanzierung des nicht gedeckten Aufwands sowie die Bestimmung des Einzugsbereichs (Gebiet des Freistaats Sachsen).

Darüber hinaus wird durch dieses Gesetz die EU-Beihilfekonformität umgesetzt, indem 25 % der Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern durch die Tierbesitzer getragen werden müssen.

Das SächsAGTierNebG soll bis spätestens zum Februar 2020 an das Bundesrecht angepasst werden.

Mitgliederbestand

Das Sächsische Kreisgebietsneugliederungsgesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970) sieht ab 1. August 2008 10 Landkreise und 3 kreisfreie Städte vor. Der ZV hatte 2016 folgende Mitglieder:

	ehem. Direktionsbezirk Chemnitz	ehem. Direktionsbezirk Dresden	ehem. Direktionsbezirk Leipzig
Landkreise	Erzgebirgskreis Mittelsachsen Vogtlandkreis Zwickau	Bautzen Meißen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Görlitz	Nordsachsen Leipzig
kreisfreie Städte	Chemnitz	Dresden	Leipzig

Organe des Zweckverbands

Organe

Nach der Verbandssatzung hat der ZV als Eigenbetrieb folgende Organe:

Verbandsversammlung

Verwaltungsrat

Verbandsvorsitzender.

Die Zuständigkeiten der Organe sind in der Verbandssatzung abgegrenzt (vgl. insbesondere § 6 der Verbandssatzung).

Verbandsversammlung

Jedes Verbandsmitglied wird von seinem Landrat bzw. Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung vertreten. Gemäß § 52 Abs. 3 SächsKomZG können die jeweiligen Hauptorgane der Verbandsmitglieder einen anderen leitenden Bediensteten mit der Vertretung in der Verbandsversammlung wählen. Von dieser Regelung haben nur wenige Verbandsmitglieder Gebrauch gemacht.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wurde am 23. September 2015 mit folgender Besetzung gewählt.

Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	Verbands- vorsitzender	23.09.2015 kraft Verbandssatzung (§ 9 Abs. 1)
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbands- vorsitzenden	23.09.2015 kraft Verbandssatzung (§ 9 Abs. 1)
3	Matthias Damm	Landrat	Landkreis Mittelsachsen	Verwaltungs- ratsmitglied	23.09.2015
4	Kai Emanuel	Landrat	Landkreis Nordsachsen	Verwaltungs- ratsmitglied	23.09.2015
5	Henry Graichen	Landrat	Landkreis Leipzig	Verwaltungs- ratsmitglied	23.09.2015

Verbandsvorsitzender

Die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgten ebenfalls am 23. September 2015.

Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	Verbands- vorsitzender	23.09.2015
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbands- vorsitzenden	23.09.2015

Der Verbandsvorsitzende hat mittels einer Geschäftsordnung über die Betriebsführung Aufgaben an die Geschäftsführerin übertragen.

Jahresabschluss 2015

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss 2015 in ihrer 19. Sitzung am 28. September 2016 festgestellt. Die ortsübliche Bekanntmachung des Feststellungsbeschlusses und des Prüfungsvermerks sind vollzogen.

Forschung und Entwicklung

Die Technik des ZV wird durch eigene Fachkräfte und Fremdfirmen in einem guten, den geltenden Vorschriften entsprechenden Betriebszustand gehalten. Der ZV ist zertifiziert nach den Normen ISO 9001:2011 (Qualitätsmanagement) und DIN EN ISO 50001:2011 (Energiemanagement).

Ein Vorschlagssystem im Rahmen der Zertifizierung soll die Mitarbeiter motivieren, Verbesserungsvorschläge einzubringen. Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde jedoch kein Verbesserungsvorschlag eingereicht.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach dem strukturellen Umbruch in der Tierkörperbeseitigung infolge der BSE-Krise im Jahre 2001 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte erlassen, die eine europaweit einheitliche Rechtsgrundlage schafft. Auf dieser Grundlage wurden Bundes- und Landesrecht geändert. Seit dem 4. März 2011 ist mit der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 die Nachfolgeregelung in Kraft. Das TierNebG wurde am 4. August 2016 geändert.

Mit Wirkung vom 1. April 2005 wurde auf Grundlage des SächsAGTierNebG die Gebührenpflicht für die Beseitigung von Tierkörpern umgesetzt.

Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2016 technisch stabil. Die wirtschaftliche Situation des ZV ist geordnet.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte die Anlage für einige Stunden abgeschaltet wurde.

Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 8.288 t Tiermehl und 2.883 t Tierfett an.

Tierfett wurde im Jahr 2016 nicht selbst verbrannt. Der Verkauf des Tierfetts als Rohstoff war angesichts der relativ günstigen Preise bei den Energieträgern Heizöl und Erdgas die wirtschaftlichere Variante.

Um die Rohwaremengen aus dem Bereich Erzgebirge/Vogtland wirtschaftlich zu sammeln und zum Verarbeitungsbetrieb zu transportieren, wird seit 2013 ein LKW-Stellplatz in Oelsnitz bei Chemnitz vorgehalten. Die dort eingesetzten vier Fahrzeuge verfügen über sog. Wechselcontainer. Nach vollständiger Ausnutzung der Arbeitszeit zur Sammlung der Rohware werden die Wechselcontainer mittels Anhängerfahrzeug von einem Überführungsfahrer von Oelsnitz nach Lenz gefahren.

Lage des Zweckverbands (Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage)

Allgemeines

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 24. November 2015 die Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2016 beschlossen. Genehmigungspflichtige Bestandteile waren nicht enthalten. Die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 14. Dezember 2015 die Rechtmäßigkeit bestätigt. Die Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts am 31. Dezember 2015 (S. A 751).

Entwicklung der Kredite

Der ZV hatte keine langfristigen Kredite auszuweisen.

Steuerpflicht des Zweckverbands

Der ZV ist umsatzsteuerlich ein Mischbetrieb. Ein Teil seiner Tätigkeit ist dem steuerpflichtigen Bereich des Betriebs gewerblicher Art (BgA), der übrige Teil dem Hoheitsbereich zuzuordnen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre.

Jahr	Laufender Betrieb		Investiver Bereich	
	- gerundet -		- gerundet -	
	hoheitlich	gewerblich	hoheitlich	gewerblich
	%	%	%	%
2012	54	46	37	63
2013	56	44	39	61
2014	56	44	39	61
2015	55	45	40	60
2016	57	43	40	60

Im Rahmen einer Betriebsprüfung des Finanzamts wurde festgestellt, dass die Nutzung selbst erzeugten Tierfetts für die Dampferzeugung im Kesselhaus der Umsatzsteuer unterliegt. Dieser Sachverhalt wurde in den Vorjahren nicht berücksichtigt. Für die noch nicht der Verjährung unterfallenden Jahre 2011 bis 2015 entstand eine Forderung des Finanzamtes. Eine Verbindlichkeit einschließlich der gesetzlichen Verzinsung wurde gebucht. Im Jahr 2016 wurde kein Tierfett selbst verbrannt. Auch auf absehbare Zeit ist keine Fettverbrennung geplant.

Streitige Verfahren

Bis zum 28. April 2017 gibt es keine gerichtsanhängigen Verfahren.

Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der Anlage

Das Rohwareaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge stieg leicht auf 31.638 t, nachdem im Vorjahr eine merkliche Steigerung nach Jahren des Rückgangs zu verzeichnen war. Die Steigerung rührt aus einer Zunahme von Tierkörpern aus der Landwirtschaft. Bei Tierkörperteilen aus Schlachtbetrieben und Brütereien kam es hingegen zu Mengenrückgängen. Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

Investitionen und Instandhaltungen

Bei der Verarbeitung tierischer Nebenprodukte treten hohe Beanspruchungen an den technischen Anlagen auf, die einen hohen Instandhaltungsaufwand sowie den periodischen Ersatz von Verschleißteilen oder ganzen Baugruppen notwendig machen. Die Planansätze für Reparaturen wurden im Berichtsjahr unterschritten.

Laufender Wartungs- und Reparaturaufwand ist auch im Bereich des Fuhrparks nötig. Der Planansatz wurde überschritten.

Zwei LKW wurden beschafft und ersetzen verschlissene Altfahrzeuge. Eines dieser Fahrzeuge wurde gebraucht gekauft. Ebenfalls wurde für Transporte und Handhabungen im Betriebsgelände ein Teleskoplader neu beschafft.

In Betrieb genommen wurden die Überdachung des Biobeets, ein Rohrkettenförderer für erzeugtes Tiermehl sowie ein Sterilisator. Anzahlungen dafür erfolgten bereits im Vorjahr.

Ersatzinvestitionen wurden ebenfalls für einen Schraubenkompressor, einen Dekanter zur Tierfettreinigung und diverse Pumpen vorgenommen.

Anzahlungen wurden für einen Scheibentrockner und ein Vakuumfass (Tankcontainer) geleistet.

Zur Sicherung des technischen Standards wurden eine Reihe von Softwaremodulen, Betriebsausstattungen, Büroeinrichtungen und geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) beschafft.

Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Nr.	Gegenstand	Anfangsstand	Zugänge	Abgänge	Endstand
		01.01.2016			31.12.2016
		€	€	€	€
1	Zweckgebundene Rücklagen	4.461.137	1.466	0	4.462.602
2	Gewinnvortrag Chemnitz	1.466	0	1.466	0
	Summe	4.462.602	1.466	1.466	4.462.602

Der Gewinnvortrag, der aus dem Beitritt des damaligen Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Chemnitz im Jahr 2004 rührt, wurde aus Darstellungsgründen gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 07.12.2016 im Rahmen der Jahresabschlusserstellung in die zweckgebundenen Rücklagen übertragen.

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Anfang	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Endstand
	01.01.2016				31.12.2016
	€	€	€	€	€
Sonstige Rückstellungen	389.810	268.499	9.431	215.220	327.100

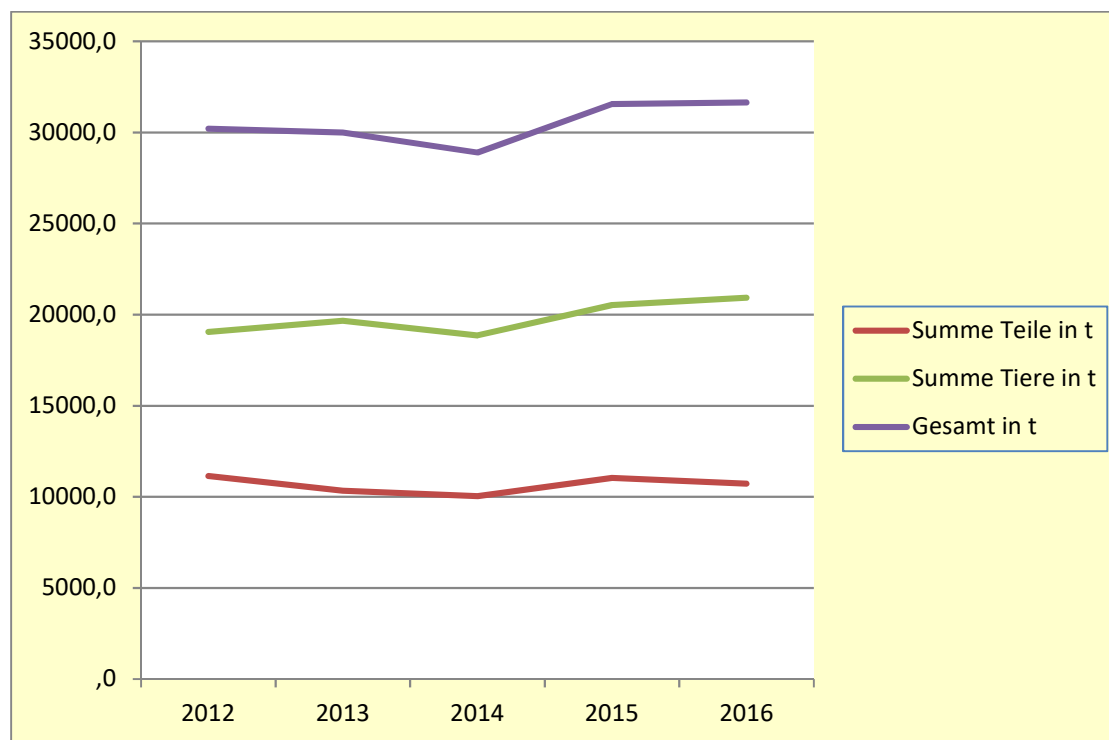
Rückstellungen wurden gebildet für unterlassene Instandhaltungen, die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, Aufwendungen für die Erstellung des Jahresabschlusses, für Urlaub und Überstunden sowie Widersprüche gegen Gebührenbescheide.

Mengenstatistik

Für 2012 – 2016 stellt sich die Entwicklung der Verarbeitungsmenge in der folgenden Tabelle dar:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016
Summe Tiere in t	19.055	19.663	18.860	20.529	20.923
Summe Teile in t	11.141	10.333	10.038	11.033	10.715
Gesamt in t	30.196	29.996	28.898	31.562	31.638

Gegenüber dem Jahr 2015 kam es 2016 zu einer geringfügigen Steigerung der Rohwaremenge.



Ertragslage

Der ZV ist umlagefinanziert nach § 11 der Verbandssatzung. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2016.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse bestehen vor allem aus Gebühren und Verkaufserlösen. Die wesentlichen Erlöse haben sich wie folgt entwickelt.

Gegenstand	2016	2015	2014	2013	2012
	€	€	€	€	€
Gebühren	1.431.854	1.451.721	1.248.040	1.391.926	1.498.553
Gebühren für Tiere	949.979	951.863	759.810	789.142	781.537
Zuführung/Auflösung passiver RAP Geb.	-43.207	6.619	477.878	251.228	-216.700
Häute	334.491	442.027	516.586	653.635	599.461
Fett	1.141.046	733.791	849.634	1.130.103	1.330.082
Tierkörpermehl	115.155	194.390	155.222	235.907	164.446
Erlöse Kategorie 3-Material	95.420	87.193	76.976	69.250	83.493
sonstiges	108.439	82.023	107.585	80.983	10.751
Summe	4.133.177	3.949.627	4.191.730	4.602.173	4.251.622

Die Gebührenerlöse für Schlachtabfälle und für Tierkörper sind trotz Mengen- und Gebührensatzkonstanz leicht zurückgegangen. Es wurden Rückstellungen auf Grund von Widersprüchen eines großen Kunden gegen Gebührenbescheide gebildet.

Aus der Nachkalkulation ergibt sich eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 43 T€ (davon 97 T€ Überdeckung für Tierkörper (Kostenmasse 1) und 54 T€ Unterdeckung für Tierkörperteile (Kostenmasse 2)), die dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten zugeführt wird.

Die Erlöse für Tierfett sind auf Grund des gestiegenen Rohstoffpreises gestiegen. Steuerliche Anreize in anderen EU-Ländern forcieren die Biodieselproduktion mit der Folge steigender Preise.

Die Erlöse für Tiermehl waren weiterhin rückläufig. Der Bedarf an unserem der Rohbraunkohle vergleichbaren Ersatzbrennstoff sinkt.

Die Häuteerlöse waren im Jahr 2016 weiterhin rückläufig – maßgebend war dabei das gesunkene Preisniveau, aber auch ein geringerer Anteil von abziehwürdigen Tierkörpern.

Die Erlöse für Material der Kategorie 3 sind 2016 trotz einer Konstanz der Rohwaremenge gestiegen. Für den ZV ist die Sammlung dieses Materials aber nur eine Nebenleistung, die mit dazu beiträgt, dass den Kunden eine Komplettlösung angeboten wird.

Unter Sonstiges werden vor allem Sondertransporte für die Tierseuchenkasse abgerechnet.

Ungedeckter Aufwand

Der durch Erträge nicht gedeckte Aufwand der Kostenmasse 1 ist durch Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder zu decken. Auf Antrag ersetzt die Sächsische Tierseuchenkasse den Verbandsmitgliedern zwei Drittel ihrer Aufwendungen, abzüglich der von den Tierhaltern erhobenen Gebühren. Der Freistaat Sachsen erstattet der Sächsischen Tierseuchenkasse wiederum ein Drittel des nicht gedeckten Aufwands der Kostenmasse 1. Es handelt sich um periodisch dem jeweiligen Wirtschaftsjahr zuzuordnende Beträge.

Die von den Verbandsmitgliedern zunächst erhobenen Umlagebeträge stellen Abschlagszahlungen auf die endgültige Umlageschuld dar. Der ungedeckte Aufwand ist über die Verbandsumlage zu finanzieren. Die Umlagebemessung richtet sich nach § 11 Abs. 2 der Verbandssatzung.

Nr.	Gegenstand	2016	2015	2014	2013	2012
1	Umlage Verbandsmitglieder	1.246.927	1.245.673	1.018.019	1.066.743	1.032.041
2	Aufwandsersatz Tierseuchenkasse	1.362.117	1.327.620	1.383.806	1.388.242	1.222.313
3	Gesamtsumme ungedeckter Aufwand	2.609.044	2.573.293	2.401.825	2.454.985	2.254.354

Personalaufwand

Jahr	Summe	Summe	Zahl der besetzten Stellen am 31.12.		
	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben			
	€	€	Angestellte	Arbeiter	Summe
2012	1.634.529,81	310.123,87	9	42	51
2013	1.710.362,17	314.434,52	9	42	51
2014	1.760.543,75	352.058,16	9	43	52
2015	1.827.276,10	356.921,40	9	44	53
2016	1.846.653,47	364.532,31	9	46	55

Im Jahr 2016 wurden in Anlehnung an die Tarife des TVöD Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,4 % zum 1.3.2016 vorgenommen. Der Planansatz für den Personalaufwand wurde auch bei Berücksichtigung einer Überschreitung der geplanten Ausgaben für Personalleasing unterschritten.

Im Jahresverlauf schieden fünf Mitarbeiter aus. Sieben Mitarbeiter wurden neu eingestellt. Eine Mitarbeiterin kam aus dem Erziehungsurlaub zurück. In der Produktion und im Fuhrpark wurden insgesamt fünf Leiharbeiter mit etwa 25 Mannmonaten zur Überbrückung eingesetzt.

Ab August 2016 begann ein Lehrling mit der Ausbildung zum Industriemechaniker.

Gesamtaussage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird als gut eingeschätzt.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge entwickeln sich in Abhängigkeit zum Rohwareaufkommen im Verbandsgebiet. Das Rohwareaufkommen ist stabil.

Das vorhandene Finanzanlagevermögen bietet ausreichend Sicherheit auch für unvorhersehbare Situationen.

Zweigniederlassungsbericht

Es existieren keine Zweigniederlassungen.

Prognosebericht

Betriebswirtschaftliche Maßnahmen

Das stabile Rohwareaufkommen des Jahres 2016 setzt sich auch am Jahresanfang 2017 fort.

Um in den Genuss von Steuerentlastungen (Energiesteuer, Stromsteuer-Spitzenausgleich) zu kommen, ist die im Jahr 2015 durchgeführte Zertifizierung des Energiemanagementsystems erneut überprüfen zu lassen. Auch für die Zertifizierung des Qualitätsmanagementsystems ist ein Überwachungsaudit durchzuführen.

Planmäßig werden ein Scheibentrockner, ein Grobbrecher, ein Rohrkettenförderer und ein Fleischbreibehälter beschafft. Für den Trockner wurden bereits Anzahlungen geleistet – die Lieferung ist in der Jahresmitte geplant. Der Auftrag für den Fleischbreibehälter wird im Jahr 2017 ausgelöst und eine Anzahlung vorgenommen. Die Lieferung wird dann erst im Folgejahr erfolgen. Neu beschafft werden sollen ebenfalls zwei LKW und jeweils zwei Vakuumfässer und Transportcontainer.

Verkaufspreise von Tierhäuten, Tierfett und Tiermehl sind laufend zu beobachten, um neue Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Neue technische Entwicklungen auf dem Gebiet der sog. Monoverbrennung von Tiermehl, die sich in der Labor- bzw. Versuchsphase befinden, werden beobachtet. Nach derzeitigem Stand ist eine Verbrennung vor Ort und damit der Verzicht auf die aufwendigen Tiermehltransporte nicht realistisch.

Bei der Marktbeobachtung wirkt guter Kontakt zum Verband der Verarbeitungsbetriebe Tierischer Nebenprodukte e.V. in Bonn und dessen Mitgliedsbetrieben unterstützend.

Mit den Mitarbeitern wird ein kontinuierlicher Informationsaustausch durchgeführt. Hinzu kommt die einmal jährlich im Frühjahr stattfindende Mitarbeiterversammlung. Neben einem leistungsorientierten Vergütungsanteil in Anlehnung an den TVöD sind die Mitarbeiter zu Weiterbildungen anzuhalten.

Die Kraftfahrer werden entsprechend den Anforderungen des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes regelmäßig geschult. Zur Flexibilisierung sind einige Mitarbeiter sowohl als Kraftfahrer als auch als Anlagenfahrer einsetzbar.

Gesetzliche Regelungen der Tierkörperbeseitigung 2016

Grundlage des Tierkörperbeseitigungsrechts nach dem Wandel der Branche infolge der BSE-Krise war die EU-Verordnung 1774 / 2002 vom 3. Oktober 2002. Zur Umsetzung in deutsches Bundesrecht wurde das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 25. Januar 2004 beschlossen. Es wurde zur Anpassung an das neue EU-Recht zuletzt am 4. August 2016 geändert.

Seit dem 4. März 2011 ist die EU-Verordnung 1069 / 2009 und die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 142/2011 in Kraft und ersetzt die o.g. EU-Verordnung 1774 / 2002 sowie deren Durchführungsverordnungen (EU).

Auf Landesebene trat das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 1. Januar 2005 in Kraft. Seit dem 1. April 2005 sind 25 % der nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern (Kostenmasse 1) durch die Landwirte zu tragen. Die Tierseuchenkasse trägt ca. 8 %. Der Anteil der Verbandsmitglieder und des Freistaates Sachsen beträgt jeweils ein Drittel des ungedeckten Aufwands.

Weiterhin ist aufgrund der Viehverkehrsordnung die Abmeldung der vom Zweckverband entsorgten Rinder im Herkunftssicherungs- und Informationssystem (HIT) vorzunehmen. Bei Rindern über 48 Monate wird die BSE-Beprobung auch weiterhin praktisch unterstützt.

Unter der Voraussetzung der Kostendeckung wird seitens des ZV auch Material der Kategorie 3 in einer separaten Sammeltour aufgenommen und im als Zwischen-behandlungsbetrieb für Rohware der Kategorie 3 zugelassenen Bereich der Altanlage zur Abholung durch einen zugelassenen Dritten für die Verwertung bereitgestellt. Die Mengen der Kategorie 3 unterliegen keinem Einzugsbereich. Die Mengen entsprachen in etwa denen des Vorjahres.

An den Planungen für 2017 wird festgehalten.

Chancen- und Risikobericht

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfall, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt würde sowie in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tierfett, Tiermehl und Tierhäute. Auf diese Größen hat der ZV keinen Einfluss. Derzeit gibt es keine Hinweise auf grundlegende Veränderungen der Verarbeitungsmengen und der Verkaufspreise unserer Produkte.

Weitere Risiken bestehen in der Möglichkeit veränderter rechtlicher Vorgaben, etwa den Wegfall der alleinigen örtlichen Zuständigkeit und der Verarbeitung nach anderen technischen Standards. Dafür gibt es aber derzeit keinerlei Ansatzpunkte.

Daneben stellt die technische Verarbeitungssicherheit ein weiteres Risiko dar. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z. B. von zwei Dampfkesseln, und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Die Situation im Verarbeitungsbetrieb verläuft planmäßig, insbesondere gibt es keine Hinweise auf technische Einschränkungen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Zweckverband bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Finanzanlagen, Forderungen und Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt der Zweckverband über ein adäquates Debitorenmanagement.

Priestewitz OT Lenz, 28.04.2017

Sylvia Schäfer
Geschäftsführerin

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Beteiligungsübersicht

Emilienstraße 15
04107 Leipzig

Tel. 0341 / 22 586 0
Fax 0341 / 22 586 29
Email info@zvnl.de

Gründungsdatum 30.01.1998
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		10,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	30,0000 %	3,00
Landkreis Nordsachsen	30,0000 %	3,00
Stadt Leipzig	40,0000 %	4,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Keine	

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht 2016

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

Anschrift: Emilienstraße 15
04107 Leipzig
E-Mail: info@zvnl.de
Internet: www.zvnl.de

Gründung

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) wurde zum 30.01.1998 gegründet. Seine Satzung wurde am 09.12.1997 aufgestellt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 29.01.1998 bekannt gemacht.

Letzte Änderung der Verbandssatzung

Am 25.11.2013 beschloss die Verbandsversammlung die vierte Änderung zur Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig. Diese wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3 vom 16.01.2014 veröffentlicht.

Verbandsmitglieder/Stimmrecht

Die Stimmverteilung der Verbandsmitglieder war im Jahr 2016 wie folgt:

Landkreis Nordsachsen	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Landkreis Leipzig	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Stadt Leipzig	4 Stimmen	40 % Stimmanteile

Organe des Verbandes

Verbandsvorsitzender

Herr Kai Emanuel

Landrat Landkreis Nordsachsen

Verbandsversammlung

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Herr Albert Pfeilsticker	Landkreis Nordsachsen
Herr Volkmar Winkler	Landkreis Nordsachsen
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Frau Dr. Sabine Heymann	Stadt Leipzig
Herr Mathias Weber	Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Maik Kunze	Landkreis Leipzig
Herr Enrico Stange	Landkreis Leipzig

Verwaltungsrat

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig

Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch (seit 01.11.2011)

Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz vom 14. Dezember 1995 in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs im Nahverkehrsraum Leipzig. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt, soweit in der Verbandssatzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV-Gesetz.
- (2) Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
- (3) Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den Schienenpersonennahverkehr gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
 - Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNV-Gesetzes für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
 - Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
 - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen

Personennahverkehrs mit.

- Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
- (4) Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.
- (5) Zu den Aufgaben des ZVNL für den ÖSPV gehören die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG) einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszusahlen.
- (6) Der ZVNL kann weitergehende Finanzierungen innerhalb des Verbandsgebietes und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich im Rahmen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) in der jeweils gültigen Fassung übernehmen.

Organigramm



Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

Aktivseite			Passivseite		
	Stand 31.12.2016 - T € -	Stand 31.12.2015 - T € -		Stand 31.12.2016 - T € -	Stand 31.12.2015 - T € -
Anlagevermögen	1.606,08	143,99	Kapitalposition	15.367,24	15.620,60
Immaterielle	35,89	76,57	Baiskapital	3.532,93	3.532,93
Vermögens- gegenstände			Rücklagen	11.834,31	12.087,67
Sachanlagevermögen	47,87	51,10	Ergebnis	0,00	0,00
Finanzanlage- vermögen	1.522,32	16,32	Sonderposten	83,76	127,67
Umlaufvermögen	15.180,28	17.821,64	Rückstellungen	650,99	588,79
Öffentlich-rechtliche	17,28	8,89	für Entgelt- zahlungen	48,60	43,57
Forderungen			für drohende	362,44	393,44
Privatrechtliche	10.171,32	11.448,19	Verpflichtungen		
Forderungen			für vertragliche	239,95	151,78
Liquide Mittel	4.991,68	6.364,55	Verpflichtungen		
Aktiver RAP	3,92	3,20	Verbindlichkeiten	688,29	1.631,77
			Passiver RAP	0,00	0,00
Bilanzsumme	16.790,28	17.968,84	Bilanzsumme	16.790,28	17.968,84

Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

			Ergebnis 2016 - T € -	Ergebnis 2015 - T € -
1		Zuwendungen	135.404,90	130.034,33
2		öffentlich-rechtliche		
		Leistungsentgelte	0,00	0,00
3		Privatrechtliche		
		Leistungsentgelte	5.456,93	5.921,10
4		Kostenerstattungen und		
		Kostenumlagen	15,79	0,00
5		Finanzerträge	74,20	53,42
6		sonstige ordentliche Erträge	63,15	198,78
7		ordentliche Erträge	141.014,97	136.207,63
8		Personalaufwendungen	674,09	577,62
9		Aufwendungen für Sach- und		
		Dienstleistungen	8.451,23	8.622,78
10		planmäßige Abschreibungen	53,91	38,47
11		Zinsen und ähnliche		
		Aufwendungen	0,00	0,00
12		Transferaufwendungen	131.487,64	121.618,84
13		sonstige ordentliche		
		Aufwendungen	601,45	1.386,84
14		ordentliche Aufwendungen	141.268,32	132.244,55
15		ordentliches Ergebnis	-253,35	3.963,08
16		Sonderergebnis	0,00	0,00
17		Gesamtergebnis	-253,35	3.963,08
18		Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	0,00
19		Verbleibendes Gesamtergebnis	-253,35	3.963,08

Ausgewählte Kennzahlen

Personalkosten

	2014 - T€ -	2015 - T€ -	2016 - T€ -
Löhne und Gehälter	463,03	486,07	567,77
Soziale Abgaben	88,25	91,55	106,32
Zuführung zu Rückstellungen	0,00	0,00	0,00
Personalaufwand gesamt	551,28	577,62	674,09

Anzahl der Beschäftigten

	2014 - VbÄ -	2015 - VbÄ -	2016 - VbÄ -
Angestellte, gesamt	9	9	10
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	61,25	64,18	67,41
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	1,20%	4,78%	16,70 %
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	1,21%	4,78%	5,00 %

Umlagen

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2016 nicht Gebrauch gemacht.

Situationsbericht

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des ZVNL lag im vergangenen Jahr auf der Durchführung verschiedener Ausschreibungen im Nahverkehrsraum Leipzig und der Vorbereitung sowie Durchführung von Inbetriebnahmen.

Seit Dezember 2013 fahren die Züge der S-Bahn Mitteldeutschland im neuen Mitteldeutschen S-Bahn-Netz mit seinem Herzstück, dem City-Tunnel Leipzig (CTL). Es wurden umfangreiche Abstimmungen im Zusammenhang mit der Betriebsdurchführung und Nachjustierung einzelner Systeme geführt. Die umfangreichen Baumaßnahmen der DB Netz AG im Verbandsgebiet, mit Auswirkungen auch im Schienenpersonenfernverkehr, zwangen den ZVNL zu Anpassungen der Linienführungen und Zustimmung zu geänderten Fahrplanlagen.

Das MDSB II-Netz mit der Linie RB 75 (alt RB 118) Halle Hbf–Delitzsch oberer Bahnhof–Bf Eilenburg, der Linie RE 13 Leipzig Hbf–Magdeburg Hbf und der Linie S2 Gaschwitz–CTL–Leipzig Hbf (tief)–Delitzsch unterer Bahnhof–Bitterfeld–Dessau/Wittenberg wurde zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015 in Betrieb genommen. Aufgrund der umfangreichen Bauarbeiten im Bf Halle Hbf erfolgt für 2 Jahre der Betrieb der Linie RB 75 in Kooperation zwischen der DB Regio AG und der Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH. Weiterhin auftretende Qualitätsprobleme im Zusammenhang mit der Nichtverfügbarkeit eines Teils der Fahrzeugflotte stellen hohe Anforderungen an das Controlling.

Die Inbetriebnahme des Saale-Thüringen-Südharz-Netzes (STS) erfolgte ebenfalls zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015. Die entsprechenden Arbeiten zur Inbetriebnahme dieses Netzes liefen wie beim MDSB II-Netz ebenfalls unter Federführung der NASA GmbH. Im Zusammenhang mit dem Umbau des Bf Halle Hbf kam es zu sehr erheblichen Störungen im Zuglauf. In enger Zusammenarbeit mit den betroffenen EVU und SPNV-Aufgabenträgern wurden zusammen mit der DB Netz AG Lösungen zur Stabilisierung des Zuglaufes umgesetzt und vertragliche Regelungen angepasst.

Die Linie RE 6 wurde mit einem neuen Betreiber (Transdev Regio Ost GmbH) zum Fahrplanwechsel 2015 in Betrieb genommen.

Der Teil B und C des „Dieselnetzes Nordwestsachsen“ mit den Leistungen Leipzig Hbf–Bad Lausick–Geithain (RB 113) sowie Leipzig Hbf–Döbeln–Meißen (RB 110) wurden zum kleinen Fahrplanwechsel im Juni 2016 in Betrieb genommen. Insbesondere die Leistungen auf der RB 110 werden nicht immer qualitätsgerecht erbracht und zwingen den ZVNL zusammen mit dem ebenfalls beteiligten Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) zu erheblichen Anstrengungen und intensivem Controlling zur Stabilisierung des Betriebes.

Das PlusBus-Programm sowie das Modellprojekt „Muldental in Fahrt“ im MDV werden weiter durch den ZVNL finanziell und ideell unterstützt.

Der ZVNL engagierte sich auch 2016 im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen im Verbandsgebiet. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen standen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2016 wurden in der 1. Prioritätsstufe 2,5 Mio. € hierfür bereitgestellt. Weiterhin wurden 3.212.603€ für verbundbedingte Aufwendungen den Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Es konnten außerdem nach Genehmigung durch das SMWA 3,281 Mio. € aus dem Jahr 2015 in das Jahr 2016 für konkrete Maßnahmen übertragen werden.

Aufgrund anfallender Überschüsse wegen Nicht- bzw. Schlechtleistungen aus den Verkehrsverträgen konnten 12,9 Mio. € zusätzlich für Aufgaben des allg. ÖPNV bereitgestellt werden. Außerdem wurden Maßnahmen des Aktionsprogramms der 2. Prioritätsstufe in Höhe von 9.135.036 € zusätzlich finanziert.

Der Bau der Verknüpfungsstelle Bf. Eilenburg und der P+R-Anlage in Delitzsch (3. Bauabschnitt) wurden abgeschlossen. Abgeschlossen wurden weiterhin die Maßnahmen am Busbahnhof Rathausplatz Schkeuditz. Die Arbeiten an den P&R-Anlagen in Leipzig wurden fortgeführt und der 2. Bauabschnitt Leipzig Messe fertiggestellt. Die vorbereitenden Arbeiten zum Umbau der Mobilitätszentralen in Wurzen, Grimma und Torgau wurden vorangetrieben. Eine Vielzahl von investiven Maßnahmen der Leipziger Verkehrsbetriebe zur Verbesserung des ÖPNV in der Stadt Leipzig wurde durchgeführt. Das RBL-Projekt (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) der PVM und der THÜSAC wurde fortgesetzt.

Das Programm zur Erneuerung aller Haltestellenschilder im sächsischen Teil des MDV auf ein einheitliches Layout des MDV wurde unter Federführung des ZVNL in die Realisierung überführt und mit der Aufstellung der Schilder weitergeführt.

Die Untersuchungen zum Fahrgastpotenzial einer neuen Verkehrsstation (S-Bahn) Porsche–Radefeld am GVZ Leipzig wurden mit positivem Ergebnis abgeschlossen.

Im Stadtgebiet Leipzig sowie in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig konnte die Erneuerung von Haltestellen sowie die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert werden.

Das Anti-Vandalismusprogramm wurde fortgesetzt und um das Antigraffitiprojekt mit der DB AG erweitert.

Mit der Fortschreibung des ZVNL-Nahverkehrsplanes wurde begonnen.

Der ZVNL klagt z.Z. vor dem Landgericht Frankfurt Main gegen die DB Netz AG. Anlass sind die aus seiner Sicht von der DB Netz AG unberechtigt erlangten Einnahmen aus den sogenannten Regionalfaktoren bei den Infrastrukturkosten, hier die Trassenentgelte sowie bei den sogenannten Remanenzkosten für nicht genutzte Leistungen. Die Verfahren sind zwar erstinstanzlich alle zugunsten bzw. im Sinne des ZVNL entschieden worden, aber u.a. wegen einer in einem Parallelverfahren erwarteten Entscheidung des EuGHs noch nicht abgeschlossen. Ein weiteres Verfahren gegen die DB Station und Service AG wegen der Rückforderung rechtsgrundloser Leistungen bei den Stationsnutzungsentgelten ist beim Landgericht Berlin anhängig; auch dieses Verfahren wurde so lange ausgesetzt, bis der EuGH entschieden hat.

Ausblick

Das oberste Ziel des Zweckverbandes wird auch weiterhin die Schaffung eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sein. Nur so können die hohen Anforderungen der SPNV-Nutzer realisiert sowie die Qualität und Attraktivität der SPNV-Leistungen und deren Wirtschaftlichkeit im Verbandsgebiet gesteigert werden.

Gleichzeitig setzt sich der ZVNL für eine Optimierung der Qualität der Nahverkehrsleistung durch Ausschöpfung aller verkehrsvertraglichen Regelungen ein und wird auch zukünftig die Verbesserung und Harmonisierung der aktuellen Regelungen bestehender Vertragsverhältnisse verfolgen.

Nur durch das konsequente Vertragscontrolling und durch optimierte Vertragsverhältnisse kann der ZVNL unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickeln und verbessern. Bei der Inbetriebnahme und Umsetzung der Verkehrsverträge insbesondere der Netze MDSB I und II, STS und DNWS hat sich die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den benachbarten Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg sowie mit den

sächsischen Partnerverbänden bewährt. Diese soll insbesondere bei zukünftigen Vergabeverfahren weiter intensiviert werden.

Einer besonderen Betrachtung wird weiterhin die Entwicklung der Infrastruktur- und Energiekosten bedürfen, deren Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen stetig überproportional steigt. Auch ist die Entwicklung der Zuweisung der Regionalisierungsmittel sowie deren gesetzlichen Regelungen zu berücksichtigen, da hier in den nächsten Jahren deutliche Veränderungen mit mittelfristig geringeren Zuschüssen und veränderten Rahmenbedingungen zu erwarten sind.

Aufgrund bestehender Brutto-Verträge und der wachsenden Erlöse aus den Fahrgeldeinnahmen wird die Mitwirkung des ZVNL im Rahmen der EAV sowie des TB NE und der Semestertickets zunehmend bedeutungsvoll.

Beteiligungen

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH beteiligt. Der ZVNL hat im Jahr 2016 einen Anteil von 3,53 % an der MDV GmbH gehalten. Dies entspricht einem Wert von 2.600 EUR.



Beteiligungsbericht des ZVNL 2017

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Adresse	Prager Straße 8 04103 Leipzig																																														
E-Mail	post@mdv.de																																														
Homepage	www.mdv.de																																														
Gründungsjahr	1998																																														
Unternehmens- gegenstand/ Unternehmenszweck	Erfüllung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots. Herbeiführung und Sicherstellung der tariflichen Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif. Erfassen und Verteilen der im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen.																																														
Rechtsform	GmbH																																														
Stammkapital	73,5 T€																																														
Geschäftsführung	Steffen Lehmann																																														
Gesellschafter	<table><tr><td>Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Halle (Saale)</td><td>1,16%</td></tr><tr><td>Burgenlandkreis</td><td>3,54%</td></tr><tr><td>DB Regio AG, Frankfurt am Main</td><td>5,44%</td></tr><tr><td>Erfurter Bahn GmbH, Erfurt</td><td>0,41%</td></tr><tr><td>GbR der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Zörbig OT Salzfurkapelle; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Busverkehr Geißler GbR, Eilenburg</td><td>1,50%</td></tr><tr><td>Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben</td><td>2,99%</td></tr><tr><td>GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln</td><td>1,50%</td></tr><tr><td>Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)</td><td>10,95%</td></tr><tr><td>Landkreis Altenburger Land</td><td>1,02%</td></tr><tr><td>Landkreis Leipzig</td><td>3,54%</td></tr><tr><td>Landkreis Nordsachsen</td><td>3,54%</td></tr><tr><td>Landkreis Saalekreis</td><td>3,54%</td></tr><tr><td>Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig</td><td>17,55%</td></tr><tr><td>Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg</td><td>2,99%</td></tr><tr><td>Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt</td><td>1,02%</td></tr><tr><td>OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)</td><td>1,50%</td></tr><tr><td>PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg</td><td>1,50%</td></tr><tr><td>Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels</td><td>2,99%</td></tr><tr><td>Stadt Halle (Saale)</td><td>12,45%</td></tr><tr><td>Stadt Leipzig</td><td>15,92%</td></tr><tr><td>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba</td><td>1,02%</td></tr><tr><td>Transdev GmbH, Berlin (bis 15. März 2015: Veolia Verkehr GmbH, Berlin)</td><td>0,41%</td></tr><tr><td>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig</td><td>3,54%</td></tr></table>	Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Halle (Saale)	1,16%	Burgenlandkreis	3,54%	DB Regio AG, Frankfurt am Main	5,44%	Erfurter Bahn GmbH, Erfurt	0,41%	GbR der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Zörbig OT Salzfurkapelle; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Busverkehr Geißler GbR, Eilenburg	1,50%	Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben	2,99%	GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln	1,50%	Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)	10,95%	Landkreis Altenburger Land	1,02%	Landkreis Leipzig	3,54%	Landkreis Nordsachsen	3,54%	Landkreis Saalekreis	3,54%	Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	17,55%	Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg	2,99%	Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	1,02%	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)	1,50%	PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg	1,50%	Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels	2,99%	Stadt Halle (Saale)	12,45%	Stadt Leipzig	15,92%	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba	1,02%	Transdev GmbH, Berlin (bis 15. März 2015: Veolia Verkehr GmbH, Berlin)	0,41%	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig	3,54%
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Halle (Saale)	1,16%																																														
Burgenlandkreis	3,54%																																														
DB Regio AG, Frankfurt am Main	5,44%																																														
Erfurter Bahn GmbH, Erfurt	0,41%																																														
GbR der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Zörbig OT Salzfurkapelle; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Busverkehr Geißler GbR, Eilenburg	1,50%																																														
Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben	2,99%																																														
GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln	1,50%																																														
Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)	10,95%																																														
Landkreis Altenburger Land	1,02%																																														
Landkreis Leipzig	3,54%																																														
Landkreis Nordsachsen	3,54%																																														
Landkreis Saalekreis	3,54%																																														
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	17,55%																																														
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg	2,99%																																														
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	1,02%																																														
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)	1,50%																																														
PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg	1,50%																																														
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels	2,99%																																														
Stadt Halle (Saale)	12,45%																																														
Stadt Leipzig	15,92%																																														
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba	1,02%																																														
Transdev GmbH, Berlin (bis 15. März 2015: Veolia Verkehr GmbH, Berlin)	0,41%																																														
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig	3,54%																																														

Beteiligungen	Keine
Gremien	<p>Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Finanz- und Rechtsausschuss Personalausschuss Verkehrsausschuss</p>
Mitglieder Aufsichtsrat	<p>Dorothee Dubrau - Vorsitzende, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig Vinzenz Schwarz - 1. Stellvertreter, Vorstand Hallesche Verkehrs-AG Ronny Thieme - 2. Stellvertreter, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Landratsamt LK Altenburger Land Arne Behrens, Geschäftsführer Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH (bis 30.09.2016) Thomas Böhm, Leiter Wirtschaftsamt des Burgenlandkreises Stephan Bog, Geschäftsführer THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Lutz Däumler, Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH Thomas Grewing, Geschäftsführer Nahverkehrsgesellschaft Thüringen GmbH (ab 04.05.2017) Hartmut Handschak, Dezernent für Kreisentwicklung, LK Saalekreis Michael Hecht, Geschäftsführer Erfurter Bahn GmbH (31.12.2016) Joachim Hoffmann, Geschäftsführer Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH) Ronald Juhrs, Geschäftsführer für Technik und Betrieb der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH (ab 09.12.2016) Frank Klingenhöfer, Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG, Region Südost und Sprecher Verkehrsbetrieb Mitteldeutschland (bis 31.03.2017) Frank Krätzschar, Geschäftsführer Nahverkehrsgesellschaft Thüringen GmbH (ab 25.01.2017 bis 03.05.2017) Andreas Kultscher, Geschäftsführer Regionalbus Leipzig Ansbert Maciejewski, Fraktionsgeschäftsführer Stadtrat Leipzig</p> <p>Klaus Rüdiger Malter, Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH Dr. Norbert Menke, Geschäftsführer Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der LVB Ulf Middelberg, Geschäftsführer für Marketing/Vertrieb/Finanzen und Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH</p> <p>Oliver Mietzsch, Geschäftsführer für den Zweckverband Nahverkehrsraum Leipzig Carmen Maria Parrino, Geschäftsführerin für Finanzen der Abellio rail Mitteldeutschland GmbH (ab 01.01.2017) Ulrich Peinhardt, Selbständiger IT-Berater, Stadtrat Halle (Saale) Konrad Riedel, Rentner, Stadtrat Leipzig (ab 12.04.2017) Franziska Riekewald, Stadträtin Leipzig (ab 21.01.2015) Lothar Riese, Geschäftsführer PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg- Querfurt mbH</p> <p>Gundula Schäfer, Leiterin Vertrieb, Verbund und Erlöse, DB Regio AG, Region Südost (ab 11.10.2016)</p> <p>Karsten Schütze, Oberbürgermeister Stadt Markkleeberg, Kreisrat Landkreis Leipzig</p> <p>Uwe Stäglin, Beigeordneter für den Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Halle (Saale)</p> <p>Angelika Stoye, Ordnungsdezernentin, Landratsamt Nordsachsen</p> <p>Andreas Völker, Bereichsleiter Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Hallesche Verkehrs- AG (ab 30.06.2016)</p> <p>Dr. Wolfgang Weinhold, Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG, Region Südost und Sprecher Verkehrsbetrieb Mitteldeutschland (ab 25.04.2017)</p>

**Beratende
Mitglieder**

Klaus Kummer, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
Edward Jendretzki, Referatsleiter im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr
Bernd Sablotny, Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Abschlussprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51% halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49% werden von den im Verbundraum tätigen 14 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH

Im Jahr 2016 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 87.431 € sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 123.722 € (Netto 103.967,78 €) an den MDV ausgezahlt. Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 55.000,00 €.

Außerdem erfolgte u.a. eine anteilige Förderung der Projekte:

- Muldental in Fahrt

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Mit einer außerordentlich positiven Entwicklung sowohl in der Steigerung der Fahrgastzahlen als auch der Fahrgeldeinnahmen war das Jahr 2016 das erfolgreichste des Verbundes bisher. Dies betraf die beiden kreisfreien Städte, aber auch die Landkreise im MDV. Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2016 mit EUR 15,1 Mio (rd. 7,5 %) über dem Vorjahr. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten u.a. die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket. So war die Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2016 gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – um rd. 14.730 Kunden im gesamten Verbundraum gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 16,9 %. Insbesondere liegt der Zuwachs im Bereich der Premium-Kunden und Senioren weiterhin bei 34 % bzw. 23,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2016 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Im Jahr 2015 wurden verschiedene **Gutachten** zu möglichen **ergänzenden ÖPNV-Finanzierungsmodellen in Auftrag gegeben**, die im Jahr 2016 abgeschlossen werden konnten. Besonderes Augenmerk galt dabei den Potenzialen von ÖV-Beiträgen, von Bürgertickets, von Grundsteueranhebungen sowie einer ÖV-Steuer für Touristen. Die Gutachten wurden an die Gesellschafter übergeben. Diese haben in eigener Organisation ihre jeweiligen Gremien über die Inhalte informiert, wobei die Geschäftsstelle teilweise unterstützend mitwirkte.

Für die Prüfung einer auf den SPNV bezogene **Verbunderweiterung** im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg) wurde im Jahr 2016 eine Gesamtkonzeption erstellt. Diese soll im Jahr 2017 weiter vertieft werden mit dem Ziel, eine Entscheidung zur Verbunderweiterung in den MDV-Gremien herbeizuführen.

Im Rahmen der Umsetzung des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde im Jahr 2016 an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten weitergearbeitet:

1. Organisation & Planung mit dem Ziel einer besseren Verzahnung der Planungsarbeiten und Abstimmungen zwischen den Aufgabenträgern
 - Hier hat der MDV im Rahmen einer Kooperation mit allen 5 LK die Erarbeitung der NVP für die Zukunft federführend übernommen.
 - Es wurde gemeinsam eine verbundweite Empfehlung zur Herstellung der Barrierefreiheit erarbeitet.
 - Mitwirkung bei der Fortschreibung des ÖPNV-Plans im Land Sachsen-Anhalt.
2. Tarif mit dem Ziel einer marktgerechten Weiterentwicklung des bestehenden Tarifsystems
 - Gemeinsam wurden die Preise des bestehenden Tarifs fortgeschrieben.
 - Außerdem wurden verschiedene Tarifprodukte überarbeitet bzw. neuentwickelt (kurze Wege, Anreiz Stammkunden) und zur internen Diskussion gestellt.
3. Strategisches Marketing & Controlling mit dem Ziel der Potentialermittlung für bessere Zielgruppenbearbeitung
 - Hierzu wurde eine Studienarbeit in Abstimmung mit verschiedenen VU/AT in Auftrag gegeben, die als Grundlage für eine Segmentierung des Mobilitätsmarktes in verschiedene Zielgruppen dienen soll.

4. Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, schneller, transparenter und einfacher Informationen zur Mobilität und zur Nutzung des ÖPNV vermitteln
 - Eine AG, welche einen besseren Systemzugang zum ÖPNV herausarbeiten soll, wurde installiert hat mit verschiedenen Arbeiten begonnen.
 - und Die Bereitstellung der „digitalen Sollfahrplandaten“ an Dritte mit entsprechenden Schnittstellen ist konzipiert und umgesetzt.
 - Die Pressearbeit der großen Unternehmen und des MDV wurde inhaltlich und organisatorisch neu aufgestellt (Pressesprecher-AG).
5. Innovative Infrastruktur mit dem Ziel die Zukunftsfähigkeit der verbundweiten Vertriebs- und Informationssysteme herstellen
 - Eine Projektgruppe erstellt aktuell Varianten des möglichen zukünftigen Vertriebs und Tarifs für den Verbundraum, wobei diese die Möglichkeiten der Digitalisierung aufnehmen soll.
 - Nicht möglich war in einem ersten Anlauf, die Beschaffung der neuen Fahrscheinautomaten nach einheitlicheren Bedienoberflächen zu beauftragen. Hier soll ein erneuter Anlauf im Jahr 2017/18 initiiert werden.
 - Verschiedene Projekte wurden begonnen, die Lösungen für inter- und multimodale Dienste berücksichtigen.
6. Produkt mit dem Ziel, die Verkehrsangebote im Verbundraum weiter zu entwickeln
 - In verschiedenen Landkreisen (LK L, BLK, ABG) wurden neue Verkehrskonzeptionen erstellt, die eine spürbar stärkere Vernetzung zwischen den Bus- und Bahnangeboten beinhalten.
 - Pilothaft wurden auch Konzepte für die Erschließung völlig neuer Räume und Zugangspunkte in den Landkreisen erstellt.
 - Eine AG erarbeitete Vorschläge, um die über 1.000 in den Landkreisen verkehrenden Busse künftig etwa 2-4 Produktgruppen zuzuordnen und diese entsprechend am Verkehrsmarkt zu kommunizieren.
7. Einbindung der Politik mit dem Ziel, die politischen Entscheider auf Kommunal- und Landesebene für die Belange des ÖPNV zu sensibilisieren
 - Einbindung der Politik und Verwaltungsspitzen hinsichtlich der „Studien zu den ergänzenden Finanzierungswegen im ÖPNV“
 - Mitwirkung und Interessensvertretung im Rahmen der ÖPNV-Strategiekommission in Sachsen
 - Erfolgreiche Einbindung der westsächsischen Interessen bei der Erstellung des Doppelhaushalts 2017/18
8. Querschnitt mit dem Ziel der Steuerung relevanter Querschnittsthemen zur Weiterentwicklung der Verbundgesellschaft
 - Vorbereitung einer Beschlussfassung zu einer möglichen Verbunderweiterung

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich auch im Jahr 2016 auf die Umsetzung der Teilprojekte des **Telematikvorhabens**, die als ein verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden sollen. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlussicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor und soll damit zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen. Die zentrale Datendrehscheibe wurde 2016 um die Schnittstellen (Auskunft und Anschlussicherung) für Abellio Rail und die Mitteldeutsche Regiobahn (Transdev) erweitert.

Die größten Verzögerungen gab es weiterhin im Teilprojekt Beschaffung neuer Bordrechner, wo sich die Verkehrsunternehmen Anfang 2016 entschlossen haben, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Die Abnahme mit dem neuen Lieferanten ist für dieses Teilprojekt nun für 2017 geplant.

Ein großer Fortschritt wurde auch im Bereich des **regionalen eTicketing** erreicht. Das Kundenverwaltungssystem ReTSy wurde insofern in Betrieb genommen, dass in den Landkreisen Leipzig und Altenburg alle Schüler mit Chipkarten versorgt worden. Diese können bei jedem Fahrtantritt auf ihre Gültigkeit kontrolliert werden. Außerdem ist bei Verlust eine Sperrung möglich und auch Änderungen von Tarifzonen oder anderen Produktmerkmalen können ohne großen Aufwand des Kunden durchgeführt werden. Im Jahr 2017 werden auch die ABO-Kunden in den benannten Landkreisen ihre Chipkarten erhalten und nach Inbetriebnahme der Bordrechner im Landkreis Nordsachsen auch die dortigen Schüler und Abonnenten.

Seit der Einführung des **handybasierten Auskunftss- und Ticketingsystems easy. GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. 2016 wurde ein neuer Ansatz in easy. GO umgesetzt: das ABO-Flex wurde als ABO-Produkt incl. Registrierungsmöglichkeit in easy. GO integriert. Der Umsatz mit Tickets in easy. GO von 1,9 Mio. Euro lag 2016 in der Größenordnung von 2015. Im Dezember 2016 wurden erstmalig 220.000 € Umsatz erreicht. Der Einnahmeanteil aus diesem Vertriebsweg liegt damit weiterhin bei ca. 3 % der Tarifeinnahmen im Bereich der Gelegenheitsnutzer. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die 33 Millionen Auskünfte via easy. GO im Jahr 2016 (5 Mio mehr Auskünfte als in 2015) betrachtet. Die Zahl der aktiven Käufer stieg auf über 62.000 (Vorjahr 48.000).

Die im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement erfolgten Arbeiten des MDV am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** umfassten insbesondere Arbeiten an dem Baustein Barrierefreiheit, zu denen Abstimmungen zu den Lieferungen der angepassten Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen, Abstimmung von Haltestellenerhebungen, Klärung der Datenaufbereitung im INSA-System sowie der Finanzierung gehörten.

Darüber hinaus wurden aus der KOV-VM heraus das P+R Routing sowie die Darstellung von geografisch exakten Linienverläufen des ÖPNV beauftragt.

Gemeinsam mit den Partnern der **Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement Mitteldeutschland (KOV-VM)** erfolgte eine umfassende Überarbeitung der Zielsetzungen der Kooperation. Dabei wurden sowohl die laufenden Aufgaben des Geschäftsbesorgers aktualisiert als auch thematische Schwerpunkte für die kommenden Jahre gesetzt, die den aktuellen Trends auf dem Mobilitätsmarkt folgen.

Auf Grundlage der beschlossenen **Freigabe von ÖPNV-Daten** der MDV-Verkehrsunternehmen an Drittabnehmer konnten Fahrplandaten (Soll-Fahrpläne) mehreren Datenabnehmern zur Verfügung gestellt werden. Fahrplandaten im GTFS-Format werden bereits von freien Entwicklern und Hochschulen, aber auch durch Unternehmen wie Microsoft, bezogen. Die vertragliche Grundlage bilden im MDV abgestimmte Nutzungsbedingungen.

Der MDV beteiligt sich an den mehreren Projekten, die eine **verbundübergreifende und intermodale Mobilität** vereinfachen sollen. Dabei soll nicht nur die übergreifende Reiseauskunft, sondern auch ein übergreifendes Ticketing ermöglicht werden.

Der MDV untersuchte auch die Möglichkeiten von digitalgestützten **Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen** als Ergänzung zum regionalen ÖPNV. Hierzu fand ein Workshop mit den Aufgabenträgern sowie Anbietern von flexiblen Bedienformen statt. In 2017 wird an dem Thema weitergearbeitet.

Eine weitere wichtige Aufgabe war die Fertigstellung der technischen Überarbeitung der **Tarif- und Einnahmearbeitungsdatenbank**, die 2014 begonnen wurde. Die Funktionalität der neuen Datenbank wurde Ende 2016 durch einen externen Gutachter geprüft und testiert.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmearbeitung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2016 mit der Marktsondierung und mit der Beschreibung der möglichen alternativen Herangehensweisen begonnen. Diese Arbeiten werden im Jahr 2017 in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen und einem externen Gutachter fortgeführt, um eine Zeit- und Kostenplanung zu erstellen.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2016 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Das 2013 begonnene **Projekt „Muldentail in Fahrt“** – ehemals „Muldentaildreieck“ (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) wurde im Dezember 2016 in einer ersten Stufe (vier vertaktete Linien) in Betrieb genommen. Im August 2017 werden alle 28 Linien umgesetzt, sodass ca. 100.000 Einwohner von einem systematisch vertakteten Angebot im Regionalverkehr (straßengebundener ÖPNV und SPNV) profitieren. Die Feinerschließung innerhalb der oben genannten Städte soll durch eigene Stadtbussysteme erfolgen, die im Kernbereich der Städte im 30-min-Takt alle wichtigen Ziele und Aufkommensschwerpunkte (Wohnen, Arbeiten, Schule, Einkaufen, Erholung) abdecken. Eine Umsetzung ist ab Ende 2017 in Teilschritten vorgesehen. Der Freistaat Sachsen unterstützt für solche Vorhaben die Regionen mit zusätzlichen Mitteln.

Analog zu den Themenstellungen im Projekt „Muldentail in Fahrt“ wurde in Sachsen-Anhalt das Projekt **„Rippach-/Saaleetal mobil“** vom MDV in enger Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis und den Städten Hohenmölsen, Weißenfels, Lützen und Teuchern sowie der NASA GmbH mit Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Das Planungsprojekt wurde im Dezember 2015 beendet. Der Gedanke des Ortsbusses Hohenmölsen wurde in 2016 weiter verfolgt und soll 2018 durch die PVG Burgenlandkreis pilothaft umgesetzt werden.

Die Kerngedanken eines systematisch vertakteten ÖPNV-Systems wurden im Nachfolgeprojekt **„Zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“** aufgegriffen. Die Planungen werden im 2. Quartal 2017 abgeschlossen. Sie werden Bestandteil des neuen Nahverkehrsplans werden. Eine Umsetzung ist für 2019 vorgesehen. Die Vorbereitungen dazu starten ab Sommer 2017.

Im November 2015 haben die ÖPNV-Aufgabenträger der Landkreise und der MDV eine Kooperation zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** mit dem Ziel geschlossen, die Nahverkehrspläne besser aufeinander abzustimmen und Synergieeffekte zu nutzen. Beginnend ab 2016 sind die Nahverkehrspläne für den Landkreis Nordsachsen und den Saalekreis in Bearbeitung. Beide Pläne sollen bis Ende 2017 fertiggestellt werden.

Analog zum Projekt „Muldentail in Fahrt“ wurde mit Förderung des Freistaats Thüringen das Projekt **„Schmölln macht mobil“** in 2015 gestartet. Auch hier soll pilothaft eine Konzeption erarbeitet werden, wie im Gebiet des Altkreises Schmölln der ÖPNV so umstrukturiert werden kann, dass dieser neben der Schülerbeförderung auch die Anforderungen weiterer Zielgruppen erfüllen kann („ÖPNV für alle“). Bis zum 2. Quartal 2017 wird das neue Liniennetz durch den MDV in Abstimmung mit der THÜSAC und dem Landkreis entwickelt.

Für die Umsetzung des Projekts wurden dem MDV weitere Fördermittel durch den Freistaat Thüringen zugesagt. Das Vorhaben ist für 2019 zur Umsetzung vorgesehen.

In 2016 fand eine **Evaluierung der <+>PlusBus-Linien** im MDV statt.

Prinzipiell gibt es stärkere regionale Schwankungen, jedoch zeigt sich, dass insbesondere im Samstagsverkehr aufgrund seiner hohen Bedeutung im Freizeit-/Einkaufsbereich große Fahrgastpotenziale liegen.

Im Dezember 2015 startete das neue **ÖPNV-Konzept für die Stadt Markkleeberg**. Herausragendes Merkmal ist die Einrichtung der neuen Stadtbuslinie 106. Diese Linie hat sich innerhalb eines Jahres zu einer der aufkommensstärksten Linien des Verkehrsunternehmens Regionalbus Leipzig entwickelt. Im Bereich des **südlichen Leipziger Neuseenlands** wurde federführend durch den Landkreis Leipzig ebenfalls ein ÖPNV-Konzept in Auftrag gegeben, bei dem sich der MDV stark einbringt. Auch hier ist es das Ziel, neben den Schülerinnen und Schülern mehr neue Fahrgäste (Pendler, Einkäufer, Touristen etc.) durch eine neue Angebotsstruktur zu gewinnen. Die Planungen hierzu sollen bis zum Ende des 2. Quartals 2017 abgeschlossen

werden. Eine Umsetzung wird für die Jahre 2018 bzw. 2019 angestrebt. Politische Beschlüsse dazu stehen noch aus.

Für die **ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden Zuarbeiten für verschiedene Szenarien des zukünftigen ÖPNV-Angebots als Ergänzungsnetz zum SPNV geleistet und in den entsprechenden Arbeitskreisen mitgewirkt.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2016 u.a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV-Betrieb
- Bestandsaufnahme zur Fahrradmitnahme im SPNV
- Kapazitätsberechnungen für SPNV-/Bus-Schnittstellen in Eilenburg und Grimma.

Die Schwerpunkte im Bereich der **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** lagen im Jahr 2016 auf folgenden Handlungsfeldern:

Beratung

- **neues MDV-Infomobil** hat Betrieb aufgenommen (ganzjährige verbundweite Mobilitätsberatung, Pressemeldung)
- **neue kostenfreie Telefonnummer am MDV-Infotelefon** eingeführt (0341-91353591)

Publikationen und Kampagnen

- **Tarifwechsel 1.8.2016** (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- **Fahrplanwechsel** im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen)
- Erarbeitung einer achtsprachigen **Basisinformation zum Nahverkehr** in Mitteldeutschland für **Migranten** (Broschüre, Webseite, Dolmetscherzettel für Busfahrer, Schulungsangebot, Pressearbeit)
- Kommunikation zur Einführung der **UmweltCard Gold und Junior** im LK Leipzig und LK Altenburger Land (Pilotprojekte an Schulen, Pressearbeit)
- **MDV-Freizeitbroschüre „Ausgeflogen“** (inkl. Wandertouren, Pressemeldung)
- **Kampagne zur 1. Umsetzungsstufe im Modellvorhaben „Muldental in Fahrt“** (Busbeklebung, Flyer, Freifahrt, online Anzeigen, Pressefahrt mit Landrat Graichen und Bürgermeistern)
- Verschiedene Termine mit Pressemedien

Freizeit und Mobilität

- Neu zur Anwendung kommt die interaktive Freizeitkarte auf der Webseite www.mdv.de. Sie erteilt Interessierten umfangreiche Tipps zur Freizeitgestaltung (Radtouren, Ausflüge, Konzerte etc.) mit den passenden ÖPNV-Anreiseempfehlungen.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2016

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 2. Dezember 2015 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2016 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Ausblick auf 2017 und 2018

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden auch weiterhin wesentlich durch die im **Strategieprozess „MDV 2025“** definierten **Schwerpunkte** bestimmt sein. So wird im Jahr 2017 die Bearbeitung weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität und Verbesserung Systemzugang/Benutzeroberfläche fortgeführt.

Im Rahmen der **Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement** Mitteldeutschland sollen 2017 folgende Themen bearbeitet werden:

- Ausbau und Veröffentlichung (Silent Release) des Mobilitätsportals Mitteldeutschland
- Vollständige Ablösung des MOSAIQUE Vermittlungsknotens
- Barrierefreiheit im Auskunftssystem
- Länderübergreifende Vernetzung von Verkehrslagedaten
- Abstimmungen zu E-Mobilitätsvorhaben
- Carsharing & Gesetzeslage
- Open Data im MIV Bereich
- Untersuchung von Konzeptionen für die „letzte Meile“ im ÖPNV

Darüber soll ein stärkerer Austausch mit der Forschung und Wirtschaft erreicht werden.

In den Jahren 2017 und 2018 wird sich die Gesellschaft im Rahmen der **Förderinitiative des BMVI „eTicketing und Digitalisierung“**, gemeinsam mit DB Regio und Abellio unter der Federführung der NASA am Projekt MobilitätsHub beteiligen. Bei diesem Fördervorhaben handelt es sich um ein länderübergreifendes Projekt zur Entwicklung einer durchgehenden und intermodalen Auskunft, Durchtarifierung sowie Buchung und Bezahlung von ÖPNV und intermodalen Angeboten in Mitteldeutschland. Das Ziel ist, die modular angelegte Lösung in die bestehende Applandschaft zu integrieren.

Die Digitalisierung ist auch Gegenstand einer **Zusammenarbeit im Rahmen der Vernetzungsinitiative des VDV**. Die Fahrplandaten werden sukzessiv im Rahmen der **Freigabe von ÖPNV-Daten** weiteren Anbietern von Informationsplattformen wie Google oder Apple angeboten. Auch die Beschaffung einer Echtzeitdatenschnittstelle für die ÖPNV-Auskunft auf Plattformen Dritter wird vorbereitet.

Schwerpunkthemen im Fachbereich Verkehrsplanung werden in 2017 die **Umsetzung der neuen ÖPNV-Konzeptionen** „Muldenal in Fahrt“ und „Schmölln macht mobil“ sowie das Projekt „Zukunftsfähiger ÖPNV im Burgenlandkreis 2020“ sein. Zudem sind die Arbeiten an den **Nahverkehrsplänen der Landkreise** Nordsachsen und Saalekreis fortzuführen. Die Bearbeitung des Nahverkehrsplans für den Burgenlandkreis startet im April 2017. Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2021 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 wurde von der Gesellschafterversammlung am 8. Dezember 2016 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2017 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2017 sieht konstante durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse von TEUR 2.477 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 236, wovon TEUR 151 auf das Jahr 2017 entfallen.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Damit wird das Ziel verfolgt, die Mobilitätsmöglichkeiten für die Menschen in Mitteldeutschland weiter zu entwickeln und zu einem integrierten Gesamtsystem auszubauen.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert einschließlich der Erfüllung der Verbundaufgaben durch den MDV folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmearteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

(Quelle: Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und Lagebericht der Mitteldeutschen Verbundgesellschaft mit beschränkter Haftung (MDV) Halle (Saale))

Bilanzdaten (in T€)

Aktiva								
	2016 Plan		2016 Ist		2015 Ist		2014 Ist	
Anlagevermögen	951	63%	863	40%	771	40%	511	29 %
Immaterielles Vermögen	853		762		675		451	
Sachanlagen	98		101		96		60	
Umlaufvermögen	557	36%	1.295	59%	1.160	59%	1.240	70 %
Forderungen und sonst. Verm.	170		351		283		333	
Wertpapiere/Liquide Mittel	387		944		877		907	
Aktiver RAP	10	1%	12	1%	19	1%	9	1 %
Bilanzsumme	1.518	100%	2.170	100%	1.950	100%	1.760	100 %

Passiva								
	2016 Plan		2016 Ist		2015 Ist		2014 Ist	
Eigenkapital	546	36%	461	21%	461	24%	461	26 %
Gezeichnetes Kapital	73		73		73		73	
Rücklagen	462		388		388		388	
Bilanzgewinn/-verlust	11		0		0		0	
Sonderposten	640	42%	648	30%	573	29%	368	21 %
Rückstellungen	120	8%	130	6%	160	8%	120	7 %
Verbindlichkeiten	211	14%	801	37%	627	32%	681	39 %
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	211		801		627		681	
Passiver RAP	0	0%	130	6%	129	7%	130	7 %
Bilanzsumme	1.517	100%	2.170	100%	1950	100%	1.760	100%

2. G & V – Daten (in T€)

	2016 Plan	2016 Ist	2015 Ist	2014 Ist
Umsatz	950	781	594	609
Zuschüsse der Gesellschafter	2.504	2.370	2.163	2.228
Andere aktivierte Eigenleistungen	44	44	43	16
Sonstige betr. Erträge	481	523	504	520
Gesamtleistung	3.979	3.718	3.304	3.373
Materialaufwand	-1.561	-1.311	-1.211	-1.400
Personalaufwand	-1.849	-1.861	-1.658	-1.514
Abschreibungen	-190	-156	-77	-99
Sonstige betr. Aufwendungen	-402	-388	-355	-360
Betriebliches Ergebnis	-23	2	3	0
Finanzergebnis	30	-1	-2	0
Steuern	0	-1	-1	0
Jahresergebnis	7	0	0	0
Entnahme aus Kapitalrücklage	0	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	7	0	0	0

3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2016 Plan	2016 Ist	2015 Ist	2014 Ist
Vermögenssituation				
Vermögensstruktur	62,6 %	39,8 %	39,5 %	29,0 %
Investitionsdeckung	55,1 %	62,9 %	22,8 %	21,4 %
Fremdfinanzierung	42,9 %	57,8 %	55,1 %	55,9 %
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	36,0 %	21,3 %	23,6 %	26,2 %
Liquidität				
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	keine
Liquiditätsgrad I		117,9 %	139,7 %	133,1 %
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite		0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrendite		0 %	0 %	0 %
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	30	24	19	20
Personalaufwandsquote	194,7 %	238,3 %	279,4 %	248,6 %
Beschäftigte				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	33	33	32	30
Standardbeschäftigte				

Kulturraum Leipziger Raum

Beteiligungsübersicht

Stauffenbergstraße 4
04552 Borna

Tel. 03433 / 241 162
Fax 03433 / 241 805
Email Kulturraum.LeipzigerRaum@t-online.de

Gründungsdatum 01.08.1994
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		4,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Nordsachsen	50,0000 %	2,00
Landkreis Leipzig	50,0000 %	2,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform.

Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	1.930.254,00

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2013, 31.12.2014, 31.12.2015 und 31.12.2016 sowie die Beteiligungsberichte bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Regionaler Planungsverband Leipzig-Westsachsen

Beteiligungsübersicht

Bautzner Straße 67		Tel.	0341 / 33 74 16 - 0
04347 Leipzig		Fax	0341 / 33 74 16 - 33
Gründungsdatum	06.11.1992		
Rechtsform	Zweckverband		

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		15,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	33,3300 %	5,00
Landkreis Nordsachsen	26,6700 %	4,00
Stadt Leipzig	40,0000 %	6,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband Westsachsen die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen.

In den Braunkohlenplangebiet der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die 10 Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumb Beobachtung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	10.300,00

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2015 und 31.12.2016 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Kommunaler Sozialverband Sachsen

Beteiligungsübersicht

Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1266-0
Fax 0341 / 1266 700/ 1266800
Email post@ksv-sachsen.de
Internet http://www.ksv-sachsen.de

Gründungsdatum 22.01.1993
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		47,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Meißen	6,3800 %	3,00
Landkreis Vogtlandkreis	6,3800 %	3,00
Stadt Leipzig	10,6400 %	5,00
Landkreis Mittelsachsen	8,5100 %	4,00
Stadt Dresden	10,6400 %	5,00
Landkreis Bautzen	8,5100 %	4,00
Landkreis Erzgebirgskreis	8,5100 %	4,00
Landkreis Görlitz	6,3800 %	3,00
Landkreis Leipzig	6,3800 %	3,00
Landkreis Nordsachsen	6,3800 %	3,00
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	6,3800 %	3,00
Landkreis Zwickau	8,5100 %	4,00
Stadt Chemnitz	6,3800 %	3,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungsfunktion übertragen. Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;

Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI);

Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;

Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann. Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14.Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	23.833.326,36

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	



1. Vorbemerkungen Gesamthaushalt

Mit Bescheid vom 24. März 2015, Punkt III, Hinweis 2 wurde vom Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI) festgelegt, dass die Ausgleichsabgabe spätestens mit dem Haushaltsjahr 2016 zusammen mit dem Haushaltsplan des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen (KSV Sachsen) festzusetzen ist. Entsprechend des o.g. Hinweises wurde die Ausgleichsabgabe als Teilhaushalt in den Gesamthaushalt des KSV Sachsen integriert. Im Haushaltsjahr 2016 fand erstmalig die Abrechnung des Sondervermögens Ausgleichsabgabe im Rahmen des Gesamthaushaltes statt, wobei folgendes Gesamtergebnis erzielt wurde:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	598.915.482,30 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	606.788.422,11 EUR
Ordentliches Ergebnis	- 7.872.939,81 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	11,80 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	178,64 EUR
Sonderergebnis	- 166,84 EUR
Gesamtergebnis	- 7.873.106,65 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 13.595.906,83 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	416.078,48 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	416.078,48 EUR
Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.156.966,10 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	68.000,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	- 68.000,00 EUR
Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	11.156.966,10 EUR

Vermögensrechnung

Bilanzsumme des KSV Sachsen:	112.570.842,03 EUR
------------------------------	--------------------

Stand: 30.09.2017

2. Allgemeine Erläuterungen zum Kommunalhaushalt - Rechtsgrundlagen

Nach § 53 SächsKomHVO-Doppik ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu ergänzen. Insbesondere sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern. Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) werden im § 3 die durch den Verband zu erfüllenden Aufgaben definiert.

Haushaltssatzung

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2016 sind von der Verbandsversammlung in der Sitzung vom 30.11.2015 beschlossen worden.

Das SMI hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 04.02.2016 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage i. H. v. 8,34397834097157 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 8 vom 25.02.2016.

Das Haushaltsjahr 2016 des **Kommunalhaushaltes** wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	563.527.851,07 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	571.945.605,75 EUR
Ordentliches Ergebnis	- 8.417.754,68 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	11,80 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	178,64 EUR
Sonderergebnis	- 166,84 EUR
Gesamtergebnis	- 8.417.921,52 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 14.116.888,64 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	416.078,48 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	- 416.078,48 EUR
Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 14.532.967,12 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	68.000,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	- 68.000,00 EUR

Stand: 30.09.2017

Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der
Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als
Änderung des Finanzierungsmittelbestandes - 11.677.900,91 EUR

Vermögensrechnung

Bilanzsumme des KSV Sachsen: 53.261.861,94 EUR

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Kommunalhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 festgesetzt:

- > im Ergebnishaushalt
 - Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf 557.992.372 EUR
 - Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 562.992.372 EUR
 - Entnahmen aus Rücklagen auf 5.000.000 EUR
- > im Finanzhaushalt
 - Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit - 5.340.619 EUR
 - Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit - 468.000 EUR
 - Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit - 5.808.619 EUR
 - Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes - 5.808.619 EUR
 - > Höchstbetrag der Kassenkredite 112.500.000 EUR
- > Höhe der Sozialumlage v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte 8,34397834097157v. H.

Zusammengefasste Ergebnisse des Jahresabschlusses Kommunalhaushalt

Die Jahresrechnung 2016 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem veranschlagten Gesamtergebnis i. H. v. minus 8.417.921,52 EUR ab.

Die Jahresrechnung 2016 schließt in der Finanzrechnung mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln i. H. v. 12.923.401,50 EUR ab. Er verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 11.677.900,91 EUR.

Gegenüber dem Haushaltsplan ergaben sich folgende Veränderungen:

in der Ergebnisrechnung

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge ein Mehrbetrag von 5.535.479,07 EUR
beim Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen ein Mehrbetrag von 8.953.233,75 EUR

in der Finanzrechnung

beim Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit - 8.776.269,64 EUR
beim Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit + 10.251.921,52 EUR
beim Bedarf an Zahlungsmitteln - 4.330.718,09 EUR

Stand: 30.09.2017

in der Vermögensrechnung

verringerte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von
auf

65.125.641,43 EUR
53.261.861,94 EUR

3. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

3.1.1. Zuwendungen und Umlagen nach Arten und aufgelösten Sonderposten

Diese Position enthält die mit rd. 76 % gemessen an den Gesamterträgen stärkste Ertragsposition im Haushalt, die Sozialumlage. Für die Festsetzung des Umlagesatzes für die Sozialumlage 2016 wurden als Basis die Orientierungsdaten 2016 herangezogen, da zum Zeitpunkt der Festsetzung noch keine endgültigen Umlagegrundlagen vom Sächsischen Finanzministerium herausgegeben waren. Auf Grund der Abweichung der Gesamtsumme der Umlagegrundlagen von der Gesamtsumme der Orientierungsdaten und des festgesetzten Umlagesatzes weicht der Absolutbetrag der Sozialumlage 2016 um 50,3 TEUR vom Planwert nach unten ab.

Weiterhin werden unter dieser Position Erträge in geringem Umfang aus der Auflösung von Sonderposten erfasst.

3.1.2. Sonstige Transfererträge

Position 3 beinhaltet den Ersatz sozialer Leistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger und Dritte an den KSV Sachsen. Sie ist nach der Sozialumlage die zweite Haupteintragungsquelle im Kommunalhaushalt. Dem Plan von 79,1 Mio. EUR stehen im Ergebnis 83,9 Mio. EUR gegenüber (Planerfüllung von 106 %).

Die größten positiven Abweichungen gegenüber dem Plan finden sich bei folgenden Konten:

		Plan 2016	Ist 2016
Rückzahlung gewährter Hilfen a. v. E.	321510	0,4 Mio. EUR	1,6 Mio. EUR
Ersatz von Wohngeldstellen	322315	2,5 Mio. EUR	3,3 Mio. EUR

Beim Mehrertrag im Rahmen von Rückzahlungen gewährter Hilfen handelt es sich zu 88 % des Gesamtmehrertrages um Erstattungen der AOK für medizinische Behandlungspflege in Einrichtungen als Einmaleffekt, welche planmäßig nicht bezifferbar waren.

In Folge der Novellierung des Wohngeldgesetzes kam es zu deutlich steigenden Erträgen. Wie bereits im Haushaltsplan 2016 unter dem Punkt Haushaltsrisiken bemerkt wurde, konnten die Auswirkungen der Wohngeldreform zum Planungszeitpunkt noch nicht beziffert werden.

Stand: 30.09.2017

3.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Im Haushaltsjahr 2016 konnten 0,12 Mio. EUR mehr Verwaltungsgebühren als geplant und 0,1 Mio. EUR mehr als im Vorjahr eingenommen werden. Diese Mehreinnahme gegenüber dem Plan entstand hauptsächlich bei der Erhebung von Gebühren im Ergebnis der Tätigkeit der Heimaufsicht. Die steigenden Gebühreneinnahmen sind das Ergebnis einer höheren Begehungquote.

Der Planwert der Gebühren für die Anerkennung der Gesundheitsfachberufe wurde mit 116,0 % erfüllt. Hintergründe hierfür sind die Anpassung der Gebührensätze und eine Steigerung der Antragszahlen um 8,2 %.

3.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Das Ergebnis 2016 liegt mit 12,4 TEUR über dem Planansatz. Diese Mehrerträge resultieren aus der Jahresabrechnung der Heizkosten und der Betriebskostenerstattung zur Jahresabrechnung 2015.

3.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Der Ansatz dieser Position wurde mit 3,1 Mio. EUR unterschritten. Die Mindererträge resultieren im Wesentlichen aus Mindererträgen bei der Erstattung von Grundsicherungsleistungen (- 2,5 Mio. EUR) infolge der Wohngeldreform sowie aus den Erstattungen von Übrigen (- 0,7 Mio. EUR). Mehreinnahmen i. H. v. 0,3 Mio. EUR sind bei den Erstattungen von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern zu verzeichnen. Es handelt sich vorwiegend um Erstattungen vom Rentenversicherungsträger sowie von Krankenkassen. Eine exakte Planung von Erstattungsbeträgen seitens der Krankenkassen und anderen Versicherungsträgern ist schwer möglich, da es sich um Einzelfälle mit teilweise hohen Beträgen handelt. Planungsgrundlage bilden Erfahrungswerte neben den Erträgen der Vorjahre.

3.1.6. Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen u. ä. Erträge)

Aus kurzfristigen Geldanlagen für zeitweilig nicht benötigte Finanzmittel konnten 2016 keine Zinserträge von Kreditinstituten erwirtschaftet werden, was durch die anhaltende Niedrigzinssituation am Kapitalmarkt verursacht wird (siehe hierzu auch Punkt 3.2.4). Längerfristige zinsbringende Geldanlagen sind durch die Gewährleistung der kurzfristigen Abrufbereitschaft der liquiden Mittel nicht möglich.

3.1.7. Sonstige ordentliche Erträge

Mehreinnahmen i. H. v. 3,7 Mio. EUR wurden unter dieser Position bei den Erträgen aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen, bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen gegenüber Dritten sowie aus der Auflösung von Altersteilzeitrückstellungen erzielt. Weiterhin stehen 0,25 Mio. EUR Erträge aus der Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens aus der Abzinsung von Forderungen zu Buche. Insbesondere bei den Rückstellungen für anhängige Gerichts- und Verwaltungsverfahren wurde in Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt die Systematik insoweit geändert, dass analog der Verfahrensweise bei Wertberichtigungen die Rückstellungen jährlich vollständig aufgelöst und neu gebildet werden. Diese geänderte Verfahrensweise ist Hauptursache für die Mehrerträge, war jedoch zum Planungszeitpunkt noch nicht bekannt.

Stand: 30.09.2017

3.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

3.2.1. Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen wurden gegenüber der Plansumme 0,5 % bzw. 0,12 Mio. EUR aus folgenden Gründen weniger in Anspruch genommen:

- > Einstellung der Entgeltfortzahlung bei Langzeiterkrankungen, Erkrankung des Kindes auf Grund Freistellung nach dem PflegeZG
- > vorübergehend freie Stellen bzw. deren zeitlich versetzte Nachbesetzung bei Arbeitnehmerkündigungen, Auflösungsverträgen, Mutterschutz und Elternzeiten

3.2.2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Diese Position beinhaltet alle Leistungen, welche sich auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen bis zu einem Wert von 410 EUR und deren Unterhaltung beziehen. Weiterhin sind Mieten und Pachten, Fortbildungskosten, Dienstreisen und Aufwendungen für Ausbildung erfasst. Der Planwert für diesen Teil der Sachaufwendungen wurde mit 0,65 Mio. EUR unterschritten, davon mit 0,52 Mio. EUR bei den Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen. Mit Beschluss des Verbandsausschusses vom 25.10.2016 wurde eine überplanmäßige Erhöhung des Planansatzes auf dieser Kostenstelle i. H. v. 0,45 Mio. EUR getätigt. Da diese Mittel für die Renovierung des neuen Dienstgebäudes - beginnend 2017 - benötigt werden, wurden sie nach 2017 übertragen und damit 2016 nicht ausgeschöpft.

Der zweite Teil der Sachaufwendungen des KSV Sachsen ist unter Position 17 - sonstige ordentliche Aufwendungen - zu finden. Es handelt sich um alle Aufwendungen, die dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zugerechnet werden. Im Wesentlichen sind dies Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften, Steuern, Versicherung, Schadensfälle, Gerichts- und Vollstreckungskosten, Post- und Fernmeldegebühren, Büromaterial, Mitgliedsbeiträge, Datenverarbeitung, ehrenamtliche Tätigkeit und sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen. Bei diesem zweiten Teil wurde der Planansatz mit 127,6 TEUR überschritten, so dass bei einem Plan-Ist-Vergleich aller Sachaufwendungen des KSV Sachsen (ausgenommen der überplanmäßigen Aufwendungen) 75,3 TEUR im Haushaltsjahr 2016 nicht in Anspruch genommen worden.

Bei folgenden Positionen konnten wesentliche Einsparungen mit folgenden Gründen erzielt werden:

- > Grundstücksunterhaltung 70,7 TEUR

Aufgrund des Kaufvertragsabschlusses für ein neues Dienstgebäude wurde ein Teil der geplanten Aktivitäten zur Grundstücksunterhaltung des gegenwärtigen Dienstgebäudes nicht mehr realisiert.

- > Heizung/Brennstoffe 28,3 TEUR

Durch einen sachgemäßen Verbrauch sowie einer neuen Heizungsanlage im Dienstgebäude Leipzig konnte der Energieverbrauch gesenkt werden. darüber hinaus kamen die geplanten 5 % Heizkostenerhöhung auf Grund der Marktbedingungen nicht zum Tragen.

- > Reinigungsleistung 23,6 TEUR

Auf Grund eines neuen Ausschreibungsverfahrens zur Reinigung der Dienstgebäude Leipzig Thomasiusstraße und Ranstädter Steinweg konnten wesentlich günstigere Preise erzielt

Stand: 30.09.2017

werden. Geplante Kostensteigerungen durch Anhebung der Löhne der Reinigungsmitarbeiter kamen dadurch nicht zum Tragen.

Bei folgenden Positionen sind wesentliche Planüberschreitungen aus folgenden Gründen zu verzeichnen:

➤ Sonstige Geschäftsaufwendungen 34,9 TEUR

Nach Planabschluss für 2016 wurde ein neuer Mietvertrag für das Chemnitzer Dienstgebäude unterzeichnet, zu dessen Bestandteil nicht mehr die Besetzung des Empfanges im Dienstgebäude durch eine Fremdfirma gehörte. Deshalb entstanden ab 01.01.2016 dem KSV Sachsen ungeplante Aufwendungen für die externe Besetzung des Empfanges.

➤ Datenverarbeitung 76,6 TEUR

Zur Planüberschreitung kam es infolge der nicht vorhersehbaren Abrechnungsmodalitäten im Rahmen von EDV-Leistungen, welche teilweise nicht wie geplant als Investitionskosten gebucht werden konnten (siehe dazu auch Punkt 6.2.7.). Im Rahmen der Gesamtdeckung im Sachaufwendungsbudget konnten diese Mehraufwendungen aber kompensiert werden.

3.2.3. Planmäßige Abschreibungen

In dieser Position wurden 2,0 Mio. EUR mehr als geplant aufgewendet. Dabei stehen Minderaufwendungen für Abschreibungen (0,2 Mio. EUR) Mehraufwendungen für Wertberichtigungen (WB) von Forderungen gegenüber. Im Vergleich zum Ansatz stiegen die Aufwendungen für WB für Forderungen um 1,9 Mio. EUR. Ursächlich hierfür ist die Anpassung der Berichtigungsquoten (siehe Anhang), deren finanzielle Auswirkungen zum Zeitpunkt der Planerstellung noch nicht absehbar waren. Der Planwert orientierte sich an den Ergebnissen der Vorjahre. Auf die Erhöhung des Ist-Wertes muss mit einer Plananpassung im Folgejahr reagiert werden. Ebenso betrifft dies den Aufwand für die Abzinsung von Forderungen, welche 2016 erstmalig durchgeführt wurde. Hier sind auf Grund des Nullansatzes 248 T EUR Mehraufwendungen entstanden.

3.2.4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Planwert der Zinsaufwendungen für Kassenkredite wurde nur zu knapp 46 % (45,9 T EUR) in Anspruch genommen. Dabei profitierte der KSV Sachsen vom niedrigen Zinsniveau am Kreditmarkt.

3.2.5. Transferaufwendungen

Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) bilden mit 527,6 Mio. EUR Jahresergebnis die mit Abstand größte Aufwandsposition im Ergebnishaushalt. Der Planwert wurde mit 8,8 Mio. EUR (1,5%) überschritten. Zum Ist des Vorjahres ist dies ein Zuwachs von 31,8 Mio. EUR.

Dies ist dadurch erklärbar, dass im abgelaufenen Haushaltsjahr Aufwendungen (vorwiegend im Wohnheimbereich), welche dem Jahr 2015 zuzuordnen gewesen wären, diesem Jahr nicht mehr zugeordnet wurden, da das Haushaltsjahr zur Zeit der Rechnungsbuchung schon geschlossen war. So wurden ca. 8 Mio. EUR in die Periode 1/2016 gebucht, was zu den Mehraufwendungen führte (siehe u. a. auch Tabelle Produktuntergruppe 31.13). Abzüglich dieses Betrages ist im Ergebnis ein Zuwachsvolumen von ca. 20 Mio. EUR zu verzeichnen. Das entspricht den vorangegangenen Jahreszuwächsen, basierend aus Fallzahlzuwachs und Entgelterhöhungen.

Stand: 30.09.2017

In den Produktuntergruppen stellt sich das Rechnungsergebnis wie folgt dar:

Produktuntergruppe	Hilfeart	Plan Aufwendungen (Mio. EUR)	IST Aufwendungen (Mio. EUR)	Vergleich Plan – IST (Mio. EUR)
31.11	Hilfe zum Lebensunterhalt	14,5	15,3	0,8
31.12	Hilfe zur Pflege	23,3	24,2	0,9
31.13	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	432,0	444,6	12,6
31.14	Hilfen zur Gesundheit	2,1	1,3	-0,8
31.15	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	3,4	3,0	-0,4
31.16	Hilfe in anderen Lebenslagen	0,4	0,4	0
31.17	Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung	46,1	43,9	-2,2
31.18	Hilfe f. Deutsche im Ausland	0,2	0,1	-0,1
32.11-32.18	Kriegsopferfürsorge	0,4	0,3	-0,1

Die in der Tabelle ausgewiesenen Aufwendungen umfassen auch den Teil Erstattungen der Sozialhilfe, welche Inhalt der Position „sonstige ordentliche Aufwendungen“ sind. Des Weiteren sind Wertberichtigungen von Forderungen und Rückstellungen enthalten. So ist ein Gesamtüberblick der Sozialhilfeaufwendungen pro Produktuntergruppe möglich (siehe auch Erläuterungen Punkt 5.2.6.).

Planabweichungen von mehr als 1 Mio. EUR sind in den Produktuntergruppen 31.13 - Eingliederungshilfe und 31.17 - Grundsicherung zu verzeichnen. Die Mehraufwendungen in der Eingliederungshilfe sind insbesondere auf höhere Kosten im Bereich des ambulant betreuten Wohnens (2,4 Mio. EUR), durch Nachberechnungen in stationären Einrichtungen (5,7 Mio. EUR), höheren Fahrt- und SV-Beitragskosten in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM, 3,1 Mio. EUR) sowie Wertberichtigungen (1,5 Mio. EUR) zurückzuführen. Die Minderaufwendungen der Produktgruppe Grundsicherung sind auf Auswirkungen der Wohngeldreform und zunächst befristet gewährte Erwerbsminderungsrenten zurückzuführen.

3.2.6. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bestandteile der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind neben dem zweiten Teil der Sachaufwendungen (siehe dazu Punkt 3.2.2.) die Erstattungen an den Bund, das Land u. a. Gebietskörperschaften sowie Sozialleistungsträger. Insgesamt wurde der Planwert für Erstattungen mit 7,0 % vom Ansatz unterschritten. Dabei stehen Mehraufwendungen für Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften den Minderaufwendungen an Übrige, an Sozialhilfeträger, für die Förderung von Diensten und Angeboten sowie für den zu zahlenden Anteil am Landesblindengeld gegenüber. Bei Letzterem wurden 0,8 Mio. EUR weniger als geplant in Anspruch genommen.

Stand: 30.09.2017

3.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Den außerordentlichen Erträgen aus der Bagatelldbetragsbereinigung i. H. v. 3 EUR und aus dem Abgang bzw. der Veräußerung von Vermögen i. H. v. 9 EUR stehen außerordentliche Aufwendungen aus Abschreibung wegen der Aussonderung von beweglichen Vermögensgegenständen i. H. v. 179 EUR gegenüber. Das daraus resultierende Sonderergebnis i. H. v. minus 167 EUR wird gemäß § 25 Abs. 5 SächsKomHVO-Doppik mit dem Basiskapital verrechnet.

4. Erläuterungen zur Finanzrechnung

4.1. Einzahlungen

4.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit

In der Finanzrechnung sind unter der Position 2 die Einzahlungen für die Sozialumlage erfasst. An dieser Stelle wird auf Punkt 5.1.1. der Ergebnisrechnung verwiesen.

4.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen

Im Haushaltsjahr 2016 wurden gegenüber dem Plan 3,7 Mio. EUR mehr Einzahlungen für Sozialhilfeerträge getätigt. Dazu wird auf die Ausführungen im Punkt 5.1.2. verwiesen.

4.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Den Sollstellungen i. H. v. 0,44 Mio. EUR für die Gebührenerhebung für die Anerkennung von Gesundheitsfachberufen und der Heimaufsicht (siehe Gliederungspunkt 3.1.3.) stehen im Haushaltsjahr 2016 Geldeingänge i. H. v. 0,44 Mio. EUR gegenüber.

4.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 5 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 3.1.4. verwiesen.

4.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Gegenüber dem Planwert von 50,4 Mio. EUR wurden Geldeingänge i. H. v. 43,5 Mio. EUR verzeichnet. Ursache für die Mindereinzahlungen i. H. v. 3,8 Mio. EUR gegenüber der Ergebnisrechnung ist im jahresübergreifenden Auseinanderfallen der Sollstellung und der Einzahlung der letzten Rate der Grundsicherung für Leistungen 2016 zu sehen. Der Verzicht des Abrufes der letzten Rate aus 2015 bis zum Abschluss des Prüfverfahrens des Bundesrechnungshofes wirkt sich in der Finanzrechnung deshalb erst im Jahr 2016 aus.

4.1.6. Zinsen u. ä. Einzahlungen

Hier wird verwiesen auf den Gliederungspunkt 3.1.6.

4.1.7. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Neben Geldeingängen von Säumniszuschlägen i. H. v. 11,8 TEUR sind in Position 8 die sonstigen öffentlich-rechtlichen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen i. H. v. 5,4 TEUR abgebildet.

Stand: 30.09.2017

4.1.8. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit liegen mit 551,4 Mio. EUR 0,6 % bzw. 3,1 Mio. EUR unter dem Planwert. Die hauptsächliche Ursache dafür sind die gegenüber dem Plan geringeren Grundsicherungsleistungserstattungen vom Freistaat (siehe Punkt 3.1.5.) sowie die jahresübergreifend zeitliche Trennung von Sollstellung 2016 und Einzahlung 2017 der letzten Rate Grundsicherung.

4.2. Auszahlungen

4.2.1. Personalauszahlungen

Der Planansatz wurde mit 0,12 Mio. EUR geringfügig unterschritten. Für die Gründe wird auf Punkt 3.2.1. verwiesen.

4.2.2. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12) sowie sonstige haushaltswirksame Auszahlungen (Position 15)

In Bezug auf Gliederungspunkt 3.2.2. findet auch für den Finanzhaushalt eine entsprechende Gesamtbetrachtung beider Positionen statt. Da die Ergebnisse der Auszahlungen im Finanzhaushalt im Wesentlichen den Ergebnissen des Ergebnishaushaltes entsprechen, wird inhaltlich auf o. g. Gliederungspunkt verwiesen. Die Abweichungen zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind gering und resultieren vorrangig aus Periodenabweichungen zwischen Aufwand und Auszahlung am Jahresanfang bzw. Jahresende.

4.2.3. Zinsen und ähnliche Auszahlungen

Bei der Position 13 wird auf die Ausführungen im Gliederungspunkt 3.2.4. verwiesen. Die Zinsauszahlungen entsprechen zu 100 % den Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

4.2.4. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei den Sozialhilfeauszahlungen wurden 7,5 Mio. EUR mehr als geplant ausgezahlt. Im Vergleich zu den Aufwendungen lagen die Auszahlungen um 1,4 Mio. EUR niedriger. Hauptursache ist die Bildung von Rückstellungen für die 4. Quartalsabrechnung der Fahrtkosten WfbM, welche um knapp 1 Mio. EUR höher sind als im Vorjahr (siehe auch 5.2.3).

4.2.5. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei dieser Position wird auf Punkt 3.2.6. verwiesen. Die Höhe der Auszahlungen entspricht annähernd der Höhe der Aufwendungen in dieser Position.

4.2.6. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Ist-Wert für die Summe der Auszahlungen liegt um 5,7 Mio. EUR höher als geplant. Hauptursache sind Mehrauszahlungen für Sozialhilfe in Position 14 infolge höherer Transferaufwendungen (vgl. Punkt 3.2.5).

Stand: 30.09.2017

4.2.7. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelbedarf

Der Saldo aus Einzahlungen (Position 9 – Gliederungspunkt 4.1.8.) und Auszahlungen (Position 16 – Gliederungspunkt 4.2.6.) aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt als Zwischenergebnis einen Zahlungsmittelbedarf i. H. v. 14,1 Mio. EUR. Ursache dafür ist auch die geplante Entnahme von 5 Mio. EUR aus der Ergebnissrücklage.

4.2.8. Einzahlungen und Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und übrigen Sachanlagevermögen

Der Verbandsausschuss beschloss am 06.10.2016 in seiner 8. Sitzung außerplanmäßige Ausgaben i. H. v. 10,2 Mio. EUR für den Erwerb eines neuen Dienstgebäudes. Diese Mittel wurden in 2016 auf der Finanzrechnungsposition 27 – Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden – eingestellt und nicht verbrauchte Mittel i. H. v. 10,16 Mio. EUR nach 2017 für die Bezahlung des Gebäudes übertragen. 41 TEUR wurden bereits 2016 für notarielle Leistungen verbraucht, welche im Zusammenhang mit dem Gebäudekauf stehen.

Dem Planansatz für Investitionen (ohne Dienstgebäudeinvestition) i. H. v. 0,47 Mio. EUR stehen Auszahlungen i. H. v. 0,38 Mio. EUR gegenüber. Rund 70,0 TEUR wurden im Gegensatz zum Plan als Sach- und Dienstleistungen ausgezahlt. Dies hat seinen Ursprung in den Abrechnungsmodalitäten für EDV-Hard- und Software und somit einen wesentlichen Einfluss auf die zu verbuchenden Kostenstellen. So musste aus Abrechnungsgründen ein Teil der Projekte als Aufwand für Sach- und Dienstleistungen bzw. sonstigen ordentlichen Aufwand verbucht werden, was bei der Planung jedoch nicht berücksichtigt werden konnte. Dies erklärt auch die Mehraufwendungen u. a. auf der Kostenstelle Datenverarbeitung, siehe auch Punkt 3.2.2. Generell wurden alle geplanten Projekte der EDV im Jahr 2016 umgesetzt.

Im Rahmen der Gesamtdeckung kommt es 2016 zu keiner Überschreitung der Plansumme der Sachkosten.

4.2.9. Finanzierungsmittelbedarf

Der Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöht sich durch die Inanspruchnahme von Investitionsmitteln um 0,4 Mio. EUR auf 14,5 Mio. EUR.

4.2.10. Änderung des Finanzmittelbestandes

Der Finanzmittelbestand verringert sich außerdem um 0,1 Mio. EUR durch die Ausreichung von Abschlägen zur dauerhaften Liquiditätssicherung an stationäre Einrichtungen.

4.2.11. Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern (Position 44) und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern (Position 45)

Position 44 beinhaltet im Wesentlichen die Einzahlungen der vom Bund getragenen Sozialversicherungsbeiträge für in Werkstätten beschäftigte Leistungsberechtigte sowie Rückzahlungen von Abschlägen.

Stand: 30.09.2017

Position 45 beinhaltet im Wesentlichen die Auszahlungen der in Position 44 enthaltenen Einzahlungen SV-Beiträge sowie die Auszahlung von Abschlägen zur Liquiditätssicherung der Behinderten- und Pflegeeinrichtungen.

Die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der durchlaufenden Gelder bildet ein Zahlungsmittelüberschuss als Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen i. H. v. 2,9 Mio. EUR (Position 46).

4.2.12. Liquidität am Ende des Haushaltsjahres

Die Liquidität (Position 52) hat sich auf Grund des negativen Zahlungsmittelbestandes, welcher dem Zahlungsmittelbedarf im abgelaufenen Haushaltsjahr entspricht, um 11,7 Mio. EUR auf 12,9 Mio. EUR reduziert.

5. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

Mit dem Jahresabschluss 2016 wird die Vermögenssituation des KSV Sachsen zum Abschluss des Haushaltsjahres 2016 dargestellt.

Die Bilanzsumme des KSV Sachsen am 31.12.2016 beträgt 53.261.861,94 EUR und ist damit 11,9 Mio. EUR niedriger als am 31.12.2015.

Im Einzelnen stellt sich die Bilanz folgendermaßen dar:

5.1. Aktiva

5.1.1. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zur Vorjahresbilanz von 19,9 Mio. EUR auf 20,2 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung resultiert aus dem Zuwachs an immateriellen Vermögensgegenständen sowie des Finanzanlagevermögens.

Der Wert der immateriellen Vermögensgegenstände erhöhte sich um 0,15 Mio. EUR, der Wert des Sachanlagevermögens um 0,13 Mio. EUR sowie das Finanzanlagevermögen um 68,0 TEUR. Während sich beim Sachanlagevermögen der Wert des Verwaltungsgebäudes durch Abschreibungen verringerte, erhöhte sich der Wert für die sonstigen Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Erstmals im Jahr 2016 ist für den Erwerb des zukünftigen Dienstgebäudes ein Betrag von rd. 41,0 TEUR für geleistete Anzahlungen ausgewiesen.

5.1.2. Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 43,1 Mio. EUR auf 30,7 Mio. EUR verringert.

Zum einen sind die sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Zum anderen lag der Bestand an liquiden Mitteln zum Bilanzstichtag bei 53 % des Vorjahreswertes. Wesentlicher Grund dafür war der gegenüber dem Plan höhere Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von 8,8 Mio. EUR infolge der Mehrauszahlungen und Mindereinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (vgl. Punkt 4.2.).

Stand: 30.09.2017

5.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wurden die Sozialhilfeaufwendungen mit Fälligkeit 01.01.2017 sowie die Beamtenbesoldung für den Monat Januar 2017 ausgewiesen, bei denen die Auszahlung wegen der Fälligkeit bereits Ende Dezember 2016 erfolgte, die Aufwendungen aber erst im Folgejahr gebucht wurden.

5.2. Passiva

5.2.1. Kapitalpositionen

Das Basiskapital verringert sich wegen einer Korrektur der Eröffnungsbilanz hinsichtlich der Bildung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens gegenüber dem Vorjahr um 271,6 TEUR.

Außerdem wurde das Sonderergebnis i. H. v. 0,2 TEUR mit dem Basiskapital verrechnet.

5.2.2. Sonderposten

Die Sonderposten wurden im gleichen Maße reduziert wie die sonderpostenrelevanten Anlagegüter durch Abschreibungen.

Weiterhin wurde ein Sonderposten i. H. v. 90 % des Rechnungsbetrages nach Antragsbewilligung gemäß § 102 Abs. 3 SGB IX in Verbindung mit § 26 SchwbAV gebildet.

5.2.3. Rückstellungen

Unter Nr. 3 f) sind die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gebildet. Hier wurden die Rückstellungen für alle Verfahren ergebniswirksam aufgelöst. In Abhängigkeit davon, ob aus den Verfahren Zahlungsverpflichtungen für den KSV Sachsen entstanden sind oder nicht, erfolgte eine aufwands- bzw. ertragswirksame Auflösung. Für neue Gerichtsverfahren, die im Jahr 2016 begonnen haben und für Altverfahren, welche in 2016 noch anhängig waren, wurden Rückstellungen gebildet. Die Höhe der Rückstellungen ergibt sich erstmalig aus einer Erfolgsquote, errechnet aus dem Verhältnis der aufwandswirksamen Auflösung zur Gesamtauflösung der Rückstellungen anhand der letzten 3 Jahre. Dadurch verringerte sich diese Bilanzposition gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Mio. EUR.

Auf Grund der Abrechnungszyklen für die WfbM-Fahrtkosten sind Rückstellungen zu bilden und entsprechend der Abrechnung aufzulösen. Im Haushaltsjahr 2016 wurden 0,9 Mio. EUR mehr Rückstellungen gebildet als aufgelöst. Damit erhöhte sich der Wert für Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen auf Grund der Fahrtkostenerhöhung und der erreichten Abrechnungsquote um 0,9 Mio. EUR auf 4,7 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

5.2.4. Verbindlichkeiten

Der KSV Sachsen war zum Bilanzstichtag schuldenfrei. Deshalb sind unter den Punkten 4 a) bis c) keine Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Unter 4 d) wurden die Beträge aus fiskalischem Behördenhandeln veranschlagt, bei denen die Leistungserbringung im Jahr 2016 erfolgte, die Rechnungslegung aber erst im Jahr 2017.

Stand: 30.09.2017

Es werden 0,13 Mio. EUR mehr als in der Vorjahresbilanz ausgewiesen. Grund dafür war das gegenüber 2015 höhere Leistungsvolumen am Ende des Haushaltsjahres 2016.

Heimkostenabrechnungen, insbesondere Nachberechnungen und -zahlungen, welche in die Abrechnungsperioden des Jahres 2016 gehören und vor dem Schließen der Bücher des Jahres 2016 am 28.02.2017 zur Auszahlung gebracht wurden, fallen unter die Position Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (Punkt 4 e). Auf Grund der planmäßigen nachträglichen Abrechnung der Heimkosten in Behinderteneinrichtungen, wird bei dieser Position ein Betrag von 34,8 Mio. EUR ausgewiesen, 0,62 Mio. EUR mehr als 2015. Unter den sonstigen Verbindlichkeiten, (Punkt 4 f) werden die Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche nicht aus Lieferungen und Leistungen bzw. Transferleistungen resultieren. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. EUR auf 1,3 EUR verringert. Grund dafür waren Einmaleffekte des Vorjahres. Zum einen die Auszahlung von SV-Abrechnungen für WfbM Anfang 2016 für das Jahr 2015 sowie die Zunahme der nicht zugeordneten Geldeingänge zum Jahresabschluss 2015.

5.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wurden die Einzahlungen ausgewiesen, die im Jahr 2016 eingegangen sind, ertragswirksam aber erst im Monat Januar 2017 verbucht wurden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sozialleistungen, insbesondere Rente, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Wohngeld für den Leistungsmonat Januar 2017. Weiterhin ist darin die Abzinsung von Forderungen mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren und geringer bzw. keiner Verzinsung enthalten. Hier erfolgte auch die letzte noch offene Korrektur der Eröffnungsbilanz und deren Fortschreibung zum Haushaltsjahr 2016.

6. Betrachtungen gemäß § 53 Abs.2 SächsKomHVO-Doppik

Abweichend von den Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften leistet der KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu fast 100 % gesetzliche Pflichtaufgaben. Ziel der Haushaltsführung des KSV Sachsen ist es dabei, bereits die Haushaltsplanung unter Einbeziehung aller Wirkfaktoren so genau wie möglich zu gestalten, um einerseits Fehlbeträge im Jahresabschluss zu vermeiden, andererseits die von den Mitgliedskörperschaften aufzubringenden Haushaltsmittel in Form der Sozialumlage nur in der unbedingt benötigten Größenordnung zu beanspruchen.

Das erzielte Gesamtergebnis i. H. v. – 8,4 Mio. EUR entspricht bei einem Haushaltsvolumen von rd. 570 Mio. EUR einer Planabweichung von unter einem Prozent und damit nahezu den Planvorgaben von – 5,0 Mio. EUR. Ursache des Fehlbetrages i. H. v. rd. 3,4 Mio. EUR (Abweichung zum Gesamtergebnis Plan) ist als Einmaleffekt bereits unter Punkt 3.2.5. beschrieben worden. Eine präzise Haushaltsplanung sowie ein kontrollierter und gesteuerter Haushaltsvollzug sind Voraussetzung für eine geringe Gesamtplanabweichung, wie sie 2016 und auch in den zurückliegenden Jahren der Fall war. Für 2016 war eine Rücklagenentnahme von 5,0 Mio. EUR geplant. Durch den einhundertprozentigen Einsatz der noch vorhandenen Rücklagemittel konnte der im Jahr 2016 entstandene Fehlbetrag zu 52 % gedeckt werden.

Die Aufwendungen vollzogen sich nahezu planmäßig mit einer Planabweichung von 1,5 Prozent. Bei den Transferaufwendungen sind die Steigerungen fast vollständig auf Entgeltentwicklungen zurückzuführen. Fallzahlsteigerungen haben sich im letzten Jahr deutlich abgeschwächt, im stationären Wohnen waren sie erstmals sogar leicht rückläufig.

Nennenswerte außerplanmäßige Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Einfluss auf das Gesamtergebnis sind im abgelaufenen Haushaltsjahr nicht zu verzeichnen gewesen.

Stand: 30.09.2017

Mögliche Haushaltsrisiken bestehen durch noch nicht vollständig bezifferbare Auswirkungen von Aktivitäten des Bundesgesetzgebers mit dem Bundesteilhabegesetz sowie den Pflege-
stärkungsgesetzen II und III.

7. Schlüsselprodukte

7.1 Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen

Wenn wegen der Art und Schwere der Behinderung die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung und Weiterbildung bzw. berufliche Ausbildung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommen, werden die Kosten für den Arbeitsbereich in der Werkstatt für behinderte Menschen übernommen.

Die Kosten beinhalten vier Bestandteile:

1. Maßnahmekosten
2. Fahrtkosten
3. Arbeitsförderungsgeld
4. Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen

Für alle 4 Kostenbestandteile wurden für das Haushaltsjahr 2016 172,25 Mio. EUR geplant. Im Ergebnis wurden Leistungen i. H. v. 171,76 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 99,7 % für diesen Leistungsbereich.

Folgende Entwicklung dokumentiert sich im abgelaufenen Haushaltsjahr 2016 gegenüber 2015 bei dem mit Abstand größten Kostenbestandteil, den Maßnahmekosten für den Arbeitsbereich:

Fallzahlen 31.12.2015: 15.429 Leistungsberechtigte, 120,0 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlen 31.12.2016: 15.402 Leistungsberechtigte, 122,9 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlsteigerung: -0,2 % (Vorjahr 0,2 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2015: 7.778 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2016: 7.977 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 2,6 % (Vorjahr 4,5 %)

Hier zeigt sich erstmalig eine geringfügig negative Fallzahlentwicklung bei höheren Entgeltsteigerungsraten. Die Kostensteigerungen resultieren nur aus gestiegenen Kosten je Fall, Fallzahlsteigerungen haben im Vergleich zum Vorjahr nun eine leicht kompensierende Wirkung auf die Kostensteigerung.

7.2 Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, hier Hilfen zu selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten

Die Kosten, die in stationären Wohnformen die Befähigung vermitteln sollen, ein selbstständiges Leben zu führen, werden übernommen.

Im Bereich der *vollstationären Eingliederungshilfe* als Hauptbestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2016 203,0 Mio. EUR geplant und Leistungen i. H. v. 211,9 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 104,4 %. An dieser Stelle wird auf die Ausführungen im Punkt 3.2.5. verwiesen.

Stand: 30.09.2017

Im Wohnheimbereich für behinderte Menschen stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2016 im Vergleich zu 2015 dar:

Fallzahl per 31.12.2015: 8.662 Leistungsberechtigte, 191,0 Mio. EUR Aufwendungen
Fallzahl per 31.12.2016: 8.635 Leistungsberechtigte, 203,9 Mio. EUR Aufwendungen
(Aufwendungen 2016 unter Berücksichtigung der Überhänge aus 2015 = 8,0 Mio. EUR)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2015: 22.050 EUR
Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2016: 23.613 EUR

Ohne Einbeziehung des Leistungsbestandteiles Grundsicherung ist hier eine Aufwandssteigerung von 7,1 % bei leicht rückgängigen Fallzahlen um 0,3 % zu verzeichnen.

Kostensteigerungen bei dieser Leistungsart sind damit im abgelaufenen Haushaltsjahr 2016 ausschließlich auf steigende Kosten pro Fall zurückzuführen.

Im Bereich des **ambulant betreuten Wohnens** als weiteren wesentlichen Bestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2016 27,3 Mio. EUR geplant und Leistungen i. H. v. 29,5 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 108,1 %.

Hier stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2016 im Vergleich zu 2015 dar:

Fallzahl per 31.12.2015: 5.561 Leistungsberechtigte, 25,9 Mio. EUR Aufwendungen
Fallzahl per 31.12.2016: 5.850 Leistungsberechtigte, 29,5 Mio. EUR Aufwendungen
Fallzahlentwicklung: 3,7 % (Vorjahr 8,0 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2015: 4.657 EUR
Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2016: 5.043 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 8,3 % (Vorjahr 15,7 %)

Im Bereich ambulant betreutes Wohnen zeigt sich im Gegensatz zu den anderen Leistungsbereichen ein Fallzahlzuwachs mit progressiver Tendenz. Hinzu kommt wieder ein deutlicher Anstieg der Kosten pro Fall, der den ununterbrochenen Anstieg der Aufwandskosten untermauert.

8. Vorbemerkungen Ausgleichsabgabe

Die Ausgleichsabgabe wird vom Integrationsamt auf der Grundlage des § 77 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) verwaltet. Gemäß § 77 Abs. 7 SGB IX sind die Mittel getrennt vom übrigen Haushalt der Behörde zu verwalten unter Beachtung der für die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zuständigen Behörde geltenden Haushaltsvorschriften (kommunales Haushaltsrecht des Freistaates Sachsen). Mit der Funktionalreform im Freistaat Sachsen ist der KSV Sachsen seit 01.08.2008 die sachlich zuständige Behörde und hat die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zu diesem Zeitpunkt vom Freistaat Sachsen übernommen. Das Kassengeschäft wurde bis zum Ende des Haushaltsjahres 2008 von der Hauptkasse des Freistaates Sachsen fortgeführt und befindet sich seit 01.01.2009 in der Zuständigkeit des KSV Sachsen. Nach einjähriger kameraler Rechnungsführung wurde mit Beginn des Haushaltsjahres 2010 das Rechnungswesen der Ausgleichsabgabe auf die Doppik gemäß § 61 i. V. m. § 52 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die kommunale Haushaltswirtschaft nach den Regeln der Doppik (Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik - SächsKomHVO-Doppik) vom 08.02.2008 umgestellt.

Stand: 30.09.2017

Mit Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011/2012 (SächsGVBl 2010 S. 387) wurde das Gesetz über die Errichtung des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch“ mit Wirkung vom 01.01.2011 ersatzlos aufgehoben. Somit hat der Freistaat Sachsen ab diesem Zeitpunkt formal das Eigentum an der Ausgleichsabgabe auf den KSV Sachsen übertragen.

Im Ergebnis der Prüfung des Rechtscharakters der Ausgleichsabgabe durch das SMI handelt es sich bei dieser um ein Sondervermögen i. S. v. § 91 SächsGemO (Schreiben des SMI vom 13. August 2014). Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird die Ausgleichsabgabe deshalb als Teil des Kommunalhaushaltes ausgewiesen.

Das Haushaltsjahr 2016 der **Ausgleichsabgabe** nach § 77 Sozialgesetzbuch IX wurde mit folgenden Ergebnis abgeschlossen:

Vermögensrechnung

Bilanzsumme des Sondervermögens:	59.306.146,07EUR
----------------------------------	------------------

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	35.387.631,23 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	34.842.816,36 EUR
Ordentliches Ergebnis	544.814,87 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0,00 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0,00 EUR
Außerordentliches Ergebnis	0,00 EUR
Gesamtergebnis	544.814,87 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	520.981,81 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Finanzierungsmittelüberschuss oder -bedarf als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	520.981,81 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-47,00 EUR
Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	520.934,81 EUR

Stand: 30.09.2017

Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) wird im § 3 Abs. 1 Nr.11 die Zuständigkeit für die Aufgaben des Integrationsamtes nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch geregelt. Gemäß § 77 Abs. 7 SGB IX werden die bei den Integrationsämtern verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe von diesen gesondert verwaltet. Die Rechnungslegung und die formelle Einrichtung der Rechnungen und Belege regeln sich nach den Bestimmungen, die für diese Stellen allgemein maßgebend sind. Nach § 21 Abs.1 SächsKomSozVG gelten für die Wirtschaftsführung die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindevirtschaft.

Die materiellen Rechtsgrundlagen für die Ausgleichsabgabe bilden das SGB IX in Verbindung mit der Ausgleichsabgabenverordnung.

Mit Bescheid vom 24.03.2015, Punkt III, Hinweis 2 wurde vom SMI festgelegt, dass die Ausgleichsabgabe spätestens mit dem Haushaltsjahr 2016 zusammen mit dem Haushaltsplan des KSV Sachsen festzusetzen ist. Deshalb wurden die Produkte und Konten in der Ausgleichsabgabe beginnend mit dem Haushaltsjahr 2016 und unter Beachtung der Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltssystematik als Teilhaushalt 3519 in den Gesamthaushalt des KSV Sachsen integriert.

Durch die notwendige Anpassung der Produkte und Konten in der Ausgleichsabgabe gibt es zwischen den verschiedenen Positionen der Ergebnis-, Finanz- und Vermögensrechnung Verschiebungen im Vergleich zum Vorjahr. Diese Verschiebungen haben jedoch keine Auswirkung auf das Gesamtergebnis. Des Weiteren konnte durch die neue Struktur ein Ausweis des Vorjahresergebnisses 2015 in der Ergebnis- und Finanzrechnung 2016 programmbedingt nicht dargestellt werden. Deshalb liegt diesem Bericht in der Anlage 1 die Ergebnisrechnung und Finanzrechnung 2015 gesondert bei. Dies ist bei der Betrachtung von Anlage 1 zu beachten.

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Ausgleichsabgabe für das Haushaltsjahr 2016 festgesetzt:

> im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	29.163.000 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	39.573.000 EUR
Entnahmen aus Rücklagen auf	10.410.000 EUR
> im Finanzhaushalt	
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-10.178.000 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0 EUR
Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 10.178.000 EUR
Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	- 10.178.000 EUR

Stand: 30.09.2017

9. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

9.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

9.1.1. Sonstige Transfererträge

Auf dieser Position werden Rückzahlungen gewährter Hilfen geplant und abgerechnet. Darunter befinden sich Rückeinnahmen aus begleitenden Hilfen. Es handelt sich hierbei um Rückerstattungen von anderen Leistungsträgern, bei denen der KSV Sachsen in Vorleistung gegangen ist bzw. um Rückeinnahmen nach Widerruf des Bewilligungsbescheides und Rückforderung der Leistungen. Weiterhin befinden sich darunter Zuschüsse an Integrationsfachdienste (IFD) sowie „Rückeinnahmen aus institutionellen Förderungen“. Diese Rückerstattungen gewährter Zuwendungen, z. B. durch Rückforderungen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung IFD und aus der Beauftragung durch Rehabilitationsträger (im Folgenden Rehaträger genannt) können zum Planungszeitpunkt nur schwer eingeschätzt werden, da die Ereignisse, die zur Rückzahlung der Hilfe führen, erst im laufenden Haushaltsjahr bekannt werden. Der Planwert orientiert sich deshalb an den Vorjahresistwerten. Von den 0,96 Mio. EUR geplanten Rückzahlungen konnten rd. 49 % bzw. 0,47 Mio. EUR realisiert werden.

Weiterhin sind auf dieser Position Rückzahlungen aus Projekten und Programmen enthalten und es werden Rückzahlungen von darlehensweise gewährten Leistungen, Erstattungen von gewährten Hilfen aufgrund eines Rücknahme- bzw. Widerrufsbescheides, Erträge aus dem Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung der IFD und aus der Beauftragung durch Rehaträger auf dieser Position geplant und abgerechnet.

Insgesamt beträgt das Ergebnis der sonstigen Transfererträge nur rd. 1 % der Gesamterträge.

9.1.2. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die bis 2015 unter der Position Zuweisungen und Umlagen nach Arten geführten Ertragspositionen werden nach der Neustrukturierung der Kostenstellen ab 2016 nun unter o. a. Position geplant und abgerechnet.

Unter dieser Position werden Erträge im Rahmen des Finanzausgleichs gemäß § 77 Abs. 6 SGB IX sowie weitere Bundeszuweisungen für Projekte, an denen sich der Bund finanziell beteiligt, geplant und abgerechnet. Im abgelaufenen Haushaltsjahr halten diese Erträge einen Anteil von rd. 15 % an den Gesamterträgen. Im Vergleich zum Vorjahr konnten 2,3 Mio. EUR Mehrerträge verbucht werden. Diese Mehrerträge stammen aus einer Mittelzuweisung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Förderung des Programms „Inklusionsinitiative II – AlleimBetrieb“. Zum Zeitpunkt der Planerstellung war diese Mittelzuweisung noch nicht bekannt und konnte daher nicht als Planansatz berücksichtigt werden.

Weitere Mehrerträge in dieser Position i. H. v. 1,1 Mio. EUR resultieren aus dem Finanzausgleich nach § 77 Abs. 6 SGB IX. Dort lag der Plan um den Mehrertrag niedriger. Der Planwert des Finanzausgleichs kann nur sorgfältig geschätzt werden, da die tatsächliche Höhe des Ausgleichs erst am Ende des aktuellen Haushaltsjahres bekannt gegeben wird. Der jährliche Finanzausgleich wird in Abhängigkeit der Wohnbevölkerung im Geltungsbereich des SGB IX und der Zahl der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsamtes beschäftigten und bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Schwerbehinderten bzw. diesen gleichgestellten behinderten Menschen ermittelt.

Stand: 30.09.2017

Sonstige Erstattungen vom Bund wurden 2016 mit 200,0 TEUR geplant. Demgegenüber steht ein Ist-Wert von 222,3 TEUR.

9.1.3. Zinsen und sonstige Finanzerträge

Aus den Geldern der nicht verbrauchten Mittel der Ausgleichsabgabe werden Geldanlagen getätigt, welche zu den hier veranschlagten Finanzerträgen führen. Geplant waren 2016 0,4 Mio. EUR Zinserträge, bereits 0,1 Mio. EUR weniger als im Vorjahr. Erwirtschaftet wurden jedoch nur 0,7 Mio. EUR. Gründe dafür waren einerseits die anhaltend niedrigen Zinssätze für kurzfristige Geldanlagen sowie die schwer planbaren Zinserträge aus der Vermögensverwaltung der längerfristigen Geldanlage bei der Sparkasse. Kurzfristige Geldanlagen unter 3 Monaten waren auf Grund der Kapitalmarktlage im Rahmen einer sicheren Geldanlage nicht möglich. Für längerfristig nicht benötigte Finanzmittel wurde seit 2013 die Sparkasse mit einer Vermögensverwaltung mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 5 Jahren beauftragt. Der dabei angelegte Betrag beläuft sich gegenwärtig auf 30 Mio. EUR zuzüglich der jährlich in der Anlagemasse belassenen aber realisierten Zinserträge, welche Bestandteil der Position Finanzerträge der Ergebnisrechnung sind. Rund 70 % des Gesamtzinsertrages dieser Position konnten mit dieser längerfristigen Geldanlage realisiert werden.

9.1.4. Sonstige ordentliche Erträge

Hier werden die Erträge aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe einschließlich Säumniszuschläge i. H. v. ca. 23,6 Mio. EUR sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Niederschlagungen i. H. v. ca. 5,9 Mio. EUR erfasst. Letzteren Erträgen stehen Aufwendungen für Wertberichtigungen entgegen. Die Höhe der sonstigen ordentlichen Erträge liegt mit 29,5 Mio. EUR 2,2 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Plan wurden rd. 3,4 Mio. EUR Mehrerträge in dieser Position erzielt. Davon entfallen rd. 2,0 Mio. EUR Mehrerträge auf das gestiegene Aufkommen der Ausgleichsabgabe, welche mit Abstand die wichtigste Ertragsposition mit 80 % darstellt. Die Planzahl des Aufkommens der Ausgleichsabgabe kann nur unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vorjahre gewissenhaft geschätzt werden, da diese von verschiedenen externen Faktoren, bspw. der Arbeitsmarktentwicklung abhängig und somit im Planungsvorfeld nicht exakt vorhersehbar ist.

Aufgrund der vorhandenen Erfahrungen zur Größenordnung von Einzelwertberichtigungen von Forderungen wurde im Jahr 2016 ein Planansatz i. H. v. 4,5 Mio. EUR getätigt. In Summe beliefen sich die Berichtigungen von Forderungen auf 5,9 Mio. EUR.

9.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

9.2.1. Personalaufwendungen, Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Gemäß § 77 Abs. 5 S. 2 SGB IX dürfen aus dem Aufkommen der Ausgleichsabgabe persönliche und sächliche Kosten der Verwaltung und Kosten des Verfahrens nicht bestritten werden. Diese Kosten werden deshalb im Kommunalhaushalt des KSV Sachsen veranschlagt.

9.2.2. Planmäßige Abschreibungen

Unter dieser Aufwandsposition werden insbesondere Aufwendungen für Wertberichtigungen aus Forderungen ausgewiesen. Wegen der hohen Zahl von ausstehenden Zahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe von Firmen, welche sich im Insolvenzverfahren befinden, besteht auch 2016 ein hohes Wertberichtigungsvolumen mit leichter Steigerung zum Vorjahr von rd. 6,1 Mio. EUR. Durch Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen wird

Stand: 30.09.2017

der Aufwand der Einzelwertberichtigungen kompensiert. Hier ist ein geringer Aufwandsüberschuss von 0,22 Mio. EUR zu verzeichnen.

9.2.3. Transferaufwendungen

Die verbuchten Aufwendungen werden nach § 108 SGB IX i. V. m. der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung gewährt. Diese Leistungen können als Zuschuss oder als Darlehen gewährt werden. Da es sich bei den Darlehen um Sozialdarlehen handelt, erfolgt deren Buchung ergebniswirksam (vgl. FAQ 5.27 des SMI). Im Einzelnen handelt es sich um Leistungen für schwerbehinderte Menschen, Leistungen für Arbeitgeber einschl. Integrationsprojekte, Zuschüsse für Einrichtungen, Zuschüsse für Sonderprogramme und Zuschüsse an Integrationsfachdienste. Diese Aufwandsposition ist mit 69% die größte Einzelposition und bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres (70%).

Im Saldo aller Aufwendungen wurden 6,5 Mio. EUR weniger als geplant aufgewandt. Das entspricht einer Planabweichung von 21%.

Wesentliche Minderaufwendungen im Vergleich zum Planansatz sind bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

§ 15 Abs. 2 SchwbAV – Arbeitgeberzuschuss 0,84 Mio. EUR

Die Situation am Arbeitsmarkt ist derzeit vom beginnenden und stetig wachsenden Fachkräftemangel geprägt. Gut ausgebildete schwerbehinderte oder gleichgestellte Arbeitnehmer sind immer schwieriger zu finden. Dieser Sachverhalt findet bei der Förderung von neu geschaffenen Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen seinen Niederschlag. Außerdem wurde zum 01.01.2016 für diese Leistung – Neuschaffung von Arbeitsplätzen – eine neue Dienstanweisung (DA) in Kraft gesetzt, in der die Förderhöhe prozentual und in der maximal zu bewilligenden Höhe gesunken ist. Die Förderquote wurde von maximal 60 % auf maximal 50 % reduziert. Diese Reduzierung der Förderleistungen im Rahmen der DA konnte zum Zeitpunkt der Planerstellung für 2016 noch nicht berücksichtigt werden.

§ 27 Abs. 2 SchwbAV - Arbeitgeberzuschuss2,9 Mio. EUR

Für diese Leistungen zur Abgeltung außergewöhnlicher Belastungen nach § 237 SchwbAV wurde zum 01.01.2016 ebenfalls eine neue DA erlassen, in der die Förderbeträge erheblich reduziert wurden. Deshalb konnte zum Planungszeitpunkt noch keine verlässliche Prognose gestellt werden.

§ 17 Abs. 1a SchwbAV - Zuschuss an schwerbehinderte Menschen. 1,0 Mio. EUR

Im Ansatz 2016 wurde hier eine höhere Steigerung der Antragszahlen für diese Leistung angenommen. Auch die stärkere Inanspruchnahme von Gebärdensprachdolmetschern im Rahmen der Arbeitsassistenz wurde in den Plan 2016 mit eingerechnet, ist aber nicht in diesem Maß eingetreten.

Regelfinanzierung im Rahmen der Strukturverantwortung 0,49 Mio. EUR

Die Minderaufwendungen sind darauf zurückzuführen, dass die Mittel für das Projekt „support“ an anderer Stelle geplant waren und dort zu Mehraufwendungen führte (s. u.). Darüber hinaus waren Mittel für die Ablösung der Software KLIFD durch 3IN im Jahr 2016 geplant, die noch nicht in Anspruch genommen wurden.

Leistungen für Programme – Sonderprogramm „Integrationsprojekte“ 0,43 Mio. EUR

Mit diesem Sonderprogramm werden Integrationsprojekte bei der Einführung des Mindestlohngesetzes unterstützt. Die Anforderungen des Mindestlohngesetzes führen in den Unternehmen teilweise zu betriebswirtschaftlichen Umstrukturierungen.

Stand: 30.09.2017

Diese Prozesse wurden durch eine notwendige betriebswirtschaftliche Begutachtung verzögert, so dass der Mittelabfluss nicht wie geplant erfolgen konnte.

Mehraufwendungen sind u. a. bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

Integrationsprojekt Zuschuss Erweiterung 0,23 Mio. EUR

Zum Planungszeitpunkt war noch nicht absehbar, dass es eher zur Erweiterung bestehender, statt zum Aufbau neuer Integrationsprojekte kommen würde.

Projekt „support“ 0,22 Mio. EUR

Die hier verbrauchten Mittel wurden auf der Kostenstelle „Regelfinanzierung im Rahmen der Strukturverantwortung“ geplant (siehe auch Abschnitt „Minderaufwendungen“).

Weitere Mehraufwendungen, deren Beträge im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen als geringfügig eingeschätzt werden können und deren Leistungsumfänge im Planungsvorfeld nicht berechenbar waren, entstanden u. a. in folgenden Positionen:

Abführungen an den Ausgleichsfonds	0,39 Mio. EUR
Landesdolmetscherzentrale	0,23 Mio. EUR
WfbM Ergänzungsausstattung	0,12 Mio. EUR
Arbeitgeberzuschuss § 26 Abs. 1 (sonstige Maßnahmen)	53 TEUR
Leistungen für Projekte (Betriebsberater)	26 TEUR
Programme – Inklusionsinitiative „AlleImBetrieb“	31 TEUR

9.2.4. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zu dieser Aufwandsposition i. H. v. insgesamt 4,7 Mio. EUR zählen insbesondere die Abführungen an den Ausgleichsfonds i. S. v. § 77 SGB IX. Der Planansatz von 4,3 Mio. EUR wurde um 0,43 Mio. EUR überschritten.

Die tatsächliche Höhe des Abführungsbetrages an den Ausgleichsfond kann das Integrationsamt erst in der Mitte des laufenden Haushaltsjahres ermitteln. Dazu werden 20 % des Aufkommens an Ausgleichsabgabe, das zwischen dem 01.06. des vorangegangenen Jahres und dem 31.05. des laufenden Haushaltsjahres eingegangen ist, an den Ausgleichsfonds weitergeleitet. Aufgrund der 2016 eingegangenen höheren Erträge aus der Ausgleichsabgabe stieg entsprechend die Abführung an den Ausgleichsfonds an.

9.3. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen liegen nicht vor.

9.4. Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis für 2016 stellt sich als Überschuss i. H. v. 0,54 Mio. EUR dar. Als Planwert wurde ein Fehlbetrag i. H. v. 10,41 Mio. EUR angesetzt. Damit fällt der Fehlbetrag um rd. 10,95 Mio. EUR geringer aus als geplant. Maßgeblich dafür sind die unter Punkt 3.1. begründeten Mehrerträge sowie aufwandsseitig die unter Punkt 3.2. aufgeführten Minderaufwendungen jeweils in einem Umfang von ca. 5 Mio. EUR.

Stand: 30.09.2017

10. Erläuterungen zur Finanzrechnung

10.1. Einzahlungen

10.1.1. Sonstige Transfereinzahlungen

Differenzen zwischen den Ist-Werten der Finanz- und Ergebnisrechnung ergeben sich aus dem Auseinanderfallen der Sollstellungen (frühere Haushaltsjahre) und dem Geldeingang dazu. Dies betrifft insbesondere ausgereichte Darlehen und deren Rückzahlung sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen.

10.1.2. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zum Inhalt dieser Einzahlungsposition wird auf Punkt 9.1.2. verwiesen. Da entgegen den sonstigen Transfereinzahlungen hier Sollstellung und Geldeingang zeitgleich erfolgen, ist in der Finanzrechnung der gleiche Betrag wie in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

10.1.3. Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Hier wird verwiesen auf den Gliederungspunkt 9.1.4. Die Erträge aus der langfristigen Geldanlage sind ergebniswirksam, jedoch nicht zahlungswirksam, da sie in der Geldanlage verbleiben.

10.1.4. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Diese Position beinhaltet die Einzahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Einzahlungen (vgl. 9.1.5.). Die Differenz zur Ergebnisrechnung resultiert zum größten Teil aus der nicht zahlungswirksamen Auflösung von Wertberichtigungen (5,9 Mio. EUR), welche in der Ergebnisrechnung an der vergleichbaren Position ausgewiesen wird.

10.1.5. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im abgelaufenen Haushaltsjahr 2016 waren rd. 24,6 Mio. EUR Einzahlungen geplant. Im Ist sind rd. 29,2 Mio. EUR Einzahlungen gebucht. Die Planabweichung beträgt 4,6 Mio. EUR. Den Mindereinzahlungen bei den Transfereinzahlungen (Rückzahlung gewährter Hilfen) sowie Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen i. H. v. 0,8 Mio. EUR stehen Mehreinzahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs nach § 77 SchwbAV, des Aufkommens an Ausgleichsabgabe sowie der Bundeszuweisung lt. Punkt 9.1.2. in einer Gesamthöhe von rd. 5,4 Mio. EUR gegenüber.

10.2. Auszahlungen

10.2.1. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Auszahlungen liegen analog der Aufwendungen mit 24,0 Mio. EUR um 6,5 Mio. EUR unter dem Planansatz. Zu den Ursachen für die Planabweichungen wird auf die Ausführungen unter 9.2.3. verwiesen.

Stand: 30.09.2017

10.2.2. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei dieser Position wird auf die Ausführungen unter 9.2.4. verwiesen. Die Auszahlungen liegen mit 0,4 Mio. EUR über dem Planansatz.

10.2.3. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Jahr 2016 sind im Saldo aller Auszahlungen 17,5 % bzw. 6,1 Mio. EUR weniger Auszahlungen zu verzeichnen. Dem Planwert von 34,8 Mio. EUR steht ein Ist von 28,7 Mio. EUR gegenüber.

10.2.4. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss

Der geplante Zahlungsmittelbedarf i. H. v. 10,2 Mio. EUR fiel um rd. 10,7 Mio. EUR geringer aus. Ursachen dafür sind einerseits bei den Einzahlungspositionen (4,6 Mio. EUR mehr Einzahlungen gegenüber dem Plan) sowie bei den Auszahlungspositionen (6,1 Mio. EUR weniger Auszahlungen). Im Ergebnis ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss i. H. v. 0,52 Mio. EUR.

10.2.5. Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr

Unter Berücksichtigung des Zahlungsmittelbedarfs aus laufender Verwaltungstätigkeit und des Saldos aus haushaltsunwirksamen Vorgängen ergibt sich eine Erhöhung des Zahlungsmittelbestandes um 0,5 Mio. EUR auf 28,0 Mio. EUR.

10.2.6. Endbestand an liquiden Mitteln

Wie bereits unter Punkt 8. erläutert, sind die Vorjahreswerte in der Finanzrechnung ebenfalls nicht ausgewiesen. Eine Finanzrechnung 2015 liegt zum Vergleich als Anlage bei. Der Anfangsbestand an liquiden Mitteln beträgt lt. Finanzrechnung 2015 27.455.301,21 EUR. In Folge des positiven Ergebnisses des Finanzmittelbestandes i. H. v. 520.934,81 EUR im abgelaufenen Haushaltsjahr steigt der Endbestand an liquiden Mitteln auf 27.976.236,02 EUR. Dieser Wert findet sich in der als Anlage beiliegenden Finanzrechnung 2017, in der die Ergebnisse des Haushaltsjahres 2016 als Ergebnis des Vorjahres erfasst sind.

11. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

11.1. Aktiva

1.1.1. Anlagevermögen

Die Bilanz der Ausgleichsabgabe weist zum 31.12.2016 Anlagevermögen i. H. v. 30.393.570,67 EUR aus. Hierbei handelt es sich bis auf 1 EUR um Finanzanlagevermögen. Das bis zum Jahr 2014 in der Bilanz ausgewiesene, in 2010 angeschaffte Schulungsmaterial wurde 2015 vollständig abgeschrieben und wird in der Abschlussbilanz 2016 mit einem Erinnerungswert von 1,00 EUR ausgewiesen.

Stand: 30.09.2017

Die Vermögensgegenstände, die aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert werden, sind ausschließlich für besondere Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich begleitender Hilfe im Arbeitsleben nach § 102 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX bestimmt. Auch wenn der KSV Sachsen während der Bindungsfrist des Bewilligungsbescheides rechtlicher Eigentümer bleibt und eigentumsvorbehaltende Maßnahmen trifft, kann in jedem Fall unterstellt werden, dass das wirtschaftliche Eigentum ausschließlich beim Leistungsempfänger besteht. Deshalb werden diese Vermögensgegenstände nicht in der Ausgleichsabgabe aktiviert.

Das o. a. Finanzanlagevermögen i. H. v. 30,4 Mio. EUR wird extern von der Sparkasse Leipzig verwaltet. In der Anlage „Vermögensübersicht“ der Sparkasse zum Jahresbericht 2016 werden die von ihr getätigten Wertpapieranlagen als Übersicht dargestellt.

11.1.2. Umlaufvermögen

Mit der Überführung der Ausgleichsabgabe als Teilhaushalt in einen Gesamthaushalt des KSV Sachsen wurden alle Forderungen den aktuellen Bilanzkonten zugeordnet. Im Ergebnis kommt es im Vergleich zum Jahresabschluss 2015 zu Verschiebungen zwischen Bilanzkonten der Bilanzpositionen „öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen“ sowie „privatrechtliche Forderungen“. Im Saldo stimmt der Endbestand der Forderungen 2015 mit dem Anfangsbestand der Forderungen 2016 überein.

11.1.3. Öffentlich rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Unter dieser Bilanzposition wurden alle Forderungen aus der Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Forderungen gegenüber Betrieben, welche die Ausgleichsabgabe nicht oder nicht in voller Höhe gezahlt haben, außerdem Forderungen aus der Rückforderung von gewährten Leistungen aus der Ausgleichsabgabe, bei denen der Bewilligungsbescheid ganz oder teilweise widerrufen wurde. Außerdem werden die Forderungen aus Mahn- und Vollstreckungskosten hier ausgewiesen. Die Forderungen wurden nach den unter - IV Anhang - erläuterten Kriterien wertberichtigt. Im abgelaufenen Haushaltsjahr stehen gegenüber dem Vorjahr rd. 7 % mehr Forderungen zu Buche.

11.1.4. Privatrechtliche Forderungen

Die bis zum Jahr 2015 hier ausgewiesenen Forderungen, bei denen eine Bewilligung von Leistungen aus der Ausgleichsabgabe darlehensweise erfolgte, werden ab dem Berichtsjahr 2016 entsprechend der Definition der öffentlich-rechtlichen Forderungen dieser Bilanzposition zugeordnet. Die Wertberichtigung erfolgt nach einheitlichen Quoten (siehe auch IV Anhang).

11.1.5 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Ausgleichsabgabe haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 0,52 Mio. EUR erhöht. Dies entspricht dem Zahlungsmittelsaldo (Zahlungsmittelüberschuss) in der Finanzrechnung.

Stand: 30.09.2017

11.1.6. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier enthalten ist die Zahlung einer Projektleistung im Jahr 2016 mit Fälligkeit Januar 2017.

11.2. Passiva

11.2.1. Kapitalpositionen

Der Wert der Kapitalposition erhöht sich um 0,54 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Der Wert des Basiskapitals bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert. Der Betrag des positiven Ergebnisses 2016 i. H. v. 0,54 Mio. EUR wurde zum Haushaltsausgleich der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, die zum 31.12.2016 einen Stand i. H. v. 14,5 Mio. EUR ausweist.

11.2.2. Sonderposten

Sachverhalte, welche die Bildung von Sonderposten gemäß § 40 SächsKomHVO-Doppik begründen, sind nicht vorhanden.

11.2.3. Rückstellungen

Rückstellungen wurden gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 6 SächsKomHVO-Doppik für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren gebildet. Alle zum jeweiligen Bilanzstichtag anhängigen Gerichts- und Widerspruchsverfahren wurden aufgelistet und die zum Zeitpunkt der Klageerhebung erwarteten finanziellen Auswirkungen bei negativem Ausgang einzelfallbezogen ermittelt.

Rückstellungen für abgeschlossene Gerichtsverfahren wurden ergebniswirksam aufgelöst, aufwandswirksam insoweit finanzielle Aufwendungen für die Ausgleichsabgabe entstanden. Im Übrigen erfolgte die Auflösung ertragswirksam. Der Saldo aus Auflösung und Bildung von Rückstellungen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 63,8 TEUR auf 46,8 TEUR. Tatbestände für die Bildung weiterer Rückstellungen liegen nicht vor.

11.2.4. Verbindlichkeiten

Die Ausgleichsabgabe war zum Bilanzstichtag schuldenfrei.

Sonstige Verbindlichkeiten i. H. v. 0,38 Mio. EUR resultieren aus der Abführungspflicht aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe an den Ausgleichsfonds. Da der jährliche Abrechnungstichtag der 31.05. ist, wurden 20 % der Einzahlungen im Zeitraum vom 01.06. bis zum 31.12.2015 als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Weitere Verbindlichkeiten wurden für kreditorische Debitoren und ausstehende Mahngebühren bzw. Vollstreckungskosten ausgewiesen.

11.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hierbei handelt es sich um Einzahlungen, welche für Forderungen des Folgejahres bestimmt, aber bereits im abgelaufenen Haushaltsjahr eingegangen sind. Außerdem wurden Rechnungsabgrenzungsposten für zinslose Darlehen mit mindestens dreijähriger Restlaufzeit gebildet.

Stand: 30.09.2017

12. Darstellungen gemäß § 53 Abs.2 SächsKomHVO-Doppik

Die Verwendung der Mittel der Ausgleichsabgabe ergibt sich aus § 108 SGB IX in Verbindung mit der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung. Ziel ist es, die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem 1. Arbeitsmarkt zu fördern und zu erhalten. Die durch die Erhebung der Ausgleichsabgabe eingenommenen finanziellen Mittel sind ausreichend, um das o. g. Ziel vollumfänglich zu erfüllen. Auf Grund der vollständig durch Liquidität gesicherten Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses i. H. v. 14,53 Mio. EUR wäre eine lt. Planansatz 2016 vorübergehende, die Erträge übersteigende Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben unproblematisch. Wie sich jedoch am Ergebnis 2016 zeigt, waren die Erträge der Ausgleichsabgabebezahlungen 2016 für die erbrachten finanziellen Leistungen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben auskömmlich ohne die Rücklage zu beanspruchen. Der 2016 entstandene Überschuss i. H. v. 0,54 Mio. EUR wird der Rücklage zugeführt.

Tatbestände des § 53 Abs. 2 Nr. 3,5 und 6 SächsKomHVO-Doppik liegen nicht vor. Schlüsselprodukte wurden bisher nicht gebildet.

13. Aufstellung nach § 88 Abs. 3 SächsGemO

Verbandsdirektor

Werner, Andreas

Fachbediensteter für das Finanzwesen

Schlegel, Olaf

Verbandsräte der Versammlung des KSV Sachsen

- | | |
|---------------------------|---|
| - Albrecht, Karsten | AR SWL
BA Soziales Leipzig |
| - Bartholomäus, Hans-Jörg | Verbandsrat im Abfallwirtschafts-Verband Chemnitz (AWVC) |
| - Dr. Brunzlaff, Roswitha | Aufsichtsrat der Muldentalkliniken GmbH |
| - Büchner, Ralph | Aufsichtsrat Wohnungsgesellschaft Hoyerswerda |
| - Dr. Drechsel, Uwe | |
| - Drews, Vincent | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Emanuel, Kai | Beiratsvorsitzender OVH (Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“)
Verwaltungsratsmitglied SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) |

Stand: 30.09.2017

-
- Prof. Dr. Fabian, Thomas Vorsitzender des Aufsichtsrates des Klinikum St. Georg gGmbH
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Städtischen Altenheime Leipzig gGmbH
Mitglied des Vorstandes der Bürgerstiftung Leipzig

 - Frommelt, Bernd keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht

 - Gampe, Thomas MGLG mbH
TRIXI-Park GmbH
BGG mbH
GHT mbH
EGLZ mbH
EWK GmbH
GF der Beteiligungsgesellschaft des LK Görlitz mbH

 - Graichen, Henry Mitglied Zweckverband Stadt- und Kreissparkasse
Mitglied Trägerversammlung Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Mitglied Verwaltungsrat Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Vorsitzender Verwaltungsrat Sparkasse Muldentail
Vorsitzender Kulturraum Leipziger Raum
Vorsitzender Regionaler Planungsverband Westsachsen
Mitglied VR und VV ZVNL – Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
Vorsitzender Rettungszweckverband Landkreis Leipzig und Mittelsachsen
Vorsitzender Aufsichtsrat WILL LK Leipzig GmbH
Mitglied Aufsichtsrat IRL – Invest Region Leipzig GmbH
Vorsitzender Aufsichtsrat Muldentalkliniken GmbH
Vorsitzender WEV – Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungs mbH
Mitglied Landkreisversammlung Sächs. Landkreistag
Mitglied Sozialausschuss des Deutschen Landkreistages
Mitglied Verwaltungsrat ZV für Tierkörperbeseitigung Sachsen
Vorsitzender Sozial- und Bildungsausschuss im Sächs. Landkreistag
-

Stand: 30.09.2017

-
- | | |
|--------------------------------|--|
| - Harig, Michael | AR-Vorsitz Oberlausitz-Kliniken gGmbH
AR-Vorsitz Oberlausitz Pflegeheim & Kurzzeitpflege gGmbH
AR-Vorsitz Marketinggesellschaft Oberlausitz-Niederschlesien mbH
stellv. AR-Vorsitz Regionalbus Oberlausitz GmbH
AR-Vorsitz Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH
AR-Mitglied Verkehrsverbund Obereibe GmbH |
| - Hänsel, Ralf | stellv. Verbandsvorsitzender Abwasserzweckverband Elbe-Röder Floßkanal
Geschäftsführer EVGZ mbH |
| - Hille, Kati | |
| - Hillinger, Antje | |
| - Höllmüller, Jörg | |
| - Hölzel, Angelika | Aufsichtsratsmitglied Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg
Rudolf Virchow Klinikum Glauchau, Pleißenatal-Klinik GmbH |
| - Jordan, Günter | Aufsichtsrat Verkehrsgesellschaft Meißen mbH
Geschäftsführer der Armierungsbau Coswig GmbH |
| - Kador-Probst, Martina | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Dr. Kristin Klaudia Kaufmann | Aufsichtsrat STESAD, DVB AG |
| - Kragl, Herbert | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Lemm, Gerhard | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Putz, Janet | |
| - Pritscha, Katrin | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Rausch, David | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
-

Stand: 30.09.2017

-
- | | |
|---------------------------|---|
| - Reusch, Ingrid | Mitglied im Aufsichtsrat der gemeinnützigen Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirschberg
Vorstandsmitglied DRK Schwesternschaft Sachsen e. V. |
| - Rochold, Philipp | bis Sept. 2015 Aufsichtsratsvorsitzender Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH |
| - Rudier, Joachim | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Salzwedel, Marina | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 |
| - Dr. Scheurer, Christoph | Kommunale Datennetz GmbH
Verwaltungsrat der Sparkasse Chemnitz
Verwaltungsrat der Sparkasse Zwickau
Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg
Management- und Beteiligungsgesellschaft Zwickauer Land mbG
Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH
Kommunale Entsorgungsgesellschaft Chemnitzer Land mbH
Tourismus- und Sport GmbH
Kreiskrankenhaus Glauchau gGmbH
Verkehrssicherheitszentrum Verwaltungs GmbH
Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG |
| - Schmelich, Michael | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Schmidt, Heike | |
| - Schütze, Karsten | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Schulze, Christian | Verwaltungsrat Sparkasse Leipzig
AR SAH (Städtische Altenhilfe Leipzig)
Mitglied BaJSG Leipzig (Betriebsausschuss Jugend, Soziales Gesundheit)
AR St. Georg – Krankenhaus / VKKJ/SEB/St. Georg |
| - Schumann, Klaus | Aufsichtsrat Stadtwerke Oelsnitz GmbH |
| - Schwab, Nicole | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Tülpitz, Michael | LESG – Gesellschaft der Stadt Leipzig zur Erschließung, Entwicklung und Sanierung von Baugebieten mbH |
| - Utech, Cornelia | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
-

Stand: 30.09.2017

- Vogel, Frank

Erzgebirgssparkasse
Tourismus- und Marketinggesellschaft Sachsen mbH
FC Erzgebirge Aue e. V.
Gesellschaftervertreter des Erzgebirgskreises in der Gesellschafterversammlung in folgenden Unternehmen:
• Krankenhaus-Gesundheitsholding Erzgebirge GmbH
• Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH
• Naturschutzzentrum Erzgebirge gemeinnützige GmbH
• Regionalverkehr Erzgebirge GmbH
• Erzgebirgische Theater- und Orchester GmbH
• CAP Oelsnitz GmbH – Technologieorientiertes Gründerzentrum des Erzgebirgskreises
• Verkehrslandeplatz Chemnitz/Jahnsdorf GmbH
• Freizeitbad An der Silberstraße GmbH
• Sozialpädiatrisches Zentrum am HELIOS Klinikum Aue gGmbH
• EKA Erzgebirgsklinikum Annaberg gemeinnützige GmbH
• Kreiskrankenhaus Stollberg gemeinnützige GmbH
• Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau GmbH Wirtschaftsförderungsgesellschaft i. L.
• Tourismusverband Erzgebirge e. V.
• Landestourismusverband Sachsen e. V.

- Vorjohann, Hartmut

Energieverbund Dresden GmbH, Vorsitzender im Aufsichtsrat
Wasserversorgung Brockwitz-Rödern GmbH – Mitglied
ENSO Energie Sachsen Ost AG – Vorsitzender im Aufsichtsrat
STESAD GmbH – Vorsitzender im Aufsichtsrat
Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co.KG – Vorsitzender im Aufsichtsrat

Stiftungsrat Frauenkirche Dresden
Stiftungsrat Deutsches Hygienemuseum Dresden
Sozialstiftung der Stadt Dresden
Kreuzchorstiftung der Stadt Dresden

- Walter, Daniela

Mitglied im Aufsichtsrat der Dresdner Bäder GmbH

- Weber, Martina

Aufsichtsrat – Krankenhäuser – KH Weißwasser – KH KOB der Gesundheitszentren im LK GR

- Willuhn, Stefanie

keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht

- Witte, Naomi-Pia

Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB)

Stand: 30.09.2017

-
- | | |
|-----------------------|--|
| - Wünschmann, Martina | Kreisrätin LK Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Gemeinderätin Gemeinde Bannewitz |
| - Zettwitz, Wolfgang | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Zschommler, Gunther | Aufsichtsrat EKM (Entsorgung LK Mittelsachsen) |

14. Abschlussbeurkundung

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2016 wird hiermit bestätigt.

Leipzig, den 30.09.2017


Andreas Werner
Verbandsdirektor


Olaf Schlegel
Fachbereichsleiter Allg. Verwaltung

Stand: 30.09.2017

KSV
SACHSEN



Kommunaler Sozialverband Sachsen



Beteiligungsbericht 2016

Solidarisch – Sozial – Stark



Impressum

Herausgeber
Kommunaler Sozialverband Sachsen
Büro des Verbandsdirektors
Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig

Telefon: 0341 1266 306
Telefax: 0341 1266 9306
E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Allgemeine Angaben

Dienstsitz des KSV Sachsen

Adresse: Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig
Telefon: 0341 1266 0
Fax: 0341 1266 700

Adresse: Reichsstraße 3
09112 Chemnitz
Telefon: 0371 577 0
Fax: 0371 577 282

E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Gründungsjahr: 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Aufgaben:**
1. Überörtlicher Sozialhilfeträger
Leistungen an Menschen mit Behinderungen zwischen 18 und 65 Jahren
 - 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft:
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt
teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben:
Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich
 - 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
 - 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten:
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt
teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.5 Krankenhilfe ab dem 61. Tag
 - 1.6 Leistungen zum Besuch einer Hochschule und zur Beschaffung eines Kfz
 - 1.7 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII
 - 1.8 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise und Kreisfreien Städte
 2. Überörtliche Betreuungsbehörde

3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Vollzug Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz
5. Anerkennung/Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote
6. Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe/Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in nichtakademischen Gesundheitsfachberufen
7. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe
8. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
9. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem BVG, OEG, ZDG, IfSG, StrRehaG, VwRehaG, HHG, AntiDHG
- 9.1 Landesversorgungsamt:
Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung, Rentenleistungen, einkommensabhängige Leistungen, Pflegeleistungen
- 9.2 Hauptfürsorgestelle:
Leistungen der Kriegsopferfürsorge, einschl. beruflicher Rehabilitation
- 9.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX
Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht LBlindG und SGB IX
Widerspruchsbehörde für LBlindG und SGB IX
- 9.4 SächsLErzGG, BEEG, BErzG,
Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde
10. Anlauf- und Beratungsstelle des Freistaates Sachsen zum Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 – 1990“
11. Aufgaben der Heimaufsicht

Zusammensetzung der Siebenten Verbandsversammlung (01.01.2016 – 31.12.2016)

Vorsitzender der

Verbandsversammlung: Michael Harig, Landrat des Landkreises Bautzen
ab dem 6. Juni 2016 Henry Graichen, Landrat Leipziger Land

Mitglieder des KSV Sachsen: (48)	Landkreis	Vertreter in der Siebenten Verbandsversammlung
	Nordsachsen	2
	Leipzig	3
	Mittelsachsen	4
	Zwickau	4
	Erzgebirgskreis	4
	Vogtlandkreis	3
	Meißen	3
	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
	Bautzen	4
	Görlitz	3
	<u>Kreisfreie Stadt</u>	
	Chemnitz	3
	Dresden	6
	Leipzig	6

Verbandsdirektor: Andreas Werner

Beteiligungen: Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist an der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) unmittelbar beteiligt.

Organe: Verbandsversammlung
Verbandsausschuss
Verbandsdirektor

**Kurzvorstellung
des Verbandes:** Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.
Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderungen. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 die bereits genannten weiteren Aufgaben übertragen.

Anzahl der Mitarbeiter ca. 500

Kommunalhaushalt

(vorläufiges Rechnungsergebnis 2016 Stand: 01.03.2017 in EUR)

1. Ergebnisrechnung

ordentliche Erträge:	559.530.629,44
ordentliche Aufwendungen:	562.199.129,65
Ordentliches Ergebnis:	- 2.668.500,21
Sonderergebnis:	- 166,84
Gesamtergebnis:	- 2.668.667,05

2. Finanzrechnung

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	489.844.897,14
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	504.051.966,62
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	417.026,97
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	68.000,00
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	3.209.843,96
Zahlungsmittelfehlbetrag:	- 11.677.900,91

3. Vermögensrechnung (Bilanz)

Aktiva:

Anlagevermögen:	20.208.889,22
Umlaufvermögen:	34.396.598,32
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.412.027,39

Passiva:

Kapitalposition:	12.752.188,16
Sonderposten:	5.617,35
Rückstellungen:	4.169.078,35
Verbindlichkeiten:	36.419.283,99
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	3.671.347,08

<u>Bilanzsumme:</u>	57.017.514,93
----------------------------	----------------------

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Beteiligungsübersicht

Humboldtstraße 25
04105 Leipzig

Tel. 0341 9860
Fax 0341 9861109
Email info@sparkasse-leipzig.de
Internet

Gründungsdatum 01.01.1990
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		25,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	40,0000 %	10,00
Stadt Leipzig	60,0000 %	15,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet. Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und/oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen. Die Zweckverbandsmitglieder dürfen keine weitere Sparkasse oder ähnliche Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen. Bestehende Trägerschaften gemäß § 1 Abs. 1 ÖRKSF-G bleiben unberührt.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
--	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
--	------

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht 2016

Adresse

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Humboldtstr. 25
04105 Leipzig

E-Mail

info@sparkasse-leipzig.de

Gründungsjahr

1990 (Sicherheitsneugründung 2003)

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Mitglieder/Stimmenanteile

Stadt Leipzig
Landkreis Leipzig

15 von 25
10 von 25

Organe

Verbandsversammlung
Verbandsvorsitzender

Verbandsvorsitzender

Burkhard Jung

Beteiligungen

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (kommunale Trägerschaft gemeinsam mit dem Landkreis Nordsachsen) anteilig (gerundet) 85,85 %

Vertreter in der Verbandsversammlung

- Burkhard Jung (Verbandsvorsitzender)
- Henry Graichen (Stellvertretender Verbandsvorsitzender)
- Adam Bednarsky
- Petra Cagalj Sejdi
- Andreas Faulhaber (seit 23.03.2016)
- Andreas Habicht
- Hartmut Harbich
- Holger Hentschel
- Margitta Hollick
- Dietmar Kern (bis 23.03.2016)
- Annette Körner
- Maik Kunze
- Eberhard Kupfer
- Dr. Gabriela Lantzsch
- Jens Lehmann
- Simone Luedtke
- Birgitt Mai
- Claus-Uwe Rothkegel
- Frank Rudolph
- Siegfried Runkwitz
- Christian Schulze
- Gabriele Sporbart
- Sebastian Walther
- Steffen Wehmann
- Uwe Wellmann
- Christopher Zenker

Aufgaben

Gemäß § 2 der Verbandssatzung hat der Zweckverband folgende Aufgabe:

"(1) Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet.

(2) Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben gemäß § 1 Abs. 1 und Abs. 3 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanz-gruppe (im Nachfolgenden "ÖRKSF-G") der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und/oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen.

(3) Die Zweckverbandsmitglieder dürfen keine weitere Sparkasse oder ähnliche Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen. Bestehende Trägerschaften gemäß § 1 Abs. 1 ÖRKSF-G bleiben unberührt."

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Beteiligungsübersicht

Eilenburger Straße 1 a
04317 Leipzig

Tel. 0341 52010120
Fax 0341 52010122
Email post@kisa.it
Internet http://www.kisa.it

Gründungsdatum 01.01.2004
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		2.197,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
verschiedene	98,6300 %	2.167,00
Landkreis Leipzig	1,3700 %	30,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikerunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikerunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	51.820,33

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

**Lagebericht
der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen
für das Geschäftsjahr 2016**

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschl. des Geschäftsergebnisses

Allgemeines

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der kommunale IT-Dienstleister in Sachsen und stellt seinen Mitgliedern und Kunden Softwareanwendungen, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche sie ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Darüber hinaus unterstützt KISA sowohl im kommunalen als auch im privaten Bereich die Auftragsverarbeitung und sind für integrierte IT-Lösungen im öffentlichen Sektor zuständig.

Die KISA ist ein Zweckverband mit 273 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Zum 31.12.2016 waren bei KISA 91 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, im Jahresdurchschnitt 90. Neben den 273 Verbandsmitgliedern betreut KISA ca. 600 weitere Kunden, insbesondere Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Sachsen.

Zur Vereinfachung und Erledigung von Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand bietet KISA Softwareanwendungen, IT-Dienstleistungen und IT-Komplettlösungen. Zentrale Datenhaltung und -sicherung sowie IT-Outsourcing ergänzen den Leistungsumfang. Ein weiteres großes Aufgabengebiet besteht in der umfassenden IT-technischen und fachlichen Betreuung der Kunden. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung beim Anwenden der Softwareanwendungen sowie ein Hotline-Service. KISA führt dabei insbesondere die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Software durch. Die Softwareanwendungen werden installiert und administriert. Die Entwicklung von Softwareanwendungen erfolgte vor allem im Bereich des Finanzwesens gemeinsam mit der SASKIA GmbH und für Schnittstellen zum Dokumentmanagementsystem durch die Mitarbeiter der KISA.

Die Kunden der KISA nutzen zu einem großen Anteil die Vorteile eines Rechenzentrums, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet; dazu bedienen wir uns der Lecos GmbH sowie der GISA GmbH.

Darüber hinaus bietet KISA umfangreiche Beratungsleistungen zu Hard- und Software sowie Informationssicherheit und Datensicherheit an. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA seine Kunden und Mitglieder in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die o.g. Dienstleistungen erbrachte KISA im Berichtsjahr im Wesentlichen in folgenden Geschäftsstellen:

<u>Ort</u>	<u>Mitarbeiter</u>
Leipzig, Eilenburger Straße 1 A	29
Dresden, Semperstraße 2	31
Limbach-Oberfrohna, Markt 11-13	31

Zusätzliche Anmietungen von Räumen waren nur im Rahmen von Lagermöglichkeiten für Outsourcing erforderlich.

Grundlagen der Wirtschaftsführung

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 16.12.2013 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten.

Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2016 wurden am 30.09.2015 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 30.11.2015 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2016 wurde am 24.12.2015 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 52/2015 veröffentlicht.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Der gesellschaftliche, technologische und demografische Wandel, die schwierige Haushaltslage und die Internationalisierung bzw. Europäisierung stellen die Verwaltungen vor großen Herausforderungen. Staatliche Aufgaben sollen effizient, bürgerfreundlich und in hoher Qualität erfüllt werden. Die Abläufe (Prozesse) müssen optimiert werden, die elektronische Verwaltungsarbeit (E-Akte, Langzeitspeicherung) muss eingeführt werden.

Mit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (SächsEGovG) vom 09.07.2014 wird die elektronisch öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Sachsen sowie der seiner Aufsicht unterliegenden Körperschaften geregelt. Diesen Anforderungen haben sich IT Unternehmen wie die KISA zu stellen, auf dem IT Gipfel des Bundes 2016 wurden dazu weitere Eckpunkte und Aufgaben für die Zukunft festgelegt. Im Vordergrund steht hierbei vor allem das nationale Bürgerkonto und somit der barrierefreie elektronische Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zum ihrem jeweiligen Rathaus, Amt etc. Aufgrund der gesetzlichen Regelung werden seitens KISA Beratungspakete bzw. Produkte mit folgenden Inhalten bereitgestellt:

- Internetauftritt, Barrierefreiheit und Formulare
- IT-Sicherheit
- Technische Infrastruktur
- Elektronischer Zahlungsverkehr
- Dokumentenmanagementsystem (DMS) sowie zukünftig ein Zentrales DMS (in Vorbereitung!)

Neben den umfangreichen Beratungen empfiehlt KISA die Umsetzung der Module mit Hilfe der vom Zweckverband angebotenen Anwendungen: Virtuelles Rathaus, Sitzungsdienst, Ratsinformationssystem, Dokumentenmanagementsystems VISkompakt und den Diensten Formularservices, E-Poststelle, Datenverschlüsselung und Datenübermittlung.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2016 war geprägt von der Stabilisierung der im Vorjahr vorgenommenen strukturellen Änderungen, der konsequenten Umsetzung des Haushaltstrukturkonzeptes, sowie in der Optimierung der internen Prozesse und der Servicekultur gegenüber den Kunden.

Die Fortschreibung des Haushaltstrukturkonzeptes und die Aufstellung des Personal-konzeptes erfolgten zum 30.06.2016.

Die im Jahr 2015 begonnen Aufgaben der IT-Strategie wurden fortgesetzt, erweitert und präzisiert.

Die internen Prozesse für die Angebotserstellung, den Rechnungsworkflow, der Beschaffung, sowie für das Changemanagement und Incidentmanagement wurden im ersten Halbjahr 2016 evaluiert und in Kraft gesetzt. Weiterhin wurde ein über die Geschäftsstellen einheitliches Notfallmanagement etabliert.

Strategische Partnerschaften mit Dienstleistern im öffentlichen Bereich wurden u. a. mit der Picture GmbH und mit der B & P Gesellschaft für kommunale Beratung mbH begonnen.

Für alle Mitarbeiter erfolgte im Jahr 2016 erstmals eine Rollenbeschreibung und Rollenbewertung. Damit wurde die Grundlage zur Umsetzung der neuen Entgeltordnung ab dem 01.01.2017 geschaffen, sowie eine Basis für die zukünftige transparente Eingruppierung der Mitarbeiter von KISA geschaffen.

Bis zum 30. Juni 2016 wurde die Aktualisierung des Verfahrensverzeichnis gem. den Vorgaben des sächsischen Datenschutzes abgeschlossen.

Mit Beginn des Jahres 2016 wurde der Service Desk mit dem integrierten Ticketsystem weiter fortgeführt. Für dessen Optimierung werden regelmäßigen Beratungen zwischen dem Service-Manager und den Fachbereichen durchgeführt. Seit August 2016 wird ein interner Betriebsleistungsbericht monatlich erstellt, welcher zur Auswertung und Erkennung von Problemen dient und gleichzeitig die Grundlage für weitere evtl. Veränderung in der Kundenbetreuung darstellt. In diesem Zusammenhang erfolgte die Entwicklung eines Kennzahlen-tableaus. Weiterhin wurde im Bereich Kundenmanagement in Zusammenarbeit mit dem Systembetrieb ein Konzept zum Aufbau eines Warenkorbes zur Beschaffung von Technik erarbeitet. Die vollständige Umsetzung ist für das I. Quartal 2017 geplant.

Für KISA wurde in 2016 der Aufbau eines einheitlichen Lizenzmanagements begonnen. Zunächst wurde erstmalig ein Hard- und Software-Inventarisierungstool implementiert, wodurch KISA für den Zweckverband selbst aber auch für die bei Kunden installierten und von KISA betreuten Arbeitsplätzen bzw. Servern einen Überblick über die eingesetzte Software sowie die dann notwendige Lizenzierung erhalten hat.

In der „Organisationsberatung“ (Projekt- und Prozessmanagement) gab es auch im Jahr 2016 massive Verschiebungen und Absagen von Aufträgen durch die Anwender, welche nicht durch Neuaufträge kompensiert werden konnten.

Die Arbeit im Fachbereich Finanzwesen wurde im Verlauf des Jahres durch zwei Schwerpunkte geprägt. Auf der einen Seite konnte zwar im Vorjahr die Umstellung auf die doppelte Buchführung verfahrenstechnisch abgeschlossen werden, allerdings habe bisher mehr als die Hälfte der Anwender noch keine geprüfte Eröffnungsbilanz. Neben dem laufenden Betrieb galt es daher, insbesondere Beratungsleistungen für die Anlagenbuchhaltung und Umsetzung der Forderungsbewertung in der Software zu erbringen. Der zweite Hauptschwerpunkt war die Entscheidung und Pilotierung der IFR-Veranlagung. Aufgrund des Auslaufens der Wartung und Pflege der bisherigen Veranlagung KM-V durch den Dienstleister, wurde geprüft, welches Verfahren für die Veranlagung zukünftig zum Einsatz kommen wird. Durch die Verbandsversammlung wurde im September 2016 entschieden, dass die Ablösung durch die IFR-Veranlagung erfolgen wird. Die Pilotierung wird im Laufe des Jahres 2017 stattfinden. Die Anfangsarbeiten und die Aufnahme der Arbeit durch das Projektteam, begannen bereits im Jahr 2016.

Das Verfahren LOGA (Personalwesen) zeichnete sich im Jahr 2016 durch Stabilität und einer fast 100%-igen Verfügbarkeit aus. Die Anzahl der Personalfälle konnte im Vergleich zum Jahr 2015 leicht erhöht werden.

Im Bürgerservice wurde die Migration des Dokumentenmanagementsystems erfolgreich fortgeführt und wird im ersten Quartal 2017 abgeschlossen. Weiterhin wurde das Verfahren für das Gewerbe ausgeschrieben. Die Umstellung auf GEVE4 konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Der Bereich IT-Service war im Jahr 2016 durch zahlreiche vorgenommene Wechsel von Arbeitsplatztechnik (Rollouts) bei Outsourcing Kunden geprägt. Es konnte ein großer Neukunde für Outsourcing gewonnen werden, welcher im Jahr 2017 produktiv gehen wird. Im Bereich IT-Sicherheit wurden die Kundenbeziehungen weiter ausgebaut und erweitert. Das Angebot eines Sicherheits-Checks wurde von unseren Kunden gern angenommen.

Durch den Bereich Finanzen und Verwaltung erfolgte im Jahr 2016 die Erhebung der Umlage. Im Jahr 2016 wurden 2.000 T€ beschieden. Zum Jahresende betrug die Gesamtsumme der offenen Forderungen aus Umlagen (inkl. 2015) insgesamt 305 T€. Insgesamt liegen 16 Zulassungsverfahren vor den Verwaltungsgerichten und 7 ruhende Verfahren vor. Eine endgültige Entscheidung in der Hauptsache wird im Jahr 2017 erwartet. Durch das OVG Bautzen wurde im November 2016 in einem Musterverfahren entschieden, dass dem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz nicht statt gegeben wird und die Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung hat.

2016 hat KISA den Prozess bestehende Leasingverträge nicht zu verlängern bzw. zu kündigen fortgesetzt. Mitte des Jahres 2016 konnten in Zusammenarbeit mit dem Lieferanten alle Altverträge beendet werden. Neue Technik wurde mittels Investitionskredit beschafft und wird über die vorgeschriebene Nutzungsdauer abgeschrieben.

Investitionen 2016

	Plan 2016 T€	Ist 2016 T€
Outsourcing LK Leipzig	260,00	192,10
Outsourcing Dahlen	9,00	7,40
Outsourcing Groitzsch	5,30	2,70
Outsourcing Niesky	-	0,70
Outsourcing Reichenbach	12,00	9,70
Outsourcing Oelsnitz	-	19,60
Outsourcing Limbach-Oberfrohna	30,60	8,70
Outsourcing Zwenkau	4,50	5,60
Outsourcing Leisnig	4,00	8,80
Outsourcing Borsdorf	26,00	36,50
Outsourcing Radeburg	3,50	-
Outsourcing Großpösna	-	-
Outsourcing Böhlen	14,00	12,50
Outsourcing Kabelsketal	8,00	4,90
Neukunde	36,50	
Zwischensumme Outsourcing	413,40	309,20
OWI	-	1,50
Geografische Systeme		1,50
DIWO		2,40
KISA intern	37,60	62,00
Geschäftsstellen	40,00	71,70
E-Poststelle	-	
KIN-S	9,00	3,80
Zwischensumme Sonstiges	86,60	142,90
Gesamt	500,00	452,10

Im Vergleich der geplanten und durchgeführten Investitionen 2016 kann festgestellt werden, dass die geplanten Investitionen aus zeitlichen und organisatorischen Gründen nicht komplett umgesetzt werden konnten. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus Mitteln des Rest Investitionskredites 2015 (354T€) und dem 2016 aufgenommenen Kredit (440 T€).

Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Bereiche	Erlöse 2016 T€	Erlöse 2015 T€	Abweichungen T€	
Finanzwesen	6.209	6.326	- 117	-2%
Bürgerservice und Personalwesen	7.329	7.502	- 173	-2%
IT-Service	1.701	2.109	- 408	-19%
Organisationsberatung	226	239	- 13	-5%
Kurier / Verwaltung	214	172	42	24%
Summe	15.679	16.348	- 669	-4,1%

Im Vergleich zum Vorjahr, verringerte sich der laufende Umsatz um 669 T€. Der Minderumsatz ist begründet in fehlenden einmaligen Erträgen durch Wahlen und verringerten Beratungsleistungen und Technikverkäufen.

Im Wirtschaftsplan 2016 wurde ein Umsatz von 16.043 T€ geplant, das Ziel wurde nicht erreicht. Hauptursache dafür sind fehlende Beratungsleistungen in der Organisationsberatung, im Finanzwesen und im Dokumentenmanagementsystem. Obwohl die Planung bereits sehr vorsichtig erfolgte, wurde die Umsetzung nicht erreicht. Personelle Umstrukturierungen im Bereich der Organisationsberatung wurden daher geprüft und umgesetzt.

Personalentwicklung

	Stand 31.12.2015	Zugang 2016	Abgang 2016	Stand 31.12.2016
Vollzeit-Mitarbeiter	76	4	4	76
Teilzeit-Mitarbeiter	12	0	0	12
Geringfügig Beschäftigte	0	0	0	0
Altersteilzeit Arbeitsphase	1	0	1	0
Altersteilzeit Freizeitphase	0	1	0	1
Auszubildende	1	2	1	2
BA-Studenten	0	0	0	0
Gesamt	90	7	6	91

Im Vergleich zu den Vorjahren, war der Personalbestand im Jahr 2016 stabil. Personalabgänge sind hauptsächlich im Erreichen der Altersgrenze begründet.

Die Nachbesetzung der Stellen wurde im Vorfeld jeweils geprüft. Den Vorgaben des Haushaltsstrukturkonzeptes wurde jederzeit Rechnung getragen.

Personalaufwendungen

	2016 T€	2015 T€	Abweichung T€	
Gehälter / Brutto	4.163	4.162	1	0%
Aufstockungszulage ATZ	2	34	- 32	-94%
Beitrag Unfallversicherung (BG)	20	14	6	43%
Gesetzlicher Sozialaufwand	751	747	4	1%
Zusatzversorgung	138	141	- 3	-2%
Aufwendungen Altersvorsorge	21	-	21	100%
Summe	5.095	5.098	- 3	0%

Die Personalaufwandsquote lag im Berichtsjahr bei 32 % der Gesamtleistung (Vorjahr 30 %). Aufgrund der teilweise vorhandenen personellen Engpässen blieben die Personalaufwendungen unter dem Planwert.

Geschäftsergebnis

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 2.784 T€ davon 2.000 T€ durch Erträge aus Umlagen. Dies ergibt, seit dem Jahr 2010 erstmalig, wieder, einen operativen Gewinn von 784 T€.

Ursachen für das positive Ergebnis waren insbesondere:

-	Umsetzung Preisanpassung für Produkte und Dienstleistungen
-	Auflösung Rückstellung für Personalkosten aufgrund Abschluss Vergleich
-	geringe Zinsen für die Inanspruchnahme der Kassenkredite
-	Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten
-	Einhaltung Vorgaben Haushaltsstrukturkonzept
-	Erhebung Umlage in Höhe von 2 Mio.€

Ursachen für negative Faktoren sind:

-	Fehlende Beratungsleistungen
-	Fehlende Neugenerierung von Aufträgen
-	Noch nicht alle Verfahren können kostendeckend angeboten werden

Zur Verbesserung der Ertragssituation hat KISA beginnend im Jahr 2014, die Produkt- und Dienstleistungspreise kontinuierlich und orientiert an der Kostenentwicklung der kommunalen IT-Branche auf ein kostendeckendes Niveau angehoben und künftige Steigerungen bei den Material- und Personalaufwendungen bei der Kalkulation berücksichtigt. Weiterhin wurde im Jahr 2016 der Kontakt durch unsere regionalen Kundenbetreuer verstärkt aufgenommen und ausgebaut.

II. Darstellung der Lage

Ertrags-, Kapital- und Vermögenslage

Ertragslage

	2016	2015	Veränderung		Plan 2016	
	T€	T€	T€		T€	Abweichg. T€
Umsatzerlöse	15.679	16.348	- 650	-4%	16.043	- 364
Bestandsveränderungen	-	10	- 10	-100%	-	-
Aktiv.Eigenleistungen	-	-	-		-	-
Sonst.betriebl.Erträge	3.051	3.421	- 340	-11%	2.200	851
Gesamtleistungen	18.730	19.779	- 1.000	-5%	18.243	487
Materialaufwand	8.203	8.593	- 312	-5%	8.270	- 67
Personalaufwand	5.095	5.099	- 24	0%	5.579	- 484
Abschreibungen	1.196	1.000	131	20%	1.235	- 39
Sonst.betriebl.Aufwand	1.373	2.391	- 905	-43%	1.644	- 271
Betriebsergebnis	2.862	2.696	111	6%	1.514	1.349
Zinserträge	2	-	-	100%	-	2
Erträge a.Beteiligungen	-	-	-		-	-
Zinsaufwand	73	146	- 125	-50%	94	- 21
Finanzergebnis	- 71	- 146	127	-52%	- 94	23
Außerord.Ergebnis	-	12	-	100%	-	-
Steuern	8	4	1	100%	7	1
Jahresergebnis	2.784	2.546	237	9%	1.413	1.371

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Jahr 2015 geringer. Hauptgrund ist der geringe Materialeinkauf, begründet in der Wahl 2015. Im Vergleich zum Plan ist der Materialaufwand etwas höher. Dies liegt in erhöhten Leasingaufwendungen. Aufgrund personeller Engpässe in der Planung, konnten nicht alle geleaste Güter rechtzeitig zurückgegeben werden.

Der Personalaufwand fiel im Vergleich zum Vorjahr und zum Plan geringer aus. Grund ist, dass nicht alle geplanten Stellen zu 100% besetzt waren. Weiterhin fielen aufgrund Erziehungszeit und Langzeiterkrankungen die Personalaufwendungen geringer aus.

Die Abschreibungen erhöhten sich aufgrund von Investitionen im Vergleich zum Vorjahr. Aufgrund der verlängerten Laufzeit der nicht zurückgegebenen Leasingverträge, wurden nicht alle geplanten Investitionen umgesetzt. Die Abschreibungen fallen daher im Vergleich zum Plan geringer aus.

Der sonstige betriebliche Aufwand liegt sowohl unter dem Aufwand 2015 als auch unter der Planung 2016. Dies ist mit der hohen Rückstellung für laufende Gerichtsverfahren und für Personalkosten im Jahr 2015 zu erklären. Der Minderaufwand im Vergleich zum Plan ist auf Einsparungen und nicht erfolgten Preisanpassungen der Lieferanten zurückzuführen.

Auf Grund der guten finanziellen Situation 2016, wurden Zinsen in Höhe von 21 T€ eingespart.

Insgesamt ist das Ergebnis besser, als bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes erwartet. Dennoch ist die Geschäftsentwicklung nicht zufriedenstellend. Das Ergebnis wurde hauptsächlich durch Einsparungen und nicht durch die Generierung neuer Aufträge erwirtschaftet. Vor dem Hintergrund bleibt es weiterhin die Hauptaufgabe des Zweckverbands, die IT-Strategie unter kostendeckenden Preisen fortzuentwickeln und den technischen Fortschritt und die Weiterentwicklung der IT in den Kommunen mit zu gestalten. Die Erkennung des Bedarfs in den Kommunen und dessen vollständige Deckung muss im Fokus der nächsten Jahre liegen.

Vermögensstruktur

	2016 T€	2015 T€	Veränderungen T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände	341	887	- 546	-62%
Sachanlagen	875	1.075	- 200	-19%
Finanzanlagen	227	227	-	0%
Anzahlungen immateriellen VMG	-	-	-	
Anlagevermögen	1.443	2.189	- 746	-34%
Vorräte	72	75	- 3	-4%
Forderungen	789	1.156	- 367	-32%
liquide Mittel	1.365	4	1.361	34.025%
Umlaufvermögen	2.226	1.235	991	80%
Rechnungsabgrenzungsposten	68	35	33	94%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	1.589	4.373	- 2.784	-64%
Bilanzsumme	5.326	7.832	- 2.506	-32%

Das Anlagevermögen hat sich durch planmäßige Abschreibungen vermindert. Neuinvestitionen wurden nicht in geplanter Höhe durchgeführt.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr durch den Zufluss liquider Mittel, insbesondere aus der Umlage und aus dem 2016 aufgenommenen und nicht vollständig verbrauchten Investitionskredit (440 T€) erhöht.

Durch die Minderung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages hat sich die Bilanzsumme ebenfalls vermindert.

Kapitalstruktur

	2016 T€	2015 T€	Veränderungen T€	
Eigenkapital	-	-	-	0,0
SOPO Zuschüsse	-	-	-	0%
Rückstellungen	2.491	3.131	- 640	-20%
kurzfristige Verbindlichkeiten	1.020	2.716	- 1.696	-62%
langfristige Verbindlichkeiten	1.725	1.840	- 115	-6%
erhaltene Anzahlungen	90	136	- 46	-34%
Verbindlichkeiten	2.835	4.692	- 1.857	-40%
Rechnungsabgrenzungsposten	-	9	- 9	-100%
Bilanzsumme	5.326	7.832	- 2.506	-32%

Die Kapitalstruktur ist weiterhin negativ. Durch die in den Jahren 2012, 2013 und 2014 entstandenen Verluste belief sich zum Jahresende 2014 der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf rund 6,9 Mio. €. Dieser Fehlbetrag konnte durch das positive Ergebnis 2015 und 2016 auf 1,6 Mio. € reduziert werden.

Die Finanzierung des Eigenkapitals erfolgte teilweise durch Kassenkredite. Im Laufe des Jahres 2016 konnten die aufgenommenen Kassenkredite vollständig getilgt werden und ein positiver Liquiditätsbestand erreicht werden. In der Position erhaltene Anzahlungen wurden Rechnungen verbucht, welche unsere Kunden bereits 2016 bezahlt haben, aber noch keine Leistung von KISA erbracht wurde.

Der im Jahr 2013 aufgenommene Investitionskredit wurde 2015 mit 380 T€ und der Investitionskredit von 2015 mit 175 T€ getilgt.

2016 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 440 T€ aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Verbandsversammlung im September 2016.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen konnten 2016 durch eine gezielte Liquiditätsüberwachung abgebaut werden. Der Kassenkredit wurde zu keinem Zeitpunkt voll ausgeschöpft.

Die Rückstellungen konnten leicht verringert werden.

Cash-Flow-Rechnung

	Kapitalflussrechnung in T€	Ist 2016	Ist 2015	Veränderung
+ / -	Periodenergebnis vor außerord. Posten	2.784	2.522	262
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.196	998	198
-	Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	-	-	-
+ / -	Zunahme/Abnahme Rückstellungen	- 639	837	- 1.476
+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge z.Bsp. Auflös. Sonderposten	-	-	-
- / +	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-	-	-
- / +	Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen aus L.u.L. sowie anderer Aktiva (sonst. Vermögensgegenst., A-RAP)	337	- 716	1.053
+ / -	Zunahme / Abnahme Verbindl. aus L.u.L., sowie anderer Passiva (z.Bsp. Anzahlungen auf Bestellungen, sonst. Verbindl., P-RAP)	- 110	- 362	252
+ / -	Ein- / Auszahlungen aus a.o. Posten	-	12	- 12
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der lauf. Geschäftstätigkeit	3.568	3.291	277
+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagenvermög.	-	-	-
-	Auszahl. für Investitionen in das Sachanlagenvermögen	- 413	- 378	- 35
+	Einzahlungen aus Abgängen des immaterielle AV	-	-	-
-	Auszahl. für Investitionen in das immaterielle AV	- 39	- 10	- 29
+	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	-	-	-

	Kapitalflussrechnung in T€	Ist 2016	Ist 2015	Veränderung
-	Auszahl. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-
+	Einz. aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonst. Geschäftseinheiten	-	-	-
-	Ausz. aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonst. Geschäftseinheiten	-	-	-
+	Einz. aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-
-	Ausz. aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-
=	Cashflow Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	- 452	- 388	- 64
+	Einz. aus Eigenkapitalzuführungen	-	-	-
-	Ausz. an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-	-	-
+	Einz. aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	440	700	- 260
-	Ausz. aus der Tilgung von Investitionskrediten	- 555	- 380	- 175
=	Cashflow Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	- 115	320	- 435
=	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe aus 10.+21.+26.)	3.001	3.223	- 222
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	- 1.636	- 4.859	3.223
=	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	1.365	- 1.636	3.001

Die Liquidität konnte im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert werden. Um die Zahlungsfähigkeit zu erhalten, musste der durch die Haushaltssatzung 2016 beschlossene Kassenkredit bis zur Erhebung der Umlage 2016 in Anspruch genommen werden.

Sonstige Bilanz-und Leistungskennzahlen

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Anlagenintensität	27,1%	29,4%	27,1%	18,9%
Fremdkapitalquote	100,0%	100,0%	100,0%	99,1%
Personalaufwandsquote	32,1%	29,8%	33,1%	35,0%

Beteiligungen

KISA hält zwei Beteiligungen, 100 % an der KDN GmbH und 10 % an der Lecos GmbH. Das Stammkapital der KDN GmbH beträgt 60 T€, das Stammkapital der Lecos GmbH 200 T€. Es erfolgten für das Jahr 2016 keine Ausschüttungen. Die Beteiligungen entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Unternehmensrisiko

Um den Verband zu konsolidieren, wurde im Jahr 2014 ein Haushaltsstrukturkonzept aufgestellt und durch die Verbandsversammlung beschlossen. Weiterhin wurde die Stelle des Fachbediensteten für das Finanzwesen besetzt, um zukünftig eine schnellere und bessere Übersicht über die laufende Geschäftsentwicklung zu erhalten. Parallel dazu erfolgte die Neustrukturierung der kompletten Aufbauorganisation.

Das beschlossene und im Jahr 2015 und 2016 fortgeschriebene Haushaltsstrukturkonzept legt die wesentlichen notwendigen wirtschaftlichen Eckpunkte und Handlungsanforderungen an den Zweckverband fest. Die Erarbeitung und Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen erfolgte in enger Abstimmung mit der Rechtsaufsichtsbehörde. Durch die Umsetzung der im Konzept genannten Maßnahmen, haben sich bereits im Jahr 2015 die Liquiditäts- und Ertragslage deutlich verbessert. Die Verbesserung konnte im Jahr 2016 fortgesetzt werden.

Der bis zum 31.12.2014 aufgelaufene sehr hohe nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag, lässt sich kurz- bzw. mittelfristig aber nur durch die Erhebung von Umlagen in nennenswertem Umfang abbauen. Nach § 12 Abs. 3 der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen neuen „Verordnung des Sächsischen Staatsministerium des Innern über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (SächsEigBVO) ist dafür eine Frist von bis zu drei Jahren vorgesehen.

Diese Frist kann nur mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde verlängert werden, wenn ein Ausgleich absehbar ist. Andernfalls ist nach § 12 Abs. 4 der SächsEigBVO ein Ausgleich durch Haushaltsmittel der Gemeinde vorzunehmen.

Die Umlage ist ebenfalls als umzusetzende Maßnahme im Haushaltsstrukturkonzept benannt. Bereits mit dem Haushaltsjahr 2015 erfolgte die Erhebung in Höhe von 3.000 T€. In den Jahren 2016 und 2017 sollen nochmal 2.000 T€ und 1.000 T€ erhoben werden.

Ausgehend von der wirtschaftlichen Lage und der beschlossenen Eckpunkte im Haushaltsstrukturkonzept, ergeben sich für unseren Verband folgende Risiken und Chancen.

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- der sinkenden Bevölkerung und dadurch weiter schrumpfenden Kommunen und Landkreisen bzw. Wegfall von Mitgliedern durch Eingemeindungen;
- der fehlenden oder nur eingeschränkten Akzeptanz der notwendigen Erhöhung der Preise für unsere Dienstleistungen bei unseren Kunden und Mitgliedern;
- Schwierigkeiten bei der Findung von qualifiziertem Personal, insbesondere im Zusammenhang der noch ungeklärten Frage der Zusammenlegung der Geschäftsstellen bis Ende 2018;
- erhöhte Anforderungen an den Datenschutz sowie die weltweit steigende Computerkriminalität;
- der starken Marktposition unserer Lieferanten und der damit verbundenen schwierigen Lage für künftige Preisverhandlungen.

Chancen haben wir in der Zukunft durch:

- hoch motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter;
- gute Marktstellung mit hohem Bekanntheitsgrad;
- die wachsende Bedeutung der EDV in allen Geschäftsbereichen und Lebenslagen;
- unser Produktportfolio, sowie eine umfassende EDV-Betreuung gerade kleiner und mittlerer Kommunen ermöglicht; IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentliche Auftraggeber
- den Ausbau der Serviceleistungen bis hin zum Servicecenter
- Den Aufbau und Einrichtung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems

- Die Nachfrage nach Kommunalen Cloud-Diensten
- Beratungen und Unterstützungen in der IT-Sicherheit
- die Etablierung des eGov-Gesetzes
- die Umsetzung des Langzeitarchives
- das Anbieten eines fortschrittlichen und komfortablen CMS
- die grundsätzliche Bereitschaft der Mitglieder, die notwendigen Veränderungen mit zu tragen und umzusetzen.

Die Leistungen der KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich unsere Geschäftstätigkeit unverändert auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Wesentliche Investitionen über die normale Fortentwicklung der bestehenden Anwendungen hinaus sind dafür in absehbarer Zeit nicht erforderlich oder geplant. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen.

Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, ob unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende Preise für unsere Dienstleistungen zu zahlen. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ständig fortbilden, damit eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

Mittelfristig sollte der Verband ab 2018 mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet werden.

Mit dem Jahr 2016 wurde in diesem Zusammenhang das Konzept für die IT-Strategie der KISA fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurden folgende Aufgaben hiervon erfüllt:

- Erhebung und Optimierung der internen Abläufe
- Aufbau einheitliches Projektmanagement
- Aufbau Notfallmanagement
- Aufbau Warenkorb zur Beschaffung von Technik
- Konsolidierung der Leistungserbringung
- Überarbeitung Lieferantenverträge
- Mitarbeiter- und Führungskräftefortbildung
- Etablierung Service-Manager
- Entwicklung Kennzahlentableau für Service-Desk

- Überarbeitung Organisationshandbuch
- Abschluss Rollenbewertungen
- Standortanalyse der Geschäftsstellen
- Teilnahme am bundesweiten IT-Benchmark zur Überprüfung der Marktsituation

Für das Jahr 2017 werden unter Berücksichtigung der IT-Strategie folgende Aufgaben im Fokus stehen:

- Standardisierung der Leistungen und Preise
- Bildung Budget für Weiterentwicklungsprojekte
- Fortführung des Schulungskonzeptes
- Erstellung Sourcing-Konzeptes
- Realisierung e-Payment lt. eGovG
- Umsetzung Standortanalyse

IV. Sonstige Angaben

Prognosebericht

Für die Zukunft muss die Ertragskraft der KISA weiterhin verbessert werden, um zu einer nachhaltigen und stabilen Geschäftsentwicklung zu kommen. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind in dem beschlossenen und fortgeschriebenen Haushaltsstrukturkonzept aufgezeigt. Die Umsetzung / Realisierung dieser Vorschläge wird voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Außerdem muss der Verband mit einem angemessenen Eigenkapital ausgestattet werden, um zukünftig Liquiditätsprobleme wie in der Vergangenheit zu verhindern.

Das Controlling und die entwickelte IT-Strategie werden in den Folgejahren weiterentwickelt und ausgebaut.

Leipzig, 17. März 2017

Ralf Rother
Verbandsvorsitzender

Andreas Bitter
Geschäftsführer



Beteiligungsbericht

der Kommunalen Informationsverarbeitung
Sachsen
(KISA)

für das Berichtsjahr 2016

Abkürzungsverzeichnis

EK Eigenkapital

FB Fehlbetrag

RAP Rechnungsabgrenzungsposten

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA	5
2. Die Unternehmen im Einzelnen	6
2.1 KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH)	6
2.1.1 Beteiligungsübersicht	6
2.1.2 Finanzbeziehungen	6
2.1.3 Organe	7
2.1.4 Sonstige Angaben	7
2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen	8
2.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016	9
2.2 Lecos GmbH	17
2.2.1 Beteiligungsübersicht	17
2.2.2 Finanzbeziehungen	17
2.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016	18
2.3 ProVitako eG	26
2.3.1 Beteiligungsübersicht	26
2.3.2 Finanzbeziehungen	27
2.3.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016	27
3. Anteile der mittelbaren Beteiligungen der Mitglieder KISA	29

Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2016 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals, sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen und
- den Lagebericht der Beteiligungen.

Für Beteiligungen mit mindestens 25 Prozent werden darüber hinaus folgende Informationen bereitgestellt:

- die Organe der Beteiligungen,
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre und
- die Bewertung der Kennzahlen.

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

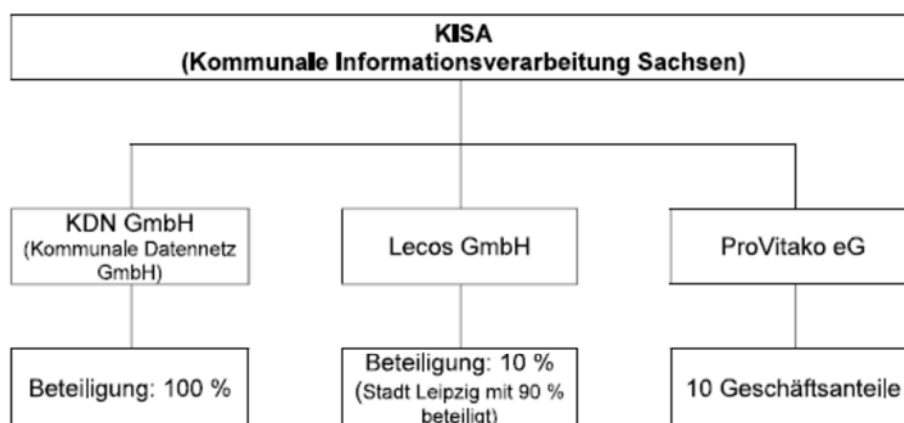
Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht für Außenstehende ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 30.06.2017


Andreas Bitter
Geschäftsführer

1. Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:



Eine Veränderung der Beteiligungen zum Vorjahr 2015 liegt nicht vor.

2. Die Unternehmen im Einzelnen

2.1 KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen Datennetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

2.1.1 Beteiligungsübersicht

Name:	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift:	Wiener Straße 128 01219 Dresden
Telefon:	0351 3156952
Telefax:	0351 3156966
Internet	www.kdn-gmbh.de
<u>Rechtsform:</u>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<u>Gesellschafter:</u>	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
<u>Stammkapital:</u>	60.000,00 EUR
<u>Anteil KISA:</u>	60.000,00 EUR (100,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Datennetzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

2.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen:	0 €
- Verlustabdeckungen:	0 €
- sonstige Zuschüsse:	0 €
- übernommene Bürgschaften:	0 €
- sonstige Vergünstigungen:	0 €

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

2.1.3 Organe

Die KDN GmbH setzt sich auf folgenden Organen zusammen:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Frank Schlosser. Herr Frank Schlosser ist Angestellter des Zweckverbandes und ist als Geschäftsführer an die Gesellschaft abgeordnet.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Franz-Heinrich Kohl, Aue, Oberbürgermeister	Vorsitzender
Herr André Jacob, Dresden, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Sächsischer Landkreistag e. V. (SLKT)	1. Stellvertreter
Herr Ralf Rother, Wilsdruff, Bürgermeister	2. Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Bischofswerda, Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Direktor	
Herr Dr. Christian Aegerter, Leipzig, Amtsleiter Hauptamt	
Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer, Meerane, Bürgermeister	

2.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr:	WSR Cintinus Werblow & Gassen WP / StB / RA
Anzahl Mitarbeiter:	3 Mitarbeiter
Beteiligungen:	keine Beteiligungen

Seite 7 von 28

2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2014 in T€	Ist 2015 in T€	Ist 2016 in T€	Plan 2016 in T€
Bilanz:				
Anlagevermögen	4	3	2	keine Planbilanz vorhanden
Umlaufvermögen	708	606	616	
aktiver RAP	-	-	-	
<u>Summe Aktiva</u>	<u>712</u>	<u>609</u>	<u>618</u>	
Eigenkapital+ Sonderposten	64	63	62	
Rückstellungen	19	16	19	
Verbindlichkeiten	629	530	537	
passiver RAP	-	-	-	
<u>Summe Passiva</u>	<u>712</u>	<u>609</u>	<u>618</u>	
Gewinn-und Verlustrech.:				
Umsatz	719	667	657	627
sonstige Erträge	2.591	2.667	2.674	3.247
Materialaufwand	2.665	2.619	2.597	3.025
Personalaufwand	163	161	165	174
Abschreibungen	2	1	1	3
sonst. Aufwand	480	553	567	672
Zinsen / Steuern	0	0	1	1
<u>Ergebnis</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Sonstige:				
Zugang Investitionen	2	0	0	5
Mitarbeiter	3	3	3	3

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Plan 2016
Vermögenssituation				Berechnung aufgrund fehlender Planbilanz nicht möglich
Vermögensstruktur	1%	0%	0%	
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	9%	10%	10%	
Fremdkapitalquote	91%	90%	90%	
Liquidität				
Liquidität	113%	114%	114%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	
Geschäftserfolg	in T€			
Pro-Kopf-Umsatz	240	222	219	209
Arbeitsproduktivität	4	4	4	4

2.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2016 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Die Kommunale DatenNetz GmbH (KDN GmbH) im Rahmen der allgemeinen Konjunkturlage

Die Industrie- und Handelskammer Chemnitz äußerte sich in einer Pressemitteilung vom 30. November 2016 positiv zur Finanzsituation der öffentlichen Haushalte von Bund und Freistaat Sachsen.

Hinsichtlich der Kommunalhaushalte werden in der Steuerschätzung November 2016 steigende Gewerbesteuereinnahmen prognostiziert. Diese legen 2016 um 45 Mio. EUR und 2017 um 54 Mio. EUR zu. Die Steuerkraft der meisten Gemeinden hat nach 2015 das zweite Jahr in Folge leicht zugelegt. Die Einnahmen und Ausgaben blieben im Wesentlichen konstant und weitgehend ausgeglichen. Die Verschuldung war 2015 per Saldo rückläufig. Allerdings hält der Trend zu steigenden Hebesätzen bei Grundsteuer B und Gewerbesteuer an. Dem soll staatlicherseits entgegen gewirkt werden, um eine Entwicklung zum Standortnachteil aufzuhalten.

Zur Aufgabenerfüllung für die Kommunen sind sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzung unverzichtbar. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III werden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen. Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt auf Grund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung. Mit dem Schritt zum KDN III sind die sächsischen Kommunen für die in den nächsten Jahren anstehenden Herausforderungen im IT-Netzbereich gerüstet.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG), um Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

Geschäftsverlauf in 2016

Neues Basismengengerüst im KDN II

Das in der Aufsichtsratssitzung am 5. Juni 2012 beschlossene neue, für die Verlängerungsphase des KDN II geltende Basismengengerüst ist fast vollständig umgesetzt. Durch die Bereitstellung von VDSL-Lösungen wurden weitere Lücken auf Grund der Nichtverfügbarkeit von SDSL geschlossen.

Finanzierung KDN II im Verlängerungszeitraum, Risiken-Betrachtung der Finanzierung

Für den Verlängerungszeitraum erfolgten gesonderte Verhandlungen mit dem FAG-Beirat zur Erhöhung der Zuweisungen. Die im Februar 2009 beschlossenen Anpassungen bilden auch die Grundlage für die derzeitige Finanzierung und berücksichtigen zugleich folgende Sachverhalte:

- umsatzsteuerliche Behandlung der KDN GmbH gemäß verbindlicher Auskunft
- Erhöhung des FAG-finanzierten Basisanschlusses für Landkreise und kreisfreie Städte im Zuge der Verwaltungs- und Funktionalreform von 10 Mbit/s auf 20 Mbit/s
- absehbarer Eintritt des DSL-Risikos in nahezu voller geschätzter Höhe über die Laufzeit des KDN II, auch in der Verlängerungsphase

Die FAG-Finanzierung kann damit grundsätzlich bis zum Ende der regulären Laufzeit des KDN II als gesichert angesehen werden.

Im Detail verbleiben wie in den Vorjahren weiterhin einige Risiken aus der FAG-Finanzierung.

Das DSL-Risiko wurde in der derzeit absehbaren Höhe über FAG-Zuweisungen gedeckt, ebenso die Finanzierung der Erhöhung der Bandbreite von Landkreisen und kreisfreien Städten.

Die Steigerung der Kosten des Budgets von P2P-Verbindungen auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wurde teils aus FAG-Mitteln, teils unter zweckgebundener Heranziehung von zusätzlichen Einnahmen der KDN GmbH aus dem Verkauf von P2P-Verbindungen gedeckt. Die Erhöhung der GmbH-Kosten auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wird ebenfalls aus FAG-Mitteln finanziert.

Mit dem neuen Basismengengerüst hat sich ein neuer Risikofaktor ergeben. Die Finanzierung des neuen Basismengengerüsts ist zwar mit Beschluss des FAG-Beirats vom 7. Dezember 2012 gesichert, allerdings wurde das neue Basismengengerüst auch auf Grund von Annahmen von Gemeindezusammenschlüssen erarbeitet, so dass weniger Basisanschlüsse enthalten sind als im bisherigen Mengengerüst (8,5 %).

Es hat sich im Laufe der Umsetzung des neuen Basismengengerüsts gezeigt, dass auf Grund verschiedener Sachverhalte einige der geplanten Gemeindezusammenschlüsse nicht, dafür aber andere, in der ursprünglichen Planung nicht vorgesehene Zusammenschlüsse erfolgt sind. Sollten Gemeindezusammenschlüsse nicht im angenommenen Umfang erfolgen und die Anzahl von zu finanzierenden Basisanschlüssen nicht sinken, kann dies zu einer Überschreitung der FAG-Mittel führen. Allerdings wurden die Annahmen von der Gesellschaft mit gebotener Vorsicht getroffen.

Als weiterer Risikofaktor im Rahmen des neuen Basismengengerüsts hat sich die Nichtverfügbarkeit der zugestandenen Basisbandbreite bei SDSL-Anschlüssen und der daraus resultierenden Notwendigkeit von teureren Festverbindungen ergeben. Die Alternative VDSL wurde im Jahr 2016 erfolgreich zum Einsatz gebracht, allerdings ist VDSL ebenfalls nicht an allen Standorten verfügbar. Es ist derzeit bei aller gebotenen Vorsicht davon auszugehen, dass die Finanzierung im Rahmen des zugesagten Risikobudgets ausreicht.

In Bezug auf die Finanzierung der Beratungsleistungen im Rahmen des Vergabeverfahrens SVN 2.0/KDN III für die von Freistaat und Kommunen gemeinsam genutzten Teile von SVN 2.0 und KDN III stimmten die kommunalen Spitzenverbände einer kommunalen Beteiligung an der Finanzierung zu. Die Aufteilung der Kosten zwischen Freistaat und Kommunen werden anhand des derzeitigen Nutzungsvolumens SVN/KDN II berechnet. Im Rahmen der Finanzierung des Verlängerungszeitraums wurden finanzielle Mittel für Beratung durch externe Dritte bei Neuvergabe des Netzes in Höhe von 210 TEUR eingestellt und vom FAG-Beirat bewilligt. Das Risiko, dass die genannte Summe u. U. nicht ausreichend ist, konnte mit der vereinbarten Deckelung dieser Kosten auf 150 TEUR minimiert werden. Die für das Jahr 2016 geplanten Kosten für die Beratungsleistungen von 70 TEUR wurden auf Grund des späten Projektstarts beim Freistaat nicht ganz ausgeschöpft. Deshalb wurden die restlichen Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung in das Jahr 2017 vorgetragen.

Auf Grund der Anwendung der neuen Preisliste (gesenkte Preise für den Verlängerungszeitraum) sanken die Umsätze aus eigenen Leistungen auf ca. 657 TEUR. Dies war im Wirtschaftsplan bereits so prognostiziert worden. Es konnten jedoch ca. 30 TEUR mehr als geplant umgesetzt werden.

Geschäftstätigkeit für Netzbetrieb KDN II

Seit Oktober 2009 befindet sich das KDN II im Regelbetrieb. Der Betrieb des KDN II wird als sicher und stabil eingeschätzt. Der Anschlussgrad bei den sächsischen Städten und Gemeinden wurde und wird sukzessive ausgebaut.

Ende des Jahres 2016 konnte folgender Beauftragungsstand im KDN II verzeichnet werden:

Gesamt	Kostenfreie Anschlüsse Kommunen	Sonstige Kostenfreie Anschlüsse	Kostenpflichtige Anschlüsse Sachsen-Anhalt	Kostenpflichtige Anschlüsse	Stand
<u>463</u>	318	12	7	126	29.01.2016
<u>469</u>	318	12	6	133	10.05.2016
<u>478</u>	320	12	6	140	13.09.2016
<u>481</u>	320	12	6	143	31.12.2016

Die Akquise-Anstrengungen werden weiterhin fortgesetzt, um eine Flächendeckung des KDN II bei den sächsischen Kommunen zu erreichen.

Es gelang der KDN GmbH auch im Jahr 2016, eine größere Anzahl von Kunden von der technischen Notwendigkeit einer kostenpflichtigen Bandbreitenerhöhung oder, wenn dies technisch nicht mehr möglich war, einem Technologiewechsel z. B. von xDSL nach einer qualitativ höherwertigen Festverbindung zu überzeugen.

Auch im Jahr 2016 wurden von der KDN GmbH vermehrt xDSL-Anschlüsse zusätzlich zum Basisanschluss angeboten, um Engpässe bei Kommunen zu vermeiden. Der verfügbarkeitskritische Datenverkehr wird dabei über den Basisanschluss und der Internetverkehr über den ADSL-Anschluss geleitet. Das Load-Balancing übernimmt ein Router auf Open-Source-Basis. Ende 2016 waren 30 dieser Anschlüsse umgesetzt. Des Weiteren wird von den Kunden der ZPD-Mobil-Anschluss über LTE immer stärker nachgefragt.

Die Zahl der beauftragten Anschlüsse von Schulen hat sich erneut fast nicht verändert. Die T-Systems hat die freigegebenen Lokationen von 1.300 auf 1.296 korrigiert. Die Gründe für den Rückgang sind auch diesmal Stornierungen der Schulen. Aktuell sind 1.296 Lokationen angeschlossen, davon 14 Schulen über LAN-RAS.

Die Lastmessungen in den zentralen Teilen Backbone, PZD, DOI zeigten unverändert im Geschäftsjahr keine kritischen Auslastungen. Gleiches gilt für den Zugang zu den E-Government-Basiskomponenten. Der zentrale Internet-Anschluss gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen zeigt eine intensive Nutzung. Es wird davon ausgegangen, dass bis zur Migration auf das KDN III die Last noch beherrschbar ist.

Der Beratungsbedarf der sächsischen Kommunen hinsichtlich IT-Sicherheit ist weiterhin sehr hoch. Die Gesellschaft berät ihre Kunden aktiv dazu. Die KDN GmbH wird das Thema IT-Sicherheit in Zukunft noch weiter intensivieren, die Teilnehmer am KDN II sensibilisieren und, wo notwendig und gewünscht, Unterstützung anbieten.

Auf Grund dieser Fakten wird eingeschätzt, dass mit dem KDN II ein leistungsfähiges Netz mit attraktiven Diensten für sächsische Kommunen aufgebaut wurde. Mit der Verlängerung der Laufzeit bis 2017 und den bei den Verlängerungsverhandlungen erzielten Ergebnissen konnte mit dem neuen Basismengengerüst auf den erhöhten Vernetzungsbedarf reagiert werden.

Wesentlicher Teil der Geschäftstätigkeit war im Jahr 2016 die Neuvergabe des Netzes ab 2017. Die Arbeit im Projekt SVN 2.0/KDN III beansprucht die personellen Ressourcen der Gesellschaft in höchstem Maße.

Projekt SVN 2.0/KDN III

In seiner Sitzung am 26. Februar 2013 beauftragte der Aufsichtsrat die Gesellschaft in Bezug auf ein Nachfolgenetz zum KDN II mit der Evaluierung der Zielerreichung im KDN II und der Erarbeitung der Eckpunkte der kommunalen Anforderungen zum Nachfolgenetz des KDN II (Arbeitstitel KDN III) in Zusammenarbeit mit der AG kommunale Anforderungen (SSG, SLKT, SAKD, KISA, KDN GmbH).

Die Ergebnisse dieser Arbeit sind in einen Projektvorschlag zum KDN III eingeflossen und wurden vom Aufsichtsrat der Gesellschaft, nach Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände, am 11. Juni 2013 beschlossen.

Die KDN GmbH ist im gemeinsamen Projekt mit dem Freistaat Sachsen im Projektkernteam und in mehreren Teilarbeitsgruppen vertreten. Des Weiteren erfolgt eine enge Abstimmung über die o. a. AG kommunale Anforderungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, der SAKD und KISA.

Im Jahr 2016 erfolgte im gemeinsamen Projekt mit dem Freistaat die Durchführung des Verhandlungsverfahrens. Insgesamt wurden 5 Lose ausgeschrieben:

1. SINI – SVN integrierte Netzinfrastruktur
2. SIDI – SVN integrierte Dienstinfrastruktur
3. SIMA – SVN integrierte Mobilfunkanbindung
4. SITA – SVN integrierte Telefonanbindung
5. SIRIA – SVN integrierte redundante Internetanbindung

Die KDN GmbH ist mit dem KDN III an der Vergabe der Lose 1, 2 und 4 als eigenständiger Vertragspartner beteiligt.

Die Lose 1 und 2 wurden im Oktober 2016 an den Bieter T-Systems vergeben. Die Verträge mit einer Laufzeit bis März 2022 wurden am 6. Dezember 2016 unterzeichnet. Mit der Migrationsvorbereitung wurde unmittelbar nach Zuschlagserteilung begonnen. Die Vergabeentscheidung der Lose 3 bis 5 wird im Frühjahr 2017 getroffen.

Erstmals werden im KDN III auch Sprachdienstleistungen (Voice over IP – VoIP) für die Kommunen angeboten.

Dienstleistungen für KISA

Für KISA wurden im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrags Leistungen in vereinbartem Umfang und vereinbarter Qualität erbracht.

Finanzierung

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2016 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Einnahmen aus kostenpflichtigen Leistungen betrugen 656.901,01 EUR. Die notwendigen, abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb im Geschäftsjahr 2016 beliefen sich auf 2.669.235,05 EUR. Das Geschäftsergebnis 2016 war aufgrund der Ausgestaltung der FAG-Zuwendungen als Fehlbedarfsfinanzierung ausgeglichen, so dass weder ein Jahresüberschuss noch ein Jahresfehlbetrag auszuweisen ist.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die reguläre Vertragslaufzeit des KDN III (von April 2017 bis März 2022) 30,5 Mio. EUR als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für das KDN III vorliegen.

Ausblick auf die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2017 und Folgejahre

Das Jahr 2017 wird neben dem Netzbetrieb im Wesentlichen von der Migration vom KDN II auf das KDN III geprägt sein.

Auf Grund des in den Verhandlungen zum KDN III erzielten Ergebnisses und der damit deutlich erhöhten Attraktivität des KDN III (schneller, sicherer, leistungsfähiger) wird es in der zukünftigen Entwicklung gelingen, auch bisher zurückhaltende Kommunen von den Nutzungsmöglichkeiten des Netzes zu überzeugen und das Netz nahezu flächendeckend auszurollen. Entsprechende Reaktionen potentieller Kunden auf die vorgestellten Leistungen des KDN III lassen dies erwarten.

Die gemäß SächsEGovG vorgeschriebene Nutzung des KDN zur Übermittlung von Daten zwischen Behörden wird ein Übriges tun, um Flächendeckung zu erreichen. Dies setzt aber voraus, dass die Kommunalaufsichtsbehörden auf gesetzeskonformes Handeln der Kommunen einwirken.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der weit überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Einnahmen von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert. Hier ist zu beachten, dass die FAG-finanziert bereitgestellten Basisbandbreiten im Rahmen des KDN III zusätzliche Leitungsanbindungen obsolet machen und sich dies durch künftig geringere eigene Einnahmen der Gesellschaft zeigen wird.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Risiken im Geschäftsjahr 2016 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau gleich geblieben.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei bereits genannten Projekten sehr erschwert bzw. bei letztgenanntem nahezu unmöglich

Seite 15 von 28

macht. Im Tagesgeschäft kann teilweise durch den Einsatz von Mitarbeitern der KISA gegen erhöhten finanziellen Aufwand Abhilfe geschaffen werden, im Projektgeschäft ist dies jedoch nicht möglich. Auf Grund der hohen personellen Belastung durch die Migration und neu angebotene Leistungen (z. B. VoIP) wurde die Stellenzahl im Netzwerkmanagement um 0,4 VZÄ erhöht und der Geschäftsführer für einen zusätzlichen Tag zur KDN GmbH (jetzt 0,6 VZÄ) abgeordnet.

Die erhöhten Basisbandbreiten bergen das Risiko, dass die geplante Dimensionierung der zentralen Netzwerkkomponenten und des zentralen Internetübergangs in der Laufzeit des KDN III nicht mehr ausreicht und angepasst werden muss. Dieses Risiko wurde bei der Beantragung der FAG-Finanzierung betrachtet und in die beantragte und wie o. a. zugesagte Summe aus dem FAG eingepreist. Chancen werden durch die Erbringung von weiteren Beratungsleistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit und der optimalen Ausgestaltung des Kundenanschlusses an das KDN III gesehen sowie im Verkauf von Bandbreiten und Leistungen, die über den Basisanschluss hinausgehen sowie der Bereitstellung von KDN-Anbindungen an kommunale Institutionen, die nicht von der FAG-Finanzierung umfasst sind, z. B. Zweckverbände.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN III eine notwendige Basis darstellt.

Letztlich werden die genannten Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2016

Im Projekt SVN 2.0/KDN III wurde gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen und den Auftragnehmern die Migration auf das neue Netz begonnen.

Es erfolgt weiterhin eine enge Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der SAKD zum neuen Netz.

Das Projekt SVN 2.0/KDN III bindet in hohem Maße Ressourcen, dem wurde durch einen höheren Zeitanteil der Tätigkeit des Geschäftsführers für die Gesellschaft und eine Erhöhung im Stellenplan beim Netzwerkmanagement Rechnung getragen.

2.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2016 einen Anteil von 10%.

2.2.1 Beteiligungsübersicht

Name: Lecos GmbH
Anschrift: Prager Str. 8
04103 Leipzig
Telefon: 0341 2538 0
Telefax: 0341 2538 111
Internet: www.lecos-gmbh.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschafter: Stadt Leipzig
Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
Stammkapital: 200.000,00 EUR
Anteil KISA: 20.000,00 EUR (10,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

2.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €.

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

2.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2016 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche

Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur entwickelt, wobei auch in 2016 weiterhin vorwiegend Software und Service und Beratungsleistungen bezüglich der Vernetzung von Informationen den Verlauf bestimmten. Vor dem Hintergrund des steigenden IT-Bedarfes in der Verwaltungsarbeit ist eine effektive und effiziente IT ein Kernbestandteil zukünftigen Verwaltungshandelns und muss im Kontext mit der weiteren schwierigen Haushaltsituation in den Kommunen (durch neue Herausforderungen wie Asyl/Migration) insbesondere durch intensive Beratungsleistungen in Einklang gebracht werden. Ziel ist die Digitalisierung der Verwaltungen sowohl aus Sicht der Kunden der Verwaltungen als auch der Verwaltung selber kontinuierlich voranzutreiben.

Geschäftsverlauf

In den Jahren als Gesellschaft der Stadt Leipzig hat sich die Lecos GmbH gegenüber ihrem 90%-Gesellschafter und Kunden als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche der Kommune Leipzig berücksichtigt und hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber beobachtet und die Erkenntnisse in der Weiterentwicklung der IT berücksichtigt. Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus konnte mit dem Abschluss des Rollouts in den Schulverwaltungen und Horden der Stadt Leipzig ebenfalls ein hoher Grad an Standardisierung erreicht werden. Diesen gilt es weiter fortzuschreiben und ab 2017 auf die Schulkabinette auszuweiten. Des Weiteren ist es mit dem Gewandhaus zu Leipzig gelungen, im Bereich der Eigenbetriebe der Stadt Leipzig den IT-Vollservice konsequent weiterzuverfolgen und auszubauen. Dieses Modell stellt auch die Grundlage für konzeptionelle Leistungen zur Bereitstellung einer einheitlichen IT für die Kulturhäuser der Stadt Leipzig in den folgenden Jahren dar. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10%) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2016 auf Seiten der KISA konstant weiter betrieben werden. Ein weiterer Ausbau der Geschäftsfelder war in 2016 nicht möglich, wird aber in 2017 ff. wieder in Angriff genommen. Dabei steht auch hier die Digitalisierung der Verwaltungen im Vordergrund. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren für die Steuerung der Lecos GmbH sind Umsatz, Liquidität und Jahresergebnis.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2016

Im Jahr 2016 bestand auf Grund der Vertragsverlängerung bis 31.12.2020 für die Lecos GmbH weiterhin Vertragssicherheit mit ihrem größten Gesellschafter und Kunden.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2016 bestätigt. Somit konnte der Umsatz mit dem Zweckverband KISA auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen sowie der Benutzerunterstützung.

Besonders hervorzuheben sind die Unterstützungen bei der Umsetzung und Fortführung von verschiedenen Förderprojekten zum Technischen Baubürgerservice und Open Data sowie dem Aufbau der Geodateninfrastruktur mit dem WebGIS für die Stadt Leipzig.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde deutlich ausgeweitet. Hier ist insbesondere auf das weiter wachsende Geschäft mit dem Gewandhaus zu Leipzig zu verweisen, welches eine erhebliche Ausstrahlung auf die weiteren Kulturhäuser der Stadt Leipzig ausübt.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2016 in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für den Anwendungsbetrieb der zentralen Fachverfahren.

Darüber hinaus konnte die Lecos GmbH mit der Produktivsetzung des Sächsischen Melderegisters (SMR) zum 01.11.2015 einen dauerhaft stabilen Umsatz mit Drittkunden sicherstellen. Im Rahmen des Projektes konnten bereits Erweiterungen umgesetzt und damit auch der Umsatz gesteigert werden. Darüber hinaus konnte mit der SAKD ein weiteres Projekt gewonnen werden, welches den Betrieb des zentralen IVB-Integrationsdienstes für die Kommunen des Freistaates Sachsen umfasst.

Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2016:

- Der Betrieb des SAP-Systems für die Stadt Leipzig wurde weitergeführt und dessen Weiterentwicklung mit der Gesellschaft für Organisation und Informationsverarbeitung Sachsen-Anhalt mbH (GISA) vorangetrieben. Im Auftrag der Stadt Leipzig wurde auch die SAP-Strategie federführend durch die Lecos GmbH begleitet.
- Das Ämterframework konnte als Anwendungsplattform in der Stadt Leipzig gefestigt und durch zusätzliche Module erweitert werden.
- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde weiter ausgebaut. Das erste Rollout konnte erfolgreich abgeschlossen und bereits der nächste Rollout-Zyklus begonnen werden.
- In der Stadtverwaltung Tharandt konnte das zweite Server-Rollout erfolgreich umgesetzt werden.
- Das Geschäftsfeld der Output-Leistungen konnte technisch weiter vorangetrieben werden. Auf dieser Grundlage konnten im Jahr 2016 weitere Kunden gewonnen werden. Dieses Leistungsportfolio wird 2017 ff weiter vorangetrieben.
- Im Jahr 2016 wurden sieben Ausschreibungen durchgeführt und die Zuschläge für fünf Ausschreibungen erteilt. Unter anderem wurde die in 2015 aufgehobene Ausschreibung „Lizenzmanagement Tool“ in 2016 als EU-weite Ausschreibung erneut veröffentlicht und bezuschlagt. Eine der Ausschreibungen, „Drucker und kleine Multifunktionsgeräte“ wird in 2017 nach erfolgreichem, umfangreichen Test den Zuschlag erhalten. Die insgesamt sieben Ausschreibungen des Jahres 2016 gliedern sich in vier Offene Verfahren (EU-weit), eine Öffentliche Ausschreibung (national) und zwei Beschränkte Ausschreibungen (national).
- Die Fachanwendung des Kindertagesstätten-, Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnte auch in 2016 erfolgreich weiterentwickelt und vertrieben werden. Als neue Kunden konnten die Kommunen Teutschenthal und Landsberg am Lech gewonnen werden. Für die anderen Kunden wurden Weiterentwicklungen in verschiedenen Modulen vorgenommen. In der Landeshauptstadt Erfurt wurde die neue Version von Kivan erstmals produktiv eingesetzt. Die Stadt Coswig wurde als erster Kunde von der Vorgängerversion auf die neue Version von Kivan migriert. Parallel zu den aktuellen Kundenprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.
- Das vierte Rollout der PC-Technik in der Verwaltung der Stadt Leipzig auf Win10 konnte intensiv vorbereitet werden, damit ein Beginn im 1. Quartal 2017 erfolgen kann.

- Es erfolgte auch 2016 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen verbunden wurden.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt. Im Jahr 2016 wurden von Seiten der ProVitako weitere Marketingmaßnahmen gestartet, um den Bekanntheitsgrad und somit die Vertriebschancen zu steigern.
- Der Geschäftsführer Peter Kühne ist weiterhin Vorstandsvorsitzender der Vitako, Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.
- Im Jahr 2016 konnte das zweite Überwachungsaudit im Rahmen der Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundschutz erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen werden.
- Das Geschäftsjahr 2016 stand bei der Lecos GmbH intern im Zeichen einer stärkeren Ausrichtung an die steigenden Anforderungen der Kunden. Im Ergebnis wurde die Neuausrichtung der Lecos GmbH weiter vorangetrieben und im Jahr 2016 auch der Fokus auf neue agile Methoden gesetzt. Ziel dabei ist es, die Zukunftssicherheit der Lecos GmbH zu stärken und die Arbeit der Lecos GmbH auf die kommenden Herausforderungen hin auszurichten.
- In 2013 hatte die Lecos GmbH die Finanzierungsstrategie langfristiger Investitionen umgestellt. Ziel ist eine nachhaltige Steigerung der Eigenkapitalquote sowie eine Verteilung der Kostenbelastung durch hohe Erstinvestitionen. Damit wird einem Investitionsstau entgegengewirkt. Dies wurde 2016 fortgeführt und stellt somit auch eine Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Lecos GmbH dar.
- Angaben gemäß § 289 Abs. 3 HGB zur:

Arbeitnehmerschaft: Die Auswahl der Arbeitnehmerschaft erfolgt entsprechend den fachlichen Anforderungen eines IT-Unternehmens. Die Arbeitszeitregelung wird von einer Gleitzeitregelung Montag bis Freitag von 6.00 - 20.00 Uhr geprägt.

Die Struktur der Arbeitnehmerschaft stellt sich wie folgt dar:

Alter: unter 20 = 2 %

Alter: 20 - 39 = 39%

Alter: 40 - 59 = 49%

Alter: 60-65 = 10%

Struktur des Personalaufwands: In der Lecos GmbH kommt neben dem TVÖD auch eine Lecos-individualrechtliche Regelung zur Anwendung. Die Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter erfolgt über eine variable Vergütung, die sich aus einem Anteil für die persönliche Bewertung des Mitarbeiters sowie aus einem Anteil am Gesamt-Unternehmenserfolg zusammensetzt.

betriebliche Sozialleistungen: Gemäß den gültigen Betriebsvereinbarungen werden u. a. ein Kinderbetreuungszuschuss sowie auch ein Fahrtkostenzuschuss für den ÖPNV gezahlt.

Aus- und Weiterbildung: Im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung findet eine entsprechende Budgetplanung für interne und externe fachliche Weiterbildungen mit dem Ziel der Erreichung von Zertifizierungsabschlüssen statt.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2016 TEUR 20.903 und lag damit um TEUR 1.355 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2015 (TEUR 19.548). Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Personal- und Energieaufwendungen zu einem Jahresüberschuss von TEUR 30 (VJ: TEUR 74).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

- Rechenzentrumsdienstleistungen (3,47 % vom Jahresumsatz)
- Anwendungsentwicklungs-/Betreuungsleistungen und Beratungsleistungen (17,12 % vom Jahresumsatz)
- Endbenutzerbetreuung (26,02 % vom Jahresumsatz)
- Basisinfrastruktur (41,12 % vom Jahresumsatz)
- Speicherkapazität, Applikationsserver (3,08 % vom Jahresumsatz)
- Lotus Notes/Mailuser (3,22 % vom Jahresumsatz)
- Telekommunikation (5,97 % vom Jahresumsatz).

Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 84,8 % und 10,0 % mit der KISA. Die verbleibenden 5,2 % Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Der Materialaufwand besteht im Wesentlichen aus angeschaffter und zum Weiterverkauf bestimmter Hardware und Telekommunikationsanlagen. Den Hauptanteil hierbei haben TK-Anlagen und PC-Hardware für diverse Schulen und die Ausstattung der Städtischen Altenpflegeheime Leipzig gGmbH sowie die Versorgung mit Datenverarbeitungsmaterialien. Darüber hinaus sind vor allem auch die umsatzrelevanten Fremdleistungen zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung des TVöD und Erhöhungen im Lecos Vergütungssystem, sowie zusätzlichem Personal für die Entwicklung des KiVAN.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 112 (VJ: TEUR 142) und liegt unter den Planungen für 2016.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leasingmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten.

Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2016 weist einen Rückgang des Anlagevermögens aus. Hauptsächlich Ursache dafür ist die teilweise Finanzierung von Wirtschaftsgütern über Leasing. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2016 TEUR 2.377.

Schwerpunkte waren auch 2016 Investitionen für neue Aufträge sowie die Aktualisierung von Softwarelizenzen sowie Vorbereitungen für das Rollout ab 2017.

Vermögens- und Finanzlage

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung, einem regelmäßigen Forderungsmanagement und einer zusätzlichen Kreditaufnahme zur Absicherung der in 2016 getätigten Investitionen im November konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2016 gesichert werden.

Die Position der Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen für Personalaufwendungen, und Garantie- und Gewährleistungsverpflichtungen.

Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor und fanden Berücksichtigung in den Management-Meetings. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme mit dem Schwerpunkt einer täglichen Liquiditätsüberwachung. Diese geschieht vor dem Hintergrund der genannten teilweise hohen Forderungen gegenüber den Kunden sowie der hohen Liquiditätsauswirkung durch die Zahlung der monatlichen Personalkosten und der erforderlichen Investitionen für die Umsetzung der Aufträge.

In 2014 wurde die Lecos GmbH im Rahmen der Vorbereitung auf die Zertifizierung nach ISO 27001/BSI einer großen Anzahl von Risiko-Interviews unterzogen. Diese bezogen sich u. a. auf die Risiken, resultierend aus möglichen Mängeln in der Orga-

nisation, den Prozessen, der Dokumentation sowie der technischen Leistungserbringung. Eine kontinuierliche Überarbeitung ist 2016 erfolgt und gemäß der Zertifizierung wurde das zweite Überwachungsaudit durchgeführt.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschaubar- und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen. Dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos GmbH – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme von Kreditlinien. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA sowie dem Gewandhaus zu Leipzig eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Aus der Ende 2013 entstandenen wirtschaftlichen Krise beim Gesellschafter KISA können der Lecos GmbH in 2017 Risiken entstehen;

- Eine Zahlungsunfähigkeit der KISA würde zu Liquiditätsproblemen der Lecos GmbH führen. Das Risiko ist aber aus heutiger Sicht aufgrund eines dem KISA bewilligten zusätzlichen Kassenkredits nicht wahrscheinlich. Allerdings liegen aktuelle Klagen bzgl. der Zwangsumlage vor, welche noch nicht abschließend entschieden sind.
- Die langfristige geplante Partnerschaft mit KISA ist möglicherweise nur eingeschränkt umsetzbar, wodurch sich damit verbundene Synergien für die Lecos GmbH verspäten können.
- Aus der Unklarheit bei der Platzierung gemeinsamer strategischer Produkte (Output, Kuvertierung und Personalmanagement-Software) könnten keine Umsatzsteigerungen in 2017 erwirtschaftet werden.

Darüber hinaus gehende bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge, der Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government sowie der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos GmbH sich an dem Wettbewerb "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos GmbH hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik er-

zielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)

Die IT-Branche rechnet mit einer analogen Nachfrage für das Jahr 2017. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos GmbH auch im Jahr 2017 angemessen partizipieren. Konkretisiert ergeben sich für die Lecos GmbH nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2017ff. abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig mit IT-Technik und -Services,
- Konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und deren Weitergabe an die Stadt Leipzig,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen e-Government und der Digitalisierung der Verwaltung,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos GmbH zu einem kompetenten und wirtschaftlichen Anbieter in diesem Bereich,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für Betriebsleistungen, Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement im kommunalen Umfeld,
- Vermarktung von Know-how im Bereich Anwendungsentwicklung,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region,
- Ausbau von Beratungsleistungen zur IT-Organisation und IT-Prozessen.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, auch im Jahr 2017 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern.

Im Jahr 2016 wurden die Überlegungen zur weiteren Prozessunterstützung durch den Einsatz von IT in der Stadt Leipzig weiter vorangetrieben. Diese Entwicklungen

werden positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Lecos GmbH in Bezug auf die Leistungserbringung gegenüber der Stadt Leipzig haben,

Für das Geschäftsjahr 2017 sind Neuinvestitionen in Höhe von TEUR 3.200 geplant.

Eine abschließende Verteilung der Investitionen auf Darlehen, Leasing oder Eigenmittel wird unterjährig unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Lecos GmbH gesteuert und entschieden. Die aktuellen Werte sichern den Gestaltungsspielraum ab. Der Wirtschaftsplan der Lecos GmbH geht für 2017 von einem Umsatzvolumen von TEUR 21.598 und einem positiven Ergebnis vor Steuern von TEUR 43 aus,

2.3 ProVitako eG

KISA erwarb im Jahr 2012 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

2.3.1 Beteiligungsübersicht

Name:	ProVitako Marketing-und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT- Dienstleister eG
Anschrift:	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
Telefon:	030 2063156-0
Homepage:	provitako.de

Rechtsform: Eingetragene Genossenschaft

Stammkapital: 130,500 EUR

Anteil KISA: 5,000 EUR

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard-und Software durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

2.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen:	0 €
- Verlustabdeckungen:	0 €
- Sonstige Zuschüsse:	0 €
- Übernommene Bürgschaften:	0 €
- Sonstige Vergünstigungen:	0 €

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhält bei Einkäufen von Technik eine Provision von 0,9 %.

2.3.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2016 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck

Der Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Genossenschaftsmitglieder. ProVitako unterstützt darüber hinaus die Mitglieder durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie weitere Serviceleistungen – wie z. B. Schulung, Beratung und Betreuung in Unternehmensfragen.

Geschäftsverlauf 2016

Die Gesellschaft finanziert sich aus einer Marge, die auf den Bezug von Leistungen der geschlossenen Rahmenverträge fakturiert wird. Die IT-Branche hat sich auch im vergangenen Jahr der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur entsprechend entwickelt. Im Bereich der kommunalen IT führte die weiterhin schlechte Haushaltssituation der Kommunen zu einer eher zurückhaltenden Nachfrage nach IT-Leistungen (Hard- und Software) und zu einem wachsenden Interesse an Kooperationen und gemeinsamen Ausschreibungen mit dem Ziel, wirtschaftliche Synergieeffekte zu erzielen. Dies ließ sich auch in der Genossenschaft durch eine größere Beteiligung an den gemeinsamen Ausschreibungen erkennen. Im Laufe des Geschäftsjahres konnten vier neue Mitglieder gewonnen werden, die zukünftig durch ihre Beteiligung an gemeinsamen Vergabeaktivitäten die Vertragsvolumina positiv beeinflussen werden.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2016 wurde die Bündelung von Beschaffungsbedarfen in den Bereichen VMWare, Microsoft Select, Monitore und RZ Infrastrukturkomponenten in vier gemeinsamen Ausschreibungen veröffentlicht. Die Vergabe der Infrastrukturkomponenten musste aufgrund einer Vielzahl von Bieterfragen primär zu den technischen Beschreibungen aufgehoben werden und wird im ersten Quartal 2017 mit veränderter Struktur neu aufgesetzt.

Das Geschäftsjahr 2016 war darüber hinaus geprägt von einem höheren Interesse am Leistungsaustausch innerhalb der Genossenschaft. Nachdem die vergaberechtlichen Rahmenbedingungen durch ein von der Genossenschaft beauftragtes Gutachten abschließend geklärt wurden, sind in den Bereichen SAP-Betrieb sowie bei der Beschaffung von SAP Musterlösungen Kooperationen angelaufen. Zur Vereinheitlichung der Vertragssituationen konnten erste Musterverträge erarbeitet werden.

Insgesamt ist festzustellen, dass ProVitako weiter an Aufmerksamkeit bei den Vitako-Mitgliedern, die exklusiv Mitglieder der Genossenschaft werden können, gewonnen hat und durch das hohe Vergabevolumen immer stärker von den potentiellen Anbietern am Markt wahrgenommen wird. Die Mitglieder kommen mit eigenen Vorschlägen für weitere Bündelungen auf die Genossenschaft zu und unterstützen zunehmend die angelaufenen Aktivitäten.

Zur Unterstützung der laufenden Geschäftstätigkeiten wurde die Geschäftsstelle am Standort Siegburg ausgebaut und personell aufgestockt. Aufgrund des erkennbaren Bedarfs wird in den kommenden Monaten eine erneute personelle Erweiterung erfolgen müssen.

Anteile der mittelbaren Beteiligung der Mitglieder KISA - Stand: 31.12.2016

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
1	LRA Nordsachsen	8	0,364	218,48 €	72,83 €
2	LRA Leipzig	30	1,365	819,30 €	273,10 €
3	LRA Meißen	20	0,910	546,20 €	182,07 €
4	LRA Erzgebirgskreis	12	0,546	327,72 €	109,24 €
5	LRA Görlitz	30	1,365	819,30 €	273,10 €
6	LRA Vogtlandkreis	30	1,365	819,30 €	273,10 €
7	LRA Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	20	0,910	546,20 €	182,07 €
8	LRA Zwickau	20	0,910	546,20 €	182,07 €
9	Landkreis Dahme- Spreewald	20	0,910	546,20 €	182,07 €
10	SV Altenberg	12	0,546	327,72 €	109,24 €
11	SV Annaberg-Buchholz	8	0,364	218,48 €	72,83 €
12	SV Aue	20	0,910	546,20 €	182,07 €
13	SV Augustusburg	12	0,546	327,72 €	109,24 €
14	SV Bad Dübau	3	0,137	81,93 €	27,31 €
15	SV Bad Lausick	8	0,364	218,48 €	72,83 €
16	SV Bad Muskau	8	0,364	218,48 €	72,83 €
17	SV Bad Schandau	12	0,546	327,72 €	109,24 €
18	SV Bautzen	20	0,910	546,20 €	182,07 €
19	SV Belgern-Schildau	12	0,546	327,72 €	109,24 €
20	SV Bernstadt a. d. Eigen	5	0,228	136,55 €	45,52 €
21	SV Böhlen	20	0,910	546,20 €	182,07 €
22	SV Borna	5	0,228	136,55 €	45,52 €
23	SV Brandis	20	0,910	546,20 €	182,07 €
24	SV Burgstädt	20	0,910	546,20 €	182,07 €
25	SV Chemnitz	20	0,910	546,20 €	182,07 €
26	SV Coswig	5	0,228	136,55 €	45,52 €
27	SV Crimmitschau	20	0,910	546,20 €	182,07 €
28	SV Dahlen	12	0,546	327,72 €	109,24 €
29	SV Delitzsch	20	0,910	546,20 €	182,07 €
30	SV Dippoldiswalde	8	0,364	218,48 €	72,83 €
31	SV Dohna	12	0,546	327,72 €	109,24 €
32	SV Döbeln	3	0,137	81,93 €	27,31 €
33	SV Dommitzsch VG	12	0,546	327,72 €	109,24 €
34	SV Elterlein	1	0,046	27,31 €	9,10 €
35	SV Frankenberg/Sa.	20	0,910	546,20 €	182,07 €
36	SV Frauenstein	3	0,137	81,93 €	27,31 €
37	SV Freiberg	8	0,364	218,48 €	72,83 €
38	SV Freital	8	0,364	218,48 €	72,83 €
39	SV Froburg	1	0,046	27,31 €	9,10 €
40	SV Geyer	12	0,546	327,72 €	109,24 €
41	SV Glashütte	12	0,546	327,72 €	109,24 €
42	SV Glauchau	12	0,546	327,72 €	109,24 €
43	SV Görlitz	8	0,364	218,48 €	72,83 €
44	SV Grimma	12	0,546	327,72 €	109,24 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
45	SV Gröditz	5	0,228	136,55 €	45,52 €
46	SV Groitzsch	20	0,910	546,20 €	182,07 €
47	SV Großenhain	1	0,046	27,31 €	9,10 €
48	SV Großröhrsdorf	8	0,364	218,48 €	72,83 €
49	SV Großschirma	8	0,364	218,48 €	72,83 €
50	SV Hainichen	12	0,546	327,72 €	109,24 €
51	SV Hartenstein	8	0,364	218,48 €	72,83 €
52	SV Hartha	12	0,546	327,72 €	109,24 €
53	SV Harzgerode	3	0,137	81,93 €	27,31 €
54	SV Heidenau	8	0,364	218,48 €	72,83 €
55	SV Hohenstein-Ernstthal	20	0,910	546,20 €	182,07 €
56	SV Hohnstein	8	0,364	218,48 €	72,83 €
57	SV Hoyerswerda	8	0,364	218,48 €	72,83 €
58	SV Kirchberg	12	0,546	327,72 €	109,24 €
59	SV Kitzscher	8	0,364	218,48 €	72,83 €
60	SV Klingenthal	3	0,137	81,93 €	27,31 €
61	SV Königstein	12	0,546	327,72 €	109,24 €
62	SV Landsberg	20	0,910	546,20 €	182,07 €
63	SV Lauter/Bernsbach	12	0,546	327,72 €	109,24 €
64	SV Leipzig	30	1,365	819,30 €	273,10 €
65	SV Leisnig	12	0,546	327,72 €	109,24 €
66	SV Limbach-Oberfrohna	30	1,365	819,30 €	273,10 €
67	SV Loßnitz	12	0,546	327,72 €	109,24 €
68	SV Lommatzsch	12	0,546	327,72 €	109,24 €
69	SV Markneukirchen	3	0,137	81,93 €	27,31 €
70	SV Markranstädt	20	0,910	546,20 €	182,07 €
71	SV Meißen	12	0,546	327,72 €	109,24 €
72	SV Meerane	5	0,228	136,55 €	45,52 €
73	SV Mittweida	1	0,046	27,31 €	9,10 €
74	SV Mügeln	12	0,546	327,72 €	109,24 €
75	SV Naumburg	20	0,910	546,20 €	182,07 €
76	SV Naunhof	12	0,546	327,72 €	109,24 €
77	SV Niesky	20	0,910	546,20 €	182,07 €
78	SV Nossen	8	0,364	218,48 €	72,83 €
79	SV Oberlungwitz	5	0,228	136,55 €	45,52 €
80	SV Oelsnitz/Erzgeb.	8	0,364	218,48 €	72,83 €
81	SV Ostritz	5	0,228	136,55 €	45,52 €
82	SV Pegau	8	0,364	218,48 €	72,83 €
83	SV Pirna	20	0,910	546,20 €	182,07 €
84	SV Plauen	8	0,364	218,48 €	72,83 €
85	SV Pulsnitz	12	0,546	327,72 €	109,24 €
86	SV Rabenau	8	0,364	218,48 €	72,83 €
87	SV Radeberg (Große Kreisstadt)	5	0,228	136,55 €	45,52 €
88	SV Radebeul (Große Kreisstadt)	8	0,364	218,48 €	72,83 €
89	SV Radeburg	8	0,364	218,48 €	72,83 €
90	SV Regis-Breitingen	3	0,137	81,93 €	27,31 €
91	SV Reichenbach/O.L.	12	0,546	327,72 €	109,24 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
92	SV Reichenbach/ Vogtland	8	0,364	218,48 €	72,83 €
93	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,364	218,48 €	72,83 €
94	SV Rötha	12	0,546	327,72 €	109,24 €
95	SV Roßwein	12	0,546	327,72 €	109,24 €
96	SV Rothenburg/O.L.	8	0,364	218,48 €	72,83 €
97	SV Sayda	5	0,228	136,55 €	45,52 €
98	SV Schkeuditz	20	0,910	546,20 €	182,07 €
99	SV Schöneck/Vogtl.	8	0,364	218,48 €	72,83 €
100	SV Schwarzenberg/ Erzgeb. (f. GV Pöhl)	5	0,228	136,55 €	45,52 €
101	SV Stollberg/Erzgeb.	3	0,137	81,93 €	27,31 €
102	SV Stolpen	8	0,364	218,48 €	72,83 €
103	SV Strehla	8	0,364	218,48 €	72,83 €
104	SV Taucha	20	0,910	546,20 €	182,07 €
105	SV Thalheim (Erzgeb.)	3	0,137	81,93 €	27,31 €
106	SV Tharandt	12	0,546	327,72 €	109,24 €
107	SV Torgau (f. Pflückuff)	1	0,046	27,31 €	9,10 €
108	SV Trebsen/Mulde	8	0,364	218,48 €	72,83 €
109	SV Treuen	12	0,546	327,72 €	109,24 €
110	SV Waldheim	12	0,546	327,72 €	109,24 €
111	SV Weißenberg	8	0,364	218,48 €	72,83 €
112	SV Weißwasser/O.L.	8	0,364	218,48 €	72,83 €
113	SV Werdau	20	0,910	546,20 €	182,07 €
114	SV Wildenfels	8	0,364	218,48 €	72,83 €
115	SV Wilkau-Haßlau	12	0,546	327,72 €	109,24 €
116	SV Wilsdruff	20	0,910	546,20 €	182,07 €
117	SV Wolkenstein	3	0,137	81,93 €	27,31 €
118	SV Wurzen	8	0,364	218,48 €	72,83 €
119	SV Zittau (f. GV Hirschfelde)	8	0,364	218,48 €	72,83 €
120	SV Zschopau	8	0,364	218,48 €	72,83 €
121	SV Zwenkau	20	0,910	546,20 €	182,07 €
122	SV Zwickau	1	0,046	27,31 €	9,10 €
123	Schulverband Treuener Land	3	0,137	81,93 €	27,31 €
124	GV Amtsberg	1	0,046	27,31 €	9,10 €
125	GV Arnsdorf	8	0,364	218,48 €	72,83 €
126	GV Auerbach/Erzgebirge	1	0,046	27,31 €	9,10 €
127	GV Bannewitz	3	0,137	81,93 €	27,31 €
128	GV Belgershain	1	0,046	27,31 €	9,10 €
129	GV Borsdorf	20	0,910	546,20 €	182,07 €
130	GV Grünhainichen (f. GV Borstendorf)	1	0,046	27,31 €	9,10 €
131	GV Boxberg/O.L.	8	0,364	218,48 €	72,83 €
132	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	12	0,546	327,72 €	109,24 €
133	GV Burkau	5	0,228	136,55 €	45,52 €
134	GV Burkhardtsdorf	8	0,364	218,48 €	72,83 €
135	GV Callenberg	3	0,137	81,93 €	27,31 €
136	GV Claußnitz	1	0,046	27,31 €	9,10 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
137	GV Crottendorf	3	0,137	81,93 €	27,31 €
138	GV Diera-Zehren	8	0,364	218,48 €	72,83 €
139	GV Doberschau-Gaußig	8	0,364	218,48 €	72,83 €
140	GV Dorfhain	3	0,137	81,93 €	27,31 €
141	GV Dürrröhrsdorf- Dittersbach	8	0,364	218,48 €	72,83 €
142	GV Ebersbach (01561)	8	0,364	218,48 €	72,83 €
143	GV Elstertrebnitz	3	0,137	81,93 €	27,31 €
144	GV Eppendorf	8	0,364	218,48 €	72,83 €
145	GV Erlau	3	0,137	81,93 €	27,31 €
146	GV Lossatal	8	0,364	218,48 €	72,83 €
147	GV Frankenthal	3	0,137	81,93 €	27,31 €
148	GV Gablenz	1	0,046	27,31 €	9,10 €
149	GV Glaubitz	3	0,137	81,93 €	27,31 €
150	GV Göda	8	0,364	218,48 €	72,83 €
151	GV Gohrisch	5	0,228	136,55 €	45,52 €
152	GV Großdubrau	3	0,137	81,93 €	27,31 €
153	GV Großharthau	8	0,364	218,48 €	72,83 €
154	GV Großpösna	12	0,546	327,72 €	109,24 €
155	GV Großpostwitz/O.L.	8	0,364	218,48 €	72,83 €
156	GV Großschönau	3	0,137	81,93 €	27,31 €
157	GV Hähnichen	1	0,046	27,31 €	9,10 €
158	GV Hainewalde	1	0,046	27,31 €	9,10 €
159	GV Hartmannsdorf	3	0,137	81,93 €	27,31 €
160	GV Hartmannsdorf b. Kirchberg	3	0,137	81,93 €	27,31 €
161	GV Hartmannsdorf- Reichenau	1	0,046	27,31 €	9,10 €
162	GV Hirschstein	1	0,046	27,31 €	9,10 €
163	GV Hochkirch	8	0,364	218,48 €	72,83 €
164	GV Hohendubrau	5	0,228	136,55 €	45,52 €
165	GV Kabelsketal	20	0,910	546,20 €	182,07 €
166	GV Käbschütztal	8	0,364	218,48 €	72,83 €
167	GV Klingenberg	3	0,137	81,93 €	27,31 €
168	GV Klipphausen	20	0,910	546,20 €	182,07 €
169	GV Königswartha	8	0,364	218,48 €	72,83 €
170	GV Krauschwitz	8	0,364	218,48 €	72,83 €
171	GV Kreba-Neudorf	3	0,137	81,93 €	27,31 €
172	GV Kreischa	8	0,364	218,48 €	72,83 €
173	GV Krostitz	8	0,364	218,48 €	72,83 €
174	GV Kottmar	5	0,228	136,55 €	45,52 €
175	GV Kubschütz	8	0,364	218,48 €	72,83 €
176	GV Leubsdorf	5	0,228	136,55 €	45,52 €
177	GV Laußig	3	0,137	81,93 €	27,31 €
178	GV Leutersdorf	8	0,364	218,48 €	72,83 €
179	GV Lichtenau	8	0,364	218,48 €	72,83 €
180	GV Lichtentanne	3	0,137	81,93 €	27,31 €
181	GV Liebschützberg	8	0,364	218,48 €	72,83 €
182	GV Löbnitz	5	0,228	136,55 €	45,52 €
183	GV Lohsa	3	0,137	81,93 €	27,31 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
184	GV Machern	3	0,137	81,93 €	27,31 €
185	GV Malschwitz	8	0,364	218,48 €	72,83 €
186	GV Markersdorf	8	0,364	218,48 €	72,83 €
187	GV Mildenau	8	0,364	218,48 €	72,83 €
188	GV Mockrehna	8	0,364	218,48 €	72,83 €
189	GV Moritzburg	8	0,364	218,48 €	72,83 €
190	GV Mücka	3	0,137	81,93 €	27,31 €
191	GV Müglitztal	5	0,228	136,55 €	45,52 €
192	GV Muldenhammer	3	0,137	81,93 €	27,31 €
193	GV Neschwitz	8	0,364	218,48 €	72,83 €
194	GV Neuensalz	5	0,228	136,55 €	45,52 €
195	GV Neukirchen	3	0,137	81,93 €	27,31 €
196	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,364	218,48 €	72,83 €
197	GV Neukieritzsch	12	0,546	327,72 €	109,24 €
198	GV Neustadt/Vogtl.	1	0,046	27,31 €	9,10 €
199	GV Niederau	12	0,546	327,72 €	109,24 €
200	GV Nünchritz	8	0,364	218,48 €	72,83 €
201	GV Obergurig	3	0,137	81,93 €	27,31 €
202	GV Oderwitz	3	0,137	81,93 €	27,31 €
203	GV Ottendorf-Okrilla	5	0,228	136,55 €	45,52 €
204	GV Otterwisch	3	0,137	81,93 €	27,31 €
205	GV Petersberg (f. VG Götschetal-Petersb.)	8	0,364	218,48 €	72,83 €
206	GV Pöhl	8	0,364	218,48 €	72,83 €
207	GV Priestewitz	8	0,364	218,48 €	72,83 €
208	GV Puschwitz	1	0,046	27,31 €	9,10 €
209	GV Quitzdorf am See	3	0,137	81,93 €	27,31 €
210	GV Rackwitz	12	0,546	327,72 €	109,24 €
211	GV Rammenau	1	0,046	27,31 €	9,10 €
212	GV Rathen, Kurort	3	0,137	81,93 €	27,31 €
213	GV Reinhardtsdorf-Schöna	1	0,046	27,31 €	9,10 €
214	GV Reinsberg	3	0,137	81,93 €	27,31 €
215	GV Reinsdorf	8	0,364	218,48 €	72,83 €
216	GV Reuth	3	0,137	81,93 €	27,31 €
217	GV Rietschen	8	0,364	218,48 €	72,83 €
218	GV Rosenbach (f. VV Rosenbach)	5	0,228	136,55 €	45,52 €
219	GV Schleife	5	0,228	136,55 €	45,52 €
220	GV Schmölln-Putzkau	5	0,228	136,55 €	45,52 €
221	GV Schöna-Berzdorf a. d. Eigen	3	0,137	81,93 €	27,31 €
222	GV Schönfeld	1	0,046	27,31 €	9,10 €
223	GV Schwepnitz	5	0,228	136,55 €	45,52 €
224	GV Sehmatal	5	0,228	136,55 €	45,52 €
225	GV Steinberg	3	0,137	81,93 €	27,31 €
226	GV Steinigtwolmsdorf	5	0,228	136,55 €	45,52 €
227	GV Striegistal	8	0,364	218,48 €	72,83 €
228	GV Tannenberg	3	0,137	81,93 €	27,31 €
229	GV Taura	5	0,228	136,55 €	45,52 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
230	GV Teutschenthal (f. VG Würde/Salza)	12	0,546	327,72 €	109,24 €
231	GV Thiendorf	1	0,046	27,31 €	9,10 €
232	GV Trossin	5	0,228	136,55 €	45,52 €
233	GV Wachau	8	0,364	218,48 €	72,83 €
234	GV Waldhufen	5	0,228	136,55 €	45,52 €
235	GV Weinböhla	12	0,546	327,72 €	109,24 €
236	GV Weischlitz / Burgstein	12	0,546	327,72 €	109,24 €
237	GV Weißkeißel	1	0,046	27,31 €	9,10 €
238	GV Wernsdorf	12	0,546	327,72 €	109,24 €
239	GV Zeithain	1	0,046	27,31 €	9,10 €
240	VV Diehsa	8	0,364	218,48 €	72,83 €
241	VV Eilenburg-West	12	0,546	327,72 €	109,24 €
242	VV Jägerswald	3	0,137	81,93 €	27,31 €
243	GV Wiedemar	8	0,364	218,48 €	72,83 €
244	VVO Oberlausitz-Niederschlesien GmbH	3	0,137	81,93 €	27,31 €
245	ZV VVO Oberlausitz-Niederschlesien	1	0,046	27,31 €	9,10 €
246	Verband für ländliche Neuordnung in Sachsen	3	0,137	81,93 €	27,31 €
247	AZV Elbe-Floßkanal	5	0,228	136,55 €	45,52 €
248	AZV „Leisnig“	5	0,228	136,55 €	45,52 €
249	AZV „Oberer Lober“	3	0,137	81,93 €	27,31 €
250	AZV „Schöpsaue“ Rietschen	3	0,137	81,93 €	27,31 €
251	AZV "Gemeinschaftskläranlage Kalkreuth"	3	0,137	81,93 €	27,31 €
252	AZV „Untere Zschopau“	3	0,137	81,93 €	27,31 €
253	AZV "Unteres Pließnitztal-Gaule"	3	0,137	81,93 €	27,31 €
254	AZV „Weiße Elster“	3	0,137	81,93 €	27,31 €
255	AZV „Wilde Sau“ Wilsdruff	3	0,137	81,93 €	27,31 €
256	AZV Kleine Spree (f. AZV Löbauer Wasser)	1	0,046	27,31 €	9,10 €
257	ZV RAVON	5	0,228	136,55 €	45,52 €
258	ZV Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien	3	0,137	81,93 €	27,31 €
259	Trink-WZV Mildenau-Streckenwalde	3	0,137	81,93 €	27,31 €
260	ZV WAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolpen	1	0,046	27,31 €	9,10 €
261	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	3	0,137	81,93 €	27,31 €
262	ZV „Parthenaue“	3	0,137	81,93 €	27,31 €
263	ZV WALL	3	0,137	81,93 €	27,31 €
264	ZV Planung und Erschließung Industriestandort Böhlen-Lippendorf	3	0,137	81,93 €	27,31 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil LECOS GmbH in EUR
265	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,137	81,93 €	27,31 €
266	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen	20	0,910	546,20 €	182,07 €
267	Kommunaler Sozialverband Sachsen	8	0,364	218,48 €	72,83 €
268	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	3	0,137	81,93 €	27,31 €
269	Lecos GmbH	5	0,228	136,55 €	45,52 €
270	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,137	81,93 €	27,31 €
271	Wasser Abwasser Betriebsgesellschaft Coswig mbH	1	0,046	27,31 €	9,10 €
272	Stiftung lebendige Gemeinde Neukieritzsch	1	0,046	27,31 €	9,10 €
273	Gesellsch,f,soziale Betreuung Bona Vita	3	0,137	81,93 €	27,31 €
	Gesamt 2016	2.197	100,00	60.000,00 €	20.000,00 €

Anlage 1: Kennzahldefinition

Bezeichnung	Berechnung	Wertangabe
Anlagendeckung (goldene Bilanzregel)	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{EK Sopo} + \text{langfristige Verbindlichkeiten}}{\text{Anlagevermögen}} \cdot 100$	%
Arbeitsproduktivität	$\frac{\text{Umsatz} \cdot 100}{\text{Personalaufwand}}$	Umsatz je Aufwand
Effektivverschuldung	Verbindlichkeiten - monetäres Umlaufvermögen	absolut
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100$	%
Eigenkapitalreichweite	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Jahresfehlbetrag}}$	Jahre
Eigenkapitalrendite	$\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \cdot 100$	%
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \cdot 100}{\text{Gesamtkapital} - \text{EK Sopo}}$	%
Gesamtkapitalrendite	$\frac{(\text{Überschuss} + \text{Zinsaufwand}) \cdot 100}{\text{Gesamtkapital}}$	%
Investitionsdeckung	$\frac{\text{Abschreibung}}{\text{AfA} + (\text{Anlagevermögen neu} - \text{Anlagevermögen alt})} \cdot 100$	% (=Neuinvestition)
kurzfristige Liquidität	$\frac{\text{monetäres Umlaufvermögen}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \cdot 100$	%
Pro-Kopf-Umsatz	$\frac{\text{Umsatz}}{\text{Personalbestand}}$	Umsatz je Mitarbeiter
Vermögensstruktur	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \cdot 100$	%